

Stationen eines Lebens

- 25.11.1906 | Geboren in Wien
- 1921 | Mitglied der Sozialdemokratischen Mittelschüler
- 1924 | Matura in Wien 3, Radetzkystraße
- 1924–1930 | Studium an der TH Wien (Dipl.-Ing. im April 1930); Mitglied des Verbandes Sozialistischer Studenten; Mitarbeiter der Sozialdemokratischen Partei/Bezirksorganisation Wien-Landstraße; Mitglied der Akademischen Legion
- 1930–1932 | Obmann der Ingenieurgruppe im Bund der Industriearbeitenden; Volontariat; Arbeitslosigkeit
- 1932–1937 | Arbeit bei Kraftwerksbauten in der Sowjetunion
- 1937–1945 | Angestellter bei Siemens-Schuckert und Schoeller-Bleckmann
- 1945 | Unterstaatssekretär im Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr
- 1945–1946 | Staatssekretär im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung
- 1945–1971 | Abgeordneter zum Nationalrat
- 1945–1974 | Mitglied des Parteivorstandes der SPÖ
- 1946 | Politischer Vertreter Österreichs in Moskau
- 1946–1956 | Zentralsekretär der SPÖ
- 1949–1962 | Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe; ab 1956 für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft
- 1951–1972 | Präsident des BSA
- 1956–1967 | Mitglied der Parteiführung der SPÖ
- 1962–1970 | Zweiter Präsident des Nationalrats; Stellvertretender Klubobmann der sozialistischen Parlamentsfraktion
- 1965–1974 | Stellvertretender Parteivorsitzender der SPÖ
- 1966–1973 | Mitglied des Vorstands der SPÖ Wien
- 1970–1971 | Präsident des Nationalrats
- 1972–1980 | Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank
- 5.6.1980 | Gestorben in Wien

Vorbemerkung

Leben lassen sich nur unzureichend beschreiben. Tun es Zeitgenossen, droht die Verzerrung aus der Perspektive der Nähe, auch wenn sie „Authentizität“ verheißt. Setzen sich Nachgeborene ans Werk, kann die distanzierte Beobachtung des Faktischen und Objektivierbaren leicht in moralisierende Richterschaft umschlagen. Sind andere Interessen im Spiel, bietet sich die hagiografische Glorifizierung an, wächst das Risiko, sich in den Höhen der Heroisierung zu verlieren oder sich lächerlich zu machen. Vollends problematisch ist schließlich das Unterfangen, ein ungebrochenes Individuum zu konstruieren und es am erzählerischen Faden entlangzuführen. Spätestens seit Robert Musil wissen wir, dass nicht nur der Einwohner Kakaniens, sondern jeder Mensch mindestens neun Charaktere hat, die er in sich vereinigt, die ihn aber auflösen; und auch der zehnte Charakter ist nichts als „ein leerer, unsichtbarer Raum, in dem die Wirklichkeit darinsteht wie eine von der Phantasie verlassene kleine Steinbaukastenstadt“ (Der Mann ohne Eigenschaften, 1. Buch, 8. Kapitel). Zu Recht warnt Pierre Bourdieu vor der „biografischen Illusion“, die darin besteht, „ein Leben“ nur als eine mit logischer Konsequenz und Telos ablaufende Folge kohärenter Ereignisse zu sehen, die als einzigen Bezugspunkt das „Subjekt“ habe, anstatt als Wege zwischen verschiedenen Feldern des sozialen Raums im Ensemble der gegebenen objektiven Beziehungen und in ständiger Konfrontation mit dem Möglichen, in dessen Räumen der soziale Akteur intervenieren kann, je nachdem, wie er sein erworbenes soziales und kulturelles Kapital einsetzen kann.¹

Ist also Biografie möglich, fragte schon Wilhelm Dilthey und antwortete: „Nur annähernd.“ Biografische Annäherungen können demnach nur versuchen, den Beziehungen zwischen Menschen und den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systemen nachzugehen, „den Wirkungszusammenhang zu verstehen, in welchem ein Individuum von seinem Milieu bestimmt wird und auf dieses reagiert“. Das Individuum ist also „Durchgangspunkt“ oder „Kreuzungspunkt für Kultursysteme, Organisationen, in die sein Dasein verwoben ist“.² Nichts anderes bezeichnet der Begriff Schnittstellen³, der hier nicht gewählt wurde, um eine „klassische“ Biografie vorzulegen, sondern um über das Wirken Karl Waldbrunners einen Zugang zu Stationen und markanten Entwicklungsverläufen, Brüchen und Kontinuitäten der österreichischen Geschichte zu versuchen, in denen er – als Ingenieur – geformt wurde und denen er – als Politiker – Richtung und Gehalt verlieh. Dass zu diesen „Als“ noch ein sozialdemokratisches, eines der Herkunft und Sozialisation hinzutritt und alle miteinander verwoben sind, liegt diesem Versuch zugrunde.

1 Pierre Bourdieu, *L'illusion biographique*, in: *Actes RSS 62/63* (1986) 69–72.

2 Wilhelm Dilthey, *Die Biographie*, in: Ders., *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften*, Frankfurt a. M. 1981, 303–310, 304 und 310.

3 Für eine biographische Zugangsweise findet er sich auch in Barbara Serloth, *Kampf wider die „Normalisierung“*, in: Franz Richard Reiter (Hrsg.), *Wer war Rosa Jochmann? (Dokumente, Berichte, Analysen 9)*, Wien 1997, 149–164, 149.

Dem Dank der Herausgeber an Personen und Institutionen, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben, füge ich gerne den an Karl Bachinger hinzu. Seine freundschaftliche Bereitschaft zur aufmerksamen Lektüre und zu kritischen Kommentaren brachte wertvolle Anregungen und half zahlreiche Irrtümer und Fehler zu vermeiden. Wenn solche dennoch vorhanden sind, habe ich sie alleine zu verantworten.

Der Ingenieur

Arbeiterkind und sozialistischer Student

„In Wien am 25. November 1906 als Sohn eines Metallformers geboren, der selber ein Wiener Kind war, bin ich unter der fast ausschließlichen Obhut meiner Mutter, die aus einer niederösterreichischen Bauernfamilie stammte, herangewachsen, denn mein Vater hat zeit seines Lebens für das Wohl seiner Arbeitskollegen in der sozialdemokratischen Partei und in der Metallarbeitergewerkschaft mit der größten Opferbereitschaft gewirkt.“¹

Vor dem Ersten Weltkrieg als Proletarierkind geboren zu sein, verhiess eine nur geringe Chance, jemals etwas anderes als ein Leben in Lohnabhängigkeit kennenzulernen oder gar die Aussicht auf eine weiterführende Bildung zu haben. Es war aber gerade die organisierte Arbeiterschaft, die in jenen Jahren für die Überwindung der aus Herkunft und ökonomischer Lage resultierenden sozialen und politischen Schranken besonders stark kämpfte. Der industrielle Aufstieg, der Österreich vor dem Ersten Weltkrieg allmählich an das Wohlstandsniveau westeuropäischer Länder heranführte, sollte sich auch in einer Verbesserung der Lebensverhältnisse und vermehrter Mitsprache derer niederschlagen, die ihn durch ihre Arbeit ermöglichten. Das Eintreten für das Wohl aller Arbeitenden erforderte oft jene Opferbereitschaft, die Karl Waldbrunner seinem Vater attestierte und die er wohl als Maßstab für sein eigenes Handeln ansetzte.

Karl Waldbrunner wuchs in einer Welt heran, die urban-industriell, materiell bescheiden und in seiner nächsten Umgebung sozialdemokratisch war. Wie aus den eingangs zitierten Worten hervorgeht, maß er der organisierten Arbeiterschaft, der institutionellen Verankerung dieses Wirkens, bei der Erreichung der gesetzten Ziele offenbar ein besonderes Gewicht bei. Die Gewerkschaften, die organisatorische Kraft der Partei, vertraten dabei schon vor dem Ersten Weltkrieg Positionen, deren Umsetzung zu einem Merkmal sozialdemokratischer Politik nach 1945 werden sollte. In ihrem Eintreten für den industriell-technischen Fortschritt und die Ausweitung des Massenkonsums als Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt setzten sie auf einen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit und wiesen dabei ein stark mechanistisches Verständnis von Modernisierung auf, demzufolge Kapitalismus und Technik sich streng gesetzmäßig und logisch entwickelten.² Diese gewerkschaftliche Grundhaltung blieb in der sozialistisch geprägten Sozialisa-

1 Wiener Zeitung, 15.11.1945, 4. – Alle Quellenzitate wurden der derzeit gültigen Rechtschreibung angepasst.

2 Meißl Gerhard, Klassenkampf oder Harmonieduselei? Auf dem österreichischen Weg zur Massengewerkschaft (1890 bis 1914), in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, 95–103, 100.

tion Karl Waldbrunners nicht ohne Einfluss. Dies umso mehr, als auch der große Gewerkschafter Karl Maisel in seinem Leben eine wichtige Rolle spielte. Der Metallarbeiter und spätere Bundesminister für soziale Verwaltung und Präsident der Arbeiterkammer kannte die Familie und stand nicht nur mit Waldbrunners Vater in enger freundschaftlicher Verbindung – besonders nachdem dieser nach 1918 sozialdemokratischer Vertrauensmann bei Siemens & Halske und Bezirksvertrauensmann der Metallarbeitergewerkschaft geworden war³ –, er wurde auch dem Sohn ein enger Freund. Mit Maisel verband Waldbrunner das Andenken an seinen Vater und die Nähe zur Gewerkschaft wurde Waldbrunner zu einem Stützpunkt seiner späteren politischen Tätigkeit: „Die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter ist für mich immer eine Art Elternhaus gewesen. Schon als Junge habe ich für meinen Vater in seinen Funktionen innerhalb dieser Gewerkschaft Hilfs- und Botendienste geleistet. Dort habe ich auch die Freunde kennengelernt, mit denen ich in schlechten und in guten Zeiten aufs Engste verbunden blieb und zusammenarbeitete.“⁴

Als die „Tragödie der Erschöpfung“⁵, das Ende des ersten „totalen Krieges“⁶, sich abzuzeichnen begann, Hungerkrawalle, Streiks und soziale Protestbewegungen Wien und andere Teile der noch bestehenden Monarchie erfassten, ermöglichte ihm der Vater einen ersten Schritt aus den gewöhnlichen Bahnen eines Arbeiterkindes hinaus: 1917 trat Karl Waldbrunner in die Realschule ein. Für die Familie bedeutete das in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren zusätzliche Entbehrungen. Doch die materielle Belastung war nur eine Seite des Problems. Viele Jahre danach wies Waldbrunner darauf hin, wie schwer es Arbeiterkinder hatten, die nötige Unterstützung beim Lernen und Studieren zu bekommen, weil die Eltern meist nicht die entsprechende Bildung mitbrachten und das für den Lernerfolg so wichtige stimulierende Milieu nicht ausreichend vorhanden war. Wenn er daher in späten Jahren einem vom Zusperrern bedrohten Lernklub für Arbeiterkinder einmal einen größeren Geldbetrag zukommen lässt, tut er dies im Bewusstsein seiner eigenen Erfahrungen.⁷

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte tief greifende politische Umwälzungen, die die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstmals zu einem bestimmenden innenpolitischen Faktor machten und in die Regierungsverantwortung brachten. Die neue politische Rolle der Partei verlieh aber auch der internen Diskussion um den Verbleib in der Regierung, der bekanntlich nur bis 1920 dauerte, und um die weitere Haltung der Partei zum staatlichen Gefüge Auftrieb. Innerparteiliche Differenzen hielten die Partei jedoch nicht davon ab, beispielsweise 1921 einen finanzpolitischen

3 Wilhelm Rosenzweig, Die Zeit bis 1945, in: Festschrift für Karl Waldbrunner zum 65. Geburtstag, Wien 1971, 23–37, 24.

4 Karl Waldbrunner, Begrüßungsworte anlässlich des 6. Gewerkschaftstages der Metall- und Bergarbeiter, 24. Mai 1962, Typoskript, Nachlass Karl Waldbrunner #36.

5 Gusztáv Gratz/Richard Schüller, Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns: die Tragödie der Erschöpfung, Wien/New Haven 1930.

6 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998, Kapitel „Das Zeitalter des totalen Krieges“.

7 Tagebuch Josef Staribacher, 25. November 1971, Bruno-Kreisky-Archiv. – Ich danke Maria Steiner und Remigio Gazzari für ihre freundliche Hilfe.

Sanierungsplan vorzulegen, der von staatspolitischem Verantwortungsbewusstsein zeugte und auch im nichtsozialistischen Lager ein positives Echo fand. Die Partei kam aber nicht mehr aus ihrer Oppositionsrolle heraus, auch nicht, als sie in der finanziell dramatischen Lage des Sommers 1922 unter bestimmten Bedingungen den Eintritt in eine Konzentrationsregierung anbot. Die bürgerlich-konservative Gegenoffensive war bereits wieder erstarkt. An ihr scheiterten auch weiter reichende gesellschaftspolitische Eingriffe oder wurden zu fast folgenlosen Kompromissen.⁸ Dieses Erlahmen des revolutionären Anfangsschwungs zeigt sich ebenso am Abflauen der Arbeiterrätebewegung,⁹ an der auch Waldbrunners Vater teilhatte.

Die Folgen des Kriegs waren für den Großteil der Bevölkerung desaströs und die Nachkriegszeit wurde von anhaltender Not geprägt. „Ich erinnere mich noch gut der letzten Jahre des Weltkrieges und der Zeit unmittelbar nach Kriegsende, wo wir in den ärmlichsten Verhältnissen, nicht selten weinend vor Kälte und Hunger, uns durchbringen mussten“, beschreibt Karl Waldbrunner eine Situation, die für viele zur Alltagsrealität wurde. Erleichterungen boten vor allem Organisationen wie die sozialistischen Kinderfreunde, in deren Betreuung der unterernährte und kränkelige Bub 1920 zu einem kurzen Aufenthalt in der Schweiz kam.¹⁰

Schon im Krieg hatte die Geldentwertung eingesetzt, die sich zur Hyperinflation der Jahre 1921/22 auswuchs, begleitet von einer drastischen Verminderung der Realeinkommen um rund die Hälfte. Die Einführung der „Indexlöhne“ kam zwar der Arbeiterschaft zugute, brachte aber eine Beschleunigung der Lohn-Preis-Spirale und damit des inflationären Auftriebs, der schließlich im inflationären Fiasko von 1922 mündete. Die auch in der Arbeiterbewegung häufig vertretene Parole von der „Lebensunfähigkeit“ des Kleinstaates wurde strategisch eingesetzt, um den Anschluss an die Weimarer Republik, von dem man sich eine raschere Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung versprach, als Notwendigkeit darzustellen. Trotz der gestärkten Rolle der Sozialdemokratie nach dem Umbruch kamen aber ihre Versuche, die Wirtschaftsordnung nach ihren Vorstellungen durch Sozialisierung und Sozialpolitik umzuformen, über Ansätze nicht hinaus. Während in der Sozialgesetzgebung binnen kürzester Zeit im internationalen Vergleich beachtliche Fortschritte zugunsten der arbeitenden Bevölkerung erzielt werden konnten (Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterurlaub, Jugend- und Frauenschutz, Einrichtung der Betriebsräte und Arbeiterkammern),

8 Karl Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik, in: Ders./Felix Butschek/Herbert Matis/Dieter Stiefel, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz/Wien/Köln 2001, 11–134, 29–30, 36–37 und 45; für einen Überblick siehe auch Karl Bachinger/Herbert Matis/Andreas Resch/Manfred Zollinger, Der lange Weg zum Wohlstand, in: Günter Dürriegl/Gerbert Frodl (Hrsg.), Das neue Österreich, Katalog zur Ausstellung im Oberen Belvedere, Wien 2005, 287–300. Zum Sanierungsplan siehe auch Karl Haas, Das Ende des Austromarxismus. Sozialdemokratische Politik 1933/34, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, 424.

9 Hans Hautmann, Die Institution der Arbeiterräte in der Ersten Republik, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, 341–352.

10 Waldbrunner an die Österr. Kinderfreunde, 13. Dezember 1971, Nachlass #25; Rosenzweig, Zeit bis 1945, 25 (wie Fn. 3).

blieb es – anders als nach dem Zweiten Weltkrieg – bei den Sozialisierungsgesetzen beim rudimentären Experiment.¹¹ Und ein Grundübel der Ersten Republik etablierte sich ebenfalls: die hohe Arbeitslosigkeit.¹²

Die Sozialdemokratie geriet in die Defensive. Auch ihre Propagandatätigkeit brachte keine Erfolge. Massenaktionen als „Kampf um die Seelen der deutschnationalen Intellektuellen, die Beamten, Angestellten, Lehrer“ (Otto Bauer) und der fast demagogische Einsatz von Klassenkampfparolen konterkarierten ihre Erfolge, ihr staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein und die immer wieder bekundete grundsätzliche Kompromissbereitschaft. So konnte Gustav Stolper der Sozialdemokratie im Herbst 1922 vorwerfen: „Klassenkampf und Staatspolitik sind einander ausschließende Begriffe.“ Aber auch den Scharfmachern der Gegenseite, deren Führer Ignaz Seipel mit dem Alleingang der Genfer Anleihe eine deutliche Weichenstellung in Richtung diktatorischer Entwicklung vorgenommen hatte, stellte Stolper die prophetisch anmutende Gefahr eines „Schlachtfeldes“ vor Augen, wenn sie meine, auf die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften setzen zu müssen.¹³

Im Jahr 1924, als der österreichische Schilling eingeführt wurde, legte Karl Waldbrunner die Matura ab und begann das Studium als Hörer der Maschinenbauschule, Unterabteilung für Elektrotechnik, an der Technischen Hochschule in Wien. In diesen Jahren festigte sich seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie so entscheidend, dass man diese Zeit als Schlüsselperiode der Herausbildung des Sozialdemokraten und späteren Politikers bezeichnen muss. Er selbst beschrieb seine Entwicklung als zwangsläufig: „Es war kein Wunder, dass ich, dem Vorbild meines Vaters folgend, in verschiedenen sozialistischen Organisationen die ganzen Ideale meiner Jugend zu verwirklichen suchte.“¹⁴ Hier, im Feld der Partei, akkumulierte er soziales Kapital. Und es waren vor allem die Jahre der Studentenbewegung, „die uns geformt haben“.¹⁵ Bereits in der Realschule gehörte er der Vereinigung Sozialistischer Mittelschüler an. Nun trat er dem Verband Sozialistischer Studenten bei, dessen Vorstand er angehörte, und im Jänner 1925 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, für die er in der Bezirksorganisation Landstraße mitarbeitete. Aus dieser Zeit stammt auch seine Bekanntschaft mit Wilhelm Rosenzweig, dem 1938 ins Exil vertriebenen späteren Mitglied des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs, aus der nach 1945 eine lebenslange Freundschaft wurde.¹⁶ Außerdem wurde er im Oktober 1924 Mitglied der Hospitantengruppe im Bund der Industrieangestell-

11 Bachinger, Währung, 12–19 (wie Fn. 8).

12 Felix Butschek, Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Wirtschaftspolitik Österreichs 1920–1995, Wien 1996, 239.

13 Bachinger, Währung, 47–50, Zitat 53 (wie Fn. 8).

14 Karl Waldbrunner, Wiener Zeitung, 15.11.1945.

15 Waldbrunner an Stefan Demuth, 7. Dezember 1971, Nachlass #25.

16 Rosenzweig, Zeit bis 1945, 26–29 (wie Fn. 3). Zum Exil siehe Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Einleitungen, Auswahl und Bearbeitung: Wolfgang Muchitsch, Wien 1992.

ten und ab Juni 1930 bis 1932 Obmann der Ingenieurgruppe in dieser Gewerkschaft.¹⁷ Die pekuniäre Belastung eines Hochschulstudiums trug Waldbrunner zu einem Großteil selbst, durch Nebenarbeiten wie Ferialpraxis, Fremdenführungen und Lichtbildvorträge. Von August bis Mitte Oktober 1927 fand er als Ferialtechniker in der Abteilung für öffentliche Beleuchtung, Licht- und Kraftanlagen und allgemeine Angelegenheiten des Wiener Stadtbauamtes eine Anstellung.¹⁸ Im Sommer 1928 arbeitete er für zwei Monate in der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen.¹⁹ Eine wichtige Finanzierungshilfe für das Studium bot beispielsweise die Mitarbeit in der Bildungszentrale.²⁰ Denen, die ihm dabei – materiell oder psychologisch – geholfen hatten, etwa Franz Senghofer, Karl Holoubek, Hans Riemer oder Josef Rois, vergaß er dies nie.

Im Gegensatz zu Wilhelm Rosenzweig gehörte Karl Waldbrunner der Fraktion der „Arbeiterstudenten“ an. Als stärkste Gruppierung des Verbandes bildete sie den von Partei und Gewerkschaft unterstützten rechten Flügel der sozialdemokratischen Studentenbewegung. Die so genannten „D’Orsayisten“, benannt nach dem in der D’Orsaygasse gelegenen Heim der Wihast („Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs“), galten als die pragmatischen „Reformisten“, als gemäßigte Elemente. Für Otto Bauer, den Theoretiker, waren es diejenigen, „die an der lebendigen Praxis der Arbeiterbewegung Anteil“ nahmen.²¹ Es waren meist Kinder aus Arbeiterfamilien, deren politisch-gesellschaftliches Selbstverständnis durch das Faktum mitgeprägt war, dass der Besuch einer Mittelschule bereits eine Stufe im sozialen Aufstieg bedeutete und die Hochschule auch materielle Besserstellung verhiess.²² Zu den führenden Funktionären gehörten Eduard Stark, Rudolf Bohmann, Walter Hitzinger, Stefan Demuth und Karl Waldbrunner. Auf der anderen Seite standen die oppositionellen „Anti-D’Orsayisten“, die sich an Otto und Helene Bauer, Max Adler und Käthe Leichter orientierten. Zu ihnen zählten beispielsweise Paul Lazarsfeld, Marie und Fritz Jahoda, Hertha Firnberg und Walter Wodak, ein Wortführer der Linken nach 1930²³ und nach 1945 in engem Kontakt mit Karl Waldbrunner. Im Jänner 1931 schrieb Walter Wodak: „Zweifach ist die Aufgabe der sozialistischen Studentenbewegung. Die Hochschule im Sinne des Proletariats umzugestalten, ihr die Funktion, den Studenten zu einem willigen Herrschaftsinstrument im Dienste der Bourgeoisie zu machen, zu entreißen, ist unser Ziel. Den Studenten, der unter der Unsicherheit seiner Zukunft leidet, der der Illusion folgt, die Niederwerfung der Arbeiterklasse könnte seine Lage bessern, für den Sozialis-

17 Rosenzweig, Zeit bis 1945, 29 (wie Fn. 3). Ergänzende Informationen finden sich in der Bestätigung für die Anrechnung von Vormitgliedsschaftszeiten zum Österr. Gewerkschaftsbund, 2. Juni 1949, Nachlass #2.

18 Stadtbauamts-Direktion, Amtsbestätigung, 15. Oktober 1927, Privatarchiv Martha Messeritsch.

19 Gemeinde Wien – Städtische Straßenbahnen, Zeugnis, 8. Februar 1929, Privatarchiv Martha Messeritsch.

20 Waldbrunner an Josef Rois, 8. Dezember 1971, Nachlass #25.

21 Die sozialdemokratischen Studenten, in: Arbeiter-Zeitung, 8. April 1925.

22 Bernhard Kraller, Selbstbehauptung und Anpassung. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Studentenbewegung der Ersten Republik, dargestellt an der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs und dem Verband Sozialistischer Studenten Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Studentenhilfe Genf, Diss., Wien 2002, I, 202.

23 Kraller, Selbstbehauptung, I, 207 (wie Fn. 22); Helge Zoitl, Kampf um Gleichberechtigung, Diss., Salzburg 1976.

mus zu gewinnen, ist unsere Pflicht.“²⁴ Etwas nüchterner sieht Karl Waldbrunner rückblickend die Bedeutung der studentischen Aktivzeit: „Damals haben wir die Grundlagen für unsere heutige Arbeit geschaffen.“²⁵

Das „Bollwerk“ der Arbeiterstudenten war die Sektion Technik, wo sich um Karl Waldbrunner, Walter Hitzinger und Rudolf Bohmann der „Technikerkreis“ formierte, während in einigen Fachverbänden der Sektion Universität die „Anti-D’Orsayisten“ dominierten. Zwischen den Technikern und den „Universitätslern“ gab es Fraktionskämpfe und Auseinandersetzungen. Bei diesen, die vonseiten der D’Orsayisten nicht immer frei von antisemitischen Untertönen waren, zeichnete sich nach Angaben eines Mitsudenten Waldbrunner unter anderem dadurch aus, dass er „immer auf der Seite der Juden“ gewesen sei und dafür sogar „von seinen eigenen Kameraden Hiebe einstecken“ habe müssen.²⁶ Die internen Divergenzen traten jedoch weit hinter die gemeinsame Gegnerschaft zu den dominierenden Deutschnationalen bzw. Deutschvölkischen, den „Hakenkreuzlern“, zurück, die ihrer geistigen Überlegenheit gerne mit roher Gewalt Nachdruck verliehen. Blutige Kämpfe waren nicht selten. Die Sozialistischen Studenten reagierten mit der Gründung der „Akademischen Legion“, einer Sektion des Republikanischen Schutzbundes, der auch Waldbrunner angehörte.²⁷

Die ökonomische Basis hatte der rechte Flügel in der 1923 von Eduard Stark und Wilhelm Maresch gegründeten Wihast. Deren Mitbegründer, der Wiener Anatom und Fürsorge-Stadtrat Julius Tandler, war auch ihr Förderer in wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Adolf Schärf war langjähriger geschäftsführender Obmann und, neben Karl Renner, auch der politische Berater der Fraktion der Arbeiterstudenten. Schärfs Einfluss auf die Wihast dürfte vor allem in der Zeit nach 1928/29, als die Wihast in eine schwere finanzielle Krise geraten war, bestimmend geworden sein.²⁸ Aus ihr gingen nach 1945 zahlreiche Vertreter von Wirtschaft, Forschung und Verwaltung sowie führende Politiker der Zweiten Republik wie Bruno Pittermann und Otto Tschadek hervor. Karl Altmann, der allerdings zur KPÖ gewechselt hatte, übernahm das Energieministerium.²⁹

Die „Kampfjahre“³⁰ beim Studentenverband waren stürmische Jahre, die erst viel später Früchte tragen durften. „Damals waren wir voll von Ideen und Hoffnungen, aber keiner von uns hätte sich träumen lassen, dass wir so viel und so lange für un-

24 Walter Wodak, Das Ziel unserer Hochschulpolitik, in: SAR Nr. 1/1931, 9f., zit. nach: Kraller, Selbstbehauptung, I, 218 (wie Fn. 22).

25 Waldbrunner an die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs, 27. November 1956, Nachlass #22.

26 Stellungnahme des Ortsgruppenleiters F. Schiemer in: Politisches Gutachten des Personalamtes der NSDAP, Kreisleitung Wien, 12. September 1939, ÖstA/AdR, Gauakt (GSA) 84559. Die besondere Situation, in der diese Aussage zustande kam, lässt sie zumindest relativieren.

27 Wilhelm Stemmer an Friedl Waldbrunner, 6. Juni 1980, Nachlass #67; Rosenzweig, Zeit bis 1945, 28–29 (wie Fn. 3); Kraller, Selbstbehauptung, I, 73–81 (wie Fn. 22).

28 Kraller, Selbstbehauptung, I, 8f. und 71; 156–162 (wie Fn. 22).

29 Kraller, Selbstbehauptung, I, 9 (wie Fn. 22).

30 Bruno Kepnik an Waldbrunner, 9. November 1971, Nachlass #27.

sere Idee tätig sein können und auch so viel erreichen würden“, schreibt Waldbrunner 1969 an Stella Klein-Löw, mit der er in den 1920er-Jahren gemeinsam in der Studentenorganisation tätig war.³¹ 1945 kamen seine Funktionen in der Studentenbewegung auch dadurch zum Tragen, dass er vom Parteivorstand ersucht wurde, die Sozialistischen Studenten zu betreuen. Deren Obmann, der spätere Minister Josef Staribacher, lernte dabei Karl Waldbrunner kennen.³²

Leitbild Ingenieur

Waldbrunner wurde 1930 zum Ingenieur diplomiert und gehörte damit einer Berufsgruppe an, deren Bedeutung mit der Entwicklung der Industrialisierung deutlich gewachsen war. Die so genannte zweite industrielle Revolution seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erhöhte mit ihren Leitsektoren Chemie, Elektrotechnik und modernem Maschinenbau die Nachfrage nach geschulten Fachkräften und Ingenieuren. In Deutschland verdoppelte sich nach dem Ersten Weltkrieg die Zahl der Studenten an Technischen Hochschulen, wobei Arbeitersöhne immer mehr vertreten waren.³³ Auch in Österreich boten die genannten Sektoren, in denen deutsche Firmen tonangebend waren, begabten Arbeiterkindern Aussichten auf ein Erwerbsleben in qualifizierten Positionen. Dabei erhielt Qualifikation in der Bildungstradition der Sozialdemokratie auch ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Stellenwert. Die Zielsetzungen der sozialistischen Studentenschaft der Ersten Republik waren davon geprägt. Letzten Endes verstand sie es als ihr Programm, in dem „als Aufgabe der Bewegung gesetzt war“, die „Kinder“ (gemeint waren damals überwiegend die Söhne) „des Proletariats beruflich zu schulen, damit sie in der Lage sind, in der Wirtschaft führende Stellungen einzunehmen“.³⁴ Das Bild des Ingenieurs als eines Gestalters der Moderne war ideologisch geprägt von Versuchen, ihn zum Mittler zwischen Kapital und Arbeit hochzustilisieren, und von einer gleichsam apolitischen Versachlichung in Verbindung mit einer technokratischen Denkweise, die zweierlei transportieren konnte: die Vorstellung der Technikentwicklung als Motor der Gesellschaft, wobei dem Ingenieur politische und sachtechnische Entscheidungskompetenz zugeschrieben wurde, und das Bild der Technokratie im Sinne der Übernahme führender Positionen in Staat und Gesellschaft durch Ingenieure.³⁵ Jürgen Habermas zufolge ergibt sich aus der Abhängigkeit des wirtschaftlichen Wachstums vom „quasi-autonomen Fortschritt von Wissenschaft und Technik“ „eine Perspektive, in der die Entwicklung des gesellschaftlichen Systems durch

31 Waldbrunner an Stella Klein-Löw, 27. Jänner 1969, Nachlass #4.

32 Josef Staribacher an Waldbrunner, 24. November 1971, Nachlass #25.

33 Wolfgang König, Vom Staatsdiener zum Industrieangestellten: Die Ingenieure in Frankreich und Deutschland 1750–1945, in: Ders./Walter Kaiser (Hrsg.), Geschichte des Ingenieurs, München 2006, 179–232, 218–219.

34 Walter Hitzinger an Theodor Körner, 24. Juli 1945, Nachlass #10. Ingenieur Hitzinger verteidigte sich damals gegen Vorwürfe, er sei ein Nazi gewesen.

35 König, Staatsdiener, 223–224 (wie Fn. 33).

die Logik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt zu sein scheint“.³⁶ Durchaus in kritischer Distanz und mit kulturpessimistischem Unterton bemerkte Otto Bauer: „Das ingenieurmäßige Denken wird zum vorherrschenden Denken der Zeit.“³⁷ Jenseits der technisch-rationalen Funktion, die dem Ingenieur aus der zunehmenden Trennung von Eigentümer- und Unternehmerfunktion im modernen Kapitalismus zukam, war die gesellschaftspolitische Dimension von Belang. Karl Renner wies 1924 in einem Vortrag zur Gründungsversammlung der Berufsgruppe Ingenieure im Bund der Industrieangestellten Österreichs auf diesbezügliche Defizite in einem Land hin, in dem Kapläne noch immer ein höheres Sozialprestige genossen als Ingenieure, obwohl diese für Entwicklung und Reichtum des Landes und der Bevölkerung wichtiger seien. Österreich vertue seine Chance, indem es die vorhandenen intellektuellen Kapazitäten nicht nütze: „Wir sollen ein Kulturstaat, ein Staat der Wissenschaft sein, ein Staat, der aller Welt voranleuchtet, den jeder sucht und braucht, von dem alle anderen die Ärzte und Techniker beziehen, und siehe da, wir werden nicht mit der Methode der wissenschaftlichen Institute, sondern mit der Methode der Sakristei regiert.“³⁸ Dass sich diese gedruckte Rede über „Die Geltung der Ingenieurarbeit in Wirtschaft und Gesellschaft“ als eine der sehr wenigen Publikationen im Nachlass Karl Waldbrunners findet, darf wohl als Indiz für die Bedeutung gelten, die er seinem künftigen Beruf beimaß.

Für Waldbrunners späteren Werdegang wurde der Konnex von technischer Intelligenz und sozialistischer Gesinnung zum wesentlichen Faktor im Rahmen seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Besonders ausgeprägt ist die lebenslange enge Bindung an seinen erlernten Beruf und die Kollegen mit der gleichen parteilichen Orientierung. Unter ihnen herrschte eine Art Standesbewusstsein, ein Zusammenhalt, der Persönliches mit Beruflichem und Politischem verband und eine „starke Verbundenheit über die Jahrzehnte hinaus erhalten“³⁹ ließ. In seiner einflussreichen politischen Stellung nach 1945 spielte Waldbrunner dabei eine Führungsrolle. Dazu gehörten selbstverständlich auch personalpolitische Entscheidungen in der Zeit des Wiederaufbaus, die die österreichische Wirtschaft sachlich und politisch in die gewünschte Richtung bringen sollten. Der 1938 in die USA emigrierte jüdische Techniker Gerold Tennenhäuser (Gerold H. Tenney), in der Ersten Republik aktiver Sozialist, studierter Elektrotechniker und später Atomphysiker (Manhattan Project), attestierte Waldbrunner nach einem Besuch in Wien anerkennend: „Wie gut du es verstanden hattest, die richtigen Leute in den richtigen Posten zu setzen!“⁴⁰ Richtig

36 Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, in: Dirk Käsler (Hrsg.), Max Weber. Sein Werk und seine Wirkung, München 1972, 89–127, 111.

37 Otto Bauer, Geistige Weltkrise, in: Der Kampf 23 (November 1930) 11, 449–454, 449.

38 Karl Renner, Die Geltung der Ingenieurarbeit in Wirtschaft und Gesellschaft (Schriftenreihe des Bundes der Industrieangestellten Österreichs 3), 19–20.

39 Waldbrunner an Walter Hitzinger, 11. Dezember 1971, Nachlass # 10.

40 Dr. Gerold H. Tenney an Waldbrunner, 27. Mai 1965, Nachlass #7. Ähnlich äußert sich auch Dkfm. Dr. Hans Singer, Direktor und Mitglied des Vorstands der Ennskraftwerke: „Soviel ich weiß, warst es du, als du nach dem Zweiten Weltkrieg in das politische Leben getreten bist, der sich dafür eingesetzt hat, seine Freunde aus dem sozialistischen Studentenverband in jene Positionen zu bringen, in welchen sie sich jetzt befinden.“ (Singer an Waldbrunner, 20. Dezember 1962; Nachlass #27)

waren sie nicht nur parteipolitisch und als Freunde aus dem sozialistischen Studentenverband – beides hätte sich als Entscheidungsgrundlage nicht von den Praktiken der ÖVP unterschieden –, sondern vor allem auch fachlich. (Damit entsprach er übrigens den Koalitionsvereinbarungen.)

Der Wiener Landtagspräsident Wilhelm Stemmer bezeichnete ihn einmal als den „guten Sachwalter unseres Berufes mit sozialistischem Profil“.⁴¹ Das schließt aber aus, dass sich Waldbrunner als Sachwalter der reinen Technokratie ohne politische Rücksichten verstand. Er selbst war sich des Zusammenhangs bewusst: „Wir sind auf unsere Technikerbewegung immer stolz gewesen und haben bestimmt ein Recht dazu. Aber wenn wir etwas erreicht haben, dann gerade durch unser Zusammenhalten und das unentwegte Eintreten für unsere Bewegung, der wir seit Jugend dienen.“⁴² Wenn Paul Lazarsfeld in den 1930er-Jahren mit Blick auf die Sowjetunion gemeint hatte: „Eine siegreiche Revolution braucht vor allem Ingenieure“,⁴³ war für Karl Waldbrunner der Ingenieur zur Sicherung des auf evolutionärem Wege zu Schaffenden wichtig. Zur Durchsetzung seiner gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen bedurfte es der praktischen Basis, die ihm – der selbst durch diese Schule gegangen und von ihr geprägt worden war – vor allem die technische Intelligenz, personifiziert in seinen Ingenieurskollegen, zu gewährleisten schien. So war für Waldbrunner der freundschaftliche Gruppenzusammenhalt auch Rückhalt für seine Tätigkeit, in gewissem Sinn die industriell messbare Basis seines politischen Erfolgs.

In der Weltwirtschaftskrise

Waldbrunnners Studentenjahre decken sich chronologisch mit der „Blütezeit des Kommunalsozialismus“. Während die gesamtösterreichische Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierung seit der Währungsstabilisierung hartnäckig einen Restriktionskurs verfolgte, gingen sozialdemokratische Gemeinden einen expansiven Weg, wobei das „Rote Wien“ mit seinen Gemeindebauten und der Wohnraumverteilung nach dem Kriterium der sozialen Bedürftigkeit, mit dem Ausbau der sozialen Dienste, der Schulreform, den so genannten „Breitner-Steuern“ u.a. das herausragendste und von den Konservativen angefeindete Beispiel ist. Der Konjunkturverfall der Weltwirtschaftskrise mit einem deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen, aber auch die zunehmende Beschneidung der fiskalpolitischen Souveränität der Kommunen und Länder vor allem im Rahmen des Finanzausgleichs von 1931 brachte allerdings die einst so imposante kommunalsozialistische Aufbauarbeit Wiens, als

41 Wilhelm Stemmer an Waldbrunner, August 1969, Nachlass #7. Stemmer wurde 1909 geboren.

42 Waldbrunner an den Verband sozialistischer Ingenieure im BSA, 27. November 1956, Nachlass #22.

43 Paul Lazarsfeld, Eine Episode in der Geschichte der europäischen Sozialforschung, in: ders./Talcott Parsons/Edward Shils (Hrsg.), Soziologie – autobiographisch. Drei kritische Berichte zur Entwicklung einer Wissenschaft, Stuttgart 1975, 174–225, 194.

deren Leitgestalt Robert Danneberg gelten kann, zum Erliegen.⁴⁴ Der Eindruck, den die augenfälligen großartigen Leistungen auf das Selbstwertgefühl zumal der sozialdemokratischen Zeitgenossen gemacht haben müssen, darf wohl nicht unterschätzt werden. Außerdem waren in der Wiener Kommunalpolitik Ansätze zu jener pragmatischen Integration angelegt, die nach 1945 auf der Bundesebene zum Tragen kam.⁴⁵ In der Tat waren die Leistungen Wiens in der Ersten Republik ein Vorbild. So sagte Waldbrunner im November 1945 über „Sozialistische Politik und Wiederaufbau“: „Programm, Entwicklung und Durchführung sozialistischer Politik in der Wiener Gemeindeverwaltung bis 1934, die über Österreich hinaus von der ganzen Welt anerkannt und bewundert wurde, müssen als Grundlage dienen für den Wiederaufbau der durch Faschismus und Krieg zerschlagenen Wirtschaft.“⁴⁶

Waldbrunners Studienjahre waren aber auch von einer sich verschärfenden politischen Lage geprägt. Allmählich wurden die Auseinandersetzungen über die für große Teile der Bevölkerung unbefriedigende österreichische Wirtschaftssituation von den sich zuspitzenden innenpolitischen Gegensätzen überlagert. Die Ereignisse von Schattendorf und der skandalöse Freispruch kulminierten im Justizpalastbrand 1927 und in blutigen Aktionen der Polizei. Die antidemokratischen Tendenzen verstärkten sich, die rechtsextremen Heimwehren fanden in Ignaz Seipel einen Förderer, der auch nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler 1929 eifrig den geistigen Boden für den Austrofaschismus bereitete. Paramilitarisierung und bewaffnete Zusammenstöße bestimmten das Bild. Die Spitzen der Wirtschaft unterstützten die Heimwehren massiv – und diese Tatsache vergaß die Sozialdemokratie auch nach 1945 lange nicht. Zu den Finanziers gehörte auch die Österreichische Bodencreditanstalt, deren Krach eine riesige und bleibende Belastung für den Finanzsektor darstellte und in den die Bank groteskerweise schlitterte, nachdem Heimwehraktivitäten eine Kreditpanik hervorgerufen hatten.⁴⁷

Als Karl Waldbrunner 1930 sein Studium abschloss, stand die Welt bereits im Zeichen der „Großen Depression“. Sie traf die noch unter Anpassungsdefiziten leidende österreichische Wirtschaft und löste einen Konjunkturabschwung mit Produktionsrückgängen und rasch wachsender Arbeitslosigkeit aus. Anfangs vertraute man noch dem liberalen „Dogma der Krisenautomatik“, demzufolge die Krise einen „natürlichen“ Reinigungsprozess darstelle, der in einen baldigen neuen Aufschwung münden würde. Nur langsam dämmerte die Erkenntnis, mit einem historisch beispiellosen Ereignis konfrontiert zu sein.⁴⁸ Der Zusammenbruch der

44 Robert Schediwy, Die Blütezeit des Kommunalsozialismus, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, 364–378, 374–377.

45 Schediwy, Blütezeit, 364–365 (wie Fn. 44).

46 Sozialistische Ingenieure nehmen Stellung zu den Wahlen [November 1945], Auszüge aus der Rede Waldbrunners, Typoskript, Nachlass #32.

47 Bachinger, Währung, 88–92 (wie Fn. 8); Haas, Ende, 421 (wie Fn. 8).

48 Bachinger, Währung, 95 (wie Fn. 8); Kurt Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Industrie, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur. gestern – heute – morgen, Berlin 1961, 1. Bd., 1–157, 88.

Creditanstalt, des größten Aktionärs und Kreditgebers der österreichischen Wirtschaft, leitete im Frühjahr 1931 die eigentliche ökonomische Katastrophe ein.⁴⁹ Die Industrieproduktion betrug 1932 61 Prozent des Standes von 1929, die Arbeitslosigkeit stieg auf jenes erschreckende Ausmaß, das den sozialen und politischen Niedergang begleitete. Fast weltweit galt: „Die kapitalistische Wirtschaft schien zwischen den Kriegen völlig zusammenzubrechen. Und niemand wusste, wie sie sich wieder erholen könnte.“⁵⁰ Als krisenverschärfend erwiesen sich die von wirtschaftsliberalen Doktrinen geleiteten wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen, die Präferenz für einen Sparkurs, ein ausgeglichenes Budget und eine stabile Währung, die mit der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch das Dollfuß- und Schuschnigg-Regime noch leichter umgesetzt werden konnten. Eine äußerst konservative Beschäftigungs-, Lohn- und Sozialpolitik drückte die Massenkaufkraft auf ein sehr niedriges Niveau.⁵¹ Wie Karl Bachinger festhält, fehlte bis zum Ende der Ersten Republik für eine Politik der Konjunkturbelebung „so gut wie jegliches Verständnis“. Ökonomen wie Ludwig Mises oder Friedrich Hayek, der auch heute noch als einer der Ahnherren des Neoliberalismus einen wichtigen Einfluss besitzt, verstellten mit ihren Wortmeldungen zusätzlich den Weg zu einer aktiven Wirtschaftspolitik. Aber auch die Krisenlösungsstrategie der Sozialdemokratie, vor allem die Otto Bauers, folgte dem Pfad der orthodoxen Austeritätspolitik.⁵² So trug sie auch das Budgetsanierungsgesetz von 1931 mit, wobei sie sich zu diesem Zeitpunkt, durchaus einem staatspolitischen Loyalitätsdenken verpflichtet, die Option einer Koalition mit den Bürgerlichen – allerdings unter Ausschluss der Heimwehren – offenhielt.⁵³ Der Gewerkschafter Johann Schorsch, der den „neuen Weg“ der antideflationären Konjunkturpolitik nach dem Vorbild des WTB (Woytinsky-Tarnow-Baade)-Plans der deutschen Gewerkschaften vorschlug, blieb ein „rara avis“.⁵⁴ Doch markiert andererseits die Weltwirtschaftskrise den Wendepunkt in der wirtschaftspolitischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, der den „New Deal“ eines Franklin D. Roosevelt – und leider auch einen Hitler – emporgebracht hat und den Ideen eines John Maynard Keynes zum Durchbruch verhalf. Nach 1945 sollte sich dieses Umdenken auch beim Erreichen der europäischen Prosperität bezahlt machen. Doch in den 1930er-Jahren paarte sich der Wirtschaftsliberalismus mit den Vorstellungen einer immer lauter geforderten „Finanz-“ oder „Wirtschaftsdiktatur“.⁵⁵ Ihre innenpolitische Stoßrichtung war ebenfalls evident: die Ausschaltung der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, somit die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie – vorgezeichnet in Italien und Deutschland, exekutiert von Dollfuß, verfestigt von Schuschnigg. Die bis Februar 1934 bekundete Verständigungsbereitschaft der Sozialdemokratie auf demokratischem Boden war obsolet

49 Bachinger, Währung, 101 (wie Fn. 8).

50 Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, 116 (wie Fn. 6).

51 Rothschild, Wurzeln, 94–95 (wie Fn. 48); Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, Der lange Weg, 288–289 (wie Fn. 8).

52 Ulrike Weber-Felber, Wirtschaftspolitische Strategien der Freien Gewerkschaften in der Ersten Republik, phil. Diss., Wien 1986, 302; vgl. Bachinger, Währung, 118–119 (wie Fn. 8); Butschek, Konflikt, 59 (wie Fn. 12).

53 Haas, Ende, 422 (wie Fn. 8).

54 Bachinger, Währung, 118 (wie Fn. 8); Butschek, Konflikt, 59–63 (wie Fn. 12).

55 Haas, Ende, 422 (wie Fn. 8); Bachinger, Währung, 120–121 (wie Fn. 8).

geworden, der gleichzeitig bekundete Wille zum kämpferischen Widerstand endete in Verhaftungen und Hinrichtungen; das Verbot der Partei und die Auflösung ihrer Organisationen trieb viele ins Exil und in die Illegalität.

Mit dem Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich, den Produktionsrückgängen und Entlassungen, stand Waldbrunners Studienabschluss unter einer schweren Hypothek. Arbeit zu finden war auch für einen diplomierten Absolventen der Technischen Hochschule ein schwieriges, für Karl Waldbrunner letztlich aussichtsloses Unterfangen. In der schwersten und anhaltendsten Krise des industriekapitalistischen Systems schwanden auch die Märkte zur Verwertung des kulturellen Kapitals. Mehr als kurzfristige Beschäftigungen fand der junge Ingenieur nicht. Von 1. September 1930 bis Ende Februar 1931 kam er als Volontär bei den Wiener Städtischen Straßenbahnen unter und erhielt dafür eine „Spesenvergütung“ von fünf Schilling pro Tag.⁵⁶ Ab 12. März 1931 bezog er vom Bund der Industrieangestellten eine „Ordentliche Stellenlosenunterstützung“ für 60 Tage in der Gesamthöhe von 28,50 Schilling.⁵⁷ Über seine Kontakte zur Bildungszentrale betätigte er sich als Reiseleiter und betreute beispielsweise im April 1931 eine Gruppe der Schweizerischen Sozialistischen Eisenbahner, in der sich vermutlich seine spätere Gattin befand.⁵⁸ Ebenfalls ab 1931 war er Kursleiter im gewerkschaftlichen Bildungshaus Anton Hueber.⁵⁹ Seine Tätigkeit als Obmann der Ingenieurgruppe des Bundes der Industrieangestellten wurde bereits erwähnt. Im Juli 1931 bewarb er sich beim Arbeiter-Radiobund Österreichs erfolglos um eine Anstellung.⁶⁰ Arbeit gab es offenbar nur anderswo.

Arbeitsmigrant in der Sowjetunion

Der dramatische Verlust an Arbeitsmöglichkeiten während der Weltwirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern stand in augenfälligem Kontrast zum wachsenden Arbeitskräftebedarf im Zeichen der forcierten Industrialisierung und des ersten Fünfjahresplanes in der UdSSR. Vor der Katastrophenfolie der westlichen kapitalistischen Länder musste das dort Geleistete über ideologische Grenzen hinweg glanzvoll erscheinen. „Das Trauma der Weltwirtschaftskrise wurde noch von der Tatsache verstärkt, dass sich das einzige Land, das lautstark mit dem Kapitalismus gebrochen hatte, als immun gegen sie zu erweisen schien: die Sowjetunion. Während der Rest

56 Gemeinde Wien – Städtische Straßenbahnen, Zeugnis, 3. März 1931, und Vormerkblatt der Personalverrechnung, 2. März 1931, Privatarchiv Martha Waldbrunner.

57 Bund der Industrieangestellten Österreichs, Ordentliche Stellenlosenunterstützung, 10. März 1931, Privatarchiv Martha Waldbrunner.

58 Hs. Felber-Mähli an Waldbrunner, 6. Juni 1958, Nachlass #2. Walter Szevera, Interview mit Martha Waldbrunner, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Walter Szevera und Barry McLoughlin (Kopie der Abschrift in meinem Besitz).

59 Franz Senghofer an Waldbrunner, 29. Oktober 1970, Nachlass #2.

60 Arbeiter-Radiobund Österreichs an Waldbrunner, 17. Juli 1931, Privatarchiv Martha Messeritsch.

der Welt stagnierte, jedenfalls überall dort im Westen, wo der liberale Kapitalismus herrschte, war die Sowjetunion mit den massiven und rasanten Industrialisierungsmaßnahmen ihres neuen Fünfjahresplans beschäftigt.⁶¹

Otto Bauer hielt es bereits 1925 für möglich oder gar wahrscheinlich, dass in Sowjetrußland bald eine sozialistische Gesellschaft entstehen könnte, wenngleich er stets kritische Distanz zum Bolschewismus als despotischem Sozialismus im Gegensatz zu „unserem“ demokratischen bewahrte.⁶² Der erste Fünfjahresplan erregte die Aufmerksamkeit der Welt auch deswegen, weil er in der Kombination von Wissenschaftlichkeit und Marxismus eine Blaupause für die neue Gesellschaft abgab.⁶³ Enthusiastischer, zum Teil propagandistisch überhöhter Überschwang machte aus Rußland die Versuchsstation einer zukünftigen besseren Welt. Die katastrophale Wirtschaftskrise, das Vordringen der militanten Rechten, gesellschaftliche und ökonomische Perspektivenlosigkeit in den kapitalistischen Ländern trugen ihr Übriges dazu bei, Hoffnungen auf die Sowjetunion zu projizieren und die dortige „kühne Aufbauleistung“ unter teils bewusster Ignorierung des Terrors und der Menschenopfer als Ausweg aus der kapitalistischen Misere zu bewundern.⁶⁴ 1932 hieß es in einem Leitartikel der „Sozialistisch-Akademischen Rundschau“: „Die österreichische Arbeiterklasse [ist] außerordentlich positiv zu dem sozialistischen Aufbauwerk in Sowjetrußland eingestellt. In diesen Jahren, wo (...) die kapitalistische Welle (...) so hoch geht, ist es besonders wichtig, zu wissen, dass in Rußland ein Teil unserer Welt gezimmert wird, ein Bau, auf den wir unsere Hoffnungen konzentrieren können. (...) Die österreichischen Arbeiter, die von Rußland zurückkommen, berichten uns über das Aufbauwerk, an dem sie mitgeschaffen. Sie erzählen über die gigantischen Werke, die die Russen aus dem Boden stampfen, über die Begeisterung der Arbeiter, die die tägliche Not zu vergessen suchen im Glauben an das bessere Morgen.“⁶⁵ Die Kehrseite solcher „Berichte himmelaufjuchzender Begeisterung“ waren „Berichte der Entrüstung und Verzweiflung“; den Projektionen von Technikern, Nationalökonomern und Arbeitslosen stand das Wissen um den Raubbau an Menschenleben und um Repressionen gegenüber.⁶⁶ Keineswegs war das „Stalinsche Experiment“ in der österreichischen Sozialdemokratie unumstritten.

Eines hielt jedoch einem Vergleich mit der „täglichen Not“ daheim stand, war wesentlich existenznaher und, so Eric Hobsbawm, „viel gewichtiger“ als die gewaltigen kolportierten industriellen Leistungen: „In der Sowjetunion gab es keine

61 Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, 128 (wie Fn. 6).

62 Otto Bauer, *Der Kongress in Marseille*, in: *Der Kampf* 18 (Aug.–Sept. 1925) 8/9, 281–285, 284.

63 Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley/Los Angeles/London 1997, 30.

64 Freilich wurde auch Kritik am blinden Glauben – vor allem Bauers – laut. Vom Führer der russischen Sozialdemokratie, Theodor Dan, erntete Bauer Kritik wegen dessen Ungereimtheiten. Gerd Storm/Franz Walter, *Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen „Dritten Weg“ zum Sozialismus?*, Berlin 1984, bes. 100–102, 110. Aber Bauer war nicht blind gegenüber dem stalinistischen Terror, der „nicht nur dem Ansehen der SU in der Welt“, sondern „der Sache des Sozialismus überhaupt unsäglichen Schaden zugefügt“ habe. Otto Bauer, *Aus der Sowjetunion*, Februar 1938, in: ders., *Werkausgabe*, 9, Wien 1980, 1020–1022.

65 Walter Hitzinger, *Gegen den Pessimismus!*, in: *SAR* 4 (1932) 1–3, zit. nach: Kraller, *Selbstbehauptung*, I, 220–221 (wie Fn. 22).

66 Friedrich Adler, *Das Stalinsche Experiment und der Sozialismus*, in: *Der Kampf* 25 (1932) 1, 4–16, 4.

Arbeitslosigkeit.⁶⁷ Es gab Arbeit und, so Karl Waldbrunner, es ergaben sich „für jeden Ingenieur interessante Aufgaben im Aufbau der russischen Industrie“.⁶⁸

Im Gegensatz zu den unter der Depression leidenden Staaten, die ihre Grenzen vor der Arbeitsmigration schlossen, hatte das Land einen hohen Bedarf an Fachkräften und technischen Spezialisten und warb im Ausland um sie. Mit Erfolg: 1931 und 1932 löste die UdSSR die bis dahin führenden Zielländer der österreichischen Emigration, USA, Kanada, Brasilien und Argentinien, ab.⁶⁹ Nach sowjetischen Statistiken befanden sich im zweiten Quartal 1932 über 40.000 ausländische Arbeiter in der UdSSR. Ungefähr die Hälfte davon waren Deutsche und Österreicher, je ein Viertel Amerikaner und Kanadier.⁷⁰ Seit 1929 gab es Kontakte der russischen Außenhandelsvertretung mit den österreichischen Behörden, für hochqualifiziertes Personal wurde 1931 bei der Vertretung ein „Spezialisten-Büro“ eingerichtet. Das SPEZ-Büro bzw. der Bevollmächtigte des Obersten Volkswirtschaftsrates bei der Handelsvertretung der UdSSR in Österreich übersandte dem Bundeskanzleramt spezifizierte Bedarfslisten sowjetischer Unternehmen, das sie an die Arbeiterkammer, die Vereinigung der Ingenieure und Architekten und den Bund der Industrieangestellten mit dem Ersuchen weiterleitete, „entsprechend qualifizierte Bewerber einladen zu wollen, bei der russ. Handelsvertretung (...) vorzusprechen“.⁷¹ Auch die Russisch-Österreichische Handelsgesellschaft RATAO, eine Aktiengesellschaft zur Finanzierung der „Russengeschäfte“, in der der 49-prozentige österreichische Anteil je zur Hälfte von der Arbeiterbank und der Creditanstalt gehalten wurde, vermittelte Arbeitskräfte.⁷² Angeblich machte Johann Gorski, der leitende Funktionär der Gesellschaft und in der Bezirksorganisation Landstraße der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Karl Waldbrunner auf die Arbeitsmöglichkeit in der Sowjetunion aufmerksam.⁷³ Letztlich gelangte Waldbrunner aber über Vermittlung des Bundes der Industrieangestellten in die Sowjetunion.⁷⁴

67 Hobsbawm, *Zeitalter der Extreme*, 128 (wie Fn. 6).

68 Karl Waldbrunner, *Wiener Zeitung*, 15.11.1945.

69 Walter Szevera, *Österreichische Facharbeiteremigration in den 30er Jahren in die Sowjetunion*, in: Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, *Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 64)*, Wien 1997, 71–158, 71–72.

70 Szevera, *Facharbeiteremigration*, 74 (wie Fn. 69). Andere Zahlen bei Kotkin, *Magnetic Mountain*, 432 (wie Fn. 63).

71 *Vermittlung österreichischer Ingenieure und Arbeiter, Stellenausschreibung*, 15. Jänner 1932, ÖstA/AdR, BKA-Inneres, W.A., Kt. 2236/375, *Russland 1932–1934*, 8/4, Zl. 60–802/32. Szevera, *Facharbeiteremigration*, 80–83 (wie Fn. 69).

72 Anonymes Schreiben vom Juli 1956 im Nachlass Waldbrunner, #60. Zur RATAO siehe auch Josef Hindels, *Der lange Weg. Von der Arbeiterbank zur Bank für Arbeit und Wirtschaft*, Wien 1973, 59–63. Szevera, *Facharbeiteremigration*, 76 (wie Fn. 69). Andreas Korp, *Arbeiterbank. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Bankwesens*, Wien [1947], 17–18. Szevera und Korp erwähnen auch die Beteiligung der Großverkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine, die sich mit der Gewerkschaft an der Gründung der Arbeiterbank beteiligt hatte. Gertrude Enderle-Burcel, *Die österreichische Arbeiterbank. Soziales Kreditinstitut oder bürgerliches Bankwesen?*, in: *Zeitgeschichte* 18 (1990/91) 11/12, 337–350, 342–344.

73 Rosenzweig, *Zeit bis 1945*, 30 (wie Fn. 3).

74 Waldbrunner Karl, Waldbrunner Martha und Stein Jakob; *Rückkehr aus Sowjetrußland*, Bundes-Polizeidirektion in Wien, 22. November 1937, ÖstA/AdR, BKA Inneres, Karton 5000, 22/gen., Zl. 332.585-StB/1937.

Über die russische Handelsvertretung kam es am 24. Februar 1932 zur schriftlichen „Vereinbarung“ zwischen dem Arbeitnehmer, dem Elektro- und Maschineningenieur Karl Waldbrunner, und dem Arbeitgeber, der Staatlichen Zentral-Vereinigung „Sojusselmasch“ in Moskau, der konzernartigen, vorgesetzten Stelle.⁷⁵ Über Moskau gelangte Waldbrunner mit einem mitgereisten österreichischen Ingenieurskollegen nach Swerdlowsk (Jekaterinburg) und von dort an seine Arbeitsstätte, die im Südrural gelegene Simsker Staatliche Landwirtschaftsmaschinenfabrik. Ab 1. April stand „der ausländische Spezialist“ als Oberingenieur der Bauabteilung für die Errichtung des Elektrizitätswerks und die elektrische Einrichtung der Werkstätte sowie des Dampfteiles des Kraftwerkes in Dienst. Zweimal, im Mai und Juni 1934 sowie von Ende August bis September 1935,⁷⁶ nutzte Waldbrunner seinen Urlaub für Reisen nach Österreich, wo sich sowohl private als auch politische Erschütterungen ereignet hatten: 1933 der Tod seines Vaters und die Ausschaltung des Parlaments und 1934 die Zerschlagung der Demokratie mit dem Verbot und der Verfolgung der aktiven Sozialdemokraten. Sein väterlicher Freund Karl Maisel, mit dem Waldbrunner korrespondierte, war einer der von den Austrofaschisten in Wöllersdorf Internierten. 1934 reiste Waldbrunner auch in die Schweiz zu seiner zukünftigen Frau, die ihm im September in die Sowjetunion nachfolgte⁷⁷. Die Hochzeit fand in Moskau statt, wo die beiden mit Hilfe des ebenfalls 1932 mitgereisten Ingenieurs Emanuel Wassermann unterkamen und die Zeit sogar für Opernbesuche nutzten,⁷⁸ bevor die Arbeit im Simsker Werk wieder aufgenommen wurde. Laut Arbeitsvertrag von 1934 erhielt Waldbrunner ein festes Gehalt von 700 Rubel monatlich plus einer 25-prozentigen „Zulage für beständige Beschäftigung auch an freien Tagen“. Zumindest einmal kam Waldbrunner „für die hohen technischen Eigenschaften und die tüchtige Führung der Montierungsarbeiten des Simsker Heizkraftwerkes“ in den Genuss einer Prämie von 500 Rubel. Außerdem stellte ihm das Werk „eine Wohnung bestehend aus 2 Zimmern und Küche mit Beheizung, Beleuchtung und Bedienung unentgeltlich zur Verfügung“. Im März 1935 avancierte Waldbrunner zum leitenden Maschineningenieur, sein Gehalt erhöhte sich auf 900 Rubel. Auch war in dieser Position die regelmäßige Gehaltsauszahlung üblich.⁷⁹ Bei einem 1932 für eine zweiköpfige ausländische Arbeiterfamilie mit 250 bis 300 Rubel und 1933 für Ingenieure mit 450 bis 500 angesetzten Mindesteinkommen⁸⁰ befand sich das Ehepaar Waldbrunner in guten Verhältnissen. 1935 wurde ihm in der Fremde ein Sohn geboren. Die Lebenshaltungskosten konnten durch Einkaufsmöglichkeiten

75 Vereinbarung vom 24. Februar 1932, Nachlass. Das Folgende stützt sich auf Dokumente im Nachlass.

76 Das geht aus den Melderegistern der Stadt Wien hervor. Ich danke Herrn Erich Denk vom Meldearchiv für die freundliche Auskunft.

77 Zum Zeitpunkt der Reise der künftigen Gattin siehe Waldbrunner Karl, Waldbrunner Martha und Stein Jakob; Rückkehr aus Sowjetrußland, Bundes-Polizeidirektion in Wien, 22. November 1937, ÖstA/AdR, BKA Inneres, Karton 5000, 22/gen., Zl. 332.585-StB/1937. Ihr Reisepass wurde am 19. November 1934 von der österreichischen Gesandtschaft in Moskau ausgestellt. Ebd., Verkehr österreichischer Staatsbürger aus Russland, Lundenburg, 23. Mai 1937.

78 Szevera, Interview mit Frau Martha Waldbrunner (wie Fn. 58).

79 Szevera, Interview mit Frau Martha Waldbrunner (wie Fn. 58).

80 ÖstA/AdR, BKA Inneres, W.A., Kt. 2236/375, Russland 1932–1934, 8/4, Zl. 60–802/32, Zl. 69.646-WA/32. Szevera, Facharbeiteremigration, 99 (wie Fn. 69).

in den für Ausländer reservierten INSNAB-Läden relativ gering gehalten werden. (Ob es einen solchen in Simsk/Simskaja gab, ist allerdings nicht bekannt.) Die meisten Güter waren dort zwischen 50 und 70 Prozent billiger als in Inländermagazinen. So kostete 1933 ein Kilo Schweinefleisch 3,5 Rubel, ein Kilo Zucker 2,4 und ein Paar Schuhe 30 Rubel. 1935 wurden diese Läden allerdings abgeschafft, was die Reallöhne sinken ließ. Laut Volkskommissariat erwachsen ausländischen Arbeitern und Spezialisten nun Mehrkosten zwischen 250 und 400 Rubel. Teilweise gab es Kompensationen durch die Firmenleitungen oder die Möglichkeit (wie sie die Gewerkschaften nach der Schließung der INSNAB österreichischen Schutzbündlern gewährte), in Kooperativen einzukaufen, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionären vorbehalten waren.⁸¹ Ob ausländische Spezialisten von den ihnen zustehenden Sonderzuteilungen an Lebensmitteln angesichts der grassierenden Armut etwas an die Einheimischen abgaben, blieb ihnen überlassen. Wie Hilde Kopenig berichtete, war Karl Waldbrunner deshalb sehr beliebt, weil er mit seinen Mitarbeitern teilte.⁸²

Waldbrunner stand an der dritten Stelle in der Betriebshierarchie und war „verantwortlich für die Instandhaltung aller Einrichtungen, der Dampf- und Kraftwirtschaft sowie aller Anlagen des Werkes im Interesse des Betriebs und der Volkswirtschaft“. Er verwaltete die gesamte Energieversorgung, die Werkseinrichtung und die Bauabteilung des Werks. Offenbar ergab sich aus dieser Position auch die Verpflichtung zu Dienstreisen, die den Obermechaniker nach Charkow, Leningrad, Kiew und zu Behörden nach Moskau führten. Dort lernte er unter anderem den Außenhandelsminister Anastas Ivanowitsch Mikojan kennen, den er Jahre später nach Kaprun begleiten sollte. Darüber hinaus erteilte er Unterricht in technischen Fächern.⁸³

Noch vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Dauer beendete Waldbrunner im August 1935 seine Tätigkeit in Simsk „über eigenen Wunsch“ und begann am 1. Oktober als Obermechaniker in der Eisengießerei von Kasli im Tscheljabinsker Oblast im Mittelural. In diesem Jahr erlebten die österreichischen Schutzbundemigranten in Leningrad eine erste Verhaftungswelle.⁸⁴ Aus Briefen an seine Mutter geht hervor, dass Waldbrunner im Betrieb auf zunehmende Ablehnung stieß und es „unheimlich“ geworden sei.⁸⁵ Vor allem ab dem Sommer 1936 nahm die Radikalisierung der „Säuberungen“ und der Terror, begleitet von wachsender Xenophobie und Hysterie gegen Ausländer, zu. Der neue „Tatbestand“ der „Industriesabotage“ sollte die zahlreichen Betriebsunfälle, verursacht vor allem durch erhöhten Planerfüllungsdruck und Stachanowismus, „erklären“.

81 Szevera, *Facharbeiteremigration*, 103 und 106 (wie Fn. 69). Barry McLoughlin, *Die Schutzbund-Emigration*, in: Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, *Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 64), Wien 1997, 159–434, 206–208.

82 Hilde Kopenig, *Emigration in die Sowjetunion*, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*, Internationales Symposium 19. bis 23. Oktober in Wien, Wien/München 1988, 976–979, 977.

83 Rosenzweig, *Zeit bis 1945*, 32 (wie Fn. 3).

84 McLoughlin, *Die Schutzbund-Emigration*, 367 (wie Fn. 81).

85 Szevera, *Interview mit Frau Martha Waldbrunner* (wie Fn. 58).

Kein Ingenieur oder Manager war unter diesen Umständen frei von Verdacht.⁸⁶ Überall wurden Feinde und Saboteure geortet. Offenbar bekam auch Karl Waldbrunner als Hauptverantwortlicher für alle Maschinen diese Stimmung zu spüren. Zwar weniger durch die Tatsache, dass ein 1936 geplanter Urlaub in einem Gewerkschaftshaus an einem See gestrichen wurde, weil das Plansoll nicht erfüllt worden war (immerhin gab es eine Abgeltung durch ein Monatsgehalt), aber dutzende Male geflickte Riemen und fehlendes Schmieröl drohten die Lage prekär werden zu lassen. Bevor sich solche Befürchtungen bewahrheiten konnten, wurde der Ingenieur im Februar 1937 entlassen. Eine Fahrt nach Moskau, wo er sich darüber beschweren wollte, fruchtete nichts.⁸⁷ Da ihm die Leitung kein Zeugnis ausstellen wollte, schrieb er sich selbst eines und ließ es von der Polizei bestätigen, berichtet Wilhelm Rosenzweig.⁸⁸ Es gibt aber eine Bescheinigung der Verwaltung vom April, in der es heißt, dass Waldbrunner „alle Arbeiten mit der Fabrik (...) durchgeführt und beendet“ und alle Arbeiten „in voller Ordnung abgeliefert“ habe. Sie spricht freilich auch davon, dass er die Fabrik „über eigenes Ansuchen verlässt“. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Schreiben eines Werkshallenleiters vom 4. Mai 1937 an einen anderen Werkshallenleiter, mit dem diesem der Überbringer, Karl Waldbrunner, empfohlen wird. Darin heißt es, dass Waldbrunner zuvor in Simsk und Kasli gearbeitet habe und wegen des Direktors weggegangen sei. Nach Meinung des Schreibers würde Waldbrunner gut in die vom Adressaten geleitete Werkshalle passen, da er sich bei Kalkulationen und in der Elektroenergie gut auskenne. Ein persönliches Gespräch werde die Eignung sofort erkennen lassen.⁸⁹

Hatte Waldbrunner demnach gar nicht vor, die Sowjetunion zu verlassen? Das und die Frage, was wirklich geschehen ist, wird sich wohl nicht mehr beantworten lassen. Am 19. Mai 1937 jedenfalls bestätigt die Österreichische Gesandtschaft in Moskau, dass die von ihr angefertigte Übersetzung der oben erwähnten Bescheinigung der Fabriksverwaltung mit dem in russischer Sprache vorliegenden Original wort- und sinngetreu übereinstimme. Die Rückreise in das faschistische Österreich, in dem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verboten und nur in der Illegalität tätig war, musste angetreten werden, womit Karl Waldbrunner das Schicksal anderer Berufskollegen teilte.⁹⁰

Am 23. Mai 1937 meldete die österreichische Grenzkontrollstelle Lundenburg (Břeclav), dass mit dem Schnellzug Nr. D-98 „drei österreichische Bundesbürger, von Sowjetrußland kommend, nach Österreich eingereist“ seien: Karl Waldbrunner, seine Frau und ein Kaufmann. Da die autoritären Machthaber Heimkehrern aus der Sowjetunion stets argwöhnisch gegenüberstanden, wurde die Bundespolizeidirektion angewiesen, zu erheben, „ob über die Genannten in polizeilicher Hin-

86 Kotkin, *Magnetic Mountain*, 316–320 und 345 (wie Fn. 63). McLoughlin, *Die Schutzbund-Emigration*, 364 (wie Fn. 81).

87 Szevera, Interview mit Frau Martha Waldbrunner (wie Fn. 58).

88 Rosenzweig, *Zeit bis 1945*, 34 (wie Fn. 3).

89 Ich danke Charlotte Khan für die Übersetzung.

90 Wilhelm Frank, *Technik. Einleitende Bemerkungen*, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*, Internationales Symposium 19. bis 23. Oktober in Wien, Wien/München 1988, 734–739, 736.

sicht etwas Nachteiliges bekannt ist“⁹¹. Diese berichtete dem Bundeskanzleramt, dass Waldbrunner „während seiner Studentenzeit Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ war, „jedoch aktiv nicht hervorgetreten“ sei. „Er wie auch seine Gattin erscheinen hier nicht nachteilig verzeichnet.“⁹¹

Überleben im Nationalsozialismus und das Ende des Krieges

Ab 24. Mai 1937 war Waldbrunner wieder in Wien III, Dietrichgasse gemeldet und konnte zumindest vom ständestaatlichen Regime unbehelligt in Österreich leben. Doch die Konjunktur in Österreich hatte sich noch nicht so weit erholt, dass leicht Arbeit zu finden war. Das Beharren der österreichischen Wirtschaftspolitik auf ihrem deflationären Sparkurs trug nichts zur Besserung bei. Die offizielle Arbeitslosenquote in Prozent des Angebots an Unselbstständigen betrug 21,7 und zählte damit zu den höchsten in Europa.⁹² Der Beschäftigtenstand lag nur bei 78 Prozent des Standes von 1929, das reale BIP 1937 unter dem Stand von 1913 und bei 86 Prozent des Standes von 1929.⁹³ Der Abstand zum westeuropäischen Wohlstandsniveau, der 1913 nur 6 Prozent betragen hatte, war auf 33 Prozent angewachsen.⁹⁴ So traf Waldbrunner wieder das bekannte Los der Arbeitslosigkeit, nachdem er sich für zwei Monate in der Heimat seiner Frau aufgehalten hatte und Offerte nach Deutschland erfolglos geblieben waren.⁹⁵ Da während seiner Berufstätigkeit in der Sowjetunion seine Mitgliedsbeiträge beim Bund der Industriearbeitenden weiter bezahlt wurden, erhielt er nach eigenen Angaben von der Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung⁹⁶, bis er am 18. Oktober 1937 bei Siemens-Schuckert als Referent für Arbeitsvorbereitung und Zeitstudien eine Anstellung fand.⁹⁷ Dabei war der gute Ruf seines Vaters hilfreich.⁹⁸ Offenbar wenig befriedigt und unterfordert, beendete er seine Tätigkeit mit 31. August 1938, um bei der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke A.G. in Tarnitz zu arbeiten. Das Tarnitzer Werk⁹⁹ setzte auf die Rüstungskonjunktur, die in Österreich bereits gegriffen hatte, und baute ab 1938 den

91 Waldbrunner Karl, Waldbrunner Martha und Stein Jakob; Rückkehr aus Sowjetrußland, Bundes-Polizeidirektion in Wien, 22. November 1937, ÖstA/AdR, BKA Inneres, Karton 5000, 22/gen., Zl. 332.585-StB/1937.

92 Butschek, Konflikt, 239 und 68 (wie Fn. 12).

93 Rothschild, Wurzeln, 88 (wie Fn. 48).

94 Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, Der lange Weg, 289 (wie Fn. 8).

95 Szevera, Interview mit Frau Martha Waldbrunner (wie Fn. 58).

96 Waldbrunner an den Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten Ing. Karl Hedrich, 20. Juni 1949, Nachlass #2. Warum die Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung gewährt haben soll, ist nicht leicht nachzuvollziehen und bedürfte einer eingehenderen Untersuchung.

97 Österreichische Siemens-Schuckert-Werke, Zeugnis, 21. September 1938, Privatarchiv Martha Messeritsch.

98 Rosenzweig, Zeit bis 1945, 35 (wie Fn. 3).

99 René Harather, Die Geschichte der Region und Stadt Tarnitz von den Anfängen bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Aspekte, Tarnitz 1998, 284–289. Andrea Pühringer, Von der „Theresienhütte am Tarnitz“ zur Schoeller-Bleckmann Ges.m.b.H. Tarnitzer Industriegeschichte im Verlauf der letzten 150 Jahre, in: Helmut Brenner/Wolfgang Nagele/Andrea Pühringer, Im Schatten des Phönix, Gnas 1993, 227–302, 270–271.

Produktionsapparat großzügig aus. Schon im Frühjahr 1938 stieg der Personalstand deutlich an. Während des Krieges setzte die Leitung vermehrt und in hohem Ausmaß Fremd- und Zwangsarbeiter ein. Obwohl nicht deutsch, dienten sich die Eigentümer dem nationalsozialistischen Regime vielleicht um so bereitwilliger an, als sie bereits den Austrofascismus unterstützt hatten.

Das Angebot eines nach dem „Anschluss“ der NSDAP beigetretenen Freundes, in einer Nebenorganisation der Partei tätig zu werden, schlug Waldbrunner aus.¹⁰⁰ Auch gibt es keinerlei Indizien dafür, dass er die verbreitete Affinität der technischen Intelligenz zum „Dritten Reich“ aufgrund der dort offenbaren technischen Entwicklungen und Betätigungsmöglichkeiten geteilt hätte.¹⁰¹ Aber nicht deswegen, sondern wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und seiner russischen Vergangenheit geriet er ins Blickfeld der Nazis, die unmittelbar nach dem „Anschluss“, am 14. März 1938, mit ersten Verhaftungen von ehemaligen Sozialdemokraten, Schutzbündlern und Revolutionären Sozialisten begannen.¹⁰² Wilhelm Rosenzweig berichtet das Folgende: Zunächst ordnete die Abwehrstelle bei der Firmenleitung seine Entlassung an. Bevor er aber die Möglichkeit, bei Elin zu arbeiten, ergreifen konnte – wieder scheint die frühere Bekanntschaft des Vaters mit einem nun in der Gauleitung Tätigen ausschlaggebend gewesen zu sein –, überwand Schoeller-Bleckmann die Schwierigkeiten mit der Abwehrstelle und Waldbrunner konnte bleiben.¹⁰³ Die Akten des Österreichischen Staatsarchivs enthalten keine Hinweise auf diese Entwicklung. Sehr wohl aber enthüllen sie, dass die Nazibehörden Waldbrunner durchaus im Visier hatten.¹⁰⁴ Am 21. März 1939 empfahl die Staatspolizeileitstelle der Gestapo dem Gauamtspersonalleiter der Gauleitung Wien der NSDAP zum Betreff „Russlandrückkehrer“, Karl Waldbrunner „besondere Beobachtung zu schenken und ihm die notwendige weltanschauliche Schulung angedeihen zu lassen“. Außerdem wurde gewünscht, „nach Ablauf von 5 Monaten über das Verhalten des Russlandrückkehrers Bericht“ zu erstatten und Stellung zu nehmen, „ob eine weitere Überwachung und Beschulung für notwendig erachtet wird“. Die Überwachung und Durchleuchtung Waldbrunners erachteten die Nazis für notwendig, da er, wie es im Juli hieß, „in einem geschützten Betrieb“ beschäftigt werden solle bzw. erwogen wurde, ihn „dem Arbeitsprozess in gesch. Betrieben zuzuführen“. Der Grund für diese Erwägung war der „Mangel an tüchtigen Fachleuten“ und der Umstand, dass Waldbrunner „als tüchtige Arbeitskraft beschrieben“ wurde. Doch nach den Richtlinien des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin „müsste er infolge seiner Funktionärstätigkeit bei einer marxistischen Partei und wegen seines Russlandaufenthaltes von einer solchen Beschäftigung ausgeschlossen werden“. Daher urgierte die Gestapo die „Übersendung eines entspre-

100 Rosenzweig, *Zeit bis 1945*, 34 (wie Fn. 3). Rosenzweig berichtet, Waldbrunner hätte sich nach dem „Anschluss“ wieder auf Stellensuche gemacht. Das Zeugnis der Siemens-Schuckert-Werke bescheinigt seine Tätigkeit jedoch bis 31. August 1938.

101 Wilhelm Frank, *Technik. Einleitende Bemerkungen*, in: *Vertriebene Vernunft*, II, 734–739, 736 (wie Fn. 82).

102 Harather, *Ternitz*, 298 (wie Fn. 99).

103 Rosenzweig, *Zeit bis 1945*, 34–35 (wie Fn. 3).

104 Das Folgende nach *ÖstA/AdR, Gauakt (GSA) 84559*.

chenden Gutachtens, aus dem zu ersehen ist, dass in politischer Hinsicht gegen eine ev. Beschäftigung in einem geschützten Betrieb keine Bedenken bestehen“.

Das eilig angeforderte Gutachten zeichnet das Bild eines Menschen, der tunlichst alles vermied, politisch aufzufallen, gleichzeitig aber Distanz zum System hielt. „Bei Sammlungen spendet er nicht immer, obwohl seine wirtschaftlichen Verhältnisse gut sind.“ Die wirtschaftliche Lage wurde auch 1943 als „sehr gut“ beschrieben, doch die Spendenfreudigkeit Waldbrunners blieb „mäßige“, wenn er auch „nach einem gewissen Druck jetzt 3 RM“ gebe. Er sei kein Parteimitglied und habe sich während der Verbotszeit „ablehnend zur NSDAP“ verhalten. Seine derzeitige Einstellung zu dieser Partei sei „abwartend“. Waldbrunner lebe seit seiner Rückkehr aus der Sowjetunion „nur für seine Familie“ in Wien, arbeite von Montag bis Freitag in Ternitz, und „wegen seiner strengen Zurückgezogenheit kann man über seine heutige Gesinnung nicht urteilen“. Die „Tatsache allein, dass er in Russland war, kann ihn nicht ewig zum Kommunisten stempeln“, heißt es etwas überraschend, der Logik des Regimes aber entsprechend. Für diese positive Beurteilung, die Waldbrunners „Charakter nach außen hin gut“ schildert, war die Stellungnahme des Gruppenleiters der Ortsgruppe Erdbergerlande maßgeblich, der Waldbrunner von der Realschule und der Technischen Hochschule persönlich kannte und ihn auch während seiner Wienurlaube getroffen hatte. Waldbrunner „ist als anständiger Kerl in der ganzen Umgebung bekannt und weiß auch ich über ihn nur dasselbe zu sagen“. Wie sein Vater sei er in der Jugend „schwerer Sozialdemokrat“ gewesen und – in offener Verkennung der Wirklichkeit – „später Kommunist“. Nach 1938 „zeigte er sich natürlich nicht mehr als Kommunist, weil er ja wusste, dass ich in der Partei als Ortsgruppenleiter tätig bin“. Der Funktionär bemühte sich, der auskunftshesichenden Stelle über die weitere mögliche Entwicklung Waldbrunners ein hoffnungsträchtiges Bild zu zeichnen, verstrickte sich aber in Widersprüche, die nicht zuletzt durch den guten Charakter des Angefragten gegeben waren. So werde er „nach einiger Zeit, bis er sich zu unserer Idee vollkommen durchgerungen hat, ein guter Nationalsozialist werden“. Doch sei „ein Umschwenken nicht so rasch möglich“, weil er „von Kindheit auf immer nur Sozialist und dann Kommunist war“. Als vollends nichtig mussten sich die Hoffnungen, aus Waldbrunner einen Nazi zu machen, gerade angesichts der ihm attestierten Gesinnungstreue herausstellen – „denn als Gesinnungslump war er nie bekannt“. Insgesamt dürfte Waldbrunner bestimmt keine „Gefahr für uns“ sein. (Der Auskunftgeber dürfte übrigens vom Typ des opportunistischen Mitläufers gewesen sein, denn nach dem Krieg genoss er die selbstlose Hilfe Waldbrunners, dem er sich freundschaftlich verbunden zeigte.)

Das Gaupersonalamt bestätigte also der Gestapo, dass von Waldbrunner „weder politische Aktion noch Sabotage zu befürchten ist“. Aber der Schatten der Sowjetunion lastete weiterhin auf ihm. Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion, ging es erneut um die „politische Beurteilung“ Waldbrunners durch das Rückwanderer-Amt. Da die „inzwischen abgeschlossene Über-

prüfung“ nichts „Nachteiliges“ im Ausland ergeben habe, sei der „Freigabe für geschützte Betriebe“ seitens der Staatspolizei „nunmehr zugestimmt“ worden. Doch der Überwachungsstaat ließ nicht locker, umso weniger, als sein Ende näher rückte. Im Dezember 1942 wurde vom Personalamt der Gauleitung Wien ein weiteres Mal eine politische Beurteilung angefordert, weil eben Waldbrunner Betriebsleiter bei den Schoeller-Bleckmann-Werken,¹⁰⁵ aber noch immer kein Mitglied der Partei oder einer ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände war. Die Auskunft der Ortsgruppe Erdbergerlande vom Jänner 1943 fiel zwar letztlich wie gehabt aus, war aber offenbar nicht mehr die des Bekannten. „Obwohl uns politisch Nachteiliges nicht bekannt ist, können wir entgültig [sic!] noch nicht feststellen, ob er tatsächlich sich zum Nationalsozialismus schon durchgerungen hat. Neben mehreren Aussagen, dass er politisch tragbar wäre, steht die gegensätzliche Aussage des P.G. Kropatsch, Zellenleiters der Ortsgruppe Rabenhof, der ihn politisch nicht einwandfrei bezeichnet, insbesondere nicht dessen Ehefrau, die eine geborene Schweizerin ist.“ Auch sprachlich hatte sich Waldbrunner noch nicht durchgerungen und blieb auf Distanz zu den Geschmacklosigkeiten: „Den Gruß ‚Heil Hitler‘ kennt er in seiner Familie nicht.“

Waldbrunner blieb Sozialist und war beileibe nicht so unpolitisch, wie ihn die Nazis sahen. Oscar Pollak zufolge gehörte er mit Genossen wie Karl Czernetz, Karl Holoubek, Karl Ausch, Rosa Jochmann, Franz Jonas, Bruno Kreisky, Karl Maisel, Franz Olah, Otto Probst, Felix Slavik, Walter Wodak, Stefan Wirlandner und vielen anderen zu jenen, „die an der illegalen sozialistischen Bewegung nach 1934 aktiv mitgewirkt haben“,¹⁰⁶ von denen aber bekanntlich viele 1938 exilieren mussten. Seine Freunde und Gönner Maisel und Holoubek wurden auf der letzten Parteikonferenz der Revolutionären Sozialisten im November 1937 in das Führungsgremium wiedergewählt.¹⁰⁷ Er selbst hält fest, dass er für „meine Partei (...) all die Jahre weiterhin in der Illegalität gearbeitet“ hat.¹⁰⁸ Mit welchen Sozialisten er in der Zeit der Illegalität Kontakt und welche Möglichkeiten der Betätigung er hatte, ist leider so gut wie nicht dokumentiert. 1939 begegnete er Karl Holoubek wieder, den er seit der Studentenzeit aus den Augen verloren hatte, und um 1940 muss er auch Franz Popp kennengelernt haben. Ohne entscheidende Aktivitäten für die Revolutionären Sozialisten nachweisen zu können, seien hier zumindest zwei Urteile angeführt. Ein ehemaliger Mitarbeiter bei Schoeller-Bleckmann bekundet ihm die „aufrechte und unbeirrbar Gesinnung (...) auch zu Zeiten, wo dies nicht ohne Gefahr war“.¹⁰⁹ Und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Fa-

105 Die hohe Position im Werk belegt ein Schriftstück (Notizblatt) mit dem Briefkopf „DIPL.-Ing. Karl Waldbrunner | OB.-ING. | DER SCHOELLER-BLECKMANN STAHLWERKE | TERNITZ, N. D.“ (Nachlass #16)

106 Oscar Pollak, Die Sozialisten in der zweiten Republik, in: Jacques Hannak (Hrsg.), Bestandsaufnahme Österreich 1945–1963, Wien/Hannover/Bern 1963, 46–62, 47–48. Zu seiner Zugehörigkeit zu den RS siehe auch den Bericht Ernst Lembergers vor dem Pariser Klub, nach seiner zweiten Reise nach Wien, undatiert [1945?], Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, 18904/4.

107 Peter Pelinka, Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934–1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung 20), Wien 1981, 242; Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983, Wien/Köln/Weimar 2004, 416;

108 Karl Waldbrunner, in: Wiener Zeitung, 15.11.1945, 4.

109 Franz Bimashofer an Waldbrunner, ohne Datum, aber 1971, Nachlass #27.

schismus fühlte sich mit Waldbrunner durch die Tatsache verbunden, dass er „die Fahne des Sozialismus auch durch die dunkelste Nacht getragen hat“.¹¹⁰

Elisabeth Lafite, nach 1945 Herausgeberin der „Österreichischen Musikzeitschrift“, begann 1941 bei Schoeller-Bleckmann zu arbeiten und hatte Kontakt zu Karl Waldbrunner. Über das Verbindende in der Zeit der Luftangriffe, den „Stunden des Bangens, die gemeinsam im Luftschutzkeller verbracht wurden“, schreibt sie: „Stunden, in denen auch die gemeinsame Gegnerschaft zum Hitlerregime klar wurde.“¹¹¹ Auch für Waldbrunner war es eine „Zeit, wo ich mit den Arbeitern von Ternitz in einer engen Schicksalsgemeinschaft verbunden war“, die auch weiterhin anhielt.¹¹² Geschätzt wurde Waldbrunner von den Mitarbeitern wegen seiner Ratschläge und seinem „Weitblick in allen beruflichen und persönlichen Fragen“.¹¹³ Eine besondere Rolle spielte er jedoch für das Werk selbst.

Als sich das Ende abzuzeichnen begann, wurde zu Jahresbeginn 1945 ein „Lahmlegungstrupp“ unter der Leitung von Oberingenieur Waldbrunner gebildet. Am 31. März wurde im Werk der Betrieb eingestellt, die Werksanlagen sollten für die heranrückende Rote Armee unbrauchbar gemacht werden. Der Trupp verzögerte jedoch die Lahmlegung. Auf die Aufforderung, sie zu beschleunigen, reagierte Waldbrunner nicht, auch nicht auf die Aufforderung, sich bei der Direktion zu melden. Die zu Hilfe gerufene Ortspolizei richtete ebenfalls nichts aus. Am 1. April entwaffnete der Trupp den „Werksschutz“ und übernahm die Werksverteidigung. Selbstverständlich hatte die braune Werksleitung bereits das Weite gesucht und damit einen jener zahlreichen „herrenlosen Betriebe“ geschaffen, die der neue Staat verwalten sollte. Die Werkschronik: „Ingenieur Waldbrunner übernimmt die Werksleitung. Über seine Anordnung bleibt das Kesselhaus in Betrieb, um die Versorgung des Werkes und Ortes mit Strom und Wasser sicherzustellen.“ Am 2. April übergab Waldbrunner das unbeschädigte Werk dem Kommandanten des ersten russischen Stoßtrupps. In dieser kritischen Phase, die durch Untaten der siegreichen Soldaten ja hinlänglich bekannt ist, unternahm es Waldbrunner, junge Frauen durch Unterbringung in der elektrischen Zentrale zu schützen.¹¹⁴ Der Ingenieur hatte jedoch nie Interesse an einer Heroisierung. Jahre später wollte Adolf Schärf eine Darstellung darüber, wie es bei der Rettung der Frauen in Neunkirchen im April 1945 herging. Waldbrunner wollte lieber eine andere Quelle empfehlen, weil er ohnehin nur für Ternitz eine authentische Schilderung geben könne und „weil ich persönlich bei der Sache sehr engagiert war“.¹¹⁵

110 Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus an Friedl Waldbrunner, 25. Juni 1980, Nachlass #67.

111 Elisabeth Lafite an Friedl Waldbrunner, 19. Juni 1980, Nachlass #67.

112 Waldbrunner an Kammerrat Franz Bauer, 6. Dezember 1971, Nachlass #25.

113 Erich Smital an Friedl Waldbrunner, 8. Juni 1980, Nachlass #67. Ingenieur Smital war 1941 bis 1945 Assistent von Karl Waldbrunner.

114 Franz Bimashofer an Waldbrunner, 2. Dezember 1971, Nachlass #27.

115 Adolf Schärf an Waldbrunner, 25. September 1953; Waldbrunner an Schärf, 5. Jänner 1954, Privatarchiv Martha Messeritsch.

Einen Monat später begannen die Demontagen. Waldbrunner übergab seine provisorische Werksleitung an den bald darauf zum öffentlichen Verwalter ernannten Ludwig Grassinger, während die provisorische Regierung bemüht war, die Demontageaktionen der Roten Armee wenn nicht zu verhindern, so doch zu limitieren.¹¹⁶ Die Sicherung des Werks, die Waldbrunner und seinen Mitarbeitern gegen den nationalsozialistischen Zerstörungswillen im April gelungen war, war von einem einfachen, aber wirkungsvollen Motiv getragen. In den Worten Waldbrunners war es die „Überzeugung, dass es ein besseres Nachher geben wird“. Sie „ließ den Entschluss reifen, alles zu erhalten zu versuchen“.¹¹⁷

116 Pühringer, Theresienhütte, 271–272; Zitat aus der ebd. zitierten Werkschronik (wie Fn. 99).

117 Karl Waldbrunner, Dankrede in Ternitz am 4. Dezember 1971, handschriftliches Redekonzept im Nachlass #38.

Der Minister

1945 – von der Industrie in die Politik

„Die Ereignisse nach 1945 haben mich mitten in das politische Leben hineingezogen“, schrieb Karl Waldbrunner 1947 an einen Freund aus der Studentenzeit.¹ Aus der Distanz besehen, spricht indes einiges dafür, dass man in Abwandlung Goethes der Sache näher kommt: Halb zog es ihn, halb sank er hin. Doch anders als der Fischer in Goethes Gedicht, der nicht mehr gesehen wurde, trat Waldbrunner von da an erst richtig ans Licht der Öffentlichkeit. Entscheidend dafür war die Begegnung mit Karl Renner.

Als Waldbrunner das Ternitzer Werk der Roten Armee übergab, hatte sich Stalin bereits Gedanken über eine geeignete integrative Persönlichkeit zur Führung der zu bildenden österreichischen Regierung gemacht und sich für Karl Renner entschieden, der seinerseits schon am 3. April mit den sowjetischen Truppen in Kontakt getreten war.² Karl Waldbrunner erfuhr davon durch einen sowjetischen Offizier, beschloss „so rasch wie möglich“ zu Renner zu gelangen, stellte sich selbst einen Passierschein in russischer Sprache aus und begab sich am 8. April 1945 in Begleitung ins nahe gelegene Gloggnitz. „In dieser Situation arbeitete Dr. Renner schon an dem Aufbau einer neuen österreichischen Staatsverwaltung. Die Schriftstücke auf seinem Schreibtisch waren Entwürfe für die verschiedenen Zweige einer solchen Verwaltung und Aufrufe an die Bevölkerung. Sie sollten als Grundlage für die Verhandlung mit dem Oberkommando der russischen Armee dienen. Das Schriftstück, an dem er bei meinem Eintritt gearbeitet hatte, behandelte das Geldwesen und geplante Sofortmaßnahmen auf diesem Gebiet. Er zeigte mir einige Entwürfe, war voller Ideen und sichtlich froh, darüber mit jemandem sprechen zu können.“³

1 Waldbrunner an R. A. Beran-Frisch, 22. Juli 1947, Nachlass #1. Bei Beran-Frisch handelt es sich möglicherweise um Adolf Beran, einen Studenten der TH und Teilnehmer an der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs. Siehe Bernhard Kraller, Selbstbehauptung und Anpassung. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Studentenbewegung der Ersten Republik, dargestellt an der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs und dem Verband Sozialistischer Studenten Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Studentenhilfe Genf, Diss., Wien 2002, II, 637.

2 Stefan Karner, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in: Manfred Rauchensteiner/Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 24), Wien/Köln/Weimar 2005, 139–186, 143–145.

3 Karl Waldbrunner, Aus der Werkstatt Dr. Karl Renners, Typoskript, Oktober 1970, Nachlass #15. Zu Renners wirtschaftspolitischen Konzeptionen vom April 1945 siehe Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik: Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 99–102.

A u f t r a g

an Genossen Dipl.Ing.Karl W a l d b r u n n e r , Ternitz.

Sie haben sich unter Einsatz Ihrer ganzen Existenz durch Erhaltung des grössten Stahlwerkes unseres Industriegebietes ein einzigartiges Verdienst um den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes Österreich erworben und dabei solche Fachkenntnis, Umsicht und Tatkraft bewiesen, dass ich mich veranlasst sehe, Sie zu beauftragen:

1.) Alle technischen Fachkräfte, die sich als Nichtfachisten bewährt haben, zu sammeln, ihre Fähigkeiten festzustellen und einzuschätzen und für den Wiederaufbau bereitzumachen und in Anspruch zu nehmen.

2.) Zunächst im Werke Ternitz alle Voraussetzungen für die baldigste Wiederinbetriebnahme, soweit sie ausschliesslich für die Friedenswirtschaft des Landes notwendig ist, zu schaffen.

3.) Darüberhinaus für Wien und das Wiener Becken und nach gegebenen Umständen für das ganze Industriegebiet Österreichs, soweit es erfassbar ist, in erster Linie die Wiederingangsetzung der Energieversorgung sicherzustellen, da dies für die Wiederaufnahme aller industriellen Tätigkeit die nächste, dringendste und unerlässlichste Voraussetzung ist.

4.) Nach Massgabe der weiteren Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Dinge die Wiederingangsetzung der einzelnen Industrien im ausschliesslichen Dienste für die Friedenswirtschaft zu organisieren.

All dies in selbstverständlicher Zusammenarbeit mit den besetzenden Mächten. Um diese zu bewerkstelligen, wird gleichzeitig von mir an die besetzende Macht herangetreten, damit diese diesen Auftrag zur Kenntnis nähme und dessen Durchführung unterstütze.

In Ausführung dieser Aufträge sind Sie mir direkt verantwortlich. Der Auftrag kann von mir jederzeit ergänzt, beschränkt, geteilt oder widerrufen werden.

Staatskanzler a. D.
Dr. Karl Renner
GLOGGNITZ

Karl Renner

Gloggnitz, den 8. April 1945

Informiert über das Verdienst Waldbrunners bei der Erhaltung des größten Stahlwerks der Industrieregion, waren dem Staatskanzler a.D. und in spe die Kenntnisse und Erfahrungen des Ingenieurs bei seinen Wiederaufbauplänen willkommen, und er stattete den Genossen mit jenem ambitionierten schriftlichen Auftrag aus, der diesem gleichsam zum Passierschein ins öffentliche Leben wurde und den Einstieg in eine Laufbahn markierte, die von Beginn an den Stempel seiner beruflichen Qualifikation und Erfahrung trug. Waldbrunner, so Renner, habe erstens „alle technischen Fachkräfte, die sich als Nichtfaschisten bewährt haben, zu sammeln, ihre Fähigkeiten festzustellen und einzuschätzen und für den Wiederaufbau bereit zu machen und in Anspruch zu nehmen“. Zunächst seien für das Werk Ternitz alle Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Produktion zu Friedenszwecken zu schaffen. Darüber hinaus sei nicht nur für Wien und das Wiener Becken, sondern „nach gegebenen Umständen für das ganze Industriegebiet Österreichs, soweit es erfassbar ist, in erster Linie die Wiedereingangssetzung der Energieversorgung sicherzustellen“, da dies die unerlässlichste Voraussetzung für die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit sei. Schließlich habe er „nach Maßgabe der weiteren Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Dinge die Wiedereingangssetzung der einzelnen Industrien im ausschließlichen Dienste für die Friedenswirtschaft zu organisieren“. Damit machte Renner zu einer Zeit, als in Wien noch gekämpft wurde und von Gloggnitz aus keine verlässliche Einschätzung der Lage in Österreich zu gewinnen war, Waldbrunner zu einer Art Generalbeauftragten für die Industrie des künftigen Österreich. Und in Ausführung dieser Aufträge war dieser dem Staatskanzler „direkt verantwortlich“. „Der Auftrag kann von mir jederzeit ergänzt, beschränkt, geteilt oder widerrufen werden.“ Und bereits wieder ganz in staatsmännischer Manier hielt Renner fest, dass er „an die besetzende Macht“ herantreten werde, „damit diese diesen Auftrag zur Kenntnis nähme und dessen Durchführung unterstütze“.⁴

Eine nachhaltige Weichenstellung, zu der Waldbrunner selbst aktiv beigetragen hatte, war erfolgt. Am 23. April 1945 erhielt er von Theodor Körner, damals provisorischer Bürgermeister der Stadt Wien, die Bescheinigung, dass er „für den Aufbau der Energieversorgung tätig“ sei und „zu diesem Zweck zwischen Ternitz und Wien wiederholt passieren“ müsse. Um diese Zeit könnte Waldbrunner bereits vorübergehend in Wien gewesen sein und auch mit Adolf Schärf gesprochen haben.⁵ Am 27. April bestätigte ihm der Stadtkommandant von Neunkirchen, Major Wassanko, dass er Direktor des Stahlwerkes Ternitz und beauftragt sei, „die Energieversorgung des Kohlenschachtes Grünbach und die Kohlenversorgung“ des Ternitzer Werkes „raschestens zu organisieren“.⁶ Während es Waldbrunner und den Leuten im Werk gelang, dieses wieder betriebsbereit zu machen, wurde in Wien am 27. April mit der Bildung der Provisorischen Regierung unter Staatskanzler Renner der offizielle Grundstein für die Zweite Republik gelegt. Dass der Ingenieur im Staats-

4 Karl Renner, Auftrag an Genossen Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner, Ternitz, Gloggnitz, 8. April 1945, Privatarchiv Martha Messeritsch.

5 Karl Waldbrunner, Meine Tätigkeit in der provisorischen Regierung 1945, Privatarchiv Martha Messeritsch.

6 Beide Schriftstücke im Privatarchiv Martha Messeritsch.

amt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr als Unterstaatssekretär fungieren sollte, erfuhr er aus der Zeitung. Noch am 3. Mai informierte Renner den Staatssekretär Eduard Heinel, dass Waldbrunner „der für Ihr Staatsamt von uns nominierte Unterstaatssekretär“ sei, „aber bisher nicht hieher geführt werden“ konnte, „weil es uns an Fuhrwerk fehlt“. Basis der Bestellung war tatsächlich der Auftrag vom 8. April, aufgrund dessen Renner Heinel bat, „den Mann bei der Wiederherstellung der Energiewerke heranzuziehen“.⁷ Ein Homo novus der österreichischen Politik war geboren. Und die Entscheidung, gerade Karl Waldbrunner einzusetzen, war – abgesehen von der situationsgebundenen Konstellation – typisch für die neue, stark praktisch und empirisch ausgerichtete Linie, die die Politik der neu konstituierten Sozialdemokratie im Unterschied zum theoretischen Übergewicht in der Ersten Republik prägen sollte.⁸

Als Waldbrunner kurz darauf in Wien war, berichtete ihm Ludwig Grassinger aus Ternitz, dass das Werk möglicherweise keinen Bestand mehr haben werde. Den Betrieb ereilte jenes Schicksal, das viele Produktionsstandorte in Österreich schwerer treffen sollte als die unmittelbaren Kriegszerstörungen, die einer Nachkriegsschätzung zufolge etwa 10 Prozent der Schwerindustrie vernichteten: Die vor allem im Mai und Juni 1945 forcierten Beschlagnahmungen und Demontagen in großem Stil gefährdeten das Wirtschaftspotenzial ernsthaft. Im Osten Österreichs wurden bis zu 80 Prozent des schwerindustriellen Bestandes abtransportiert;⁹ der Wert der Requirierungen des Jahres 1945 belief sich auf 1,2 Milliarden Reichsmark.¹⁰ Den größten Anteil daran hatte die Sowjetunion, die allerdings auch schwere ökonomische Substanzverluste und einen hohen Blutzoll im Gefolge des Krieges zu tragen hatte. Während etwa Schoeller-Bleckmann mit zwei Prozent Kapazitätsausfall nur leichte Kriegsschäden erlitten hatte, bewirkten die systematisch vorangetriebenen Demontagen, dass bald „wohl kaum mehr so viel stehen wird, dass damit noch ein halbwegs wirtschaftlicher Betrieb aufgezogen werden kann“. Bemühungen um eine „Milderung der Demontierung“ blieben vorerst erfolglos.¹¹ Noch waren die westlichen Alliierten nicht in Wien und die Sowjets die Einzigen, mit denen die Provisorische Regierung verhandeln musste (was sich retrospektiv als vielfach einfacher erwies, als sich bei vier Besatzungsmächten durchzusetzen). Die Sprachkenntnisse Waldbrunners waren dabei von hohem Nutzen. Mehrfach setzte ihn Renner als Mittelsmann zu den sowjetischen Stellen ein. Bei Rettungsaktionen für Maschi-

7 Karl Renner an Eduard Heinel, 3. Mai 1945, Privataarchiv Martha Messeritsch.

8 Eduard März, „Wirtschaftswunder“ Österreich, in: Jacques Hannak (Hrsg.), Bestandsaufnahme Österreich 1945–1963, Wien/Hannover/Berlin 1963, 112–141, 116.

9 Kriegs- und Nachkriegsschäden der Schwerindustrie, undatiertes, anonymes hektographiertes Blatt, ÖstA/AdR, AA, II-pol. 1946, Karton 20, Ö 21.

10 Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005, 393–397; vgl. Rathkolb, Republik, 120–121 (wie Fn. 3); Beispiele für Demontagen in der sowjetisch beherrschten Zone auch bei Karner, Zu den Anfängen, 175–178 (wie Fn. 2).

11 Ludwig Grassinger an Waldbrunner, 6. Mai 1945 und 11. Mai 1945, Privataarchiv Martha Messeritsch. – Die Erzeugungskapazität des Ternitzer Werks wurde durch die Demontagen um 60 Prozent vermindert. Rede Karl Waldbrunners in Müzzzuschlag am 14. Juli 1951, Nachlass #32.

nen wirkte Waldbrunner erfolgreich mit, so an denen der Wiener Radiowerke.¹² „Dadurch, dass ich den russischen Stellen, mit denen ich ein durchaus loyales, ja oft sogar freundschaftliches Verhältnis herzustellen vermochte, in sehr vielen Fällen die Lebensnotwendigkeit der von ihnen beschlagnahmten Maschinen und Einrichtungen nachwies, ihnen oft auch die Sinnlosigkeit ihres Beginnens bewies und in anderen Fällen wieder die Entscheidung hinauszog, hat die russische Besatzungsmacht sehr oft vom Abtransport der beschlagnahmten Teile Abstand genommen.“¹³ Schließlich konnte er Mitte Juli berichten, dass in Verhandlungen mit der Roten Armee „zugesagt wurde, dass Maschinen-Abtransporte und dgl. endgültig gestoppt werden“.¹⁴ Auf Österreich sollte aber ungeachtet der Zusage, die Demontagen zu stoppen, eine weitere schwere Hypothek im Gefolge des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 zukommen, mit dem sich die Alliierten den Zugriff auf das so genannte „Deutsche Eigentum“ sicherten. Waldbrunner musste dann auch die US-Amerikaner daran erinnern, dass vielleicht der Produktionsstand von 1938 erreicht werden könnte, wenn in den amerikanischen, britischen und französischen Zonen keine weiteren Abtransporte mehr stattfänden.¹⁵

Bei den erwähnten Interventionen ging es um die Lösung der grundlegendsten Probleme der Wirtschaft. Das Land lag darnieder. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sollte 1945 nur etwas mehr als die Hälfte des ohnehin niederen Standes von 1937 erreichen, und noch nie war Österreich so weit vom durchschnittlichen europäischen Wohlstandsniveau entfernt, das der Krieg doch generell nach unten gezogen hatte.¹⁶ Es war „rundum nichts vorhanden“. Das betraf auch den neu ernannten Politiker. „Als ich in den ersten Maitagen nach Wien kam, musste ich mir alles selber machen, wusste kaum wie und was essen, fand nur für ganz wenige Nachtstunden Ruhe.“ Dazu kamen die Sorgen um die in Reichenau verbliebene Familie, über deren Schicksal Waldbrunner vorerst nichts wusste und wo er „auf das Böseste gefasst sein“ musste.¹⁷ Chaos, Zerstörungen und existenzielle Nöte waren zunächst vor allem zu bewältigen, was angesichts der eingeschränkten Souveränität und Handlungsfähigkeit der Provisorischen Regierung doppelt schwierig war. So hatte Waldbrunner Anfang Juni im Auftrag Renners wieder einmal ein Gespräch mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Generalleutnant Morosov zu führen und ihm mehrere dringliche Anliegen vorzubringen. Er sollte sondieren, ob Österreich vor der Anerkennung der Regierung durch die Westmächte sich bloß an die

12 Robert Ettenreich an Waldbrunner, 9. November 1949, Nachlass #2; Details zu Demontagen in Wien bei Karner, *Zu den Anfängen*, 176–177 (wie Fn. 2).

13 Karl Waldbrunner, Bericht über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, von 1. Mai – 15. Sept. 1945, 4–5, Nachlass #32.

14 Parteivorstandsprotokoll (im Folgenden PV), 16. Juli 1945, Kopien im Bruno-Kreisky-Archiv.

15 Edgar N. Johnson/Paul R. Sweet/Leonard J. Hankin, Interview with Karl Waldbrunner, 31. August 1945, zit. nach: Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung*, Wien/Köln/Graz 1985, 120.

16 Karl Bachinger/Herbert Matis/Andreas Resch/Manfred Zollinger, *Der lange Weg zum Wohlstand, in: Günter Dürig/Gerberd Frodl (Hrsg.), Das neue Österreich, Katalog zur Ausstellung im Oberen Belvedere*, Wien 2005, 287–300, 290.

17 Karl Waldbrunner an „Liebe Freunde“ [in der SPÖ], Moskau, 3. Mai 1946, Nachlass #61.

Rote Armee oder „in Gestalt eines Alarmrufes“ an die Adresse der gerade in Wien tagenden Interalliierten Militärkommission wenden solle bzw. könne. Was Waldbrunner bei Morosov vorbringen sollte, skizziert die Bedürfnislage Österreichs aus der Sicht der Regierung in Wien recht gut: eine Handelsdelegation nach Budapest zu schicken, um für ganz Österreich, wie Renner betont, Brotgetreide gegen Salz und andere Produkte zu erlangen, die ebenfalls nur ganz Österreich aufbringen könne; eine Delegation nach Prag, um die für die Wiener Gaswerke und die „Wiederbelebung unserer Industrie“ dringendst benötigte Ostrauer Kohle zu erhalten; für den früher aus den nun russischen Gruben Galiziens bezogenen Treibstoff eine Handelsdelegation in die Sowjetunion zu entsenden und Kompensationen durch Produkte der österreichischen Industrie anzubieten; schließlich durch eine der „Weltmächte“ den großen Bedarf an Lastautos und Personenwagen zu decken, weil Österreichs Wirtschaft „augenblicklich im stärksten Maße immobilisiert“ sei und „die Wiederherstellung des vielfach zerstörten Eisenbahnnetzes viel längere Zeit in Anspruch nimmt, als vorhergesehen werden konnte, und noch dazu Reparatur oder Erzeugung von Lokomotiven und Waggons voraussetzt“; auch diese Lieferungen könnte das Land „durch eigene Erzeugnisse in kurzer Zeit bezahlen (...), wenn seine Industrie in Gang käme“.¹⁸

„Weiterkommen wollten und mussten wir“

Zu Recht wurde geschrieben, dass 1945 nicht „Theoretiker der politischen Demokratie, sondern Praktiker zur Organisation des Überlebens“ gefragt waren.¹⁹ Zählt man zum Überleben auch die langfristig konzipierte Sicherung einer wirtschaftlichen Existenzbasis, so war Waldbrunner zweifelsohne einer ihrer Protagonisten. Den Fährnissen und Unzulänglichkeiten des Aufbaus in vielen Detailfragen begegnete er mit dynamischem Konstruktionseifer und Optimismus. So bemerkte er im Kabinettsrat vom 22. Mai 1945: „Wir müssen eben ganz von unten anfangen und mit nichts arbeiten. Den Russen gegenüber müsse man immer auf die eigene Initiative hinweisen und dürfe nicht fortwährend als Bittsteller auftreten. (...) Es werde im Allgemeinen das, was wir gemacht haben, zu wenig herausgestrichen. Nach der Energieversorgung der Industrie werde der größere Teil der unversehrten Betriebe, unbekümmert darum, wie die Zahlungsfrage gelöst werden wird, in Schwung gebracht werden können.“²⁰ In der gleichen Sitzung erbat er vom Staatskanzler die

18 Karl Renner an Waldbrunner, 8. Juni 1945, Nachlass #15. Vgl. Herbert Matis, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder – Der Schilling im „goldenen Zeitalter“, in: Karl Bachinger/Felix Butschek/Herbert Matis/Dieter Stiefel, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz/Wien/Köln 2001, 156–286, 158.

19 Rathkolb, Republik, 165 (wie Fn. 3).

20 Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, hrsg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 1: „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“ – Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerábek/Leopold Kammerhofer, Horn/Wien 1995, 121.

Zustimmung zur „Beschlagnahme sämtlicher Autos und der Autoreste, damit man hier großzügig organisieren könne“. Angesichts der unsicheren Verhältnisse und der teilweisen Intransigenz der Sowjets hieß es für ihn, jede noch so geringe günstige Gelegenheit als Chance zu nutzen. Als sich im Juli ein kalkulierbareres Verhältnis zu den sowjetischen Stellen abzeichnete, war das für ihn ein Signal zum wirtschaftlichen Aufbruch. Zwar möge es anfänglich Schwierigkeiten geben, „aber wir dürfen nicht wieder zu raunzen und zu schimpfen beginnen, sondern müssen energisch darangehen, diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen“. Das von Marschall Ivan S. Konev signalisierte Entgegenkommen dürfe nicht durch Untätigkeit verspielt werden.²¹

Außerordentlich besorgniserregend, ja katastrophal war die Ernährungslage. Im August zeichneten sich erneut Engpässe ab, die „Russenhilfe“ ging zu Ende. Die Brotversorgung schien bei strenger Bewirtschaftung möglich, doch gab es kein Fett, kein Fleisch, keine Kartoffeln. Die eigene Landwirtschaft konnte die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten, die anarchischen Verhältnisse im Transportwesen trugen das Ihre zu den Schwierigkeiten bei. Der junge Staat war von Destabilisierungstendenzen bedroht und das Problem zunächst nur mit Hilfe der Alliierten zu lösen. Das sah auch Karl Waldbrunner so. Doch setzte er nicht auf unmittelbare Versorgung durch einfache Hilfslieferungen, sondern zeigte sich auch hier als Planer des künftigen Österreich, das aus eigener Kraft und mit den vorhandenen Ressourcen zu sich selbst kommen sollte. Natürlich brauche man Handelsverträge mit der Sowjetunion und allen anderen in Frage kommenden Staaten, „wir benötigen selbstverständlich Hilfe durch die UNRRA, aber wir könnten uns in der Zwischenzeit selbst beträchtlich besser helfen, wenn wir die im eigenen Lande vorhandenen Möglichkeiten ausnützen könnten. Wir haben in den abgeschnittenen Gebieten Holz, Kohle, Salz, Autos usw.“ Aus seiner Sicht sollte die Hilfe der Alliierten darin bestehen, durch Aufhebung der Zonengrenzen, „durch Öffnung der Demarkationslinie die Möglichkeit zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet Österreich [zu] geben“. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wollte Waldbrunner die Gewerkschaften beiziehen: „Wir müssten eine Bewegung der gesamten Arbeiterschaft einsetzen.“²² Österreich verfüge über genügend Ressourcen, um eine leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen, nur müsse der vorhandene Kapitalstock optimal genutzt werden. Dafür aber fehlten zu Beginn wichtige Voraussetzungen wie Rohstoffe, Kohle, eine intakte Infrastruktur und eben ein einheitliches Wirtschaftsgebiet.²³ Die weitere Entwicklung sollte jedoch vorerst die Abhängigkeit von ausländischer Hilfe verstärken.

Es war klar, dass die Ernährungslage im Zusammenhang mit der Lage der Industrie zu sehen war. Und hier lag eben das Hauptbetätigungsfeld für Karl Waldbrunner. Dabei war er sich stets bewusst, dass der eigentliche Wiederaufbau von der Arbeiterschaft geleistet wurde und ihre Versorgung die Voraussetzung dafür war. So meldete er sich im Kabinettsrat zu Wort, als über die Verteilung eines kleinen Kontingents

21 Protokolle 1, 363 (wie Fn. 20).

22 Parteivorstandsprotokoll, 21. August 1945.

23 Seidel, Wirtschaft, 32–34 (wie Fn. 10).

an Zigaretten, die man mit einem Aufschlag für den Wiederaufbau verkaufen wollte, eine Debatte entstand. Waldbrunner schlug vor, „die Zigaretten, da die Menge nicht für die ganze Bevölkerung reicht, den in den Betrieben beschäftigten Arbeitern, in erster Linie Schwerarbeitern, zur Verfügung zu stellen, u. zw. auch in den Industriegebieten“.²⁴ Der Vorschlag fand Zustimmung. Auch auf anderen Gebieten erwies er sich als Praktiker, dessen Erfahrungen zunehmend Gehör fanden. So war die Frage der Arbeitsdienstpflicht aufgrund der besonderen Verhältnisse vor allem in Wien virulent. Schutt und Mist mussten weggeräumt werden, das forderten auch die Alliierten. Doch war dies nicht ausschließlich von den Frauen zu bewerkstelligen, die zwar 61 Prozent der vorhandenen Arbeitskräfte ausmachten, aber unter extremer Arbeitsbelastung standen. Andererseits konnte auf eine Rückkehr der Kriegsgefangenen nicht gewartet werden. Ein Plan für ein Arbeitspflichtgesetz lag bereits vor, zu dem Waldbrunner jedoch bemerkte, dass er „auch in Moskau entstanden sein könnte“. Man merke, „dass er unter dem Druck der Russen entstanden ist“. Was davon zu halten sei, legte er illusionslos dar und sprach dabei aus eigener Erfahrung: Er habe „bei seinem Aufenthalt in Russland viele solche Aktionen mitgemacht und musste feststellen, dass selbst wenn alle Voraussetzungen wie Einheit, Organisation, Überwachungs-Apparat usw. gegeben sind, es niemals restlos gelingt. Man muss in dieser Beziehung anspruchslos sein.“ Praktiker genug, verwies er auf das Transportproblem, „das für diesen Fall hochwichtig ist“, und schlug vor, „an die Besatzungsmächte heranzutreten und dort Baumaschinen und alle nötigen technischen Hilfsmittel zu verlangen und erst dann an ein derartiges Gesetz heranzugehen“.²⁵

Neben solchen, aus heutiger Sicht fast nebensächlich anmutenden Belangen, um die sich Waldbrunner kümmerte, bildete sich seine Rolle als kommender „Wirtschaftsexperte“ der Partei heraus. Im Juli wurde er sowohl Mitglied einer Kommission, die Richtlinien für die weitere Entwicklung der Konsumgenossenschaften ausarbeiten sollte, als auch der Wirtschaftskommission zur Ausarbeitung des „Sofortprogramms“.²⁶ Im Kabinettsrat legte Waldbrunner bereits am 10. Mai drei Gesetzesentwürfe vor: das Repatriierungsgesetz (Renostrifizierungsgesetz) zur „Rückgabe der an das Reich gezogenen Vermögensschaften“, das Gesetz zur „Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften“ und das Verwaltergesetz über die Verwaltung von „herrenlosem Vermögen“.²⁷ Seinen primären Tätigkeitsbereich hatte er im Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, wo ihm als Unterstaatssekretär Industrie und Energiewirtschaft, Post und Telegraf oblagen. Neben der Eindämmung der Konfiskationen und Demontagen, bei der, wie erwähnt, Waldbrunner Erfolge erzielen konnte, war die zweite große Aufgabe die Sicherung der

24 Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, hrsg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 2: „Right or wrong – my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945, hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek, Wien 1999, 16 (17. Juli 1945).

25 PV, 13. August 1945.

26 PV, 9. Juli 1945.

27 Protokolle 1, 6–7, 38–41 (wie Fn. 20).

viele herrenlosen Unternehmungen und Betriebe, die in großer Zahl unter reichsdeutschem Einfluss gestanden waren. „Die Reichsdeutschen“, so Waldbrunner zur Lage unmittelbar nach der Befreiung, „waren zumeist geflüchtet, ebenso die exponierten Nazi österreichischer Herkunft in der Mehrzahl der großen und mittleren Betriebe. Die wilden Besetzungen der Werksleitungen in den ersten Wochen des Zusammenbruches durch Polizeileiter, Bürgermeister, Wirtschaftsgruppen, Kammern, militärische Behörden etc. mussten unbedingt in eine Ordnung gebracht werden, wenn nicht ein völliges Chaos die durch die Kriegereignisse und durch die Konfiskationen sowieso schon schwer getroffenen Unternehmungen vollständig ruinieren sollte.“ Eine der wesentlichen Aktivitäten Waldbrunners bestand darin, an der Ausarbeitung des Verwaltergesetzes über die Einsetzung von öffentlichen Verwaltern und Aufsichtspersonen in den Wirtschaftsunternehmungen des Landes mitzuwirken und zur Durchführung des Gesetzes ein eigenes Referat im Staatsamt einzurichten – für den Unterstaatssekretär ein „Schlüssel zur Wirtschaft“. Bis Mitte September 1945 wurden an die 4.000 Unternehmungen, Gewerbe- und Handelsbetriebe von diesem Referat bearbeitet. „Es ist Tatsache, dass dadurch dem wilden Treiben in Industrie und Gewerbe weitgehendst Einhalt geboten wurde, wenn auch natürlich immer wieder vereinzelte Auswüchse dabei aufscheinen werden, was ja in der Natur der Sache und in der Eigenart der Zeit gelegen ist.“²⁸ Die Institution der öffentlichen Verwalter war ein hervorragendes Instrument, gerade in dieser Zeit Fuß zu fassen und Terrain zu besetzen. „Im Allgemeinen“, so Waldbrunner, hätte die SPÖ auf diesem Weg „einen bisher nie gehabt Einfluss in den Führungspositionen unserer Industrie gewonnen, der weit über das Verhältnis unseres Anhanges in den Intelligenzkreisen der Wirtschaft geht“.²⁹ Anfang 1946 standen über 6.000 Betriebe unter öffentlicher Verwaltung.³⁰ Gleichzeitig profilierte sich Waldbrunner in diesem Ressort als treibende Kraft in Angelegenheiten der Planung und Verstaatlichung.

Zur Lösung der drängendsten Probleme folgte Karl Waldbrunner immer einer klaren Linie. Mit unüberhörbarer Ungeduld legt Karl Waldbrunner in der Kabinettsratssitzung vom 26. Juli 1945 seine Sicht der Dinge dar: „Ich möchte vor allem die Tatsache unterstreichen, dass wir nicht leben können, ohne unsere Industrie in eine wirklich lebensfähige Situation zu bringen. Dazu brauchen wir vor allem eine einheitliche Auffassung über die Arbeiten der Industrie, eine wirkliche Zusammenfassung sämtlicher Kräfte, die wir in diesen Wirtschaftszweigen haben, eine einheitliche Auffassung über die Verwertung der uns verbliebenen Teile. Dass es uns daran mangelt, ist eine der wesentlichen Ursachen, warum es nicht weitergeht. Wir können nach außen hin nie nachweisen, dass wir für die verlangten Lebensmittellieferungen in absehbarer Zeit eine nennenswerte Kom-

28 Karl Waldbrunner, Bericht über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, von 1. Mai – 15. Sept. 1945, 7–9, Nachlass #32.

29 Karl Waldbrunner, Bericht über die Personalpolitik des Unterstaatssekretariats in Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, [1945], Nachlass #32.

30 Eduard März/Fritz Weber, Verstaatlichung und Sozialisierung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – eine vergleichende Studie, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 4 (1978) 2, 115–141, 126.

pensation aufzubringen in der Lage sind, bevor wir nicht zeigen, dass wir über die Verwertung der uns verbliebenen Einrichtungen und über die Art der Produktion überhaupt eine gemeinsame Auffassung im Lande haben. Daher halte ich es für notwendig, dass wir mit diesem Interregnum Schluss machen und dass wir uns darüber klar werden, was wir mit den herrenlosen Betrieben machen, wie wir die Produktion lenken und wie wir die wertvollen Güter schaffen, die uns die notwendigen Güter hereinbringen sollen. Wir müssen im industriellen Sektor der Wirtschaft so rasch als möglich zu endgültigen Entscheidungen kommen. Zu diesem Zwecke ist ein Zusammengehen aller beteiligten Kreise notwendig. Es soll dabei niemand versuchen, den anderen zu übervorteilen, wir müssen vielmehr eine einheitliche Methode schaffen, die uns zum Ziele führt.“³¹ Noch deutlicher hatte er dies drei Tage zuvor im Parteivorstand vorgebracht und darauf verwiesen, „dass wir die Unterstützung der Roten Armee vor allem deshalb nicht erhalten, weil wir in der Wirtschaft keine Einheitlichkeit zeigen. Auf dem Boden der Wirtschaft spielt sich ein unerhörter Interessenkampf ab. Der politische Kampf hat sich auf den wirtschaftlichen Sektor verlagert. Es ist das Wichtigste, dass wir mit den übrigen Parteien zu einer einheitlichen Auffassung über Sofort-Maßnahmen in der Industrie gelangen.“³²

Dieses Bekenntnis zur politischen Zusammenarbeit vertrat Waldbrunner in den folgenden Jahren immer wieder mit Nachdruck. Die Überzeugung, dass nur ein konzertiertes Vorgehen den gewünschten Erfolg bringen konnte, bedeutete aber vor allem eine Absage an wirtschaftlichen Partikularismus. Und wenn er dabei dem Staat, vertreten durch die politisch Verantwortlichen, eine entscheidende Rolle einräumte, so deckten sich diese Forderungen mit neuen wirtschaftspolitischen Sichtweisen, die nach 1945 in zahlreichen Ländern zum Durchbruch gelangten. Ihr Tenor lautete: Die Privatwirtschaft könne nicht sich selbst überlassen werden.

Gemischte Wirtschaftsordnung und Planung als neue Wege

Die Weltwirtschaftskrise mit ihren desaströsen Begleit- und Folgeerscheinungen sowie das Versagen der dem damaligen ökonomischen Mainstream verpflichteten wirtschaftspolitischen „Remeduren“ hatten den wirtschaftlichen Liberalismus weitestgehend diskreditiert. Österreich hatte in besonderem Maße die tödliche Mischung von doktrinärem Liberalismus und politischem Autoritarismus erfahren, und besonders die damals ausgeschaltete Sozialdemokratie und der von ihr vertretene Teil der Bevölkerung standen mit ihrer nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergewonnenen Verantwortung für einen Kurswechsel. Da zu Kriegsende die Grundlagen

31 Protokolle 2, 145 (wie Fn. 24).

32 PV, 23. Juli 1945.

des kapitalistischen Wirtschaftssystems „an ziemlich dünnen Fäden“ hingen, war der Gedanke an eine Neuordnung der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, an eine Einschränkung des Kapitalismus in allen Lagern verbreitet.³³ Der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Franz Nemschak, der nicht im Verdacht stand, „linken“ wirtschaftspolitischen Ideen zu huldigen, schrieb 1947: „Eine Politik des ‚Laisser-faire‘ wäre unter den gegebenen Verhältnissen in Österreich der sicherste Weg, die Idee der freien Wirtschaft endgültig zu diskreditieren.“³⁴ Es herrschte Konsens darüber, „dass die Wirtschaft des privaten Unternehmertums (‚freies Unternehmertum‘ war der bevorzugte Begriff) vor sich selbst gerettet werden musste“ – und dieser Konsens machte das Goldene Zeitalter des Kapitalismus möglich.³⁵ Was gelang, war eine Modifikation des prinzipiell kapitalistischen Wiederaufbauprozesses.³⁶ Die Suche nach Instrumentarien zur Schaffung einer krisenfesten Wirtschaft, das Ziel, Vollbeschäftigung in Friedenszeiten zu erreichen, und die Absicht, wohlfahrtsstaatliche Krisensicherungen einzubauen, legitimierten den staatlichen Interventionismus. Das kapitalistische System sollte erhalten bleiben, aber sich in einem regulierten Umfeld bewegen. Planung und Lenkung der Wirtschaft, Verstaatlichung und Sozialisierung stießen sowohl international als auch im österreichischen bürgerlichen Lager auf – zumindest verbale – Akzeptanz. Wiederum war es Franz Nemschak, der meinte: „Die Notwendigkeit einer Planung und Lenkung der Wirtschaft wird heute auch von überzeugten Anhängern einer freien Wirtschaft nicht bestritten.“ Auch Peter Krauland von der ÖVP, Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, räumte dem Staat die Entscheidungsbe fugnis über die Produktionsrichtung und Größenorientierung der Volkswirtschaft ein und sprach sich für Kapazitätsplanung aus.³⁷

Die kriegswirtschaftlichen Eingriffe und die Notlage unmittelbar nach dem Krieg erleichterten solche Bekenntnisse und Maßnahmen umso mehr, als sich noch kaum Alternativen anboten. Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vollzog sich langsam, Elemente einer staatlichen „Kommandowirtschaft“ mit Kontingentierungen, Rationierungen und Bewirtschaftungsmethoden erschienen unverzichtbar.³⁸ Allerdings wird aus den Worten etwa Nemschaks schon deutlich, dass das Ziel für das bürgerliche Lager immer noch „freie Wirtschaft“ hieß und die Abkehr vom Laisser-faire einen Situationskonsens bedeutete. Auf der anderen Seite hatte die Führung der Sozialdemokratie auch nur vage Vorstellungen von den unmittelbaren wirtschaftlichen Umgestaltungen.³⁹ Konzepte auf der ideologischen Basis des Austromarxismus waren vorhanden, doch konnten und wollten sie angesichts der

33 Kurt Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Industrie, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur. gestern – heute – morgen, Berlin 1961, 1. Bd., 1–157, 128; März/Weber, Verstaatlichung, 127 u. 129 (wie Fn. 30).

34 Zit. nach: Rothschild, Wurzeln, 130 (wie Fn. 33).

35 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998, 344–345.

36 Rothschild, Wurzeln, 129 (wie Fn. 33).

37 Seidel, Wirtschaft, 105 (wie Fn. 10).

38 Matis, Nachkriegselend, 157 (wie Fn. 18).

39 Rothschild, Wurzeln, 128 (wie Fn. 33).

innen- und weltpolitischen Konstellationen und der Dominanz des pragmatischen Flügels der SPÖ nicht in ihrer radikalsten Form umgesetzt werden; keynesianisches Gedankengut wurde durch zurückkehrende Emigranten aus England importiert, doch gab es vorerst nur spärliche Äußerungen bzw. keynesianische Argumente.⁴⁰

1944 hatte das „Londoner Büro“ der exilierten österreichischen Sozialdemokraten eine Broschüre mit dem Titel „Die zweite Republik“ vorgelegt, die Auskunft darüber gab, wie sich die dortigen Sozialisten den Wiederaufbau Österreichs vorstellten. Die Grundtendenz, die sich an den von der britischen Labour Party erarbeiteten Richtlinien orientierte, war die einer reformistischen und evolutionären Transformation, den demokratischen Institutionen verpflichtet, die die Freiheit des Individuums garantieren sollten. Planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft sollte den Zielvorstellungen dienen, die Ressourcen optimal zu nützen, dadurch die Produktion systematisch zu steigern, um den allgemeinen Lebensstandard anzuheben. Die Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel war ebenfalls als Voraussetzung einer „neuen Gesellschaft“ gedacht.⁴¹ Karl Aussch zeichnete für das Wirtschaftskonzept des Londoner Büros verantwortlich. Für Aussch stand fest, dass eine uneingeschränkte kapitalistische Marktwirtschaft, die eine Mitverantwortung für den Aufstieg des Faschismus trage, nach dem Weltkrieg nicht mehr in Frage käme. Sein Konzept orientierte sich an planwirtschaftlichen Modellen, denn der vermeintlich „freie“ Kapitalismus sei mit Krisen und Arbeitslosigkeit – seinen inneren Widersprüchen – nicht fertig geworden und habe als Monopolkapitalismus Machtmissbrauch betrieben. Die gesamte österreichische Wirtschaft sollte von einem Wirtschaftsministerium zentral geführt werden. Während Aussch für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen als Voraussetzung für eine staatliche Planung eintrat, empfahl er die Beibehaltung privatwirtschaftlicher Strukturen in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Als vordringlichste Aufgabe sah er die rasche Wiederindustrialisierung der österreichischen Wirtschaft, wobei die Produktion von Produktionsgütern über die von Konsumgütern zu stellen sei. Für die staatliche Finanzpolitik zog er die Theorien von Keynes und Beveridge heran, indem er die Ankurbelung der Wirtschaft über die „Nachfrageseite“ durch Investitionen der öffentlichen Hand nahe legte und zur Reduktion der Arbeitslosigkeit sinngemäß „deficit spending“ propagierte. Fernziel aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen sei der Übergang zu einem sozialistischen Gesellschaftssystem, das er langfristig über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien zu erreichen meinte.⁴² Der Einfluss der Vertreter des Londoner Büros, die „jahrelang dem gemäßigten politischen Klima Großbritanniens ausgesetzt waren“, auf die Nachkriegsentwicklung der Sozialistischen Partei ist nicht von der Hand zu

40 Seidel, *Wirtschaft*, 95–97 (wie Fn. 10).

41 Helene Maimann, *Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 62), Wien/Köln/Graz 1975, 241–215.

42 Maimann, *Politik im Wartesaal*, 221–223 (wie Fn. 41). Ein Auszug aus der vom Londoner Büro der österreichischen Sozialisten veröffentlichten Broschüre Ausschs „Die neue Wirtschaft im neuen Österreich“ wurde unter der Überschrift „Verstaatlichung und Planwirtschaft“ in der Arbeiter-Zeitung am 22. September 1945 abgedruckt.

weisen.⁴³ Ebenso erwähnenswert scheint die Tatsache, dass sowohl Wilhelm Rosenzweig, einer der Autoren der Broschüre „Die zweite Republik“, als auch Karl Aussch in den Nachkriegsjahren eine enge Freundschaft zu Karl Waldbrunner entwickelten, wobei Aussch durch seine Tätigkeit in der „Arbeiter-Zeitung“ Waldbrunners publizistischen Rückhalt bot.

Karl Waldbrunners Standpunkt zu den Kernpunkten Verstaatlichung und Planung war ganz offenkundig den skizzierten Konzeptionen verpflichtet. Wie und in welchem Maße eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur angestrebt und umgesetzt werden sollte, war aber keineswegs eindeutig. Eindeutig schienen nur die objektiven Gegebenheiten, die zunächst alle Parteien der Idee des Gemeineigentums zustimmen ließ. Im Wesentlichen bestimmten drei Motive die Verstaatlichungsdiskussion: der Mangel an privatem Kapital, das bereit und imstande gewesen wäre, in die großen, zum Teil zerstörten Betriebe zu investieren; das Problem des „Deutschen Eigentums“, das nur den Staat als Akteur wirksam erscheinen ließ; schließlich die sozialistischen „Traditionen“ ihrer theoretischen Konzepte zu Verstaatlichung und Sozialisierung. Während die historischen Bestände eines staatlichen Wirtschaftssektors in Österreich (Eisenbahnen; die Creditanstalt nach der Rettung durch den Staat 1931) eine geringere Rolle gespielt haben dürften, war die historische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus umso präsenter. Ein staatlicher Sektor versprach eine gefestigtere, im Idealfall krisenfreie Wirtschaft, hatte aber auch politische Implikationen: „Wir haben nicht vergessen“, so Karl Waldbrunner 1945, „dass aus den größten Unternehmen dieser Republik Österreich der Heimwehfaschismus seine größte Förderung fand und so erst zum Wegbereiter des Nationalsozialismus in Österreich wurde.“ Man müsse also „mit anderen Methoden und größerer Energie“ als in der Ersten Republik „an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft gehen, weil wir nicht wieder nach wenigen Jahren einen Faschismus vor uns haben wollen, der willens ist, den durch unermüdlichen Fleiß unseres Volkes mühselig errungenen Erfolg zu vernichten“. Daher müssten die „dem deutschen Kapital und den Nationalsozialisten weggenommenen Vermögen (...) nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft von alleinigem Staatsinteresse verwaltet werden“.⁴⁴ Das staatliche Eigentum an bestimmten Betrieben und Unternehmungen wurde somit auch zu einem Machtfaktor, durch den die Sozialistische Partei sich gegen einen eventuellen Rückfall des gegnerischen Lagers in autoritäre Bestrebungen versichern wollte. Auch sei die öffentliche Verwaltung nur eine aus der Not geborene Lösung: „Für eine ganze Reihe von Unternehmungen bzw. ganze Industriezweige wird dies die Verstaatlichung bedeuten, denn private Interessenten können, sofern sie solche überhaupt finden, den Aufgaben nicht gerecht werden.“ Zum Willen, unerwünschte politische Entwicklungen zu verhindern, gesellte sich also der Zwang zum aktiven Einschreiten, dem sich der Staat durch die Macht der Verhältnisse ausgesetzt sah. Deswegen sei nach Waldbrunner

43 Kurt L. Shell, *Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934*, Wien/Frankfurt/Zürich 1969, 38.

44 Karl Waldbrunner, *Die Wirtschaft Österreichs vor neuen Aufgaben*, Nachlass #32.

ein direkter Vergleich mit den „Sozialisierungsbestrebungen von damals“, gemeint ist die Erste Republik, nicht zulässig: „Was man damals im Interesse einer privaten Wirtschaft verhindern konnte, ist heute nicht wieder möglich.“ Waldbrunner spielt hier auf die unüberwindlichen innenpolitischen Schwierigkeiten für die Sozialisierungsbestrebungen an, denen bereits 1919 mit der Übernahme der Alpine Montan durch italienisches Privatkapital der entscheidende Schlag versetzt wurde.⁴⁵ „Jetzt ist der Staat gezwungen, in eine Führung einzutreten, die ihm damals niemand zuerkennen wollte.“ Die Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien leite sich von der „Verpflichtung“ ab, „unseren zerschlagenen und zum Großteil herrenlosen Betrieben im Bergbau, in der Erdölproduktion, in der Energiewirtschaft, in der Hütten-, Elektro- und Fahrzeugindustrie einen Halt zu bieten im ungehemmten Abgleiten“. Zur Legitimierung verwies Waldbrunner sowohl auf internationale Beispiele (wobei Russland „mit seiner staatlichen Wirtschaft allen diesen Bestrebungen ein dauerndes Vorbild bleibt“) als auch auf die Funktion, die dem verstaatlichten Sektor in Österreich tatsächlich primär zukommen sollte, nämlich „mit den staatlichen Schlüsselindustrien unserer gesamten industriellen Wirtschaft ein festes Rückgrat zu geben“.⁴⁶

Waldbrunners Ausführungen zu den Verstaatlichungsforderungen standen im Einklang mit jenen der Gewerkschaftsorganisationen, in denen der väterliche Freund und führende Gewerkschafter Karl Maisel selbst Wortführer der Sache war. Mit dem gewerkschaftlichen Gleichgang verband sich auch der Rückhalt in der Arbeiterschaft und der Verweis darauf, dass es vielfach die Belegschaften waren, die die Betriebe vor Zerstörungen gerettet und unter großen Entbehrungen in Gang gesetzt hatten.⁴⁷ Karl Maisel meinte im Parteivorstand vom 26. Juli 1945, die „stärkste treibende Kraft für die Verstaatlichung der Industrie“ gehe „aus den Betrieben selbst“ heraus.⁴⁸ Waldbrunner sagt später von sich selbst, „von den ersten Tagen an“ einer Wirtschaftslenkung und Verstaatlichung das Wort geredet zu haben, und setzte dabei auf „die für diese Frage ausschlaggebende Stimmung der Arbeiterschaft“. Sein Wirken habe entscheidende Impulse ausgestrahlt: „Meine ersten öffentlichen Versammlungen und Ansprachen in Steyr, Leoben, Graz, Ternitz, mein Vortrag im Radio Wien etc. haben dazu geführt, dass ab Juni in dieser Frage keine Ruhe mehr eingetreten ist und es wurde dieses Problem von allen Belegschaften der großen Betriebe, von den wichtigsten Gewerkschaften und auch von einer ganzen Zahl von Genossenschaften in der Partei aufgegriffen.“⁴⁹ Aller Wahrscheinlichkeit nach gingen die entscheidenden Impulse zur Realisierung von Verstaatlichungs- bzw. Sozialisierungsplänen von (sozialdemokratischen) Gewerkschaftern – Maisel gehörte prominent dazu – aus. Das stellte auch Karl

45 März/Weber, Verstaatlichung, 122 (wie Fn. 30).

46 Karl Waldbrunner, Staatliche Industrie und wirtschaftlicher Wiederaufbau, [1945], Nachlass #32.

47 Vgl. Renate Deutsch, Chronologie eines Kampfes. Geschichte der Verstaatlichung in Österreich I, in: Sachen 4 (1978) 5, 37–41.

48 PV, 26. Juli 1945.

49 Karl Waldbrunner, Bericht über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, vom 1. Mai – 15. Sept. 1945, 11, Nachlass #32.

Waldbrunner so dar.⁵⁰ Andererseits soll nicht vergessen werden, dass auch einem von Karl Renner bereits um den 21. April verfassten Memorandum zufolge die zu erwartenden wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen für die zu errichtende Republik „die radikalsten Sozialisierungsmaßnahmen“ erzwangen.⁵¹

In der Frage der Verstaatlichung gehörte Karl Waldbrunner von Anfang an zur Führungsriege: Er bereitete den Boden, wirkte bei der Gesetzwerdung mit und blieb stets ein Verfechter der Idee. Und er war eine treibende Kraft. Angesichts des bereits erwähnten Potsdamer Abkommens berichtete er am 6. August im Parteivorstand über das „Gesetz zur Nationalisierung der Schlüssel-Industrie“: „Im Hinblick auf die Potsdamer Besprechung, nach welcher Deutsches Kapital und Deutsche Industrie-Betriebe zur Kriegsentschädigung herangezogen werden, ist es zweckmäßig, sich bei den Bestrebungen zur Sozialisierung resp. Nationalisierung nicht auf das Argument der Deutschen Industrie einzulassen, sondern darauf zu dringen, dass die Schlüssel-Industrie unabhängig von den Besitz-Verhältnissen verstaatlicht wird.“ Da im Interesse des Wiederaufbaus alle Faktoren in die Pflicht genommen werden sollten, sahen die Maßnahmen darüber hinausgehende staatliche Interventionen vor: „Weiters soll der übrigen Industrie eine Frist von sechs Wochen gegeben werden, ihre Betriebe wieder in Gang zu setzen. Widrigenfalls der Staat das Eingriffsrecht hat. Im Notfalle soll diese Frist verlängert, aber nicht über drei Monate erstreckt werden.“ Dazu kam es bekanntlich nicht.

Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten die Gesetzwerdung des ersten Verstaatlichungsgesetzes vom 26. Juli 1946 begleiteten. Schon am 21. August 1945 musste Waldbrunner im Parteivorstand berichten: „Das Gesetz über Maßnahmen für eine Verstaatlichung wirtschaftlicher Unternehmungen hat eine starke Eingrenzung erfahren.“ Dazu trug die gesplittete Haltung der ÖVP einiges bei, die zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Lage und dem gleichzeitigen apodiktischen Bekenntnis zur „Entfaltung der Privatinitiative“ schwankte.⁵² Im Kabinett gehe „der zähe Kampf um die Verstaatlichung weiter“, notierte der im Außenamt tätige spätere Botschafter Josef Schöner am 3. September.⁵³ Im Jänner 1946 wird Waldbrunner zu diesem Punkt deutlicher: „Der Einfluss des kapitalistischen Flügels der Österr. Volkspartei wusste es aber zu verhindern, dass dieses Gesetz auch auf Banken und Versicherungen ausgedehnt wurde.“⁵⁴ Doch auch in der Sozialistischen Partei gab es – zumal nach Potsdam – gewichtige Zweifler. Karl Renner schien zu resig-

50 Deusch, Chronologie, 41–42 (wie Fn. 47). Zur Rolle der Gewerkschaften siehe auch März/Weber, Verstaatlichung, 127 (wie Fn. 30); Karl Waldbrunner, Ausführungen zur Entstehung des Verstaatlichungsgesetzes in Österreich, [vermutlich Jänner 1946], Typoskript im Nachlass #32.

51 Zit. nach Rathkolb, Republik, 99 (wie Fn. 3).

52 Deusch, Chronologie, 49 (wie Fn. 47).

53 Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/1945, hrsg. v. Eva-Maria Csáky/Franz Matscher/Gerald Stourzh, Wien/Köln/Weimar 1992, 366.

54 Karl Waldbrunner, Ausführungen zur Entstehung des Verstaatlichungsgesetzes in Österreich, [vermutlich Jänner 1946], 3, Typoskript im Nachlass #32.

nieren, als er die Frage aufwarf, was Österreich noch an volkswirtschaftlichem Vermögen bleiben werde und „ob es unter diesen Umständen einen Sinn habe, Nazi-Vermögen zu sammeln, zu verstaatlichen, um es unter Umständen geordnet zu übergeben“. ⁵⁵ Zu dieser Zeit lag aber der erste Gesetzesentwurf zur Verstaatlichung verschiedener industrieller Unternehmungen bereits vor. Er wurde am 5. September im Kabinettsrat präsentiert und war eine Reaktion auf die sowjetischen Forderungen und ihre Versuche, eine österreichisch-sowjetische Gesellschaft zur Ausbeutung der Zistersdorfer Erdölvorkommen zu gründen. ⁵⁶ Obwohl von der Provisorischen Regierung angenommen, blieb das Gesetz wirkungslos, weil die sowjetische Besatzungsbehörde seine Veröffentlichung im Staatsgesetzblatt untersagte. ⁵⁷ Die Zusage der Länderkonferenzen und das auch von der ÖVP getragene Übereinkommen, Verstaatlichungen vorzunehmen (bei gleichzeitiger Ausschlichtung ihres Wahlsieges als Entscheidung gegen die Sozialisierung), führten in der Folge zu weiteren Initiativen der SPÖ und einem Gesetzesantrag im Jänner 1946, dessen Endredaktion Waldbrunner vorgenommen hatte. ⁵⁸ Der Entwurf sah gegenüber dem ersten Gesetz vor, die Betriebe nicht nur zur Verstaatlichung bereitzustellen, „sondern bereits die praktische Verstaatlichung“ zu beschließen. Es enthielt auch wieder die Banken und Versicherungen. Getragen war er von dem festen Willen, „dass wir an der Frage der Verstaatlichung unbedingt festhalten“, und zwar umso mehr, als die Alliierten gerade die Aufhebung des Gesetzes über öffentliche Verwaltung gefordert hatten. ⁵⁹ Zusammen mit einer Neufassung dieses Gesetzes kam es dann zum Verstaatlichungsgesetz vom Juli 1946. Ludwig Kostroun sprach damals im Parteivorstand vom „Zeitalter der Sozialisierung“. ⁶⁰ Das war gewiss übertrieben, denn die Situation erlaubte nur, „vorläufig den Weg der Verstaatlichung“ zu beschreiten, ohne die für die Sozialisierung notwendigen neuen Rechtsformen erarbeiten und im Parlament durchsetzen zu können. ⁶¹

Bei den Verstaatlichungsinitiativen der SPÖ standen zwar die Ideen Otto Bauers Pate, das Gesetz selbst war jedoch ein Kompromiss. ⁶² Otto Bauer hatte von Sozialisierung gesprochen (womit freilich nicht jene gemeint ist, mit der die ÖVP ihre Privatisierungsvorstellungen einbringen wollte), was in Österreich nach 1945 realisierbar war und zustande kam, war die Nationalisierung. Der aufgezwungene Pragmatismus schlug sich in einer gewissen unscharfen Verwendung der Begriffe in den Reihen der SPÖ nieder. Sachzwänge drängten vor allem beim „rechten“ Flügel der SPÖ theoretische Einsichten und ideologische Veran-

55 PV, 3. September 1945.

56 Deutsch, Chronologie, 51 (wie Fn. 47).

57 Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1955, 115. Siehe auch den Bericht Karl Waldbrunners in der Parteivorstandssitzung vom 10. September 1945.

58 März/Weber, Verstaatlichung, 131 (wie Fn. 30); Deutsch, Chronologie, 54–62 (wie Fn. 47).

59 PV, 27. Jänner 1946.

60 PV, 22. Juli 1946.

61 Karl Waldbrunner, Österreichs Erfahrungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialisierung und Planwirtschaft, Rede auf der Internationalen Konferenz in Wien, 1948, Nachlass #32.

62 März/Weber, Verstaatlichung, 131–132 (wie Fn. 30).

kerungen in den Hintergrund, wie Karl Renner deutlich machte: „Sozialisierung der großen Betriebe ist Volksnotwendigkeit, weil mangels eigenen Kapitals und einer leistungsfähigen Kapitalistenklasse kapitalistische Führung versagen müsste. Sozialisierung ist daher nicht Prinzipiensache, sondern praktische Gebotenheit.“⁶³ Im August 1945 hatte Waldbrunner von „Sozialisierung resp. Nationalisierung“ gesprochen, damit aber wohl noch beide Möglichkeiten avisiert. Der Unterschied war ihm sehr wohl klar. Nationalisierung bedeutete für ihn zunächst keine dogmatische Voraussetzung für die Frage der Eigentümerschaft.⁶⁴ Ohne vielleicht wirklich „Bauer-Schüler“⁶⁵ gewesen zu sein, schloss sich Waldbrunner den „linken“ sozialdemokratischen Vorstellungen an und trat für eine Sozialisierung nach den Bauer'schen Konzepten mit drittelparitätischer Besetzung der Betriebsverwaltung (Vertreter der Belegschaft, der „Konsumenten“ und der zuständigen Ministerien) ein.⁶⁶ Mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien sah Waldbrunner nicht nur nicht alle Probleme gelöst, sondern noch weitere kommen, die „von der Schaffung einer geeigneten Unternehmungsform über die Produktionslenkung bis zum finanziellen Ertrag“ zu lösen sein würden.⁶⁷ Die Konzeptionen entsprachen dem von der SPÖ im April 1946 beschlossenen „Wirtschaftsprogramm“, das unter anderem forderte: „Planung und Demokratisierung der Volkswirtschaft; Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung oder Vergenossenschaftlichung von Banken, Versicherungsanstalten etc.; Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenschaft an der Wirtschaftsplanung und der Führung der Betriebe; Mitwirkung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen an der Wirtschaftsverwaltung zur Vermeidung bürokratischer Fesseln“.⁶⁸ Wie Otto Bauer vertrat Karl Waldbrunner die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft als ein Langzeitprogramm, als einen evolutionären, nicht revolutionären Prozess, was sowohl das Nebeneinander von staatlichen und kapitalistischen Betrieben voraussetzte, als auch eine Möglichkeit für die Sozialisten bedeutete, möglichst starke und dauerhafte Machtpositionen in der Gesellschaft zu erringen.⁶⁹

In den wirtschaftlichen Überlegungen der SPÖ spielten Verstaatlichung und Planung zusammen. 1933, als sich Plädoyers für eine planmäßige Organisation der Wirtschaft häuften, schrieb Käthe Leichter, dass Planwirtschaft „ohne den realen Unterbau des öffentlichen Besitzes an den Produktionsmitteln undenkbar“ blei-

63 Karl Renner an Walter Wodak, 1. November 1945, zit. nach: Reinhold Wagnleitner (Hrsg.), *Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks 1945–1950* (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3), Salzburg 1980, 185.

64 Johnson/Sweet/Hankin, Interview, 122 (wie Fn. 15).

65 März/Weber, *Verstaatlichung*, 132 (wie Fn. 30).

66 Karl Waldbrunner, *Die Organisation der verstaatlichten Betriebe*, in: *AZ*, 13.3.1947, 1–2.

67 Karl Waldbrunner, *Wirtschaftslenkung und Verstaatlichung*, Typoskript [vermutlich Anfang September 1945], 6, Nachlass #32.

68 PV, 25. April 1946.

69 Eduard März/Fritz Weber, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik*, Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien 1986, 101–123, 112–115.

be.⁷⁰ Nach dem Krieg profilierten sich Karl Aussch, Alfred Migsch⁷¹, Gustav Wihrheim und Karl Waldbrunner als prononcierte und maßgebliche Befürworter einer Wirtschaftsplanung.⁷² Waldbrunner sei nicht nur ein „Anhänger“, sondern sogar ein „Bekannter“ der Idee der Planwirtschaft, meinte später Bruno Kreisky anerkennend.⁷³ Ob Planung oder Verstaatlichung, Karl Waldbrunner befürwortete staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf als Mittel zur gerechteren Verteilung der Güter.⁷⁴ Letztlich ging es auch um die Erreichung weiterer wohlfahrtsstaatlicher Zielsetzungen, wie Waldbrunner – in Übereinstimmung mit den von Karl Aussch 1945 erarbeiteten Vorstellungen – festhält: um Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Erhöhung des Wohlstands und soziale Sicherheit.⁷⁵ Zugleich war er aber auch Ingenieur genug, um die verbreitete Vorliebe dieser Berufsgruppe für eine geplante Wirtschaft, unabhängig von Fragen des Eigentums, zu teilen.⁷⁶ Ein ziel- und planloses Dahintreiben der wichtigsten Sektoren der Industrie, wie er es im Herbst 1945 sah, konnte seine Sache nicht sein.⁷⁷ Darüber vergaß er jedoch nicht, die sozialistische Gesinnung in Verbindung mit den technokratischen Gestaltungsmöglichkeiten zur Basis des zu Erreichenden, der Wirtschaftsdemokratie, zu machen. „Die Sozialisten sind die Kämpfer für diese Ideale, die Ingenieure sind die Planer, Lenker und Leiter der Wirtschaft.“⁷⁸ Wenngleich der pathetischen Rhetorik des Wahlkampfes und dem Adressat, dem Verband Sozialistischer Ingenieure, geschuldet, entsprechen diese Worte sicher dem Selbstverständnis Waldbrunners als Sozialist und Ingenieur – nunmehr in der Rolle des Politikers. Ziel der Planung und damit des Staates sollte es sein, „die Wirtschaft effizient und zugleich sozial zu gestalten“.⁷⁹ Diesem Ziel können nun aber im Zeichen der modernen Funktionstrennung zwischen Unternehmern und Eigentümern alle Fachleute dienen, sofern sie imstande sind, sich „vom Dienste für das Profitinteresse einiger Privater auf das Gemeinschaftsinteresse der betreffenden öffentlichen Körperschaft“ umzustellen.⁸⁰

70 Käthe Leichter, Rezension zu Publikationen von Walter Schiff und Otto Frieder, in: *Der Kampf* 26 (1933), 7, 306–308, 307. Vgl. Benedikt Kautsky, Möglichkeiten und Aussichten der Planwirtschaft in Österreich, in: *Der Kampf* 24 (1931) 12, 520–534. In der Weltwirtschaftskrise wurden, z.B. auf dem Amsterdamer Planwirtschaftskongress, Möglichkeiten eines Weltwirtschaftsplanes erörtert und der Völkerbund befasste sich mit Wirtschaftsplänen für Kohle und Zucker. Albert Lauterbach, Autarkie und Planwirtschaft, in: *Der Kampf* 25 (1932), 358–364.

71 Migsch war einer der Energie- und Wirtschaftsfachleute der SPÖ und wurde im November 1947 Nachfolger des zurückgetretenen Ministers für Elektrifizierung und Energiewirtschaft, Karl Altmann.

72 Renate Deutsch, Chance auf Veränderung. Geschichte der Verstaatlichung in Österreich II, in: *Sachen* 5 (1979) 7, 56–67.

73 Bruno Kreisky, Statt eines Vorworts, in: *Festschrift für Karl Waldbrunner zum 65. Geburtstag*, Wien 1971, 13–19, 17.

74 PTP 1947.

75 Karl Waldbrunner, Sozialisierung und Verstaatlichung – wie und wie weit, in: *Die Zukunft*, H. 2, Februar 1952, 36–42, 36.

76 Johnson/Sweet/Hankin, Interview, 122 (wie Fn. 15).

77 Karl Waldbrunner, Was soll aus unserer Industrie werden?, Typoskript [November 1945?], Nachlass #32.

78 Sozialistische Ingenieure nehmen Stellung zu den Wahlen, Typoskript, [November 1945], Nachlass #32. Auszüge aus einer Rede Waldbrunners bei der ersten öffentlichen Versammlung des Verbandes Sozialistischer Ingenieure, der in der ersten Novemberhälfte gegründet und auf Antrag Waldbrunners in die Partei eingegliedert wurde. Vgl. auch PV, 12. November 1945.

79 Seidel, *Wirtschaft*, 88 (wie Fn. 10).

80 Karl Waldbrunner, Österreichs Erfahrungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialisierung und Planwirtschaft, Rede auf der Internationalen Konferenz in Wien, 1948, Nachlass #32.

Die Notlage des Jahres 1945 schien eine demokratisch gelenkte Wirtschaftsführung mehr als nahe zu legen: „Eine staatliche Planung muss unsere Landwirtschaft wieder auf die Bedürfnisse des Staates Österreich ausrichten, muss den Wiederaufbau unserer zerstörten Wohnstätten und Betriebe lenken, muss vor allem dafür sorgen, dass nicht der Eigennutz weniger spekulativer Elemente das Wenige verschwendet, das uns zum Leben geblieben ist. Diese Planung muss dafür sorgen, dass die lebensnotwendigen Güter den Bedürfnissen des Volkes entsprechend erzeugt werden und nicht um des Profites Einzelner willen. Es kann dabei für jede freie Initiative Raum gefunden werden.“⁸¹ Dies war zur Beruhigung der selbstständig Erwerbstätigen in Handel und Gewerbe gedacht, denen das historische Schreckgespenst der Planwirtschaft als sozialistisches Gegenstück zum monopolkapitalistischen Großbetrieb oder zu den Großhandelsgesellschaften vor Augen schwebte. Waldbrunners Vorstellungen zeichneten dagegen das ziemlich harmonische Bild eines organischen Wirtschaftsganzen, das durch optimale Planung erreicht werden könne: „Einen gleichmäßigen Pulsschlag bis in die feinsten Äderchen unseres Wirtschaftslebens aufrechtzuerhalten und damit den ganzen Körper zu beleben, wird Aufgabe einer richtigen sinnvollen Planwirtschaft sein. Mit der Wirtschaftslenkung braucht die wertvolle Initiative des Einzelnen nicht erdrückt zu werden, und es wird auch der kleinste Betrieb in Handel und Gewerbe eine lebensfähige und lebensnotwendige Zelle im Wirtschaftskörper unseres Landes sein.“⁸² Die weitere Entwicklung Österreichs sollte aber eben nicht die Umgestaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Planwirtschaft bringen, sondern die möglichst organische Einbettung des gemeinwirtschaftlichen Sektors in die Privatwirtschaft.⁸³ Die auch von Waldbrunner konzipierte Rolle des staatlichen Sektors als Rückgrat der gesamten Volkswirtschaft hatte diese Entwicklung unterstützt.

Doch 1945 schien die Privatinitiative in vielen wichtigen Bereichen „zu schwach und unzulänglich“, als dass sie eine befriedigende Lösung hätte herbeiführen können. In Anlehnung an die Lenkungserfahrungen der Kriegswirtschaft, aber auch vor dem Hintergrund der Bewirtschaftungsmaßnahmen der Provisorischen Regierung müsse also die Lenkung wieder aufgenommen werden, „um dem drohenden Chaos zu steuern [sic!] und dem Volke eine rasch fühlbar werdende Entlastung zu bringen“. Und auch hier vergaß Waldbrunner nicht, darauf hinzuweisen, dass eine der Voraussetzungen dafür „die einheitliche Verfügungsgewalt“ sei, also eine zentrale Lenkung der Wirtschaft und der gesamtstaatlichen Verwaltung. Im Unterschied zur deutschen „Wirtschaftsdiktatur“ müssten die „Arbeiter und Angestellten bei diesem Aufbau und der planmäßigen Führung maßgeblich mitzureden haben“. Ihr Einfluss müsse „sowohl im Betriebe wie auch in Wirtschaftskörperschaften und staatlichen Stellen zur Geltung kommen“. Das gelte auch – und damit steht Waldbrunner in der Bauer’schen Tradition – für das Recht der Verbraucher auf Vertretung ihrer Interessen. Eine Wirtschaftslenkung könne nur Erfolg haben und sei nur

81 Karl Waldbrunner, Die Wirtschaft Österreichs vor neuen Aufgaben, Nachlass #32.

82 Karl Waldbrunner, Gewerbe und Handel in der gelenkten Wirtschaft, in: Die Wirtschaftswoche, 2.2.1946, 3.

83 Seidel, Wirtschaft, 73 (wie Fn. 10).

möglich, „wenn alle maßgeblichen Faktoren, vom Betriebsmann über die Vertreter der Kammern und der Länder bis zur Staatsverwaltung, daran teilhaben“. Und schließlich skizziert er das übergeordnete Ziel: „Wenn die Betriebsdemokratie im einzelnen Unternehmen erforderlich sein wird, so wird die Wirtschaftsdemokratie ein wesentlicher Teil unserer staatlichen Ordnung sein müssen.“⁸⁴ Wirtschaftsdemokratie, bereits in der Ersten Republik eine Forderung der Freien Gewerkschaften – diesen stand Waldbrunner ja nahe –, bezeichnet eben die Forderung nach Mitgestaltung und Mitverantwortung im Kapitalismus und war à la longue ein Modell der konsensualen Beziehung zwischen Arbeit und Kapital, ohne den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen.⁸⁵

Praktisch war auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung bis Mitte September 1945 nicht viel geschehen. Der erste und einzige Ansatz zur Industrielenkung und Industrieplanung war die Schaffung eines Referates für die Ingangsetzung der Industriebetriebe Anfang Juni. Der von Waldbrunner mit der Leitung betraute Stanislaus Stegu sollte Waldbrunners Vorschläge, Produktionsausschüsse in jeder Wirtschaftsgruppe zu bilden, umsetzen. Diese Ausschüsse wollte Waldbrunner mit Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften, „die in erster Linie fachlich geeignet sein müssten“, besetzen. Sie sollten Maßnahmen wie Rohstoffbeschaffung, Maschinenausgleich, Fusion von Betrieben, Energieversorgung etc. beraten, „um einen Wirtschaftszweig nach dem anderen, soweit es die Umstände gestatten, in Arbeit und Produktion zu bringen“. Das Ergebnis war bescheiden, weil der Widerstand der Unternehmerseite groß war und die Demarkationslinie, die einzelnen Verfügungen der Besatzungsmächte und die fehlende Anordnungsautorität den Erfolg verhinderten.⁸⁶

Bestärkt durch die Resolution der Länderkonferenzen zur Industriepolitik bestätigte Waldbrunner die Dringlichkeit, die dort vorgeschlagene Planungsstelle beim Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr zu errichten. Im Hinblick auf Industrie und Bergbau meinte er: Die herrenlosen Betriebe könnten nicht sich selbst überlassen werden, zerstörte oder schwer beschädigte Werke bedürften einer Entscheidung über Umfang und Zeitpunkt der erforderlichen Investitionen, Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen und Einrichtungen verlangten nach einer vernünftigen Bewirtschaftung und einem planmäßigen Einsatz. „Wenn man noch den Mangel an Kohle, Energie, Transportmittel und vor allem an geschulten Arbeitskräften berücksichtigt, so wird einem der Zwang zu

84 Karl Waldbrunner, Wirtschaftslenkung und Verstaatlichung, Typoskript [vermutlich Anfang September 1945], Nachlass #32.

85 Klaus-Dieter Mulley, Der Österreichische Gewerkschaftsbund 1945–1955, in: Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei (Sozialistische Bibliothek 1/1), Wien 1992, 73–106, 81.

86 Karl Waldbrunner, Bericht über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, von 1. Mai – 15. Sept. 1945, 4–5, Nachlass #32. Vgl. Deutsch, Chronologie, 37 (wie Fn. 47); siehe auch OSS, Interview with Ing. Stegu, der Beauftragte für Industrie, 8. Oktober 1945, in: Rathkolb (Hrsg.), Gesellschaft, 96–97 (wie Fn. 15).

einer einheitlichen Planung und Produktionslenkung in Industrie und Bergbau völlig klar.“ Die Provisorische Regierung solle die Planungsstelle beauftragen, bis Ende 1945 der neu gewählten Volksvertretung einen vorläufig auf die Dauer eines Jahres abgestellten Plan vorzulegen, „der den Wiederaufbau, die stufenweise Ingangsetzung und die Produktionslenkung von Industrie und Bergbau“ umfasst. Die Stelle solle in der Zwischenzeit „besonders drängende Fragen einzelner Unternehmungen im Hinblick auf den zu schaffenden Gesamtplan“ lösen und die Überführung all jener herrenlosen Betriebe, die den zur Verstaatlichung bestimmten Schlüsselindustrien und dem Bergbau angehören, in staatliche Verwaltung „beschleunigen“. Außerdem solle sie Vollmachten erhalten, „damit ihren Arbeiten keine Hindernisse in den Weg gelegt werden und ihre Anordnungen in den Wirtschaftskreisen befolgt werden“. Vom Gelingen dieser „Gemeinschaftsarbeit“ versprach sich Waldbrunner „einen wesentlichen Beitrag zur raschen Gesundung unserer Wirtschaft“.⁸⁷ War nun für Waldbrunner die Forderung nach Wirtschaftsplanung mit der nach Wirtschaftsdemokratie verbunden, so hatte dies auch einen eminent politischen Aspekt. Über den demokratischen Einfluss auf die Wirtschaftslenkung sollte das einstige „Monopol des Kapitals“ aufgehoben und der Sozialistischen Partei ein Weg zur Mitbestimmung ermöglicht werden. Doch gerade die politisch maßgeblichen Fürsprecher des Privatkapitals, Handelskammern, Wirtschaftsbund und die von der ÖVP dominierten wirtschaftlichen Staatsämter, zeigten sich alles andere denn geneigt, diese Gestaltungsmöglichkeit wirklich zu fördern.⁸⁸ Dabei konnte er zu Recht darauf hinweisen, dass auch die Alliierten ein geordnetes, planmäßiges Vorgehen beim Wiederaufbau als Voraussetzung für die – Ende 1945 mit aller Zuversicht bald erwartete – Unabhängigkeit Österreichs sehen wollten.⁸⁹ In der Folge, auch nach den Wahlen vom November 1945 und der Einrichtung eines neuen Ministeriums für Wirtschaftsplanung, wurde Karl Waldbrunner nicht müde, seine Vorstellungen weiterzuentwickeln und sie für Verhandlungen mit dem zuständigen Minister Krauland vorzulegen. Dabei konzedierte er, dass gerade die Fragmentierung des Landes in Besatzungszonen Ursache einer mangelnden Planwirtschaft sein mochte, Österreich jedoch darüber hinaus kein einheitliches Vorgehen zeige.⁹⁰ Und er sah sich weiterhin gezwungen, die diesbezügliche Säumigkeit des Planungsministeriums anzuprangern. Der politische Kampf, insofern traf seine Diagnose vom Juli des Jahres völlig zu, hatte sich auf das wirtschaftliche Gebiet verlagert.

Wenn wir uns etwas länger mit den wenigen Monaten nach Kriegsende beschäftigt haben, so deswegen, weil es sich um eine entscheidende Zeit für Karl Waldbrunner gehandelt hat. In ihr trat der erst 39-Jährige in die Politik ein und leistete als

87 Karl Waldbrunner, Vorschlag zur Entwicklung einer Planungsstelle für Industrie und Bergbau, Typoskript [1945], Nachlass #32.

88 Karl Waldbrunner, Wo bleibt die Industriepanung?, Typoskript [November 1945], Nachlass #32.

89 Karl Waldbrunner, Was soll aus unserer Industrie werden?, Typoskript [November 1945?], Nachlass #32.

90 Karl Waldbrunner, Überlegungen zum Aufbau der Wirtschafts-Planung, 15. Januar 1946, Nachlass #32; als Verhandlungsbasis mit Dr. Krauland auch an Karl Mantler, Präsident der AK, übermittelt.

vorausdenkender Planer bereits wichtige Beiträge zu den Konzeptionen des Wiederaufbaus und ihrer Umsetzung. Er war einer jener Menschen, an denen es der SPÖ nach 1945 mangelte. Der Bedarf an fähigen Leuten, an Führungstalenten, intellektuellen Kräften und politischem Nachwuchs war groß. Ernst Fischer, der oft brillante Analytiker, hielt in dieser Situation Waldbrunner für den einzigen vielversprechenden jüngeren Mann.⁹¹ Und dieser erkannte, dass der Mangel an qualifizierten, aber nicht kompromittierten Leuten in allen Bereichen starke Einflussmöglichkeiten bot – zumindest anfangs, als sich das bürgerliche Lager noch nicht konsolidiert hatte. Seine Tätigkeit in diesem Bereich war Teil einer umfassenden Dynamik, die er an den Tag legte. So lernten ihn auch die Vertreter der Alliierten kennen. Die drei Vertreter der US-Militäradministration, die ihn im August 1945 interviewten, beschrieben ihn als „alert, a person of keen perception, often anticipating the implication of a question and starting his wary and calculated answer before the question itself has been fully stated“. Im Übrigen sahen sie in ihm „primarily an engineer who happens also to call himself a socialist“, dessen Gesichtspunkt weit mehr der eines Managers als eines Sozialisten sei.⁹² Die Amerikaner hatten sichtlich Schwierigkeiten, den alerten Mann in ein simples Klassifikationsschema zu bringen. Eine „generally energetic manner“ attestierte ihm auch der politische US-Offizier Martin F. Herz.⁹³ Von sowjetischer Seite wurde ihm bescheinigt, was er in der Tat unter Beweis gestellt hatte, nämlich „ein guter und fähiger Organisator“ zu sein. Und in einer von Kiselev und Scheltov im November 1945 verfassten Charakterisierung heißt es, dass „seine Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit (...) sehr hoch geschätzt“ würden. Sein „politischer Weitblick“ sei allerdings „nicht sehr groß“, in politischen Fragen „ist er schwach orientiert“ – was immer das heißen mochte. Während die KPÖ an ihm eine „pro-russische Orientierung“ ausmachte, meinten Kiselev und Scheltov: „Reaktionäre Kreise betrachten ihn als einen moderaten Kommunisten.“⁹⁴ Damit dürfte aber mehr über die Urteilskraft der reaktionären Kreise als Treffendes über Karl Waldbrunner gesagt sein. Oder war diese Einschätzung etwa dem Umstand zu verdanken, dass Waldbrunners Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie nicht mit der Stellenbesetzungspolitik der immer noch dominierenden bürgerlichen Kräfte in Österreich und auch der US-amerikanischen Besatzungstruppen kompatibel waren? Wiederholt und teilweise erfolgreich hatten er und sein Kollege Hermann Lichtenegger als Unterstaatssekretäre im Staatsamt von Eduard Heigl dafür gekämpft, dass dort sowie in der Industrie und in der Handelskammer „verbliebene oder neu eingestellte Nationalsozialisten zum größten Teil ausgeschieden wurden“. Restlos sei dies aber

91 Reinhold Wagnleitner (Hrsg.), *Understanding Austria. The Political reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948* (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 4), Salzburg 1984, 34.

92 Johnson/Sweet/Hankin, Interview, 120 und 122 (wie Fn. 15).

93 Wagnleitner (Hrsg.), *Understanding Austria*, 35 (wie Fn. 91).

94 Zit. nach Robert Kriechbaumer, „... dass der Einfluss der Kommunisten beseitigt wird.“ Sowjetische Meinungen über die politische Lage sowie über österreichische Politiker 1945/46, in: Siegfried Beer/Edith Marko-Stöckl/Marlies Raffler/Felix Schneider (Hrsg.), *Focus Austria. Vom Vielvölkerstaat zum EU-Staat. Festschrift für Alfred Ableitinger zum 65. Geburtstag*, Graz 2003, 417–433, 427.

nicht geschehen, „da verschiedene solcher Persönlichkeiten dem extremen Flügel der ÖVP zu brauchbare und wichtige Vertreter sind“.⁹⁵ Unter diesen Umständen konnte es kaum verwundern, dass Heidl über Waldbrunner als einen „aggressiven Sozialisten vom linken Flügel“ klagte.⁹⁶ Im Kabinettsrat machte er unmissverständlich klar, es sei untragbar, wenn schwer belastete Nazis und Heimwehrlere wie Hans Malzacher und Josef Oberegger führende Posten in großen, zur Verstaatlichung bestimmten Betrieben einnahmen.⁹⁷ In diesem Sinne ist sein Plädoyer vom 2. Juli 1945 zu verstehen: „Man darf den einhelligen Wunsch des Volkes nach Verstaatlichung der Betriebe und Banken, nach Ausschaltung aller faschistischen Wirtschaftskräfte und nach Ausschaltung fremder Einflüsse nicht übergehen.“⁹⁸ Ebenso nahm er gegen den, wie es Karl Maisel einmal ausdrückte, „alten Geist“ in der ÖVP Stellung: „Wir müssen fordern, dass das Hinsetzen der austrofaschistischen Leute aufhört.“⁹⁹ Es hörte aber nicht auf, wie aus den zum Teil prominenten Beispielen für Kontinuitäten im rechten österreichischen Lager ersichtlich ist.¹⁰⁰

Doch wurde Waldbrunner nicht selbst nachgesagt, Personen zu protegieren, die in der Zeit des Nationalsozialismus eine zumindest zweifelhafte Rolle gespielt hatten?¹⁰¹ Gemeint war in diesem Fall der Freund und Ingenieur Walter Hitzinger, wobei unterstellt wurde, dass Ingenieure eine besondere Affinität zum Nationalsozialismus besessen hätten. Tatsächlich machte Hitzinger, vor 1934 Obmann der Sozialistischen Studenten, im Nationalsozialismus Karriere, ohne Mitglied der NSDAP zu sein. Er hatte zudem während dieser Zeit mit Adolf Schärf und Theodor Körner Kontakt gehalten. 1945 setzte ihn Waldbrunner nach Rücksprache mit der Parteileitung bei den Saurer-Werken ein, wo Hitzinger schon früher leitender Direktor war, hatte sich allerdings zuvor Unterlagen verschafft, „die mir seine politische Unbescholtenheit glaubhaft erscheinen ließen“. Da es nicht ruhig um die Person Hitzinger wurde und er gehen musste, versuchte Waldbrunner eine Klärung herbeizuführen und beantragte ein Parteischiedsgericht, wozu er sich als Obmann der Vereinigung Sozialistischer Ingenieure veranlasst sah: „Ist Ing. Hitzinger wirklich schuldig der Zusammenarbeit und Förderung der Faschisten bzw. selbst Faschist, dann bitte schalte man ihn aus; ist er es aber nicht, dann muss man energisch gegen solche Machinationen Stellung nehmen und dem Mann in der Partei einen Verbleib und einen Halt sichern, wenn wir nicht in wenigen Monaten

95 Karl Waldbrunner, Bericht über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, von 1. Mai – 15. Sept. 1945, 2, Nachlass #32.

96 Interview mit Eduard Heidl, 27. August 1945, in: Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft*, 140 (wie Fn. 15). Übers. MZ.

97 Protokolle 2, 257 (15. August 1945) (wie Fn. 24). Zu den Personen siehe ebd. (wie Fn. 24); zu Malzacher und der US-amerikanischen Stellenbesetzung vgl. Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft*, 45–46 (wie Fn. 15).

98 PV, 2. Juli 1945.

99 PV, 30. Juli 1945. Diese Forderung schlug sich jedoch mit der Personalpolitik des Innenministers Oskar Helmer. Am Parteitag 1946 wurde dieser von der Parteilinken kritisiert, weil er austrofaschistische Leute wieder auf leitende Posten berufen hatte. Wolfgang C. Müller, SPÖ und große Koalition. Zur innerparteilichen Begründung und Diskussion der Regierungsbeteiligung (1945–1966), in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945*, Wien 1988, 23–46, 26.

100 Zu denken ist etwa an Julius Raab. Auch Josef Oberegger blieb und machte in der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft Karriere. Vgl. Josef Oberegger an Waldbrunner, 4. Februar 1966, Nachlass #45.

101 Johnson/Sweet/Hankin, Interview, 122 (wie Fn. 15).

mit Schrecken bemerken sollen, wie sehr die staatliche Verwaltung und die Wirtschaftsführung mit Austrofaschisten besetzt sind und wie wenig Einfluss wir dort haben.“¹⁰² Das Ehrengericht entlastete ihn schließlich von den Anschuldigungen. Hitzinger wurde 1952 öffentlicher Verwalter der VÖEST, nachdem schon zuvor Rufe nach ihm laut geworden waren. Im Sinne der SPÖ sollte er dafür sorgen, gegen die 700 „schweren Fälle“ von „Ehemaligen“ und „Jetzigen“ vorzugehen, die 1949 die wirtschaftliche Krise des Unternehmens zu verschärfen drohten. Vor allem aber sollte die betriebswirtschaftliche Leistung, die man sich von ihm erwartete, auch die innerparteiliche Gegnerschaft zum Verstummen bringen.¹⁰³

Wie sah es aber um die weitere Karriere des „guten und fähigen Organizers“ Karl Waldbrunner aus, der bei der Nationalratswahl als Kandidat für den Wahlkreis I (1., 3. und 4. Bezirk in Wien) an zweiter Stelle hinter Karl Maisel und vor dem Gewerkschafter Friedrich Hillegeist aufgestellt war? Die Klärung war natürlich vom Wahlausgang abhängig, der der SPÖ zwar einen Erfolg, aber keinen Sieg brachte. Der Entscheidung zur Zusammenarbeit der Parlamentsparteien in einer Regierung waren Verhandlungen vorausgegangen, in denen die SPÖ versuchte, ihre relativ gute Position nach Möglichkeit auszubauen. Karl Maisel forderte im Namen der Gewerkschaft die Schaffung eines einzigen Wirtschaftsministeriums, wie es im Konzept von Karl Auzs für die neue Zweite Republik vorgesehen war, das von der SPÖ besetzt werden sollte. Renner sah in einem zentralen Wirtschaftsministerium Gefahren, falls dieses dann von der ÖVP übernommen werde. Aber bei den Verhandlungen sei das „Hauptgewicht auf Wirtschaftspositionen“ zu legen, wobei ihm als wichtigstes Ministerium das für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung schien.¹⁰⁴

In dieser Situation tat der „junge Genosse“ Karl Waldbrunner Karl Renner und Adolf Schärf in einem bemerkenswerten Brief seine Meinung kund. Waldbrunner sprach für die Kreise der Sozialisten, die in der Wirtschaft stünden, für die Funktionäre aus Industrie, Handel und Gewerbe, die mit der Ansicht der beiden Parteiführer über die Aufteilung der Mandate nicht einverstanden seien. Geschwiegen habe er, weil er als Mandatar, der aus diesen Kreisen komme, den Eindruck habe vermeiden wollen, für seine Person zu sprechen. Im Wesentlichen nimmt er die Position der Gewerkschaften ein und verlangt zur Realisierung sozialistischer Zielsetzungen, dass von den Schlüsselministerien das für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr „unbedingt von uns erreicht werden muss“ – obwohl in den Verhandlungen bereits angeregt worden war, dieses zu trennen. Von diesem gehe der größte Einfluss auf die Wirtschaft aus, von hier aus habe man – in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – Einfluss nehmen können, über dieses Ressort ließen sich Sozialisierung und Wirtschaftsplanung am ehesten leiten bzw. lenken, so Waldbrunners Erwartung. Waldbrunner hielt fest, er glaube keineswegs daran, dass ihm

102 Karl Waldbrunner an das Parteischiedsgericht der SPÖ, 23. Februar 1946, Nachlass 10.

103 Stefan Demuth an Waldbrunner, 13. November 1949, Nachlass #2.

104 PV, 3. Dezember 1945.

die Leitung des Ministeriums übertragen werde, „denn ich weiß genau, dass ich noch sehr jung und politisch noch lange nicht ausgereift bin“. Er werde dort arbeiten, wo ihn Renner und Schärf hinstellten, und mit Freuden seine Arbeit leisten. Allerdings schien zu diesem Zeitpunkt der weitere Lebensweg noch keineswegs vorgezeichnet: „Ich habe sogar an einer völlig freien Arbeit in der Wirtschaft die größte Lust und würde auch mit Freuden wieder in die Wirtschaft zurückgehen, wenn ihr mich nicht in den politischen Funktionen notwendig brauchen würdet, denn dort bin ich zu Hause und kann nebenbei meiner Familie wahrscheinlich auch ein wohlhabenderes und ruhigeres Leben sichern als in den politischen Stellungen, die mir die Partei zuweist.“¹⁰⁵ Andererseits zog es ihn immer noch halb. Hatte er doch im November in einer in der „Wiener Zeitung“ erschienenen biografischen Skizze am Schluss geschrieben: „Meine Hoffnung geht dahin, dass ich mein Können und meine Arbeitsfreude noch viele Jahre in den Dienst der Arbeiterbewegung und des österreichischen Volkes stellen kann und damit zur Wiederaufrichtung des ganzen Staates beitragen darf.“¹⁰⁶ Renner antwortete: „Jedenfalls werden wir nicht auf Ihre Arbeitskraft verzichten.“¹⁰⁷

Als nach den ersten Verhandlungen von den Wirtschaftsressorts nur der Verkehr (Bahn, Post, Telefon und Telegraf) für die SPÖ herausgesondert wurde, herrschte im Parteivorstand allgemeine Unzufriedenheit mit den Verhandlungsergebnissen. Renner und Schärf gaben einer Tätigkeit im Planungs- und Verstaatlichungsbereich wegen der Alliierten kaum Chancen. Johann Böhm, der in diesem Punkt beipflichtete, beharrte dennoch auf einem wichtigen Wirtschaftsministerium für die SPÖ. Man solle das Planwirtschaftsministerium fordern und den Verkehr aufgeben. Auch Karl Maisel äußerte Unzufriedenheit über die Aufteilung der Wirtschaftsministerien und setzte weiterhin auf die Möglichkeit der Verstaatlichung. „Wir dürfen die zusammengebrochene Wirtschaft nicht ohne Weiteres aus der Hand geben.“ Helmer meinte, der Widerstand der ÖVP beim Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung sei unüberwindbar. Darüber wolle sie nicht reden und er sah im Falle des Beharrens die Gefahr des Scheiterns eines Regierungseintritts. Schärf war der Meinung, die SPÖ sei mit dem Sozialisierungsprogramm in die Wahl gegangen und sei mit diesem Wahlprogramm unterlegen. „Wirtschaftsmachtpolitische Aufgaben“ könne die SPÖ in der derzeitigen Stärke nicht erfüllen.¹⁰⁸ Nach dem Beschluss, die Verhandlungen im Sinne der Gewerkschaft weiterzuführen, erhob die Gewerkschaft als Mindestforderung einen Staatssekretär im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung und schlug dafür Karl Waldbrunner vor.¹⁰⁹ Bekanntlich kam es denn auch so. Und man wird annehmen dürfen, dass die Hand des väterlichen Freundes Maisel dabei mitgewirkt hatte.

105 Karl Waldbrunner an Dr. Renner und Dr. Schärf, 5. Dezember 1945, Nachlass #15.

106 Wiener Zeitung, 15.11.1945, 4.

107 Karl Renner an Waldbrunner, 8. Dezember 1945, Privatarchiv Martha Messeritsch.

108 PV, 6. Dezember 1945.

109 PV, 7. und 8. Dezember 1945.

Noch vor der Anerkennung der Regierung Figl I hielt Karl Renner im Kabinettsrat Rückschau über die Provisorische Regierung und hielt fest, dass für die meisten der Mitarbeiter die parlamentarische und ministerielle Tätigkeit neu war. „Es war ungewiss, wie sich die Menschen bewähren werden“, sagte er, um seiner Genugtuung darüber Ausdruck zu verleihen, „so tüchtige Mitarbeiter gefunden zu haben, die sich rasch eingearbeitet und sich in der Zusammenarbeit bewährt haben“.¹¹⁰ Karl Waldbrunner konnte sich angesprochen fühlen und sollte sich auf dem politischen Parkett noch weiterhin bewähren.

Diplomatisches Intermezzo

Einige der Aktivitäten Karl Waldbrunners als Staatssekretär im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung wurden bereits erwähnt. Für diese Aufgaben blieben ihm allerdings nur drei Monate, denn in der Zwischenzeit war eine – nicht ganz unerwartete – Entscheidung gefallen. Sie führte ihn in ein ganz anderes Feld, und doch in vertraute Sphären. Waldbrunner wurde zum ersten Politischen Vertreter der Zweiten Republik in Moskau.

Sehr bald nach der Befreiung kam es, wie erwähnt, zu Versuchen, eine Handelsdelegation in die Sowjetunion zu entsenden, in der auch Waldbrunner vorgesehen war. Diese verliefen im September jedoch im Sand. Die strikte Ablehnung einer österreichisch-sowjetischen Erdölgesellschaft durch die SPÖ, wobei auch massiver Druck der USA und Großbritanniens eine Rolle gespielt hatte, ließ die ursprüngliche Geneigtheit der Sowjetunion kippen.¹¹¹ Hingegen stand die Frage einer Gesandtschaft an. Noch vor der Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten am 20. Oktober beschloss das Zentralkomitee der KPdSU, diplomatische Beziehungen mit Wien aufzunehmen.¹¹² Da sich Moskau keinen Berufsdiplomaten, sondern einen Politiker, und keinen Kommunisten, sondern einen Sozialisten wünschte, wurden noch im Oktober vom Außenamt Julius Deutsch (der allerdings noch gar nicht in Österreich war) und Karl Waldbrunner vorgeschlagen.¹¹³ Dieser war nicht nur wegen des Personalmangels im

110 Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, hrsg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 3: Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerábek, Wien 2003, 406.

111 Alfons Schilcher, Österreich und die Großmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2), Wien/Salzburg 1980, 17–31; vgl. PV, 13. September 1945; Rathkolb (Hrsg.), Gesellschaft, 186 (Bericht vom 26. September 1945), (wie Fn. 15).

112 Karner, Zu den Anfängen, 183 (wie Fn. 2); Oliver Rathkolb, Der Wiederbeginn der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion 1945–1947 zwischen Kaltem Krieg und österreichischer Innenpolitik, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 50/2003 (200 Jahre Russisches Außenministerium) 157–166.

113 Schöner, Tagebuch, 416–417 (wie Fn. 53); zu J. Deutsch vgl. Manfred Marschalek, Der Fall Julius Deutsch. Ein sozialdemokratischer Generationskonflikt im Schatten des Kalten Krieges, in: Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei (Sozialistische Bibliothek 1/1), Wien 1992, 11–50, 24.

Außenamt besonders für die ÖVP ein Wunschkandidat, denn „er hat unseren [Staatssekretär] Heinl genug geärgert, indem er im Staatsamt für Industrie stets mehr die russischen als die österreichischen Interessen bei allen Verhandlungen wegen unserer Industrie vertrat“. Seine Qualifikation aufgrund der Sprachkenntnisse und Erfahrungen in der Sowjetunion fanden allerdings auch Erwähnung.¹¹⁴ War die ÖVP froh, so vertrat die SPÖ den Standpunkt, „dass nur ein Sozialist Außenpolitik in der S.U. führen könne“.¹¹⁵ Auch sprachen die eher ökonomisch als politisch-diplomatisch ausgerichtete Prioritätenliste der Partei und die Bemühungen Renners um gute wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion für den in wirtschaftlichen Fragen bewährten Mann.¹¹⁶ In der späteren Literatur wurde Karl Waldbrunner mit Ludwig Kleinwächter, Ernst Lemberger, Hans Thalberg, Norbert Bischoff, Karl Hartl und Lothar Wimmer als „Vorzeigidiplomaten des österreichischen Opferstaates“ in eine Reihe gestellt. Es wurde argumentiert, die Bundesregierung habe diese „ganz bewusst auf diese Positionen platziert“, um „die individuelle Opferrolle von Österreichern auf der diplomatischen Vertretungsebene wirksam herausstellen“ zu können. Diese Interpretation erscheint im Licht der Kenntnisse über Waldbrunners Person und Bestellung jedoch zumindest überzogen.¹¹⁷

Bald war nur noch von Waldbrunner die Rede, und Renner bemühte sich für die Provisorische Regierung, von der sowjetischen Regierung so bald wie möglich eine positive Antwort auf die Anfrage betreffend die Bestellung Waldbrunners zum Gesandten und bevollmächtigten Minister zu erhalten. Renners Drängen hatte im November auch einen innenpolitischen Hintergrund. Zumindest argumentierte er Kiselev gegenüber damit, dass die ÖVP in Erwartung eines Wahlsieges und noch vor der Bildung einer neuen Regierung fordern könnte, „professionelle Diplomaten, d.h. Reaktionäre, Anhänger der Katholiken“, zu entsenden. Dieses Argument bewog Kiselev, dem Vorschlag zuzustimmen.¹¹⁸ Obwohl sich die Befürchtungen Renners nicht bewahrheiteten und die SPÖ – wenngleich als „Juniorpartner“ – ihren Einfluss bei der Bestellung von Vertretungspersonal auf der Basis der vereinbarten Einvernehmlichkeit geltend machen konnte, war Anfang Dezember noch nicht klar, ob Waldbrunners Berufung nach Moskau von der Sowjetunion akzeptiert würde – Renner ürgierte bei Scheltov.¹¹⁹

114 Schöner, Tagebuch, 417 (wie Fn. 53).

115 PV, 5. September 1946.

116 Die ersten österreichischen Diplomaten, in: Arbeiter-Zeitung, Schaffhausen, 31. Januar 1946; vgl. dazu auch Oliver Rathkolb, Sozialistische Außenpolitik(er) 1945 bis 1959, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, 499–514, 501.

117 Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck/Wien/Bozen 2005, 389. Eine differenziertere Sicht bietet Rathkolb, Wiederbeginn, 158 (wie Fn. 112).

118 Zit. nach Stefan Karner/Barbara Stelz-Marx/Alexander Tschubarjan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente, Graz/Wien/München 2005, 249 (Mitteilung vom 24. November 1945).

119 Rathkolb, Außenpolitik(er), 499 (wie Fn. 116); Karl Renner an Waldbrunner, 8. Dezember 1945, Privatarchiv Martha Messeritsch.

Am 27. Jänner 1946 berichtete Schärf im Parteivorstand (da stand es aber auch schon in der „Wiener Zeitung“) über Waldbrunners Agrément als Gesandter in Moskau.¹²⁰ Seine Ernennung mit EntschlieÙung des Bundespräsidenten erfolgte am 9. Februar.¹²¹ Dann folgten weitere Verzögerungen, die vor allem den ungeklärten materiellen Bedingungen geschuldet waren, unter denen der Homo novus¹²² diplomaticus seinen Dienst antreten konnte. Während die Unterbringung bis zum Freiwerden des Gesandtschaftsgebäudes im Hotel National vorgesehen war, sollte zur Finanzierung die österreichische bei der Sowjetregierung einen Rubel-Kredit beantragen, der in Form von Kompensationen, sei es durch Sachlieferungen, sei es durch in Russland marktgängige Devisen, zurückzuzahlen wäre. Bei einem vorbereitenden Gespräch mit sowjetischen Vertretern brachte Waldbrunner auch die Hauptaufgaben vor: Obenan stand die Frage der österreichischen Kriegsgefangenen. Zweitens ging es um die wirtschaftlichen Beziehungen, wobei die noch nicht zustande gekommene Handelsdelegation ein gewisses Reizthema war. Außerdem brachte Waldbrunner die wirtschaftlichen Behinderungen aufgrund der Zonen vor. Hier wie auch bei der Frage des so genannten „Deutschen Eigentums“ in Österreich „und den Südoststaaten“ zeigte sich das sowjetische Gegenüber „weniger interessiert und informiert“ und verwies auf die zuständigen Stellen in Moskau.¹²³

Noch vor seiner Abreise erschien es dem designierten Geschäftsträger wichtig, den zu vertretenden Anliegen Österreichs einen günstigen Boden zu bereiten. In dieser Absicht verfasste er am 19. März 1946 den Artikel „Was wird aus Österreich?“ über die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion, in dem er – übrigens völlig zu Recht – diesen Staat als größten Leidtragenden des Nationalsozialismus, aber auch als Hoffnungsträger der Arbeiterklasse darstellte, die die Errungenschaften des Sozialismus zu würdigen wisse. Gleichzeitig machte er klar, welches die Forderungen Österreichs seien: die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Verfügungsgewalt über Rohstoffe und Unternehmungen, der ungehinderte freie Warenaustausch, eine feste Währung, die Reduzierung der Besatzungstruppen und natürlich der Staatsvertrag. Der Tenor verstieß offenbar gegen die Linie der „Arbeiter-Zeitung“, die den Alliierten gegenüber eine „neutrale“, ausgleichend-lavierende Haltung einzunehmen bestrebt war. Chefredakteur Oscar Pollak, der schon früh für die Beendigung der „pro-sowjetischen“ Periode der Partei eintrat, lehnte die Veröffentlichung – für deren Fall Waldbrunner die Anonymität gewünscht hatte – ab: „Kritik müssen wir vermeiden; den Anschein der Anbiederung sollen wir vermeiden.“¹²⁴ Wenige Wochen später sollte der Stellvertreter in Moskau allerdings genau diese Punkte vorbringen.

120 PV, 27. Jänner 1946.

121 Waldbrunner an Adolf Schärf, 5. Jänner 1954, Nachlass #15.

122 Die ersten österreichischen Diplomaten, in: Arbeiter-Zeitung, Schaffhausen, 31. Januar 1946.

123 Aufzeichnung [über die Aussprache Waldbrunners mit dem Gesandten Kiselev am 15. Februar 1946 in Wien], Nachlass.

124 Pollak an Waldbrunner, Nachlass #32. Zu Pollak siehe Marschalek, Fall, 23 (wie Fn. 113).

Ohne definitive Zusagen vonseiten der Sowjets über die materielle Basis der Gesandtschaft in der Tasche zu haben, reiste Waldbrunner in Begleitung ab und traf am 5. April 1946 ein. In einer Vielzahl von Berichten an Außenminister Karl Gruber berichtete er über Unterredungen mit sowjetischen Ministern, seine Kontakte zu den anderen ausländischen Diplomaten und über das Geschehen in Moskau. Die bereits erwähnten Themen bildeten den Kern seiner politischen Gespräche. Die Reaktion der sowjetischen Stellen lässt sich zusammenfassend als hinhaltend bezeichnen. Österreich müsse sich mit der Erledigung seiner Anliegen gedulden, weil hierfür – so etwa Molotov – „die Lösung der internationalen Fragen eine Rolle spielt“.¹²⁵ Waldbrunner stieß auf eine „auffallende Zurückhaltung in allen Österreich betreffenden Fragen“,¹²⁶ was zwar nicht seine Bemühungen, aber doch seine Erfolgsaussichten schmälerte. Daran änderte auch der zuweilen freundliche Diplomaten-ton nichts, mit dem man ihm begegnete. „Man kenne ja meine frühere Tätigkeit“, so Waldbrunner über sein Gespräch mit Molotov, „auch meine politische Betätigung in Österreich und demokratische Gesinnung; meine Kenntnisse der russischen Sprache und meine Sympathien für das russische Volk seien ja besonders erfreulich und erfolgversprechend.“ Nicht nur Molotov stimmte – im Einklang mit der Moskauer Deklaration – der „Opferthese“ zu, dass Österreich 1938 von den Großmächten keine Unterstützung erhalten habe. Auch in der Frage der Entnazifizierung zeigte man Verständnis für die Schwierigkeiten Österreichs, dass „wir bei gewissen Intelligenzberufen nicht so strenge Maßnahmen ergreifen konnten“. Der stellvertretende Außenminister Wyschinskij etwa meinte, dass es in Russland nach der Revolution ja ähnlich gewesen sei, „und man müsse eben sehen, wer noch imstande wäre, für eine zweckmäßige Arbeit unter den gegebenen Voraussetzungen verwendet zu werden“.¹²⁷ Andererseits hörte Waldbrunner auch „Vorwürfe mangelnder Demokratie, fehlenden Arbeitswillens, schlechter Organisation“ und Ähnliches.¹²⁸ In Sachen Staatsvertrag kamen ebenfalls keine Illusionen auf. Die Sowjetunion hatte es abgelehnt, auf der gerade stattfindenden Pariser Konferenz der Außenminister den Vertrag mit Österreich zu diskutieren. Ausführlich legte ihm der stellvertretende Außenminister Dekanassov dar, dass die Frage Österreich derzeit hinter „den ganzen Schwierigkeiten Europas“ zurückzustehen habe.¹²⁹

Waldbrunner hatte kaum Kontakte zu Österreich und war so gut wie ohne Nachrichten. Auch materiell blieben die Bedingungen unzulänglich. Noch Ende Mai

125 Besuch bei Außenminister Molotov, 12. April 1946, Zl. 1 pol./46, Nachlass; die Berichte finden sich, verstreut in diversen Kartons und Faszikeln, (zum Teil?) auch im ÖstA/AdR. Siehe z.B. ÖstA/AdR, AA, II-pol. 1946, Kt. 20, Russland 3, Russland 5, Russland 6, Russland 49: AA, II-pol 1946, Kt. 17, 1946 Ö 2, Grundzahl 111.105-pol./46.

126 Antrittsbesuch beim stellvertretenden Außenminister Losovskij, 30. April 1946, Zl. 10 pol./46, Nachlass.

127 Besuch beim stellvertretenden Außenminister Wyschinskij, 27. April 1946, Zl.5 pol./46, Nachlass.

128 Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Dekanassov, 23. Mai 1946, Zl. 19 pol./46, Nachlass.

129 Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Dekanassov, 23. Mai 1946, Zl. 19 pol./46, Nachlass; vgl. Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 62), Wien/Köln/Graz 1998, 40.

hatte er „keine einzige Kopeke“ erhalten, die Gesandtschaft lebte auf Kredit.¹³⁰ Seine Schreiben blieben unbeantwortet, was zum Teil auch auf die unzulänglichen Kommunikationsbedingungen zurückzuführen war. Ebenso hatte er von seinen Parteifreunden nach einem Monat noch immer keine Zeile erhalten. In einem Brief von Anfang Mai beschrieb er seine Lage als schwierig. Mit einem „Anfang aus dem Nichts“ gehe es ihm wie vor einem Jahr, als er in die Regierung eintrat und „auch rundum nichts vorhanden“ war. Obwohl es ihm verglichen mit damals besser gehe, habe er die meisten Sorgen „wegen zu Hause, da von neuen großen Versorgungsschwierigkeiten hier berichtet wird“. Trotz seiner „wenig hoffnungsvollen Situation“ gab er sich jedoch zuversichtlich und trat nach sieben Wochen seine geplante Informationsreise nach Wien an.¹³¹

Waldbrunner kümmerte sich von Wien aus weiterhin um die Erledigung von Gesandtschaftssachen, doch die Rückkehr zog sich hinaus und fand schließlich gar nicht mehr statt. Die Frage der Alimentierung wurde vom Außenamt nicht gelöst und politisch war das Scheitern der Mission der zunehmenden Verhärtung der Positionen der Sowjetunion gegenüber Österreich zuzuschreiben. Waldbrunner konnte einfach nichts ausrichten, so wenig, wie jeder andere auch noch so geschulte Berufsdiplomat es vermocht hätte.¹³² Wie Adolf Schärf es formulierte: „Die Russen haben ihn auf dem Trockenen sitzen lassen.“¹³³ Schließlich legte auch die Partei keinen Wert mehr auf einen zweiten Versuch Waldbrunners.

Um die Gründe seines Rücktritts vom 18. Oktober entspann sich – ausgelöst durch eine Presseaussendung Waldbrunners – eine publizistische Polemik, in der selbstverständlich parteipolitisches Kleingeld geschlagen werden sollte und die auch von persönlichen Untergriffen nicht frei war. Sie nahm zunehmend den Charakter einer Offenbachiade an, brachte eine amtliche Darstellung des Auswärtigen Amtes in die Zeitung, beschäftigte den Ministerrat und endete schließlich mit einer Erklärung des Außenministers im Nationalrat.¹³⁴

Waldbrunner hatte sich mit seiner diplomatischen Mission der Parteidisziplin untergeordnet und war nicht aus eigenem Antrieb nach Moskau gegangen. Im Gegenteil, hatte ihm doch seine Ernennung zum Staatssekretär Chancen für ein weiteres Wirken im Sinne einer sozialistisch geprägten Wirtschaftsordnung und des Aufbaus eröffnet. Im Protokoll des Parteivorstands findet sich die Bemerkung, „dass er gerade in dem Augenblick, wo die Positionen, die wir mühsam in seinem Ressort

130 Kosten der Moskauer Gesandtschaft, Waldbrunner an Karl Gruber, 28. Mai 1946, Zl. 20 pol./46, Nachlass.

131 Karl Waldbrunner an „Liebe Freunde“ [in der SPÖ], Moskau, 3. Mai 1946, Nachlass #61.

132 Rathkolb, Wiederbeginn, 165 (wie Fn. 112).

133 PV, 15. Oktober 1946.

134 Siehe Tagblattarchiv in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Mappe Waldbrunner; Die Geschichte unserer ersten Vertretung in Moskau. Eine amtliche Darstellung des Auswärtigen Amtes, in: Neues Österreich, 1.12.1946; Replik in Arbeiter-Zeitung, 1.12.1946; Welt am Abend, 4.12.1946; Verhandlungsschrift Nr. 48 über die Sitzung des Ministerrates am 3. Dezember 1946, Kopie in Bruno-Kreisky-Archiv, Ordner Ministerratsprotokolle 1946, Nr. 24–51; Neues Österreich, 6.12.1946; A-Z, 6.12.1946.

geschaffen haben, zu wanken beginnen, nur sehr schwer hier weggeht“.¹³⁵ Auch Anton Proksch hatte den Abgang Waldbrunners aus diesem Ministerium bedauert, weil er darin einen Verlust der Wirtschaftskompetenz der SPÖ erblickte.

Nach seiner Rückkehr fand er sich wieder mitten in den wirtschaftlich drängenden Fragen. Im Juli war das Erste Verstaatlichungsgesetz verabschiedet worden, woraufhin die Alliierten ihre Forderungen geltend zu machen versuchten. Es ging um Erdölinteressen westlicher Firmen, aber auch um die Länderbank und Elin. Ein Gefühl des Scheiterns machte sich breit und die Furcht, dass damit „unsere Verstaatlichung ein Begräbnis erster Klasse erhalten“ habe, so Felix Stika im Parteivorstand. Waldbrunner selbst warf die Frage auf, „was von der Verstaatlichung überbleibt“, und verwies auf die 5-Millionen-Dollar-Anleihe, die bei der Alpine Montan stehe. Obwohl ein beträchtlicher Substanzverlust drohte, waren die Forderungen für Waldbrunner kein völliges Scheitern, sondern eine Einschränkung des ursprünglichen Programms.¹³⁶ Doch bezüglich der Realisierung des Programms wie auch anderer wirtschaftlicher Fragen herrschte in der Partei eine gewisse Verunsicherung. Wirtschaftspolitisch kompetente Leute waren gefragt, wenn man vermeiden wolle, dass die Verstaatlichung zur Farce werde (Fritz Matzner im Parteivorstand). Das betraf auch die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Zweijahreswirtschaftsprogramms, die aus den „Fachleuten“ Waldbrunner, Wendelin Schöpf, Anton Proksch und Stefan Wirlandner gebildet wurde.¹³⁷ Anfang Oktober, als seine Rückkehr nach Moskau schon nicht mehr wahrscheinlich war, wurden seine diesbezüglichen Qualitäten erneut zum Thema des Parteivorstands. Es zeigte sich dabei, dass Waldbrunner immer noch zwischen Industrie und Politik Möglichkeiten offenstanden. Als über die Vorarbeiten für die Umbildung der Aufsichtsräte und Vorstände in den verstaatlichten Betrieben berichtet wurde und eine Reihe von Namen fiel, stellte Bruno Pittermann fest, „dass ihm ein Name, und zwar Waldbrunner, fehlt“. Noch vor der Entscheidung, ob Waldbrunner sein Amt als Diplomat wirklich niederlegen würde, war dies eine von zwei Möglichkeiten für seine Verwendung. Denn gleichzeitig schlug Proksch vor, „dass wir im Parteisekretariat einen Mann haben müssten, der sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigt“. Auch hierfür kam Waldbrunner in Frage.¹³⁸ Wenn schon nicht Generaldirektor der Bundesbahn oder Präsident der Alpine Montan, dann sei es „vorzuziehen, dass er die Führung der Wirtschaftspolitik in der Partei übernimmt“, meinte Julius Deutsch.¹³⁹ Karl Waldbrunner erhielt eine wichtige parteipolitische Aufgabe: Er wurde im November wirtschaftspolitischer Sekretär der SPÖ,¹⁴⁰ war Nationalratsabgeordneter und sollte sogar noch in einigen diplomatischen Missionen für Österreich zum Einsatz kommen.

135 PV, 27. Jänner 1946.

136 PV, 6. September 1946.

137 PV, 19. September 1946.

138 PV, 7. Oktober 1946.

139 PV, 15. Oktober 1946.

140 PV, 17. November 1946.

Wegbereiter des Wiederaufbaus

Ein Jahr nach dem Ende des Krieges war die Lage zwar in vielen Belangen noch immer prekär. Im Mai 1945 wäre, so erinnert sich Waldbrunner, „rundum nichts vorhanden“ gewesen. Doch gemessen an diesem Zustand „ist schon ein ganz wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Es hat daher – so überlegt – die Arbeit des verstrichenen Jahres doch Sinn und auch Erfolg gehabt.“¹⁴¹ Kaum zum Wirtschaftsfachmann der Partei und – neben Otto Probst und Erwin Scharf – einem der Zentralsekretäre der SPÖ avanciert, setzte Waldbrunner alles daran, den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie Nachdruck zu verleihen. Die Voraussetzung dafür war, dass ihn Körner zum persönlichen Berater für Wirtschaftsangelegenheiten bestellte, offiziell: zum Vertreter der Stadt Wien im Planungsbeirat beim Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.¹⁴²

Eine der Stoßrichtungen galt vor allem dem Ministerium Krauland, dessen Geschäftsführung die jahrelange Kritik Waldbrunners herausforderte. Bereits Anfang Dezember 1946 griff er im Nationalrat die oftmalige Missachtung der Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft sowie die Politik der Einsetzung von öffentlichen Verwaltern aus der Beamtenschaft des Ministeriums an.¹⁴³ Vor allem wurde Krauland zum Planungsminister, der Planung verhinderte – ein Vorwurf, der angesichts der weltanschaulichen Heimat des Ministers, der aus dem Austrofaschismus kam, gerechtfertigt war. Andererseits hatte die SPÖ selbst kein homogenes Planungskonzept und war außerdem nicht „doktrinär dem Prinzip der überspitzten Planung“, sondern der Entwicklung einer regulierten Marktwirtschaft verpflichtet.¹⁴⁴ Da aber dem Ministerium auch die verstaatlichten Betriebe unterstanden, war die Forderung nach Anwendung der Wirtschaftspläne zumindest in diesem Bereich verständlich.¹⁴⁵ Und hier entstanden denn auch im Jahr 1948 Aufbau-, Rahmen- oder „Konstitutionspläne“ für einzelne Branchen.¹⁴⁶ Wie es um die Planung stand, illustriert das Beispiel der Kreditlenkung, die Waldbrunner einmal als „ungewollte Planwirtschaft“ bezeichnete.¹⁴⁷ Erst mit dem Marshallplan kam es, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch auf dem Energiesektor, zu Planungsmaßnahmen, die diesen Namen auch verdienten.¹⁴⁸ Die Hoffnungen auf eine gesamt-

141 Karl Waldbrunner an „Liebe Freunde“ [in der SPÖ], Moskau, 3. Mai 1946, Nachlass #61.

142 Bürgermeister der Stadt Wien an Waldbrunner, 25. Oktober 1946; Dekret vom 13. November 1946, Zl. M.D.–2611/46; Bürgermeister der Stadt Wien an Waldbrunner, 8. Februar 1947, alle Nachlass #11.

143 A-Z, 6.12.1946; zur Wahl zum Zentralsekretär auf dem Parteitag 1946 siehe A-Z, 19.11.1946.

144 Karl Waldbrunner, Der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs, Vortrag gehalten in Schweden im Jänner 1952, Typoskript, 4, Nachlass #45; vgl. auch A-Z, 21.11.1946; Deutsch, Chance, 88–95 (wie Fn. 72).

145 A-Z, 6.12.1946.

146 Hans Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan, in: Günther Bischoff/Dieter Stiefel (Hrsg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998, Wien/Frankfurt 1999, 63–102, 79; vgl. auch Ralf Kronberger/Robert Schediwy, Zeitzegen und Gestalter: Hans Seidel – ein konstruktiver Mittler, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1 (2005) 137–144, 138.

147 Karl Waldbrunner, Rededispotion, 1948, Nachlass #32.

148 Kurt Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Stahlindustrie: VÖEST, in: Günther Bischoff/Dieter Stiefel (Hrsg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998, Wien/Frankfurt 1999, 217–248, 231–232.

wirtschaftliche Planung, die manche in den Planungsbeirat gesetzt hatten, erfüllten sich allerdings nicht. Dieses im Mai 1946 ins Leben gerufene Gremium trat erst im Februar 1949 zu seiner ersten Sitzung zusammen und konnte bis zu seiner Auflösung im selben Jahr den erwünschten Beitrag nicht leisten.¹⁴⁹ Es bestand also, wie Waldbrunner 1947 anmerkte, Handlungsbedarf für die österreichische Wirtschaft und Politik, wollte man die Zukunft „nicht wieder wie nach 1918“ verscherzen.¹⁵⁰

Geleitet waren die Polemiken Waldbrunners von der Erkenntnis, dass sich der politische Kampf auf den wirtschaftlichen Sektor verlagert habe: „Wirtschaftliche Entscheidungen sind politische Entscheidungen.“¹⁵¹ Das bedeutete, den wirtschaftlichen Hegemoniebestrebungen der ÖVP, der „Wirtschaftsfront der Bourgeoisie“¹⁵², entgegenzutreten, Positionen zu erringen und zu behaupten. Denn Mitverantwortung hieß Mitbestimmung. Die „offizielle“ Linie¹⁵³ des vielbeschworenen Konsenses zwischen den beiden großen Parteien, dem sich Waldbrunner immer verpflichtet fühlte, fand hier seine Grenzen. Die Erfahrungen mit dem „Ständestaat“ blieben lange Zeit präsent und hielten vor allem bei der SPÖ ein ständiges Misstrauen gegenüber dem Koalitionspartner (die KPÖ schied 1947 aus der Konzentrationsregierung aus) wach. Nicht einmal der Antikommunismus, der bei der ÖVP naturgemäß vorausgesetzt werden konnte und den sich die SPÖ zum distinktiven Merkmal machte, war ein unverbrüchliches Bindeglied. Das bewies der durch eine gezielte Indiskretion Karl Grubers bekannt gewordene Versuch Leopold Figls, mit dem Kommunisten Ernst Fischer 1947 eine Neuaufteilung der politischen Macht zu vereinbaren. Dieses „sonderbare Liebesspiel (...), diese so genannte Untreue der Führer der ÖVP“ habe ihn „eigentlich nicht enttäuscht, denn ich war nie auf eine Treue gefasst“.¹⁵⁴ Vielmehr hielt er es für bezeichnend, dass die ÖVP bereit sei, „alles über Bord zu werfen, um sich selber am Ruder zu erhalten“, und setzte hinzu: „Die Methode ist uns ja zur Genüge aus den Jahren vor 1938 bekannt.“¹⁵⁵ Vor allem aber waren es Fragen der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und Entscheidungen, an denen die Gegensätze aufbrachen. Die ökonomischen Verhältnisse Österreichs boten dafür genügend Anlässe.

Die Lage war in den ersten Nachkriegsjahren noch immer nicht sehr ermutigend. Der Aufbau wie die Verwaltung waren mühselig und von ständigen Rückschlägen begleitet. Mangelnde Souveränität bei anhaltenden Differenzen in der alliierten Militärverwaltung erschwerten die Situation. Die politische Arbeit erfordere viel Ausdauer und Verantwortung, schrieb Waldbrunner 1947 an einen Ingenieursfreund in den USA, „und du kannst dir vorstellen, dass wir alle unser Letztes ge-

149 Deutsch, Chance, 91–93 (wie Fn. 72); Karl Waldbrunner, Wirtschaftsplanung und Planungsministerium, in: A-Z, 6.2.1949, 2.

150 Waldbrunner an Norbert Bischoff, 29. September 1947, Nachlass #53.

151 Karl Waldbrunner im PV, 2. Juli 1945.

152 Karl Waldbrunner, Die Wirtschaftskammern, in: SPÖ-Vertrauensmann, 8. November 1946.

153 Matis, Nachkriegselend, 158 (wie Fn. 18).

154 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. Juni 1947, Nachlass #11.

155 Waldbrunner an Erich Wang, 17. Juni 1947, Nachlass #17.

ben, um durchzukommen“. Entscheidend aber war, dass die gemäßigte und staatstragende Linie der SPÖ es ausschloss, „in dieser Situation zu experimentieren“. Die Sozialisten seiner Orientierung richteten ihre „Blicke in erster Linie auf die Erhaltung des kleinen, neu aufgerichteten Staates“. ¹⁵⁶ „Keine Experimente“ hieß damals innerparteilich wohl schon der Bruch mit den Linksozialisten, der 1948 bekanntlich im Ausschluss Erwin Scharfs – und im traurigen Freitod von Hilde Krones – gipfelte. ¹⁵⁷ Der Verzicht auf Experimente bedeutete in den innen- wie weltpolitisch entscheidenden Jahren 1947 und 1948 ein Bekenntnis zur westlichen Demokratie, dessen greifbarster politischer und ökonomischer Ausdruck dann die Teilnahme am ERP-Programm war. Zur Frage der „angeblichen Westorientierung“ antwortete Waldbrunner im September 1947 dem Botschafter Norbert Bischoff in Moskau, er könne sich nur an die Tatsachen halten: Österreich habe nur politisch und wirtschaftlich überleben können, weil es von Amerika Hilfslieferungen im Ausmaß von nahezu 200 Millionen Dollar erhalten habe, ohne den USA gegenüber eine Verpflichtung eingegangen zu sein. Da sich die Lage wieder verschärfe, sei weitere Hilfe unverzichtbar. „Den österreichischen Politiker, sofern er nicht wie die Kommunisten ein Hausknecht einer fremden Macht ist, musst du mir zeigen, der in solch einer Lage gegen die Amerikaner Stellung nimmt und ihre Hilfe ablehnt.“ ¹⁵⁸ Waldbrunner als scharfmachenden „Kalten Krieger“ auf der Seite des Kapitalismus zu sehen, wäre jedoch nicht zutreffend. Denn seine bestimmte Ablehnung des Kommunismus erwuchs aus seinem Selbstverständnis als Sozialist, dessen reformerisches Wirken durch eine „konservative Reaktion“ auf einen bolschewistischen „Extremismus“, wie er ihn in der Politik der KPÖ verkörpert sah, gefährdet werden könnte. ¹⁵⁹ Daher auch sein immer wieder vorgebrachtes Anliegen, die soziale Ruhe im Land zu erhalten, Streiks und Demonstrationen trotz der großen Not und der zusätzlich abverlangten Opfer zu vermeiden. Die dafür notwendige „Disziplin“ werde wiederum nur durch die „Einheit der Arbeiterschaft in der Sozialistischen Partei“ ermöglicht. ¹⁶⁰ Davon schien das Überleben der Partei abzuhängen. Wollte sie reüssieren, musste sie sich integrativ positionieren und eine eigene Linie aufbauen. Das hatte Adolf Schärf schon 1946 klar gemacht: „Ich glaube, auch die Politik auf Verschmelzung [mit der Kommunistischen Partei] würde zu nichts anderem führen als zu einer vollständigen Identifizierung der beiden Linksparteien zum Vorteile der Rechten.“ ¹⁶¹

156 Waldbrunner an Erich Wang, 17. Juni 1947, Nachlass #17; zur Rolle der SPÖ als staatstragende Partei vgl. Elisabeth Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens, in: *zeitgeschichte* 24 (1997) 5–6, 170–185, 174.

157 Fritz Weber, *Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 25), Wien 1986; ders., *Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945–1950*, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945*, Wien 1988, 11–22.

158 Waldbrunner an Norbert Bischoff, 29. September 1947, Nachlass #53.

159 Waldbrunner an J. Szeftü, *Ungarische Gesandtschaft in Moskau*, 29. September 1947, Nachlass #6. Zum Antikommunismus vgl. Anton Pelinka, *Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), *Österreich. Die Zweite Republik*, Band 1, Graz/Wien/Köln 1972, 169–202.

160 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 5. Jänner 1948, Nachlass #53.

161 Adolf Schärf an Waldbrunner, 11. Mai 1946, Nachlass #53.

Andererseits unterlag Waldbrunner auch der – 1947 verbreiteten – Furcht vor einem Expansionsstreben der Sowjetunion. Auch daher das Beharren auf der festen Linie der Partei, die „Abweichungen“ wie jene von Scharf nicht zuließ, aber auch die Haltung der Regierung nach den gescheiterten Londoner Staatsvertragsverhandlungen bestimmte. So schrieb er im Jänner 1948 an Bruno Kreisky: „Für uns gilt absoluter Realismus, um angesichts der Gefahr von Osten nicht ähnlich verschlungen zu werden wie unsere unglücklichen Nachbarn. Dieser Gefahr zu begegnen und ihr mit Geschick und Entschlossenheit auszuweichen, ist unser oberstes Ziel, das wir anerkannterweise mit mehr Ruhe und Besonnenheit anstreben, als es irgendjemand unter den gegebenen Umständen erwarten konnte.“¹⁶² Wenn nun aber die „Furcht vor der Volksdemokratie“ real existierend war, so bedeutete sie nicht, vorbehaltlos der ÖVP in die Hände zu arbeiten, und schon gar nicht, ihre wirtschaftspolitischen Alleingänge hinzunehmen.¹⁶³ Konsens- und Kompromissbereitschaft zum Erhalt der über alles gestellten und unablässig beschworenen „sozialen Ruhe“ blieben aber die tragende Säule der politischen Haltung des dominierenden Flügels der SPÖ, der sich auch Waldbrunner zugehörig fühlte.

Die wirtschaftliche Lage besserte sich zwar, aber noch 1948 blieb das BIP pro Kopf unter dem Stand von 1933, dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise, und als es 1949 das Niveau von 1937 leicht überschritt, bildete Österreich nach wie vor das Schlusslicht der Industrieländer.¹⁶⁴ 1947, nach dem Auslaufen der UNRRA-Hilfe, war das Land in der Ernährung noch immer auf ausländische Hilfe angewiesen, die überwiegend aus den USA kam – für Waldbrunner Anlass, etwas aufzuatmen, aber auch gegenüber Bruno Kreisky zu äußern: „Ich persönlich glaube, dass die Amerikaner genau wissen, dass man uns wenigstens vor dem Verhungern und dem Erfrieren sichern muss, wenn man will, dass wir bis zur Erlangung unserer Unabhängigkeit durchhalten sollen. Der Wille zu diesem Durchhalten ist jedenfalls ungebrochen, und ich kann mit Stolz sagen, dass der Träger dieses Willens in Österreich unsere Partei ist.“¹⁶⁵ Damit unterstrich er einmal mehr, wie sehr sich die SPÖ als Staatspartei verstand. Bei der Kohleverorgung befürchtete Waldbrunner eine Wiederholung der Situation des Winters 1946/47, als Industriebetriebe monatelang stillstanden. Österreichische Vertreter verhandelten daher in den USA wegen Kohlekrediten.¹⁶⁶ Gleichzeitig lag aber hier ein Anreiz zum Ausbau anderer Energiekräfte. Neben den groß angelegten Hilfsaktionen halfen kleine Spenden aus Privatinitiative, sei es Zucker, den Bruno Kreisky der Familie Waldbrunner aus Schweden zukommen ließ, sei es Kleidung, „weil wir genug Bedürftige im Lande haben, die um jedes Stück, das wir ihnen geben können, froh sind“.¹⁶⁷

162 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 5. Jänner 1948, Nachlass #53.

163 Waldbrunner an Walter Wodak, 23. September 1948, Nachlass #17.

164 Seidel, *Wirtschaft*, 36 (wie Fn. 10).

165 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. Juni 1947, Nachlass #11. Zu den Hilfsprogrammen vgl. Matis, *Nachkriegselend, 184–185* (wie Fn. 18).

166 Waldbrunner an Erich Wang, 17. Juni 1947, Nachlass #17; ders. an C. Buchberger, 20. Jänner 1947, Nachlass #1.

167 Waldbrunner an Gerold H. Tenney, 3. Jänner 1948, Nachlass #7.

In der Industrie wiederum waren viele Betriebe in der russischen Zone der Verfügungsgewalt Österreichs entzogen. Nach der Ablehnung des bilateralen Erdölvertrags übernahm die Sowjetunion ab Oktober 1945 „Deutsches Eigentum“ – die Erdölindustrie, die DDSG und zahlreiche andere Industrie- und Gewerbebetriebe – in ihre Verwaltung (SMV, DDSG und USIA). „Ihre Produktionen“, so Waldbrunner, „kommen nicht uns zugute, sondern gehen über unsere Grenzen oder werden entgegen unseren Bewirtschaftungsbestimmungen zu Schleichhandelspreisen im eigenen Lande vertrieben.“ Außerdem wickelten die USIA-Betriebe nicht der österreichischen Kontrolle unterliegende Außenhandelsgeschäfte ab und zahlten keine Steuern.¹⁶⁸ Der notorische Zankapfel Erdöl sollte, wie bekannt, Österreich bis über den Abschluss des Staatsvertrags hinaus beschäftigen.

Völlig ungeordnet waren die Währungsverhältnisse. Zwar war die Wiedereinführung des Schillings im Dezember 1945 mit einer Blockierung von Geldvermögen verbunden, doch weitere Reformen des Geldwesens unterblieben und das Missverhältnis zwischen Geldvolumen und Gütermenge blieb beträchtlich. Karl Waldbrunner erläuterte im Juni 1947 Bruno Kreisky die Situation: „Die Geldfülle bei der verschwindend kleinen Produktion scheint jedes Wirtschaftsleben zu erdrücken. Die bescheidenen Mittel, die dem Staate zur Lenkung der Preise und Löhne und zur Bewirtschaftung der wichtigsten Verbrauchsgüter verfügbar sind, reichen nicht aus, um dem Druck dieser großen Geldmenge noch lange standzuhalten. Jede Durchbrechung dieser Ordnung muss aber unweigerlich zu einer immer rascher sich steigernden Inflation führen.“ Es gelte jetzt, dies zu verhindern und Stabilisierungsmaßnahmen zu treffen, die aber noch keine endgültige Währungsreform sein könnten. Wie die Stabilisierung aussehen müsse, machte er ebenfalls klar: „Meiner Überzeugung ist dies nur mit einer sehr energischen und möglichst gerechten Abschöpfung des Geldüberhanges möglich.“ Ob die Regierung dazu imstande sei und vor allem die Alliierten ihre Zustimmung geben würden, müsse die nahe Zukunft zeigen.¹⁶⁹ Sie tat es, nachdem der Widerstand der bürgerlichen Seite überwunden worden war, im November, als das „Währungsschutzgesetz“ verlautbart wurde, und im Dezember, als es die Alliierten billigten. Bis auf einen Betrag von 150 Schilling pro Kopf wurde der Nennwert aller Schillingnoten auf ein Drittel reduziert. Das Gesetz „wollte einerseits die andauernde Notenflut eindämmen (...), die Bankguthaben weiter reduzieren und die Bundesschuld an die Nationalbank verringern, andererseits den bisherigen Kontenwirrwarr mit unterschiedlichen Verfügungsberechtigungen entflechten und einen gerechten Lastenausgleich zwischen Geld- und Sachwertbesitzern erzielen“.¹⁷⁰ Diese Zielsetzung eines Ausgleichs durch Abgaben auf Sachvermögen wurde nur teilweise erreicht, denn die Unternehmen liefen dagegen Sturm.¹⁷¹ Vor allem die kleinen Sparer leisteten schon wieder einen überdurchschnittlichen Bei-

168 Waldbrunner an Erich Wang, 17. Juni 1947, Nachlass #17; Seidel, *Wirtschaft*, 197, 401–412 (wie Fn. 10).

169 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. Juni 1947, Nachlass #11.

170 Matis, *Nachkriegselend*, 171–177, Zitat 175 (wie Fn. 18); Seidel, *Wirtschaft*, 157 (wie Fn. 10).

171 Seidel, *Wirtschaft* 162–163 (wie Fn. 10).

trag zur Geldabschöpfung, während Wertpapier- und Versicherungssparer „relativ ungeschoren blieben“. ¹⁷² Allerdings begannen als Folge dieses unpopulären Währungsschnitts die Schwarzmarktpreise sofort zu sinken, bis sie 1949 mit den legalen Preisen zusammenliefen. ¹⁷³

Dem Gesetz war das erste von fünf Lohn- und Preisabkommen vorausgegangen, mit dem die „Sozialpartner“ versuchten, die Preis-Lohn-Relation der ökonomischen Realität anzupassen und für die drohende inflationäre Beschleunigung eine zumindest vorübergehende Bremse zu finden. Das Abkommen lief aber, wie die folgenden vier, darauf hinaus, Preise und Löhne auf jeweils höherem Niveau zu stabilisieren. Dabei zogen die Löhne den Kürzeren, da eine wirkungsvolle Preiskontrolle nicht möglich war. ¹⁷⁴ Das Ziel der Sozialisten war zwar, Waldbrunner zufolge, „trotz allem politischen Zwange eine halbwegs gerechte Verteilung des Sozialproduktes“. ¹⁷⁵ Aber trotz einer Preissenkungsaktion überstieg der Index der Lebenshaltungskosten den Preisindex bis Dezember um 10 Prozent. ¹⁷⁶ „Die Gegenseite“, so Waldbrunner im September 1948, „hat in den letzten Monaten begonnen, über alle Stränge zu schlagen. Die Bauern vor allem drohten, nichts mehr abliefern zu wollen, wenn nicht die Agrarpreise namhaft erhöht würden.“ ¹⁷⁷ Den Landwirten wurden die geforderten „kostendeckenden“ Preise zuerkannt, und um die Verbraucher nicht zu belasten, aber auch weil der Fiskus die außerordentliche Belastung nicht tragen konnte, griff man zur Subvention aus den Schilling-Erlösen der ERP-Dollarhilfe. Dieses Mittel blieb in der Folge ein wesentliches Element in der Lohn- und Preispolitik. Zur teilweisen Deckung der gestiegenen Lebenshaltungskosten wurden im zweiten Abkommen vom September 1948 die Löhne bescheiden erhöht. Volkswirtschaftlich hätte es bei diesen beiden Übereinkommen bleiben können und – so Waldbrunner ¹⁷⁸ – voraussichtlich auch sollen. Doch war das System offenbar bereits als „probates Mittel sozialer Konfliktregulierung“ erkannt worden. Das dritte Abkommen vom Mai 1949 war denn auch zum Ausgleich für die erhöhten Belastungen der Bevölkerung durch den Budgetausgleich gedacht und brachte gleichzeitig eine gewisse Beruhigung der Inflationsspirale. Das vierte – um voranzugreifen – vom Oktober 1950 wurde zum Anlass bzw. Vorwand für eine groß angelegte Streikbewegung und das letzte von 1951 stand im Zeichen der durch den Koreakrieg ausgelösten Hochkonjunktur und der damit verbundenen „importierten“ Inflation. ¹⁷⁹

172 Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, *Der lange Weg*, 292 (wie Fn. 16).

173 Seidel, *Wirtschaft*, 237 (Tabelle), (wie Fn. 10).

174 Matis, *Nachkriegselend*, 193 (wie Fn. 18).

175 Waldbrunner an Walter Wodak, 23. September 1948, Nachlass #17.

176 Matis, *Nachkriegselend*, 193 (wie Fn. 18).

177 Waldbrunner an Walter Wodak, 23. September 1948, Nachlass #17.

178 Karl Waldbrunner, *Übergangsprobleme der österreichischen Wirtschaft*, Referat auf der Parlamentsklubtagung in Ischl, 22.9.1948, Nachlass #32.

179 Matis, *Nachkriegselend*, 194–200 (wie Fn. 18); Felix Butschek, *Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Wirtschaftspolitik Österreichs 1920–1995*, Wien 1996, 112–116, Zitat 114.

Zurück in die zweite Hälfte der 1940er-Jahre, die noch andere wirtschaftspolitische Weichenstellungen hervorbrachte. Die Verstaatlichungsgesetze gehören dabei sicher zu den bedeutendsten. Die grundsätzlichen Überlegungen, aber auch die Mühen und Fährnisse beim Zustandekommen des ersten Verstaatlichungsgesetzes vom 26. Juli 1946 sowie die Tatsache, dass dieses Gesetz ein Kompromiss zwischen den Ansprüchen der ÖVP und denen der SPÖ war, wurden bereits erwähnt. 70 Unternehmungen der Schlüsselindustrie (Grundstoff-, Elektro- und Chemische Industrie) sowie die drei größten Banken des Landes (und so indirekt auch deren Konzernbetriebe) wurden nationalisiert. Unter ihnen waren auch solche, deren Verstaatlichung als „Deutsches Eigentum“ in der sowjetischen Zone der berühmte Befehl Nr. 17 des Generaloberst Kurasov untersagt hatte. Hingegen hatten die USA wenige Tage vor der Gesetzverdingung das in ihrer Zone liegende „Deutsche Eigentum“ der Republik zur treuhändischen Verwaltung übergeben. Die ehemaligen Hermann-Göring-Werke waren ein wichtiger Teil davon.¹⁸⁰ Der erste verstaatlichte Betrieb Österreichs war aber – Schoeller-Bleckmann in Ternitz.¹⁸¹

Das Erste Verstaatlichungsgesetz wurde zwar als „der revolutionärste Schritt in unserer Wirtschaftspolitik nach 1945“ gesehen, bedeutete aber zunächst nur die rein juristische Übertragung der Besitztitel auf den Staat. Was fehlte, war die Durchführung, die eine Veränderung in der Geschäftsführung bringen sollte. Ein wichtiges Moment dabei war die Zusammenlegung der Betriebe ein- und desselben Wirtschaftszweiges, „um eine einheitliche Lenkung, gründliche Rationalisierung und Investitionslenkung für den Wiederaufbau sicherzustellen“. Die Aufsichtsräte sollten – wie bereits erwähnt – drittelparitätisch besetzt sein, die Vorstände aus drei bis vier Fachleuten bestehen, die der Aufsichtsrat zu bestimmen hatte und die der Bestätigung durch die Regierung bedurften.¹⁸²

Von besonderer Bedeutung für den Aufbau Österreichs war die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft. Die Energieversorgung als Basis für die Wiedereingangssetzung der Industrie war bei Kriegsende in einer höchst prekären Situation. Österreich sah sich in einer tiefen Energieversorgungskrise.¹⁸³ Unter der Leitung von Waldbrunner war es eine der vordringlichsten Aufgaben der vom Industriebeauftragten Stanislaus Stegu geführten Industriekommission (Ingenieurkommission), die Elektrizitätsindustrie wieder aufzubauen. Auch dabei bot sich Gelegenheit, Fehlentwicklungen der Ersten Republik nicht zu wiederholen. Deshalb genossen die Bestrebungen, Österreich so weit wie möglich von Kohleimporten unabhängig zu machen, hohe Priorität. Und der einzige Weg schien die Elektrifizierung des Transportnetzes sowie der industriellen Anlagen zu sein. Firmen, die Generatoren

180 Tweraser, Marshall-Plan, 217–223 (wie Fn. 148).

181 Die erste Verstaatlichung. Eine Feier in Ternitz, in: A-Z, 10.9.46, 2.

182 Die Wirtschaftsgesetze, Typoskript, Nachlass #32; Karl Waldbrunner, Die Organisation der verstaatlichten Betriebe, in: A-Z, 13.3.1947, 1–2.

183 Wilhelm Frank, Zur Geschichte der Energieplanung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 8 (1982) 235–270, 241.

und andere elektrische Ausrüstungen herstellten, sollten dafür vorrangig wieder in Betrieb genommen werden.¹⁸⁴ In der Ersten Republik war die Nutzung des hydroelektrischen Potenzials nicht über Ansätze hinausgekommen und die Kohleabhängigkeit hoch geblieben, weil das dafür notwendige Kapital nicht aufgebracht werden konnte, aber auch weil es wegen der stark übernationalen Ausrichtung der Großbanken zu Interessenskollisionen kam. Alle Bemühungen um solche Investitionen scheiterten an deren Desinteresse. Sie verweigerten Kredite, weil sie selbst hohe Beteiligungen an den mährisch-schlesischen Bergwerken besaßen.¹⁸⁵ Die unter dem Nationalsozialismus in Angriff genommenen, aber unvollendet gebliebenen Wasserkraftprojekte bildeten nun einen Sockel für die energiepolitische Neuorientierung. Hier bot sich eine Chance, die umso besser genutzt werden konnte, als dieser Sektor weniger von der alliierten Interessenspolitik berührt schien. Franz Rauscher gab dies im Dezember 1945 zu bedenken, als er darauf verwies, dass die alliierten Beschlagnahmungen großer Werke nicht bei der Wasserkraft zutreffen, „die von ungeheurer Wichtigkeit für unser Land ist. Hier könnte wohl etwas geschehen.“¹⁸⁶ Gemeint waren Maßnahmen in Richtung Verstaatlichung.¹⁸⁷

Begünstigt wurde die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, weil bereits ein Großteil der elektrischen Energieanlagen in öffentlichem Besitz stand. Die Krux bestand darin, dass die Bundesländer teilweise Eigentümer von Elektrizitätswerksgesellschaften waren.¹⁸⁸ Deren Interessen mit denen des Bundes in Ausgleich zu bringen, war denn auch eines der größten Hindernisse für das Gesetz, das auch genau die Charakteristika dieses Kompromisses trug. Es gab Gemeindeunternehmungen, Landesgesellschaften, Sondergesellschaften für die einzelnen Kraftwerke und eine Verbundgesellschaft, die sämtliche Bundesanteile der vorgenannten Gesellschaften verwaltete (mindestens 50 Prozent bei den Sondergesellschaften) und das Höchstspannungsnetz in ihrem Besitz hatte. Der Verbundgesellschaft war der Ausbau und Vertrieb des Verbundnetzes, der Ausbau von Großkraftwerken und das Monopol für Export und Import elektrischer Energie vorbehalten. Organisatorisch bedeutete dieses Gesetz einen Fortschritt gegenüber dem Ersten Verstaatlichungsgesetz, da die Organisation und die Zusammensetzung der Organe ohne umfangreiche Durchführungsverordnungen vorweggenommen waren.¹⁸⁹ Die Sozialisten waren mit dieser Lösung nicht restlos zufrieden, wie Waldbrunner im Nationalrat einräumte. Vor allem die Errichtung von Sondergesellschaften, auf die die Länder und die ÖVP gedrängt hatten, erschien ihm „überflüssig und der Ent-

184 Bericht des OSS vom 8. Oktober 1945, in: Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft*, 97 (wie Fn. 15).

185 Karl Bachinger, *Umbruch und Desintegration nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichs wirtschaftliche und soziale Ausgangssituation in ihren Folgewirkungen auf die Erste Republik*, Habilitationsschrift, Wien 1981, 961; siehe auch Alois Brusatti, *Die Wirtschaft*, in: *Zwei Jahrzehnte Zweite Republik*, hrsg. v. Institut für Österreichkunde, Graz 1965, 103–126, 106.

186 PV, 6. Dezember 1945.

187 PV, 15. Dezember 1945.

188 Siegfried Hollerer, *Verstaatlichung und Wirtschaftsplanung in Österreich (1946–1949)* (Dissertationen der Hochschule für Welthandel in Wien 15), Wien 1974, 70–73.

189 Die Wirtschaftsgesetze, Typoskript, Nachlass #32.

wicklung nicht förderlich“.¹⁹⁰ Fast dreißig Jahre später gab er zu, „er hätte das Elektrizitätswesen zentraler gestaltet, wenn er dazu in der Nachkriegszeit 1947 imstande gewesen wäre“. Andererseits sah er angesichts des damals (1975) beschlossenen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes „eine Bestätigung seiner Politik“.¹⁹¹ 1947 war mit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz dem wegweisenden Ausbau der Wasserkraft Richtung gegeben worden. Energieverbrauch und Energiegewinnung wurden zur Chiffre des Wiederaufbaus und des Fortschritts, das Kraftwerk Kaprun zu ihrem Symbol. Was Waldbrunner bei diesem Gesetz geleistet hatte, setzte er später als zuständiger Ressortminister zielstrebig fort. Die größte Unterstützung hierbei kam anfangs von außen.

„Initialzündung“ für die Erholung der österreichischen Wirtschaft war die Auslandshilfe: zunächst in Form eines Pfund-Kredits Großbritanniens (der später überwiegend in Geschenke umgewandelt wurde), dann vor allem durch die amerikanischen Lieferungen des Jahres 1947. Der weitaus größte Teil der Dollarhilfe wurde zunächst für Lebensmittelkäufe verwendet; große Beträge fielen auf den Ankauf von Kohle und industriellen Rohstoffen. Ein verhältnismäßig geringer Teil blieb Investitionen vorbehalten. In dieser angespannten Frühzeit verteidigte Waldbrunner die Verwendung eines großen Teils für Konsumgüter, weil sie eine geregelte Ernährung als Voraussetzung für „soziale Ruhe“ gewährleistete.¹⁹² Tatsächlich bestätigen manche Autoren, dass die konsumtive Verwendung eines Teils der Auslandshilfe jene Lohnzurückhaltung ermöglichte, die zum kräftigen Wirtschaftswachstum beitrug und Arbeitskonflikte vermied.¹⁹³ Der Marshallplan, der 1948 anlieft, war dann der „Treibstoff“, der das Werk „in Schwung hielt“. Im Rahmen des ERP erhielt Österreich pro Kopf und bezogen auf das BIP mehr Hilfe als die allermeisten europäischen Staaten.¹⁹⁴ Den US-amerikanischen Behörden war die strategische Bedeutung Österreichs überdeutlich bewusst und sie ließen es sogar zu, dass Marshallplanhilfe, wenn auch mit deutlichem Gefälle, in die östlichen, von der Sowjetunion besetzten Bundesländer floss. Die Hilfe diente vor allem dazu, die Dollarlücke für den hohen Importbedarf zu schließen, ohne die Zahlungsbilanz extrem zu belasten. Der Marshallplanadministration (ECA) wiederum waren zweckmäßige Investitionen ein Anliegen, denn die Empfängerländer sollten nach vier Jahren unabhängig werden. Die Schilling-Erlöse aus dem Verkauf der Hilfsgüter (Counterpart- oder Gegenwertmittel) sollten für den Wiederaufbau der Wirtschaft verwendet werden und nicht für konsumfördernde Subventionen. Oder, wie Karl Waldbrunner diesen Aspekt des Wiederaufbauprogramms, der auf einen Konsumverzicht der Bevölkerung abzielte, etwas drastisch formulierte: „Die Hilfen dürfen nicht verfressen werden.“ Das hieß aber auch, so

190 Stenographisches Protokoll, 49. Sitzung des Nationalrates, 26. März 1947, 1364.

191 Josef Staribacher, Tagebuch, 2. Juni 1975, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

192 Karl Waldbrunner, Ein österreichischer Wirtschaftsplan, in: A-Z, 6.1.1949.

193 Seidel, Wirtschaft, 313 (wie Fn. 10), mit Verweis auf Barry Eichengreen, Institutional Prerequisites for Economic Growth: Europe after World War II, in: European Economic Review 38 (1994) 883–890.

194 Seidel, Wirtschaft, 34–35 (wie Fn. 10).

viele Lebensmittel wie möglich aus eigener Erzeugung aufzubringen, „da Amerika keine höhere Lebenshaltung kreditiert“.¹⁹⁵

Über die Verwendung der Mittel entschieden die ECA und Washington. Damit war ein weiterer Aspekt des Marshallplans verbunden: Die Länder mussten Pläne vorlegen.¹⁹⁶ Das war einerseits Wasser auf die Mühlen der Vertreter der Planwirtschaft, andererseits aber sofort Anlass für innenpolitische Querelen. Karl Waldbrunner war dabei der Meinung, dass solche Entscheidungen über den wirtschaftlichen Weg „naturgemäß“ mit einer „Reihe von schwerwiegenden politischen Entscheidungen verbunden“ seien und daher „nicht allein einer, wenn auch noch so willigen, Bürokratie überlassen“ bleiben dürften, sondern die Einbeziehung der Interessenvertretungen und die parlamentarische Kontrolle erforderten.¹⁹⁷ Anlass für diese Bemerkung war die Veröffentlichung des ersten von Österreich vorgelegten langfristigen Wirtschaftsplans durch die OEEC, die Organisation zur Kooperation der Teilnehmerstaaten. Da die „zentrale Leitstelle“ für ERP-Angelegenheiten im Außenministerium etabliert war, erblickte die SPÖ verständlicherweise die Gefahr, über dieses bürgerlich dominierte Amt von Mitentscheidungen ausgeschlossen zu werden. Die SPÖ hatte sich aber, wie bereits erwähnt, von Anfang an zum US-amerikanischen Hilfsprogramm bekannt. Und dessen Forderungen bestanden ja – neben der Währungsstabilität, der Produktionssteigerung und der Forcierung des Außenhandels – in der Zusammenarbeit der beteiligten Länder. Doch der Einbau in das Wirtschaftssystem Westeuropas¹⁹⁸ sollte unter gleichzeitiger Ausnutzung der reduzierten Handelsmöglichkeiten mit den östlichen Nachbarländern vonstatten gehen.

Vor allem dem verstaatlichten Sektor boten die Gegenwertmittel die Möglichkeit, ihre ambitionierten Investitionsprogramme über mehrere Jahre zu finanzieren. 57 Prozent der Investitionsfinanzierung aus Counterpartmitteln zwischen 1948 und 1952 flossen in die Industrie einschließlich der Energiewirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft erhielt 23 Prozent, die Grundstoffindustrie 23,5 Prozent. Rechnet man die Bundesbetriebe hinzu, entfielen auf den gemeinwirtschaftlichen Sektor 62 Prozent der Counterpartmittel. Zwischen 1945 und 1951 (also mit Einschluss früherer amerikanischer Hilfslieferungen) finanzierte die verstaatlichte Industrie 54 Prozent ihrer Bruttoinvestitionen aus Counterpartmitteln; bei der Elektrizitätswirtschaft waren es 70 Prozent. Die Beiträge des Bundes zur Investitionsfinanzierung des verstaatlichten Bereichs bewegten sich bei einigen wenigen Prozentsätzen der Bruttoinvestitionen.¹⁹⁹ Unter Ausnutzung der während der nationalsozialistischen Zeit forcierten Strukturveränderungen erhielten die

195 Ms. Rededispotion, [vermutlich Frühjahr 1948], Nachlass #32.

196 Seidel, *Wirtschaft*, 206 und 316–317 (wie Fn. 10).

197 Karl Waldbrunner, Ein österreichischer Wirtschaftsplan, in: *Arbeiter-Zeitung*, 6.1.1949.

198 Karl Waldbrunner, Sozialisierung und Planwirtschaft in Österreich, in: *Die Zukunft* 7 (1948) 197–199, 199.

199 Seidel, *Wirtschaft*, 315–316, 324–325 und 328 (wie Fn. 10); Edmond Langer, *Die Verstaatlichung in Österreich*, Wien 1966, 270.

frühen wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Richtung Verstaatlichung der Schlüsselindustrien damit ihr volles Gewicht. Zu Recht ist zu bedenken gegeben worden, dass die „Repräsentanten der ‚privatkapitalistischen‘ USA akzeptierten, dass mit ‚ihrem Geld‘ große Investitionen in der verstaatlichten Grundstoffindustrie getätigt wurden“. Den pragmatisch denkenden maßgeblichen Stellen war jedoch die Erhaltung der politischen Stabilität wichtiger als das Beharren auf einem marktwirtschaftlichen Dogma.²⁰⁰ Und bekanntlich schwebte über dieser Entscheidung der Roosevelt'sche Geist des „New Deal“²⁰¹ mit seiner stark staats-interventionistischen Prägung – bei Erhalt des kapitalistischen Systems.

Das lange Ringen um den Staatsvertrag

Seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus ging es Österreich um die Erlangung und vertragliche Absicherung seiner Souveränität durch die Siegermächte. Die wechselvolle Geschichte des Staatsvertrags ist Gegenstand unzähliger Untersuchungen geworden, sodass es hier genügt, Waldbrunners Berührungspunkte in den Jahren bis 1949 aufzuzeigen. Seine diplomatische „Vergangenheit“ in Moskau, seine wirtschaftliche Kompetenz und die Nähe der österreichischen Sozialdemokratie zur britischen Labour Party waren Motive genug, ihn zu diversen Missionen beizuziehen.

1947 hieß die Parole: Durchhalten bis zur Erlangung eines Staatsvertrags. Im Jänner des Jahres eröffnete der britische Außenminister Ernest Bevin die Tagung der Sonderbeauftragten oder Stellvertreter der Außenminister für Deutschland und Österreich, womit die bis 1955 dauernde lange Serie von Sitzungen dieses Gremiums begann.²⁰² Die jahrelangen Bemühungen standen im Zeichen des Kalten Krieges und waren von den abwechselnd sich versteifenden konfliktuellen Konstellationen der Alliierten geprägt. Nach den im Frühjahr in Moskau fortgesetzten Beratungen, die bereits im Zeichen einer Truman-doktrinären und kompromisslosen USA standen und das Wechselbad der Hoffnungen unangenehm kalt werden ließen, konstituierte sich in Wien die dort beschlossene Vertragskommission. Außerdem wurde ein österreichisches Expertenkomitee gebildet, das die Verhandlungen der Sonderbeauftragten unterstützen sollte. Ihm gehörte auch Waldbrunner an, ohne aber eine zweckmäßige Betätigungsmöglichkeit zu finden. Im Juni beklagte er sich, dass das Komitee noch keine Möglichkeit gehabt habe, einzugreifen.²⁰³ Bruno Kreisky berichtet er: „Seit Wochen sitze ich in der Experten-Kommission für den Staatsvertrag als Parteienvertreter. Die Kommission konnte praktisch bis zum heutigen Tage zu den Verhandlungen der Sonderbeauftragten überhaupt nichts beitragen, da die-

200 Seidel, *Wirtschaft*, 328 (wie Fn. 10).

201 „New Dealer“ in der Marshall-Plan-Verwaltung sah auch Carlo Mötteli, *Österreich zwischen Tür und Angel*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5.6.1952.

202 Das Folgende, wenn nicht anders angegeben, nach Stourzh, *Einheit*, 61 (wie Fn. 129).

203 Waldbrunner an Erich Wang, 17. Juni 1947, Nachlass #17.

se noch immer über die Formalitäten streiten. Ich für meine Person habe mir auch nichts anderes erwartet und erwarte mir auch für die kommenden Wochen keine Wendung. Mir war es schon bei Abschluss der Moskauer Verhandlungen klar, dass diese Sonderbeauftragten weder einen Teil noch die Gesamtheit der Probleme werden lösen können, über die die Außenminister sich in wochenlangen Auseinandersetzungen nicht einigen konnten. Gegenwärtig beschränkt man sich in unserer Experten-Kommission darauf, von Dr. Gruber Auskünfte und Aufklärungen über verschiedene Einzelfragen zu verlangen, die dieser anerkannterweise gut zu geben imstande ist, weil er meines Erachtens die Materie wirklich ausgezeichnet beherrscht. Für meinen Teil beteilige ich mich an diesem Frage- und Antwortspiel nicht, sondern bemühe mich, aus dem Tatsachenmaterial ein eigenes Urteil über die wichtigsten Objekte zu bekommen. Es wird ja doch zu gegebener Zeit darauf ankommen, wie weit wir bei diesen Objekten zu gehen entschlossen sind.²⁰⁴ Seine Agenda betraf wirtschaftliche Aspekte des zu erwartenden Vertrags, so besonders auch die Eigentumsfragen der Versicherungsinstitute, der Erdölgewinnung oder der DDSG, deren österreichischer Anteil von etwas über 50 Prozent vor dem März 1938 auf 0,00015 Prozent im Jahre 1943 gesunken, der deutsche Aktienbesitz aber im gleichen Zeitraum von 0,028 auf 99,9 Prozent angestiegen war.²⁰⁵

Neben der ernüchternden Diagnose der Wirkungsmöglichkeiten in der Kommission fällt die aller parteipolitischen Verzerrung bare, objektive Beurteilung der Fähigkeiten Grubers auf, die einmal mehr Waldbrunners Potenzial zur Kooperation in Sachfragen unterstreicht. Doch Gruber war nicht immer jener Geradlinigkeit verpflichtet, die eine eindeutige Einschätzung ermöglicht hätte. Waldbrunner blieb eine gewisse Tendenz des Außenministers, auf allen Klaviaturen gleichzeitig solo zu spielen, nicht verborgen. Im September 1947 schreibt er an Norbert Bischoff: „Meine Mitarbeit in der Expertenkommission hat mich nur bestärkt in der Überzeugung, dass wir nicht imstande sind, die Dinge zum Besseren zu wenden. Zu glauben, dass wir mit einem und mehreren Vorschlägen den Streitern in dieser Frage einen Vermittler abgeben können, ist absurd. Gruber hat dies eine Zeit getan und, wie ich mit Recht vermute, es nicht dabei bewenden lassen, sondern nach allen Seiten solche Versuche unternommen.“ Angesichts der erfolglosen Sitzungen der Vertragssonderkommission fühlte sich Waldbrunner in seiner Haltung bestärkt. „In der Vertragsfrage war ich ja immer Pessimist und habe leider Recht behalten; auch jetzt kann ich keinen Grund finden zu einer anderen Einstellung.“ Mit Bischoff war er der Meinung, „dass die Russen sich aus ihren Positionen nicht herausboxen lassen“. Umgekehrt wüssten sie aber auch, dass „ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es werden sich daher die beiden sicher finden in der Teilung ihrer Interessen und der weiteren Zusammenarbeit, weil sie sich eben finden müssen. Beide sind Realisten genug, um über ihre idealen Gegensätze diese Tatsachen zu erkennen.“ Die Sinnhaftigkeit der viel disku-

204 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. Juni 1947, Nachlass #11.

205 Abschlussblatt [zu Besitzverhältnissen bei der DDSG], BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Abt. 14, undatiert [1947], Nachlass #53.

tierten europäischen Alternative einer sozialistischen „dritten Macht“ zwischen den Blöcken bezweifelte er, denn auf die Dauer sei keine Mächtegruppierung „ohne oder gegen Russland“ möglich. Für die österreichischen Sozialisten könne dies nur bedeuten, Österreich in die UNO zu bringen, „die nur so lange Bestand hat, als Russland in ihr vertreten ist“. In der gegebenen Lage solle man weder die Bedeutung des Wortes Österreichs noch Europas überschätzen, jenes Europas, „wie es heute nach diesem zermürbenden Krieg dasteht“.²⁰⁶ Mit sachlicher Kompetenz und politischem Verantwortungsbewusstsein erkannte er die negativen Konsequenzen für Österreich. „Natürlich wirkt sich das alles auf unseren wirtschaftlichen und politischen Aufbau im Lande aus. Die letzten Wochen haben eine wirkliche Verschärfung gebracht, da sich die Gegensätze unter den Alliierten sichtlich verstärken. In einer solchen Zeit sollen wir große Aufgaben wie eine Stabilisierung unserer Währung, eine Steigerung der industriellen Produktion, eine größere Lebensmittelaufbringung aus der eigenen Landwirtschaft zur Besserung der Ernährungslage meistern.“²⁰⁷

Ende Oktober 1947 lud ihn Außenminister Gruber ein, für die Dauer der Londoner Außenministerkonferenz an der österreichischen Expertendelegation teilzunehmen.²⁰⁸ Die Session des Außenministerrates dauerte von Ende November bis Mitte Dezember und war von der deutschen Frage beherrscht, doch eine überraschende Initiative Bevins („What about Austria?“) trug zu einer für Österreich vielversprechenden Wende bei. Die Sowjetunion zeigte sich zu Verhandlungen auf der Basis des Cherrière-Plans bereit. Dieser sah vor, die umstrittenen Besitztitel an „Deutschem Eigentum“ teilweise in Ablösen durch Lieferungen aus der laufenden Produktion umzuwandeln.²⁰⁹ Wie Bevin in einem am 17. Dezember geführten Gespräch mit Waldbrunner und Walter Wodak verdeutlichte, waren es die USA in der Person George C. Marshalls, die die Konferenz zum Scheitern brachten. Bevin versuchte für Österreich so viel wie möglich zu retten und den Vertrag auf diplomatischer Ebene zu verankern. Auch für eine Verringerung der Besatzungskosten setzte sich der britische Außenminister ein.²¹⁰ Die österreichische Delegation zeigte in London ein „geschlossenes Auftreten“, wobei Waldbrunner auch „das sachliche Einvernehmen mit Gruber“ hervorhob.²¹¹ „Mit allgemeinem Wohlwollen ist die loyale Zusammenarbeit von Gruber und mir aufgenommen worden, was für eine weitere Einschaltung unsererseits sicherlich

206 Waldbrunner an Norbert Bischoff, 29. September 1947, Nachlass #53.

207 Waldbrunner an J. Szekfü, Ungarische Gesandtschaft in Moskau, 29. September 1947, Nachlass #6.

208 Waldbrunner an Karl Gruber, 10. November 1946/7, Nachlass #53.

209 Stourzh, Einheit, 118–119 und 113–121 (wie Fn. 129).

210 Interview Mr. Bevin – Ing. Waldbrunner, [Aufzeichnung von] Dr. Wodak, am 17. Dezember 1947, Nachlass #53; eine Übersetzung der Aufzeichnung findet sich in Walter Wodak, Im Auswärtigen Dienst, in: Festschrift für Karl Waldbrunner zum 65. Geburtstag, Wien 1971, 41–53, 49–50; zu Marshalls Rolle siehe Walter Wodak, Zusammenfassende Darstellung der Staatsvertragsproblematik zwischen 1945 und 1950 für Adolf Schärf, Cap d’Antibes, Mai 1952, in: Reinhold Wagnleitner (Hrsg.), Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks 1945–1950 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3), Salzburg 1980, 961–979, 972

211 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 5. Jänner 1948, Nachlass #53.

sehr zweckmäßig ist.“²¹² Die sich abzeichnende Wende veränderte auch die Sicht Waldbrunners: „Zum ersten Male bin ich nun etwas zuversichtlich in der Beurteilung unserer Aussichten auf einen Staatsvertrag. Was den Westmächten bisher nicht gelungen war, nämlich die österreichische Frage von der deutschen Frage zu trennen, ist nun als Ergebnis der Haltung Minister Molotovs am Ende der Londoner Konferenz erreicht worden. Vielleicht gelingt es doch, den schweren Vertrauensbruch, der in London zutage trat, durch einen Kompromiss in der österreichischen Frage wenigstens notdürftig zu leimen. Jedenfalls besteht erstmalig für uns eine wirkliche Chance auf einen erträglichen und endgültigen Staatsvertrag.“²¹³ Auch im Ministerrat äußerte Waldbrunner Genugtuung über die sowjetische Verhandlungsbereitschaft, obwohl Moskaus Gegenvorschlag auf den Cherièrè-Plan deutliche Einschränkungen des österreichischen Handlungsspielraums (etwa ein Verstaatlichungsverbot für das „Deutsche Eigentum“ in ihrem Besitz ohne ihre Zustimmung) beinhaltete.²¹⁴

Vor dem Hintergrund des Cherièrè-Plans kam es von Februar bis Anfang Mai 1948 zu einer weiteren Konferenz der Sonderbeauftragten in London. Die Erwartungen waren optimistisch, doch die USA wollten zu diesem Zeitpunkt gar keinen Vertrag. Die Londoner Verhandlungsrunde fiel in eine Zeit wachsender internationaler Spannungen: die Ereignisse in der Č.S.R., der Brüsseler Verteidigungspakt, alliierte Differenzen über Deutschland, die zur Blockade Berlins im Juni führten. Letztlich waren die jugoslawischen Grenzfragen mit Österreich der geeignete Vorwand für die Westmächte, die Verhandlungen abzubrechen. Österreich war für die westlichen Alliierten ein strategisches Objekt gegen die Sowjetunion. Sie, wie auch Kreise der ÖVP, zeigten nun kein Interesse an einem Abzug der Truppen. Auch Gruber folgte dem amerikanischen Weg der Verzögerung eines Vertrags, während die Sozialdemokraten einen Abschluss wünschten.²¹⁵

Bei dieser Konferenz trübte sich auch (deswegen?) das Verhältnis zwischen Waldbrunner und Gruber, denn dieser schloss Waldbrunner von der Zusammenarbeit aus. Adolf Schärf, von Waldbrunner über die Brückierungen informiert, vermutete dahinter eine taktische Anweisung der ÖVP, was er Gruber auch mitteilte. Jedenfalls, so Schärf, habe die SPÖ „kein Interesse daran, Waldbrunner, den wir in Wien dringend benötigen, in London sitzen zu haben, damit es nur aussieht, als ob er dabei wäre.“²¹⁶ Immerhin konnte Waldbrunner am 5. März mit dem Gesandten Jevgenij D. Kiselev eine Aussprache über den sowjetischen Gegenvorschlag der Ablösen führen, wobei ihm dieser nicht vorenthielt, dass Pressemitteilungen über eine Teilnahme Grubers an Vorbesprechungen mit den Westmächten

212 Waldbrunner an Walter Wodak, 5. Jänner 1948, Nachlass #53.

213 Waldbrunner an Norbert Bischoff, 7. Jänner 1948, Nachlass #53.

214 Stourzh, Einheit, 118 (wie Fn. 129).

215 Stourzh, Einheit, 120–159 (wie Fn. 129).

216 Adolf Schärf an Karl Gruber, 26. Februar 1946, Nachlass #53. Im Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, Nachlass Schärf 22, Waldbrunner, liegt der Brief Waldbrunners an Schärf vom 24. Februar 1948; siehe Rathkolb, Außenpolitik(er), 504–505 (wie Fn. 116).

auf russischer Seite einen „unangenehmen Eindruck“ hinterlassen hätten.²¹⁷ In gewisser Weise kompromittierte Gruber Waldbrunner und die SPÖ, wie sich am Misstrauen, das der Vertreter der USA ihm und seinen Äußerungen bezüglich der Haltung zum Staatsvertrag entgegenbrachte, zeigte.²¹⁸ Nach einem Zwischenaufenthalt in Wien war Waldbrunner jedoch im April mit Gruber auf der Konferenz der Marshallplanländer in Paris und anschließend wieder in London.

Jugoslawien, oder genauer: der Bruch der UdSSR mit Jugoslawien im Juni 1948, erlaubte indes im Dezember ein Ersuchen Österreichs um Wiederaufnahme der Verhandlungen, die von Februar bis Mai 1949 zustande kam. Schon Ende September waren Signale aus Moskau gekommen. Der Gesandte Bischoff hatte sie übermittelt. Waldbrunner griff sie auf und schrieb an Wodak, dass vielleicht eine neue Initiative in den Vertragsverhandlungen notwendig werden könnte. Bischoffs „optimistische Beurteilung der russischen Haltung gegenüber Österreich“ sei „doch nicht völlig zu verwerfen. Es würde dies eigentlich sehr für die Aufnahme neuer Staatsvertragsverhandlungen sprechen. Wie man die Dinge hier sieht, dürften eigentlich nur die Amerikaner gegenwärtig dagegen sein.“²¹⁹

Waldbrunner hatte eine zwiespältige Haltung gegenüber seinen diplomatischen Diensten. Einerseits zeigte er sich bereit, für allenfalls notwendige weitere Verhandlungen einer Delegation anzugehören.²²⁰ Gleichzeitig waren ihm diese Verpflichtungen „bei der Fülle der Arbeit hier natürlich eine sehr große Belastung“.²²¹ Tatsächlich lagen die Schwerpunkte seines Arbeitseifers und Gestaltungswillens auf anderen Gebieten. Als Zentralsekretär der Partei und als Wirtschaftsberater der Stadt Wien nahm er entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Landes, wobei er die Sorge hegte, dass in seiner Abwesenheit „eine Menge unangenehmer Dinge“ geschehen, „die man dann wieder gutzumachen hat“.²²²

Nun war Waldbrunner wieder Kandidat malgré lui. „Dr. Gruber will unbedingt noch vor Verhandlungsbeginn nach London kommen und wünscht, dass ich mitgehe“, schrieb er Anfang 1949.²²³ Dies sei aber eine „zusätzliche Belastung in dieser Zeit“.²²⁴ Außerdem sah er wenig Chancen auf Erfolg. Wenn auch die demokratische Festigung in Österreich eine Garantie für die Großmächte sei, dass nach Abzug der Truppen keine Gefahr für sie bestünde, habe das Land keinen Einfluss

217 Amtsvermerk, Aussprache Gesandten Ing. Waldbrunners mit Gesandten Kiselev, 5. März 1948, Nachlass #53. Auszüge aus dem Gespräch wiedergegeben in Wodak, Auswärtiger Dienst, 52–53 (wie Fn. 210). Ein Gespräch Grubers mit Kiselev fand am 22. März statt. Stourzh, Einheit, 120 (wie Fn. 129).

218 Walter Wodak an Adolf Schärf, 24. Jänner 1950, in: Wagnleitner (Hrsg.), Diplomatie, 876 (wie Fn. 63).

219 Waldbrunner an Walter Wodak, 1. Oktober 1948, Nachlass #17.

220 Waldbrunner an Norbert Bischoff, 7. Jänner 1948, Nachlass #53.

221 Waldbrunner an Adele Koschitschek, Legation d'Autriche in Brüssel, 5. Jänner 1948, Nachlass #4.

222 Waldbrunner an Erich Wang, 8. Mai 1948, Nachlass #8.

223 Waldbrunner an Walter Wodak, 13. Jänner 1949, Nachlass #17.

224 Waldbrunner an Milos Franc, 1. Februar 1949, Nachlass #12.

auf die internationalen Konstellationen, und „so müssen wir darauf gefasst sein, dass der jetzige Zustand fremder Vormundschaft noch eine Zeit anhält“.²²⁵

Im Februar 1949 sind Gruber und Waldbrunner in London. Zeitungen meldeten aber bald darauf die „plötzliche Rückkehr“ der beiden, wobei als Ursache der jugoslawische Kompromissvorschlag angegeben wurde.²²⁶ Die in London vorgelegten, modifizierten Forderungen Jugoslawiens waren weder für Österreich noch für die Westmächte annehmbar, während die russische Seite die ursprünglichen vollen jugoslawischen Ansprüche aufrechterhielt.²²⁷ Es kam zu keiner neuen Mission Waldbrunners mehr, obwohl man in London mit ihm rechnete. Walter Wodak schrieb im März: „Dein Fernbleiben von London hat einiges Aufsehen hervorgerufen; die Leute haben gefragt, ob das eine politische Bedeutung hat.“²²⁸ Eine Antwort ist nicht erhalten, aber das Jahr 1949 brachte ohnehin eine völlig andere Entscheidung.

Ein Schlüsselministerium

Es wurde bereits auf die wirtschaftliche Lage Österreichs im Jahr 1949 verwiesen und festgestellt, dass das Land immer noch an letzter Stelle der Industriestaaten stand. Verglichen mit 1945 war allerdings schon vieles erreicht. In den ersten beiden Nachkriegsjahren war es gelungen, die Produktionsbereitschaft der Wirtschaft wiederherzustellen,²²⁹ die Inflation schien seit 1947 keine Gefahr mehr, das Lohn-Preis-System versprach zumindest eine vorläufige Stabilität. „In den nahezu vier Jahren seit Kriegsende sind wir im Aufbau unserer Wirtschaft und der politischen Entwicklung weit vorangekommen. Die ärgste Not ist gebannt, die Lebenshaltung der breiten Massen unserer Bevölkerung bessert sich ständig. Wir sind weiter als viele andere Völker Europas, denen es anfangs nicht so schlecht ging wie uns.“ Waldbrunners etwas beschönigende Diagnose enthielt aber auch Hinweise auf Probleme: Neben der Last der Besatzung war es der hohe Bedarf an Mitteln für Wiederherstellungsarbeiten und Investitionen, für den Ausbau von Industrie und Energiequellen, für den Wiederaufbau von Wohnungen und zur Deckung von Ansprüchen der öffentlichen Bediensteten. Dieser Bedarf konnte nicht zur Gänze aus der Hilfe des Westens, vorab des Marshallplans, gedeckt werden. Neue Belastungen für die Bevölkerung kündigten sich an. Gleichzeitig stellte die ÖVP Investitionsbegünstigungen, Tarifiermäßigungen, Steuererleichterungen und Preiserhöhungen bei noch preisgebundenen Waren in Aussicht, weshalb ihr Waldbrunner ein „Glücks-

225 Karl Waldbrunner, Freiheit und Wahlen, Typoskript, 8. Jänner 1949, Nachlass #53.

226 Tagblatt am Montag, 21. Februar 1949; siehe auch „Neues Österreich“, 16. Februar 1949: Rückkehr Waldbrunners wegen einer Influenza verzögert.

227 Walter Wodak an Adolf Schärf, 5. März 1949, Nachlass #53; Wodak, Staatsvertragsproblematik, 974 (wie Fn. 210); Stourzh, Einheit, 147–148 (wie Fn. 129).

228 Walter Wodak an Waldbrunner, 5. März 1949 (#53)

229 Seidel, Wirtschaft, 34 (wie Fn. 10).

spiel mit der Existenz des Volkes“ unterstellte.²³⁰ Die SPÖ drängte daher auf rasche Wahlen. Doch zuvor beschloss die Regierung – unter Druck der Amerikaner im Zusammenhang mit der Freigabe von Marshallplanmitteln – ein umfassendes Budgetsanierungsprogramm, das Steuer- und Tariferhöhungen beinhaltete.²³¹

Trotz der ökonomischen Erfolge der Jahre seit dem Kriegsende und der grundsätzlichen Übereinkunft zur Zusammenarbeit der beiden großen Parteien (die KPÖ war, wie erwähnt, aus Anlass des Währungsschutzgesetzes von 1947 ausgeschieden) herrschte bei der SPÖ über die Erreichung zentraler wirtschaftspolitischer Ziele Misstrauen und Unzufriedenheit. Vor allem die Tatsache, dass alle Wirtschaftsministerien von der ÖVP besetzt waren, stellte eine Hypothek dar. Entscheidungen waren angesichts der heteroklitischen, bündischen Struktur der bürgerlichen Partei²³² oft nur nach langen Verzögerungen möglich. Andererseits erschwerte die Position der SPÖ als eine, wenn auch sehr starke, Minderheit die Durchsetzung eines konsequenten Aufbauprogramms. Der Ausgang der Herbstwahlen 1949 ermöglichte allerdings eine neue Akzentuierung.

Innenpolitisch war diese Wahl von der Zulassung ehemaliger Nationalsozialisten und einer vierten Partei, des VdU/WdU, geprägt. Ihre Gründung wurde seitens der SPÖ unterstützt, weil sie sich Stimmenverluste bei der ÖVP erhoffte. Diese Rechnung ging bekanntlich nicht auf.²³³ Aber obwohl die SPÖ mehr Stimmen an dieses Sammelbecken der „Ehemaligen“ verlor als die ÖVP, gingen die Sozialisten stark genug aus der Wahl hervor, um bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung mit Forderungen auftreten zu können, denn die Volkspartei hatte ihre absolute Mehrheit im Nationalrat eingebüßt. Die Verhandlungen waren „außerordentlich hart“, wobei sich die SPÖ bemühte, dort an Terrain zu gewinnen, wo sie nach den Wahlen von 1945 ins Hintertreffen geraten war. Tatsächlich, so ein in Wien damals geläufiges Wort, gewannen die Sozialisten bei den Verhandlungen mehr als bei den Wahlen.²³⁴

Adolf Schärf ging davon aus, dass es bei der Neubildung der Regierung zur Auflösung einzelner Ressorts und damit auch zu einer Neueinteilung der Kompetenzen von Ministerien kommen werde. Es sei daher „möglichst auf Vereinheitlichung der Kompetenzen zu drängen, derart, dass zusammengehörige Gegenstände in einem Ministerium behandelt werden“.²³⁵ Auf dem nach den Wahlen zur Diskussion des Ergebnisses und zur formellen Festlegung der Strategie der SPÖ anberaumten Par-

230 Karl Waldbrunner, Die Sozialisten rufen zur Besinnung, in: A-Z, 1. Februar 1949.

231 Seidel, Wirtschaft, 318 (wie Fn. 10); Butschek, Konflikt, 114 (wie Fn. 179).

232 Vgl. Anton Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 6), Innsbruck/Wien/Bozen 2005, 38–39.

233 Rudolf Neck, Innenpolitische Entwicklung, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich. Die Zweite Republik, Band 1, Graz/Wien/Köln 1972, 149–168, 164; vgl. auch Walter Wodak an Adolf Schärf, 20. November 1948, in: Wagnleitner (Hrsg.), Diplomatie, 687 und 731 (wie Fn. 63).

234 Adolf Schärf an Walter Wodak, 12. November 1949, in: Wagnleitner (Hrsg.), Diplomatie, 831 (wie Fn. 63).

235 Adolf Schärf an alle sozialistischen Bundesminister, 11. Oktober 1949.

teitag plädierte Schärf für die Fortsetzung der Koalition, forderte allerdings einen größeren Wirkungsbereich in der Wirtschaftsverwaltung, „und da wieder vor allem die Verwaltung der verstaatlichten Betriebe“. ²³⁶ Karl Waldbrunner, der sich selbst bereits einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Partei zuschrieb, war Initiator dieser Forderung nach einem neuen Kräfteverhältnis. ²³⁷

Die entscheidendste ministerielle Reorganisation erfuhr der wirtschaftliche Bereich, und hier errang die SPÖ den größten Gewinn mit der Schaffung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und dessen Führung durch Karl Waldbrunner. Damit war die jahrelange Forderung nach Festigung und Ausbau der Positionen zu einem guten Teil verwirklicht. Das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung wurde aufgelassen und „Planungsaufgaben entfallen überhaupt“. Das war einerseits eine Konzession an die offenbar unauflöshchen Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis von Plan und Markt, bedeutete aber andererseits keine endgültige Verabschiedung von grundsätzlichen Planungsvorstellungen bei den Sozialisten. Die Angelegenheiten der verstaatlichten Betriebe mit Ausnahme der drei verstaatlichten Banken fielen an das neu geschaffene Ministerium. Auch industrielle Betriebe, die aufgrund noch zu schaffender Gesetze aus der Liquidation des „Deutschen Eigentums“ und anderer verfallener Vermögen dem Staat verblieben, sollten in sein Ressort gehören. „Die Polarität zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft, die lange Zeit die österreichische Wirtschaftspolitik maßgeblich beeinflusste, wurde damit auch in der behördlichen Kompetenzverteilung verankert.“ ²³⁸ Waldbrunner wurde der Minister der verstaatlichten Industrie. Vom aufgeteilten Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung kamen die Bereiche Elektrizität und deren Planung sowie die Bewirtschaftung von elektrischer Energie (Lastverteiler) ebenfalls in sein Ressort. Waldbrunner wurde zum Minister, in dessen Obhut unter anderem das Symbol des Aufbaus, Kaprun, stand. Dabei konnte er, wie er selbst einräumte, durchaus auf Vorleistungen aufbauen. Als Verkehrsminister holte ihn in gewisser Weise die Vergangenheit ein. „Sie sehen, dass ich von der Eisenbahn nicht mehr loskomme“, antwortete er einer Teilnehmerin an jener Wienreisegruppe schweizerischer Eisenbahner, die er 1931 als Student betreut hatte. ²³⁹ Den Wirkungsbereichen Verkehr (zu dem die Post gehörte) und Elektrizitätswirtschaft sollte er in der Tat am längsten verbunden bleiben. Schließlich wurden noch die Kompetenzen des ehemaligen Planungsministeriums bezüglich der unter sowjetischem Einfluss stehenden Rundfunkanstalt RAVAG auf sein Ministerium übertragen. Der paktierte Parteienproporz sollte durch die Bildung je einer paritätischen Parteienkommission beim „Verkehrsministerium“, wie es meist genannt wurde, und beim Finanzministeri-

236 Zit. nach Müller, SPÖ und große Koalition, 29 (wie Fn. 99).

237 Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10: „Der Initiator dieser Forderung war ich, der aus der Kenntnis der Verhältnisse im engen Kreis der Freunde eine Kombination in der Mandatsverteilung der Regierung vorschlug, die ich unter den gegebenen Kräfteverhältnissen als durchsetzbar empfand.“

238 Hans Seidel, Wirtschaftspolitik und Marshall-Plan, 98 (wie Fn. 146).

239 Waldbrunner an Hs. Felber-Mähli, 6. Juni 1958, Nachlass #3.

um (ÖVP) gewährleistet werden. Unter dem Vorsitz des Ministers hatte sich dieser „Sechserausschuss“ mit dem organisatorischen Aufbau (Festlegung der Geschäftsordnung und der Statuten der Vorstände und der Aufsichtsräte; organisatorischer Zusammenschluss der Unternehmungen in übergeordnete Gesellschaftsorgane wie Holding oder Generaldirektion) und der personellen Besetzung der leitenden Organe der verstaatlichten Unternehmungen nach dem bei den Wahlen erzielten Proporz, jedoch unter Berücksichtigung der „fachlichen und sachlichen Eignung“ zu befassen.²⁴⁰ Es war dies theoretisch ein Kontrollorgan, um eigenmächtige Besetzungen ohne Einbindung des Ausschusses zu verhindern, aber gleich zu Beginn der Regierungstätigkeit auch Anlass zu Kompetenzstreitigkeiten.²⁴¹

Zu Recht freute sich Walter Wodak in London darüber, dass Waldbrunner „ein wirklich großes Tätigkeitsgebiet gefunden hat, das ihm sehr am Herzen gelegen ist“.²⁴² Auch Bruno Kreisky zeigte sich zufrieden. Ein bedeutendes Ministerium unter der Führung Waldbrunners sei Wirklichkeit geworden, „in dessen Kompetenz ja die entscheidendsten Fragen unserer Bewegung fallen. (...) Ich habe in der Vergangenheit oft Gelegenheit gehabt zu sehen, wie dringend ein Ministerium wie das nun geschaffene wäre, und im Stillen gehofft, dass, wenn es einmal dazu kommen wird, seine Leitung dir übertragen wird.“ Zur Freude über den „prinzipiellen Erfolg“ gesellte sich bei Kreisky die, „dass die Wahl auf dich fiel, da ich mir keinen, der mehr für diese Aufgabe prädestiniert wäre, vorstellen kann“.²⁴³ Waldbrunner war sich der Errungenschaft ebenso wie der großen Verantwortung bewusst. „Natürlich war es nicht leicht, diese Forderung durchzusetzen, und es wird ebenso keine leichte Aufgabe sein, dieses Ministerium mit seinen Betrieben gegen seine Feinde zu einem Erfolg zu bringen.“ Das Ministerium bedeutete für ihn persönliche Anerkennung und Verpflichtung gegenüber der Partei. Denn nicht er hatte sich in dieses Amt gewünscht, sondern „man hat darauf bestanden, dass ich die Verantwortung dafür übernehme“.²⁴⁴ In Wahrheit resultierte daraus „der erste und harte Konflikt in meinem Leben mit Adolf Schärf“, weil sein Unwillen, in die Regierung zu gehen, „auf den schärfsten Widerspruch aller meiner Freunde in der Parteiführung“ stieß. Waldbrunners Widerstreben kam aus der Erfahrung als Zentralsekretär, „wie wichtig die vielseitige Arbeit in der Partei ist“. Zur „Fülle der Arbeit“ kam nun auch noch diese hinzu. „Ich übernahm sie, weil ich wirklich mit Leib und Seele für diese Sache lebe und weil ich mir bewusst bin, dass der Weg zum Sozialismus letzten Endes nicht von schönen Theorien, sondern vor allem durch die praktische Bewährung bestimmt ist.“²⁴⁵

240 Vereinbarung zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs vom 6. November 1949 anlässlich der Regierungsbildung, in: Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966, Wien 1987, 540–543. Auch in Nachlass #29.

241 Otto Sagmeister an Adolf Schärf, 13. April 1950; Eugen Margarétha an Leopold Figl (und zur Kenntnisnahme an Karl Waldbrunner), 28. April 1950; zur Kontrolle eigenmächtiger Besetzungen siehe Otto Sagmeister an Waldbrunner, 27. April 1950, alle in Nachlass #29.

242 Walter Wodak an Adolf Schärf, 8. November 1949, in: Wagnleitner, Diplomatie, 830 (wie Fn. 63).

243 Bruno Kreisky an Waldbrunner, Stockholm, 10. November 1949, Nachlass #11.

244 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. November 1949, Nachlass #11.

245 Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10.

Die Meisterung dieser Aufgabe, betonte Waldbrunner, könne „nicht das Werk eines Einzelnen sein (...), es ist eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit“.²⁴⁶ Über das Hauptaugenmerk seiner sozialistischen Wirtschaftspolitik hielt er gegenüber dem französischen Innenminister Jules Moch fest: „Gerade die Führung der verstaatlichten Wirtschaft ist für uns eine wichtige Sache, weil wir die Sicherung dieser Unternehmungen vor neuem kapitalistischen Zugriff besonders im Auge haben.“²⁴⁷ Schon aus dieser Bemerkung wird ersichtlich, dass Waldbrunner keine zusätzlichen Verstaatlichungen intendierte. Entscheidend für ihn war vielmehr eine erfolgreiche Entwicklung des verstaatlichten Sektors, seine Bewährung, um das historisch einzigartig Erreichte zu sichern.

Waldbrunners Zielvorstellung war der „systematische Umbau unserer Wirtschaft durch Stärkung der Gemeinwirtschaft“. Allerdings seien keine „schlagartigen Veränderungen möglich“, sondern „zähe und mühselige Aufbauarbeit“ notwendig.²⁴⁸ Dazu gehörte sein entschlossenes Eintreten für den Ausbau der verstaatlichten Grundstoffindustrie, der sich ohnehin bereits in den von den beiden großen Parteien gemeinsam erstellten Plänen niederschlug. Schon die gleich nach dem Ende des Krieges umstrittene Entscheidung, die zum Teil in der Nazizeit begonnenen Großbetriebe weiterzuentwickeln, erhielt durch den damit angebahnten Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft wegweisende Bedeutung. Die Schwerindustrie wurde die wahre Wiederaufbau-Industrie.²⁴⁹ Der nachkriegsbedingten Knappheit an Energie und Rohstoffen folgte der Boom im Zeichen des Korea-Konflikts und die steigende Nachfrage nach technischen Gütern im „Golden Age“. Es entstanden konkurrenz- und leistungsfähige Betriebe.²⁵⁰ Trotz der Erlösverzichte dieser Unternehmungen zugunsten der Privatwirtschaft, deren Finalindustrien sie durch besonders billige Vorprodukte unterstützten bzw. subventionierten, und „trotz der Schrittmacherrolle, die die Verstaatlichte bei Löhnen wie in der Sozialpolitik leistete, sowie der arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Auflagen, der sie nachgekommen ist und die sich in Mehrkosten niederschlugen“, leistete dieser Sektor einen bedeutenden Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik.²⁵¹ Dass dies im selektiven historischen Gedächtnis Österreichs weitgehend verdrängt ist, wurde zu Recht moniert.²⁵²

246 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 17. November 1949, Nachlass #11.

247 Waldbrunner an Jules Moch, Ministre de l'Interieur, 22. November 1949, Nachlass #5.

248 Karl Waldbrunner, Wirtschaftliche Entwicklung und Aufgaben auf gemeinwirtschaftlichem Sektor, handschriftliche Notizen zur Tagung auf dem Semmering am 23. September 1950, Nachlass #32.

249 Fritz Weber, Go Heavy Metal, Austria! Bemerkungen zur Rolle der verstaatlichten Industrie im Wiederaufbau, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 298–310, 307.

250 Seidel, Wirtschaft, 49 (wie Fn. 10).

251 Egon Matzner, Verstaatlichte Industrie und Innovation, in: Österreichs Verstaatlichte Industrie. Historische Entwicklung – Gesamtwirtschaftliche Bedeutung – Zukunftsperspektiven, Karl Waldbrunner Symposium, 12. Dezember 1986, Dr.-Karl-Renner-Institut (Bildungsinformation 6/87), Wien 1987, 29–40, 32. Vgl. Franz Mathis, Between Regulation and Laissez Faire: Austrian State Industries after World War II, in: Günter Bischof/Anton Pelinka, Austrian in the Nineteen Fifties (Contemporary Austrian Studies 3), New Brunswick/London 1994, 79–115, 81.

252 Rathkolb, Republik, 152–154 (wie Fn. 3).

Doch der „kapitalistische Zugriff“ in Form von Attacken auf die verstaatlichte Industrie sollte schon unmittelbar nach der Amtsübernahme Waldbrunners einsetzen. Da er sich mit seinem Ressort in einem politisch höchst exponierten Bereich befand, wurde seine Person immer mehr zur Zielscheibe. Schon bei seiner Ernennung versuchte die ÖVP, das Finanzministerium unter der Leitung von Eugen Margaretha als Gegengewicht zu installieren. Darüber hinaus kam es auch zu Konflikten innerhalb der Partei. Krauland soll, wie Waldbrunner berichtet, „Figl ganz öffentlich für einen Trottel“ erklärt haben, „dass er dieses [sic!] Kompromiss eingegangen ist“. Waldbrunner hätte sich geehrt fühlen können, doch „ich weiß schon, dass es viel weniger um meine Person geht als um die Bedeutung, die der Gegner diesen Schlüsselstellungen der Wirtschaft beimisst“.²⁵³

Wie bereits gezeigt, bezog der verstaatlichte Sektor einen guten Teil der Mittel aus dem ERP. Doch wenn Gegner aus dem bürgerlich-privatkapitalistischen Lager meinten, das ERP „baut allein unsere Betriebe auf“, hielt ihnen Waldbrunner entgegen, die Verstaatlichung sei „die einzig mögliche Ausgangsbasis, dass diese ‚Kredithilfe‘ überhaupt richtig verwendet wird und Erfolg bringt“.²⁵⁴ Die Verstaatlichte, so der Minister 1950, nehme keine Sonderstellung im Rahmen der Marshallhilfe ein, „denn in allen Ländern hat die Grundindustrie im Wiederaufbau der Volkswirtschaften selbstverständlich diesen Vorzug genossen“.²⁵⁵ Waldbrunner verschwieg, dass in diesem Jahr der Anteil des verstaatlichten Sektors (ohne die staatlichen Anteile in der Elektro-, Chemischen sowie Eisen und Metall verarbeitenden Industrie) an den Counterpartkrediten für industrielle Investitionen gegenüber dem Vorjahr von fast 70 Prozent auf unter 65 Prozent gesunken war. Dieser Trend setzte sich bis 1953 (55 Prozent) fort. Im gleichen Zeitraum erhöhte die Privatindustrie ihren Anteil von 14 auf 28 Prozent. Die Trendumkehr von 1954 (70 : 18 Prozent) war dann der hohen Zuteilung von ERP-Krediten an die Elektrizitätswirtschaft geschuldet.²⁵⁶ Ebenso hätte Waldbrunner sein Bemühen ins Treffen führen können, den USA mehr Mittel für den Aufbau der vom Marshallplan stark benachteiligten Gebiete der sowjetischen Zone abzurufen.²⁵⁷

Dem ÖVP-Wirtschaftsflügel ging es aber vorrangig darum, die krasse Benachteiligung der Privatindustrie gegenüber der Verstaatlichten aufzuzeigen, weshalb er schon 1950 einen neuen ERP-Verteilungsschlüssel forderte.²⁵⁸ Auf der Gegenseite vertrat

253 Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10. Auch Julius Raab soll sich in Schmähungen ergangen sein.

254 Rede in Mürzzuschlag, 14. Juli 1951, Manuskript, Nachlass #32.

255 Karl Waldbrunner, Rede am 2. Bundeskongress des ÖGB am 2. Oktober 1951, Nachlass #32.

256 Alexander Wolfgring, „Königreich Waldbrunner“ (1949–1956): Die verstaatlichte Industrie und Elektrizitätswirtschaft Österreichs im Brennpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion, Diplomarbeit Wirtschaftsuniv. Wien 1985, 55; vgl. Franz Tinhof (Hrsg.), Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/58 – Wirtschaftshilfe im Dienste der Völkerverständigung, Wien 1958, 54–55. Die Anteile der genannten „gemischten“ Sektoren (staatliches und privates Eigentum) betragen 1949 16 Prozent, 1952 zwölf, 1953 16 und 1954 elf Prozent.

257 Oliver Rathkolb, Hans J. Morgenthau und das Österreich-Problem in der letzten Phase der Truman-Administration 1951/52, in: Emil Brix/Thomas Fröschl/Josef Leidenfrost (Hrsg.), Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, Graz/Wien/Köln 1991, 277–298, 280.

258 Wolfgring, Königreich (wie Fn. 256), 108.

Waldbrunner zutiefst überzeugt den Standpunkt, dass es „eine der wichtigsten sozialistischen Aufgaben“ sei, den gemeinwirtschaftlichen Sektor auch „auf Kosten des Privatkapitals ganz entscheidend zu stärken“, und das sei durch die beiden Verstaatlichungsgesetze möglich geworden. Der stärkere Einfluss auf diesen Wirtschaftssektor, den die Wahlen nun erlaubten, solle nicht dazu dienen, „dort alle Schützlinge unserer Parteifunktionäre unterzubringen“, sondern die bis dahin herrschende, den Zielen zuwiderlaufende Verwaltung Kraulands zu neutralisieren: „Ich bin nämlich davon überzeugt, dass alle diese Unternehmungen trotz allem gut bestehen werden, wenn man nur verhindert, dass sie wesentlich schlechter gestellt werden als die private Wirtschaft, wenn man vor allem verhindert, dass der Staat – entgegen seinen eigenen Interessen – sie als Stiefkinder behandelt und unterdrückt.“²⁵⁹

Mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung und dem allmählichen Abschluss der Rekonstruktionsphase wurden die Polemiken gegen den Staat als Unternehmer lauter. Die Tatsache, dass 1945 kaum privates Kapital für die in Frage kommenden Betriebe vorhanden war und nur der Staat die Unternehmerfunktion ausüben konnte, verlor ebenso wie die anderen objektiven Umstände gegenüber der apodiktisch geforderten Reduktion staatlichen wirtschaftlichen Engagements an Bedeutung. Entgegen der tatsächlichen, positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen wurde aus ideologischer Überzeugung dem Privatkapitalismus gehuldigt. „Wer kennt nicht die immer wieder erhobenen Vorwürfe von Bürokratismus, fehlendem Unternehmersinn, Kostspieligkeit und Schwerfälligkeit des wirtschaftlichen Handelns, die sehr oft mit einem Glorienschein der Wissenschaft umgeben werden, ohne, wie es für die wirkliche Wissenschaft selbstverständlich ist, auch bewiesen zu werden.“²⁶⁰ Aber gerade die unverkennbare Prosperität der verstaatlichten Betriebe war den Gegnern eine Bestätigung dafür, dass eine weitere Ausdehnung und ein Vordringen in die Finalindustrie drohe, wobei der Anteil an der Volkswirtschaft ohnehin bereits zu hoch sei.²⁶¹

Vor allem aber sei die Personalpolitik „immer wieder Anlass zur Kritik und sehr oft zu einer wirklich feindseligen Polemik“, hielt der Minister im Oktober 1951 fest. Indes sei der Einfluss des Staates auf Bestellung der Organe eine „Selbstverständlichkeit, denn auch der private Besitz lässt sich dieses Recht in den ihm gehörenden Unternehmungen nicht nehmen“. Dabei schließe die Handhabung in Österreich „Monopolbildungen“ aus, „wie sie die Arbeiterbewegung aus der Ersten Republik in trauriger Erinnerung hat“. Die Bestellung geschehe in der paritätisch besetzten Kommission, wobei unter Fachleuten ausgewählt werde.²⁶² In der Tat erscheinen die Attacken der ÖVP auf eine zu große Einflussnahme der SPÖ bei der Beset-

259 Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10. Das zielte vor allem auf den Einfluss des Industriellenverbands und Franz Nemschaks. Waldbrunner an Milos Franc, 17. Dezember 1949, Nachlass #10.

260 Karl Waldbrunner, Rede am 2. Bundeskongress des ÖGB am 2. Oktober 1951, Nachlass #32.

261 Wolfgring, Königreich, 108–110 (wie Fn. 256).

262 Karl Waldbrunner, Rede am 2. Bundeskongress des ÖGB am 2. Oktober 1951, Nachlass #32; zur frühen Kritik an Personalentscheidungen bei der Eisenbahn und verstaatlichten Betrieben vgl. Adolf Schärf an Waldbrunner, Helmer, Pittermann und Körner, 11. September 1950, Nachlass #29.

zung im Management der verstaatlichten Unternehmen widersinnig, stellten doch die Volkspartei und ihre Organisationen zumindest bis zur Ära Kreisky stets mehr Führungskräfte. Waldbrunner schaltete die ÖVP in seiner praktischen Arbeit nicht aus. Bei allen Personalbestellungen, so der Minister noch 1954, seien ÖVP-Leute berücksichtigt worden, „und bei den verstaatlichten Betrieben kann man auch heute noch nicht behaupten, dass der Proporz in den Leitungen zu unseren Gunsten steht“. Bei Bahn, Post und Rundfunk verhalte es sich ebenso.²⁶³ 1952 waren 34 der 75 Mitglieder von Verwaltungsräten oder öffentlichen Verwalter und 116 der insgesamt 250 Direktoren von der SPÖ nominiert.²⁶⁴ Das ideologische Geplänkel der ÖVP sollte somit den Blick auf die Tatsache verstellen, dass die ÖVP die verstaatlichte Industrie „realpolitisch“ durchaus akzeptierte²⁶⁵ – zumindest solange es ihr opportun erschien bzw. radikale Gruppen hintangehalten werden konnten. Selbstverständlich trachteten beide Parteien danach, den Einfluss in „ihren“ jeweiligen Betrieben geltend zu machen. Aber institutionelle Einrichtungen wie der Sechserausschuss schränkten die Entscheidungsmöglichkeiten des Ministeriums stark ein. Einfluss war am ehesten über die öffentlichen Verwaltungen zu nehmen. Hier kam es denn auch kurz nach der Amtsübernahme durch Waldbrunner zu einem Eklat. Im August 1950 wurde der „reichsdeutsche“ Generaldirektor der VÖEST, Heinrich Richter-Brohm – ein Mann mit NS-Vergangenheit, der offen die Entstaatlichung des Unternehmens begünstigte –, nach Unregelmäßigkeiten in der Devisengebarung abberufen. Das geschah nach Absprache zwischen Leopold Figl, Karl Gruber und Waldbrunner sowie auf Drängen der Amerikaner. Seine Ersetzung durch Walter Hitzinger geschah aber offenbar ohne Mitwirkung des Ausschusses.²⁶⁶ In die Angelegenheit der Misstände bei der VÖEST war in gewisser Weise auch Minister a.D. Krauland verwickelt, der dann seine Funktion im Sechserausschuss niederlegte.²⁶⁷ Die ÖVP versuchte jedenfalls, als Kontrolle einen Staatssekretär der Volkspartei im Ministerium für verstaatlichte Betriebe einzubauen. Das Verlangen wurde von der SPÖ als „Diskriminierung Waldbrunners“ und unter Verweis auf den geltenden Koalitionsakt abgewiesen.²⁶⁸ Waldbrunner selbst ging von anderen als den ihm unterstellten Prinzipien aus. Im Idealfall waren die sozialistischen Anliegen mit der zweckmäßigen Durchführbarkeit in Einklang zu bringen. Aber im Wissen um die „Personalnöte, die wir haben“, bestand er nicht auf parteipolitischer Färbung um jeden Preis, sondern hatte schon bei der Neubildung des Ministeriums der ÖVP „alle Einsicht in die Geschäfte zugebilligt, weil ich der Meinung bin, dass wir nichts zu verbergen haben, und gar nicht glaube, dass diese große Aufgabe nur von Sozialisten allein gelöst werden kann“.²⁶⁹ Ganz unerträglich fand er jedoch den

263 Waldbrunner an Adolf Schärf, 7. Jänner 1954, Nachlass #30.

264 Shell, *Jenseits der Klassen*, 330 (wie Fn. 43)

265 Rathkolb, *Republik*, 79 (wie Fn. 3).

266 Wolfgring, *Königreich* (wie Fn. 256), 104–105; Tweraser, *Marshall-Plan*, 237 (wie Fn. 148); Waldbrunner an Milos Franc, 22. März 1954, Nachlass #10.

267 Adolf Schärf an Helmer, Waldbrunner, Pittermann und Körner, 11. September 1950; [Protokoll der] Parteienbesprechung vom 11. Juni 1951, beide Nachlass #29.

268 [Protokoll der] Parteienbesprechung vom 11. Juni 1951, Nachlass #29.

269 Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10.

Gedanken, sich auf das System der „Freunderlwirtschaft“ einzulassen, „dass man uns aus politischen Bindungen Geschäftemacherei nachweisen kann“.²⁷⁰

Volkswirtschaftlich war die verstaatlichte Industrie ein Faktor ersten Ranges. Wie der Minister 1951 ausführte, machten ihre rund 100.000 Angestellten und Arbeiter ca. 22 Prozent der in der gesamten Industrie Beschäftigten aus; die produzierten Werte von ca. zehn Milliarden Schilling stellten rund ein Viertel der gesamten industriellen Wertschöpfung Österreichs dar, der Warenexport von 1,6 Milliarden Schilling etwa ein Viertel der Gesamtausfuhr Österreichs. War die Verstaatlichte neben dem Staat selber die größte Auftraggeberin der Privatwirtschaft, so war sie gleichzeitig „sicher der bedeutendste Steuerzahler“.²⁷¹ Die Steuerleistung (ohne die E-Wirtschaft) wuchs von 1950 bis 1955 real um 103 Prozent, wobei auch noch der konjunkturelle Rückschlag von 1952/53 zu berücksichtigen ist.²⁷² In Bezug auf den Exportanteil profitierte die expandierende Stahlindustrie von der weltweiten Nachfrage: „Stahl war Export – nach dem Westen und später auch nach Osteuropa.“²⁷³ Und für die Frage der Beschäftigung schrieb sich die verstaatlichte Industrie unter ihrem Minister Waldbrunner eine tragende Rolle zu. Der Vorrang der Investitionen vor dem Konsum, bei gleichzeitiger allgemeiner Hebung des Wohlstands, sollte zur Vollbeschäftigung führen. Als im November 1950 mit der Inbetriebnahme der neuen Blockstrecke in Donawitz die erste Großinvestition der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie nach dem Krieg planmäßig zum Abschluss gebracht wurde, lenkte Waldbrunner das Augenmerk auf das „entscheidendste sozialpolitische Problem innerhalb der verstaatlichten Industrie“: Es war dies „zweifelloso die Erhaltung der Dauer- und Vollbeschäftigung“. Freilich war damit der Appell an gewerkschaftliche Disziplin und soziale Ruhe verbunden, doch das Ziel war eine „bessere Wirtschaftsform“, in der „der arbeitenden Bevölkerung in Zukunft Not und Elend erspart bleibt“.²⁷⁴ Obwohl damals die in deutlicher Abgrenzung zur Wirtschaftspolitik der Ersten Republik vorgenommene Zielsetzung keine unbedingte Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen beinhaltete, betrieb die verstaatlichte Industrie beispielsweise im Rezessionsjahr 1953 (und auch 1958) eine veritable Beschäftigungspolitik.²⁷⁵

In den Jahren 1950 bis 1954 wiesen alle großen Unternehmen der Verstaatlichten nicht nur ein überdurchschnittlich schnelles Wachstum, sondern auch eine durchwegs aktive Gebarung auf. Dazu trugen die Schwerpunktsetzung der ERP-Politik, der vorhandene große Kapazitätsrahmen, die Verankerung in den Wachstumsindustrien Eisen und Stahl und ein ausgeprägter Verkäufermarkt für die Produkte der Verstaatlichten im In- und Ausland bei.²⁷⁶ Maßgeblich war aber vor allem, dass das verantwortliche Ministerium in der „Erzielung einer aktiven Gebarung eigentlich

270 Waldbrunner an Milos Franc, 17. Dezember 1949, Nachlass #10.

271 Karl Waldbrunner, Rede am 2. Bundeskongress des ÖGB am 2. Oktober 1951, Nachlass #32.

272 Wolfgring, Königreich, 37 (wie Fn. 256).

273 Weber, Heavy Metal, 308 (wie Fn. 249).

274 Rede Waldbrunners in Donawitz, 22. November 1950, Nachlass #32.

275 Weber, Heavy Metal, 307 (wie Fn. 249).

276 Wolfgring, Königreich, 34–35 (wie Fn. 256).

die grundlegende Voraussetzung jeder auf Dauer gerichteten gesunden Wirtschaftsführung“ sah.²⁷⁷ In Waldbrunners Sicht stand eine betriebswirtschaftlich einwandfreie Führung ganz oben: „Für mein Ministerium gilt unbedingt das Prinzip, dass es in den verstaatlichten Unternehmungen kein Defizit geben darf. Wer mit Defizit wirtschaftet, hat in unseren Augen seine Aufgabe nicht erfüllt. Ohne diese gewisse harte Parole können aber verstaatlichte Unternehmungen nicht mit Erfolg geführt werden.“²⁷⁸ Wissend um die Endlichkeit der Marshallplangelder war diese Vorgabe durchaus weitsichtig. So erlaubten die erzielten Erträge die zunehmende Eigenfinanzierung. Zwischen 1953 und 1956 stieg sie stetig von 56 auf 88 Prozent, während die ERP-Mittel zwischen 1953 und 1955 von 40 auf 4 Prozent sanken und im Folgejahr knapp unter 10 Prozent betrug. Der bescheidene Beitrag des Bundes wurde bereits erwähnt. Lediglich 1955 ist ein deutlicher Anstieg auf 10 Prozent zu verzeichnen (Staatsvertrag!), danach allerdings ein Rückgang auf 2,5.²⁷⁹ Es kamen aber besonders den kapitalintensiven Betrieben steuerpolitische Maßnahmen stützend entgegen.²⁸⁰ Mag der ökonomische Erfolg den Beifall des Rechnungshofes und sogar des bürgerlichen Lagers gefunden haben, so orteten Kritiker aus den eigenen Reihen, wie etwa Karl Aussch, in dieser Entwicklung den Primat des manageriellen Denkens der „Genossen Direktor“ auf Kosten des gemeinwirtschaftlichen und sozialistischen Anspruchs auf Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie.²⁸¹ In der konzeptuellen Spannung zwischen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und den Ansprüchen der organisierten Arbeiterschaft, in die auch die Richtlinien der USA für die Freigabe von Counterpartmitteln hineinspielten, geriet Waldbrunner, der technokratische Ingenieur und Zentralsekretär der Partei, bis zu einem gewissen Grad auch in Opposition zu Teilen der Gewerkschaft.²⁸²

Jedenfalls erschwerte die – vom Staat verordnete – marktorientierte Strategie die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme.²⁸³ Und im gesamtstaatlichen Rahmen stand überdies fest, dass es „auf lange Sicht“ zu keinen weiteren Verstaatlichungen kommen werde. So etablierte sich jenes System der „mixed economy“, in dem Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft eine „Koexistenz“²⁸⁴ eingingen und sie „durchaus zweckmäßig und friedlich nebeneinander leben“ konnten, „wenn sich nicht manche Teile der privaten Wirtschaft, obwohl sie Vorteile aus der Sozialisierung ziehen, in politischer Verblen-

277 Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Pressereferat, Die Entwicklung der verstaatlichten Industrie im Jahre 1950, in: Neue Technik und Wirtschaft 4 (1951) 61, zit. nach Wolfgring, Königreich, 76 (wie Fn. 256).

278 Die verstaatlichten Unternehmungen aktiv, in: Wiener Zeitung, 3.3.1950, 1–2.

279 Karl Waldbrunner, Das Problem der Finanzierung der nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz verstaatlichten Unternehmen, 1958, Typoskript, Nachlass #33.

280 Wolfgring, Königreich, 40–42 (wie Fn. 256); Mathis, Regulation, 81 (wie Fn. 251).

281 Eduard März, Die Zukunft der österreichischen Gemeinwirtschaft, in: Arbeit und Wirtschaft 12 (1956) 439–442. Vgl. Wolfgring, Königreich, 80–81 (wie Fn. 256): Der „Genosse Direktor“ wird in zwei Artikeln von Paul Blau evoziert.

282 Vgl. Salzburger Nachrichten, 9.6.1953; vgl. Shell, Jenseits der Klassen, 206–207 (wie Fn. 43); Mulley, Gewerkschaftsbund, 94–95 (wie Fn. 85).

283 Mathis, Regulation, 81 (wie Fn. 251).

284 Bruno Kreisky, Koexistenz von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft, in: Neue Technik und Wirtschaft 12 (1954) 315–317.

„dung von den kapitalistischen Nutznießern der Monopolunternehmungen im Kampfe gegen die Gemeinwirtschaft als Vorspann missbrauchen ließen“.²⁸⁵

Wirtschaftspolitisch stand die neue Regierung von Beginn an unter hohem Druck. Als infolge der Krise des britischen Pfunds eine internationale Abwertungswelle einsetzte, zog schließlich auch der Schilling mit, woraufhin Finanzminister Margarétha einseitig eine Steuerermäßigung ankündigte. Es drohte eine erste ernste Krise der Koalition, die Waldbrunner – schon im Hinblick auf Fragen des künftigen Budgets – durch einen Kompromissvorschlag abzuwenden wusste.²⁸⁶ Die Lage blieb jedoch instabil, die inflationären Tendenzen hielten hauptsächlich wegen der Schillingabwertung an. Ende September/Anfang Oktober 1950 kam es dann im Zusammenhang mit einem neuen (dem vierten) Lohn-Preis-Übereinkommen zu jener Streikbewegung, die sich nachgerade zum österreichischen Mythos auswuchs. Die führende Rolle der KPÖ bei der Streikbewegung wurde nachhaltig, wenn auch zu Unrecht, als kommunistischer Putschversuch bzw. als Versuch der sowjetischen Machtübernahme im Osten des Landes instrumentalisiert.²⁸⁷ Die Sowjetunion hatte kein Interesse daran. Karl Waldbrunner, der sich an Ort und Stelle ein Bild machte, bestätigt das ungewollt: „Im Erdölgebiet konnte ich persönlich feststellen, dass in den dortigen Betrieben der russischen Erdöverwaltung strenger Auftrag gegeben war, dass die Erdölproduktion nicht leiden darf und dass sich an Streiks nur jene Kräfte beteiligen dürfen, die gerade schichtfrei sind oder im Betrieb nicht gebraucht werden.“ Dennoch machte er die „Terrorbanden der USIA“ aus. Die Gelegenheit war – nach überstandener Gefahr – günstig, noch andere Feinde der verstaatlichten Betriebe anzuprangern und die Leistung der Sozialisten umso deutlicher herauszustellen. Mit dem Wortungeheuer „kommunofaschistische Allianz“ zielte er auf jene, die vor allem in Linz die Streikbewegung getragen hätten.²⁸⁸ Viele Zeitgenossen unterlagen gewiss einer Selbsttäuschung. So sah Karl Renner den „Bestand der Republik“ in Gefahr und beglückwünschte jene, die dazu beigetragen hatten, diese abzuwenden. Zu ihnen zählte er Karl Waldbrunner, der in seiner Eigenschaft als Verkehrsminister dafür gesorgt habe, dass der Bahnbetrieb aufrechterhalten und die Versorgung der Hauptstadt gesichert worden sei. Für den Bundespräsidenten hatte sich Waldbrunner sowohl als Minister wie auch als „hervorragender Parteiorganisator mustergültig“ bewährt. „Der Mut, den du in kritischen Stunden entfaltet hast, war bewundernswert, und ich kann zusammenfassend sagen, dass ich in dir einen Vertreter des jüngeren Nachwuchses unserer Partei, der die Feuerprobe glänzend bestanden hat, freudig begrüße.“²⁸⁹

285 Karl Waldbrunner, Sozialisierung und Verstaatlichung – wie und wie weit, in: Die Zukunft 2 (Februar 1952), 36–42, 42.

286 Waldbrunner an Heinrich Standenat, 1. Dezember 1949, Nachlass #16; Waldbrunner an Milos Franc, 15. November 1949, Nachlass #10. Zur Abwertung siehe Matis, Nachkriegselend, 201–203 (wie Fn. 18).

287 Rathkolb, Republik, 33–34 (wie Fn. 3).

288 Karl Waldbrunner, Rede auf einer Bezirksrätekonzferenz in Wien, 4. Oktober 1950, Nachlass #32; ders., Was geht in den verstaatlichten Betrieben vor?, in: Die Zukunft, 10/11 (Oktober/November 1950), 284–286.

289 Karl Renner an Waldbrunner, 7. Oktober 1950, Privatarchiv Martha Messersitsch.

Der so genannte „Raab-Kamitz-Kurs“ als wirtschaftsliberale Offensive

Das Rückgang der Marshallhilfe, der anhaltende inflationäre Auftrieb durch eine lockere Geld- und Kreditpolitik und die expansive Lohn- und Preisbewegung zwangen die Regierung zum Handeln.²⁹⁰ Das fünfte Lohn-Preis-Abkommen vom Juli 1951 verfehlte sein Ziel – der Lebenshaltungskostenindex stieg, auch infolge der Korea-Hausse, rasant an. Von 1948 bis 1951 hatte Österreich die höchste Inflationsrate unter den westlichen Industrieländern, doch wurde der Prozess Ende 1951 gestoppt.²⁹¹ Die wirtschaftliche Lage konsolidierte sich. Die Auslandshilfe floss, die Gewerkschaft übte sich in lohnpolitischer Zurückhaltung, es herrschte fast Vollbeschäftigung. Österreich, so Stefan Wirlandner, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Wiener Arbeiterkammer, hatte sich binnen drei Jahren „zu einer freien Marktwirtschaft entwickelt“.²⁹²

Manchen schien sie noch nicht frei genug. Dazu kam von der USA und der Europäischen Zahlungsunion der Druck zur Stabilisierung.²⁹³ Die USA vor allem verlagerten ihre „Hilfe“ im Zuge des Koreakriegs und der anschwellenden antikommunistischen Paranoia auf die militärische Stärkung ihrer Verbündeten. Je mehr Österreich auf die eigene Wirtschaft zu setzen gezwungen war, desto schwieriger wurde der wirtschaftspolitische Interessensausgleich. In dieser Situation startete die ÖVP eine Offensive. Sie setzte auf eine harte Stabilisierungspolitik mit Budgetsanierung und Inflationsbekämpfung (bei stabilen Preisen und Löhnen), auf strikten Budgetausgleich, eine drastische Senkung der staatlichen Ausgaben und damit verbunden Steuersenkungen bzw. eine Verlagerung von direkten auf indirekte Steuern, eine restriktive Kreditvergabe. Die wirtschaftspolitische Intention dieses Konzepts war, die Wirtschaft von staatlichen und sozialpartnerschaftlichen Eingriffen zu „befreien“. Es war im Wesentlichen ein Credo für eine „marktkonforme, widerspruchsfreie Wirtschaftspolitik als Voraussetzung der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsform“, eine Eloge auf das „freie“ Unternehmertum, kurz: ein „neoliberales“ Programm, wie Karl Waldbrunner richtig konstatierte, oder wie Hans Seidel feststellt: Reaganismus und Thatcherismus ante litteram. Es bedeutete eine Kampf-ansage an alle Ansätze zur Wohlfahrtsstaatlichkeit, die sich die Sozialdemokratie auf die Fahnen schreiben konnte.²⁹⁴ Der Exponent dieses Programms war Reinhard Kamitz, der Ende Jänner 1952 zum Finanzminister gemacht wurde. Er stand für die „wahre Großoffensive“ mit „dem ausgesprochenen Ziel, die gesetzlichen Bindungen abzuschütteln und Belastungen auf steuerlichem und sozialem Gebiet zu vermindern“, wie Karl Waldbrunner schrieb. Waldbrunner entlarvte die angeblich

290 Matis, Nachkriegselend, 192–208 (wie Fn. 18).

291 Seidel, Wirtschaft, 108–109 und 162 (wie Fn. 10).

292 Mulley, Gewerkschaftsbund, 99–100 (wie Fn. 85); Zitat ebd., 100.

293 Seidel, Wirtschaft, 66 (wie Fn. 10).

294 Seidel, Wirtschaft, 66–67, 70–71, 496 (wie Fn. 10).

neuen Parolen als gar nicht so unbekannt, „sahen sie doch denen der Ersten Republik zum Verwechseln ähnlich“: „Damals war die Wirtschaftspolitik ein Monopol der Besitzenden, die diese Wirtschaft so lange und so ausgiebig sanierten, bis ein Heer von vielen hunderttausend Arbeitslosen vorhanden war.“ Nun würden die sozialpolitischen Errungenschaften nach 1945 „als ein Herd der Verschwendung denunziert“, die öffentlichen Unternehmungen, die mit ihren Tarifen noch weit unter den Kosten der Privatwirtschaft lägen, „als unfähige Defizitbetriebe hingestellt“ und jede wirtschaftliche Mitwirkung der organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft „als ein unerträgliches Hemmnis bezeichnet“. Waldbrunner evozierte die Gefahr der Deflation, die – wie in den 1930er-Jahren – Produktionsrückgänge und hohe Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte.²⁹⁵ Doch die Rezession wurde in Kauf genommen.²⁹⁶

Die SPÖ zählte nicht zu den Inflationsbefürwortern, sie war nicht schlechthin gegen die Stabilisierungspolitik. Aber die Art und Weise, wie dieser Weg beschritten wurde, bedrohte ihre grundsätzlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Anliegen. Und hier war es vor allem die Beschneidung der öffentlichen Investitionen, die den härtesten Widerstand hervorrief, zumal Kamitz die einnahmenseitigen Vereinbarungen hinauszögerte und gleichzeitig die Landwirtschaft subventionierte. An diesem Punkt prallten Kamitz und Waldbrunner aufeinander.²⁹⁷ Die im Februar 1952 koalitionsmäßig festgelegten, aber von Kamitz nicht eingehaltenen Gütertariferhöhungen brachten die Bahn in ernste Schwierigkeiten und riefen eine Regierungskrise hervor. Weitere Fälle, in denen der Finanzminister eigenmächtig und unter Ignorierung von Vereinbarungen handelte, aber auch Kürzungen insbesondere bei Bahn und Post machten ihn zu einem wirklichen Gegner Waldbrunners, für den er nach einem Jahr auf diesem Platz „einfach unerträglich“ war.²⁹⁸

An weiter gehenden Streichungen und dem Beharren auf einem Sparbudget für 1953, das die sozialistisch verwalteten Ressorts deutlich benachteiligt hätte, zerbrach schließlich die Koalition. Ein Einlenken hätte die Gefährdung des Erreichten bedeutet. Bruno Kreisky schrieb zu Recht, dass die soeben zu Ende gegangene Regierungsperiode durch den Ausbau und die Stabilisierung des verstaatlichten Sektors gekennzeichnet war. „Die Lösung dieser Aufgabe ist in einer Weise gelungen, die, wie ich glaube, alle Erwartungen weit übertroffen hatte.“ Für Kreisky gehörten Kaprun, der Westbahnhof, die Vollendung der Elektrifizierung der Westbahn bis Wien, die VÖEST etc. „zu den markantesten Ereignissen unserer Wirtschaftsgeschichte“, die „alles, was von privatwirtschaftlicher Seite geschehen ist, weit in den Schatten gestellt haben“.²⁹⁹ Der wirtschaftliche Wiederaufbau war im Allgemeinen abgeschlossen. Unmittelbare Lenkungsmaßnahmen und regulierende Ein-

295 Karl Waldbrunner, Ein erfolgreicher Kampf für die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft. Die Sozialistische Partei sichert die Vollbeschäftigung, in: Die Zukunft, H. 5, Mai 1952, 133–135.

296 Seidel, Wirtschaft, 487 (wie Fn. 10).

297 Seidel, Wirtschaft, 498–505 (wie Fn. 10).

298 Waldbrunner an Adolf Schärf, 18. Februar 1953, Nachlass #29.

299 Bruno Kreisky [Stellungnahme über die einzelnen Ressorts für eventuelle Koalitionsverhandlungen], Februar 1953, Nachlass #29.

griffe wurden zunehmend obsolet. 1953 endete die Lebensmittelbewirtschaftung; gleichzeitig ging der Anschluss an die Liberalisierungsmaßnahmen von GATT und OECD mit der Einführung des Systems des freien Außenhandels und der gesetzlichen Exportförderung einher.³⁰⁰ Wie in anderen Ländern Westeuropas wurden Finanz- und Kreditpolitik zu immer entscheidenderen Faktoren. Nur gab es eben auch hier zwei grundsätzlich antagonistische Auffassungen: die keynesianisch inspirierte und die „klassische“, wie sie in der Ersten Republik verfolgt wurde und dem Land den berüchtigten „Alpendollar“ gebar. „Wir bekämpfen diese Politik seit etwa einem Jahr ebenso, wie wir sie in den 30er-Jahren bekämpft haben“.³⁰¹

Der Wahlausgang – die SPÖ wurde zur stimmenstärksten Partei – und die grundsätzliche Bereitschaft zur Weiterführung der Koalition ermöglichten einen Ausgleich dieser Positionen, nachdem Julius Raab von seiner Forderung nach einer Dreierkoalition mit dem WdU abgehen musste. Die Regierungsbildung bestätigte sowohl Waldbrunner als auch Kamitz in ihren Ämtern. Schon in den im Wahlkampf aufgetauchten „Kamitz-Plänen“ schien die von der SPÖ geforderte Investitionspolitik auf, die der Finanzminister während der Budgetberatungen 1952 abgelehnt hatte. Kamitz konzidierte aber lediglich, dass er zwar „zu jeder Arbeitsbeschaffung zu haben“ sei, die Finanzierung aber im Anleiheweg und nicht über die laufenden Einnahmen geschehen müsse. Dabei zeigte er sich bereit, mit Waldbrunner zu sprechen, „um ein gemeinsames Investitionsprogramm zu erstellen“.³⁰² Die Wirtschaftspolitik der Folgejahre war denn auch geprägt von „klassischen“ Stabilisierungsmaßnahmen, getragen von Investitionsbegünstigungen und Steuerensenkungen, und expansiven Elementen, die besonders den Erfordernissen an Infrastrukturinvestitionen gerecht werden sollten.³⁰³

Auch in diesem Fall zeigt sich das historische Gedächtnis kurz, selektiv und einseitig. So wurde zwar eingeräumt, dass der gefeierte wirtschaftspolitische Kurs unter Kanzler Raab ohne die Unterstützung vonseiten der SPÖ nicht möglich gewesen wäre. Elogen auf den ÖVP-Kanzler sprachen von den „weisen Wirtschaftsführern der SPÖ“, in denen er „schätzbare, unschätzbare Helfer“ gefunden habe, und nannten vor allem Gewerkschaftspräsident Johann Böhm.³⁰⁴ Das hat durchaus Berechtigung. Doch der propagandistischen Übermacht der ÖVP gelang es offenbar, das „Wirtschaftswunder“ als alleinige Leistung von Raab und Kamitz darzustellen und, wie Waldbrunner feststellte, „alle Sünden der Volkspartei vergessen“ zu machen und noch mehr „alle positive Aufbauarbeit der Sozialisten und

300 Seidel, *Wirtschaft*, 183 (wie Fn. 10); Butschek, *Konflikt*, 124–125 (wie Fn. 179).

301 Nicht identifiziertes Schreiben [von Karl Ausch? an Schärp? an Waldbrunner?] über ein künftiges Arbeitsprogramm, 21. Februar 1953, Nachlass #29. Siehe den Beitrag von Fritz Weber in diesem Band.

302 Oskar Helmer, *Gedächtnisnotiz über eine Besprechung mit Reinhard Kamitz* am 6. März 1953, Nachlass #29.

303 Hildegard Koller, Teil II, in: Fritz Diwok/Hildegard Koller, Reinhard Kamitz, *Wegbereiter des Wohlstands*, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1977, 95–178, 139–144.

304 Otto Forst-Battaglia, *Österreichische Köpfe*, Köln 1959, 42; Franz Curt Fetzer, *Reinhard Kamitz – Politiker, Mensch, Gelehrter*, in: *Christliche Demokratie* 1 (1983) 4, 9–18, 9.

den ungeheuren Beitrag der Gewerkschaften“.³⁰⁵ In der damaligen Öffentlichkeit (und auch später) wurde zu wenig gewürdigt, dass die Sozialisten 1953/1954 das Zehn-Jahres-Investitionsprogramm durchgebracht hatten, das mit dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ein beachtliches Arbeitsbeschaffungs- bzw. -sicherungsprogramm darstellte.³⁰⁶ Ihm verdankte das Wirtschaftswachstum der 1950er-Jahre kräftige Impulse und einen wesentlichen Anteil daran hatte – auch wenn er sich damit nicht brüstete – Karl Waldbrunner.³⁰⁷ So scheint es also angebracht, im Hinblick auf den notorischen „Raab-Kamitz-Kurs“ zumindest für die Geschichtsschreibung einen Kurswechsel einzumahnen. Hannes Androsch hat dies schon vorgegeben und die enge wirtschaftspolitische Kooperation des Finanzministers mit dem Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe als „Kamitz-Waldbrunner-Kurs“ apostrophiert.³⁰⁸

Wie Waldbrunner konstatierte, hatte das Wunder Makel. Die Stabilisierung forderte einen hohen Preis, den vor allem die Arbeiterschaft zu tragen hatte. „Das Stabilisierungswunder hat die größte Arbeitslosigkeit seit 1945 gebracht, die nur langsam zurückgeht“, so Waldbrunner im Frühjahr 1954 leicht verbittert, denn für ihn musste die Arbeit in der Koalition fortgesetzt werden, „wenn sie auch keinem der Partner Freude macht und unter diesen Umständen heute schwieriger ist als jemals zuvor“.³⁰⁹ Zwar sei die Zahl der Beschäftigten gestiegen, was wohl besonders auf das Jugendeinstellungsgesetz zurückzuführen sei, „aber den Arbeitslosen sagt das wenig“.³¹⁰ Die Budgetpolitik hatte in die Rezession hinein konsolidiert und sie damit verstärkt.³¹¹ Der Aufholprozess erlitt einen schweren Rückschlag. Das österreichische Wohlstandsniveau ging zwischen 1951 und 1953 im Vergleich zu dem Westeuropas deutlich zurück.³¹² Die hausgemachte Rezession war zwar kurz, aber schwer.³¹³ Erst danach setzte jene Entwicklung bis Ende der 1950er-Jahre ein, die man als „österreichisches Wirtschaftswunder“ bezeichnet hat. Schon Ende 1954 warnten Institutionen wie die OEEC und die Europäische Zahlungsunion, die den „klassischen“ Stabilitätsvorstellungen anhängen, vor Überkonjunktur und Inflationsgefahr.³¹⁴ Österreich rückte wieder etwas näher zum westeuropäischen Wohlstandsniveau auf.

305 Waldbrunner an Milos Franc, 22. März 1954, Nachlass #10.

306 Neck, *Entwicklung*, 168 (wie Fn. 233).

307 Hannes Androsch, *Die politische Ökonomie der österreichischen Währung. Ein Überblick über die österreichische Währungspolitik von 1760 bis 1984 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung*, Wien 1985, 58–59.

308 Hannes Androsch, *Der österreichische Weg – Reminiszenz und Prospektion*, in: Robert Kriechbaumer (Hrsg.), *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Band I*, Wien/Köln/Weimar 1998, 559–582, 564.

309 Waldbrunner an Milos Franc, 22. März 1954, Nachlass #10.

310 Waldbrunner an Adolf Schärf, 7. Jänner 1954, Nachlass 30.

311 Seidel, *Wirtschaft*, 524 (wie Fn. 10).

312 Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, *Der lange Weg* (wie Fn. 16).

313 Seidel, *Wirtschaft*, 517 (wie Fn. 10).

314 *Wirtschaftliche Verbindungsstelle Paris* (Heinrich Standenat) an das Bundeskanzleramt, Sektion für wirtschaftliche Koordination, 3. Jänner 1955, Zl. 50.023/55, Nachlass #16.

Wiedererlangte Souveränität und Aufruhr gegen das „Königreich“

Wie beim Stabilisierungskurs gelang es der ÖVP, auch im Falle des Staatsvertrags in der Öffentlichkeit (und in der Geschichtsschreibung) österreichische Erfolge als die ihren zu verbuchen. Dabei hätte Waldbrunner noch einmal die österreichische Sache vertreten sollen, als die Bundesregierung 1952 eine Initiative startete, um mit Hilfe der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Appell an die Weltöffentlichkeit zu richten. „Beinahe wäre ich jetzt zur Behandlung der Österreich-Frage durch die UNO auf einige Zeit nach Amerika gekommen. Da sich aber die Sache so verzögert hat und wir unmittelbar vor Beginn der Wahlkampagne stehen, ist mir dies nun nicht mehr möglich.“³¹⁵ Abgesehen von den beruflichen Verpflichtungen hätte es ihn schon interessiert, die amerikanischen Verhältnisse kennenzulernen. Andererseits reizte es ihn wenig, „mit einer politischen Verwaltung in Kontakt zu kommen, die mit einem McCarthy nicht fertig wird“, schrieb er 1954.³¹⁶ Ein Jahr später besuchte er doch noch die USA – gerade in dieser Zeit kam es in Moskau zu den entscheidenden Verhandlungen, die schließlich den Staatsvertrag brachten.

Das State Department habe seinen Besuch als „Zeichen der Verbrüderung sichtlich sehr“ begrüßt, schrieb er Ende April, zumal es den Eindruck „einer sehr prorusischen Stimmung in Österreich“ hatte. Aus den Zeitungen erfuhr er vom guten Verlauf der Verhandlungen und hatte auch sonst keine Nachrichten von der Partei, sodass er keine Veranlassung sah, sein Reiseprogramm abzuändern oder abzukürzen.³¹⁷ In den USA war Waldbrunner politisch nicht untätig. Angeblich versuchte er, das State Department für die Vorstellungen seiner Partei zu gewinnen, vor allem was das Rückgabeverbot der von den vier Mächten an Österreich zu übergebenden Vermögenswerte über 10.000 Dollar an deutsche juristische Personen betraf.³¹⁸ Das kann nicht überprüft werden. Tatsächlich aber besprach er im State Department (in Anwesenheit Karl Grubers) Angelegenheiten, die für sein Ressort von außerordentlicher Relevanz waren. Zunächst berichtete er darüber, dass die US-amerikanischen Zentralstellen die Entwicklung zwar nicht aufhalten würden, sich aber „ungern in diesem Tempo zu Entscheidungen treiben lassen“ wollten, zumal die Initiative nicht von den USA ausgegangen sei. Höchste Bedeutung messe man jedoch neben der Neutralitätserklärung den wirtschaftlichen Konsequenzen eines Vertrags bei. Waldbrunner regte an, „man möge zum Aufbau der von den Russen zu übergebenden Betriebe (inklusive Erdöl) den Rest der Counterparts und dazu die Zinsen und Rückflüsse aus den aushaftenden Counterpartkrediten verwenden“. Dabei schmeichelte er damit, „dass sich die USA mit der Marshallhilfe in Österreich sichtbare

315 Waldbrunner an Erich Wang, 16. Dezember 1952, Nachlass #8. Zur Initiative vgl. Stourzh, *Einheit*, 187–192 (wie Fn. 129).

316 Waldbrunner an Milos Franc, 22. März 1954, Nachlass #10.

317 Brief Waldbrunners aus Washington, 30. April 1955, [an Schär?], Nachlass #53.

318 Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln/Weimar/Wien 2000, 311.

Monumente (Kaprun, VÖEST etc.) geschaffen haben und die Wiederherstellung der von den Russen heruntergewirtschafteten Betriebe ein ebenso großes Monument wäre“. Auch über dieser Frage lag der Schatten des Antagonisten Kamitz. Dieser wollte, dass die in Rede stehenden Öllieferungen an die Sowjetunion nicht vom Budget, sondern von der Erdölindustrie zu tragen seien. Das hielt Waldbrunner für „kindisch“, denn die Erdölindustrie könne nicht einmal einen Bruchteil der Kosten verdienen, „ganz zu schweigen von den nötigen Investitionen“. Mit Gruber war Waldbrunner der Meinung, „dass Kamitz vorderhand besser schweigen würde“ – so wie Waldbrunner es in den USA tue und sich bisher allen Presseinterviews entzogen habe, um die Verhandlungen nicht zu stören.³¹⁹

Eine der zentralen Fragen bei den bilateralen Gesprächen mit der Sowjetunion zur Vorbereitung des Staatsvertrags war die der sowjetischen Betriebe in Österreich. Dabei scheinen Schärfs, Kreiskys und Waldbrunners Vorstellungen über die Zukunft des so genannten „Deutschen Eigentums“ in die sowjetischen Vorschläge eingeflossen zu sein. Um die Frage der Übernahme der „planwirtschaftlichen Enklaven“ in österreichisches Eigentum entspannen sich in Moskau zwischen den Teilnehmern der Koalitionsdelegation beträchtliche Auseinandersetzungen, weil Raab sich zunächst desinteressiert zeigte und den Fortbestand russischer Betriebe in Österreich akzeptiert hätte. Für die Sozialisten war jedoch die politische nicht von der wirtschaftlichen Freiheit zu trennen. Die Übernahme erfolgte – wie seit längerem vorgesehen –, und die im „Moskauer Memorandum“ vereinbarten Ablösezahlungen und Lieferverpflichtungen für die Erdölfelder, Raffinerien, die DDSG und die USIA-Betriebe bildeten einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Kosten des Staatsvertrags. Weitere finanzielle Verpflichtungen erwuchsen aus den Entschädigungsansprüchen westlicher privater Erdölfirmer („Wiener Memorandum“ und österreichisch-französisches Memorandum).³²⁰ Waldbrunner, Kamitz und der stellvertretende Handelsminister Juschin unterzeichneten den Vertrag für die Übergabe der sowjetischen Betriebe, die im Sinne des ersten Verstaatlichungsgesetzes zu behandeln waren. Die Durchführung der Memoranden beschäftigte die österreichische Regierung noch Jahre danach und Karl Waldbrunner nahm daran regen Anteil.

Mit dem Ende der Besetzung war eine Zwangssäule der Koalitionsbereitschaft gefallen. Doch vorerst überwog noch die Einsicht, dass die Lasten des Staatsvertrages und der Aufbau der Wehrmacht die weitere Zusammenarbeit erforderten.³²¹ In einer Aussprache mit Julius Raab machte Waldbrunner noch im Mai 1955 „auf den Ernst der wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertrages aufmerksam und

319 Brief Waldbrunners aus Washington, 30. April 1955, [an Schärf?], Nachlass #53. Waldbrunner gab in der Folge einige Interviews. Zur Verzögerungstaktik der USA siehe Stourzh, *Einheit*, 386 (wie Fn. 129).

320 Stourzh, *Einheit*, 376–377, 406–411, 429–39, 512–515 (wie Fn. 129); Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, *Weg*, 293 (wie Fn. 16).

321 Karl Waldbrunner, *Die Wiedergeburt Österreichs, die Zweite Republik, 1945 bis heute*, Referat an der Volkshochschule Favoriten, 9. Dezember 1963, Nachlass #36.



Der Mythos vom „Königreich“;
Arbeiter-Zeitung, 22. April 1955

Washington vorgebrachtem Vorschlag, Counterpartgelder für die Instandsetzung und Modernisierung der USIA-Betriebe zu verwenden. Bezüglich der Budgetbelastungen durch Sach- und Erdöllieferungen waren sich die beiden einig, dass wegen der guten Kassenlage des Bundes infolge der hohen Beschäftigung für die nächste Zeit wahrscheinlich keine ernststen Schwierigkeiten zu erwarten seien.³²³ Auch wenn die ÖVP andererseits nur diejenigen USIA-Betriebe, die nicht im Verstaatlichungsgesetz aufgezählt waren, von einer Übernahme in Waldbrunners Ressort ausnehmen wollten,³²⁴ so war das Problem ein grundsätzliches. Kamitz deutete es an. Die Erdölbetriebe würden „große Mittel erfordern und große Risiken beinhalten, die der Staat nicht wird übernehmen können“. Zwar denke er nicht an eine Veräußerung, aber eine Verpachtung sei in Betracht zu ziehen. Waldbrunner sah darin einen „Dreh“. Er bestand darauf, dass die Erdölbetriebe in den Besitz der öffentlichen Hand zu kommen hätten und nicht an Fremde veräußert werden dürften. Alles andere erschien ihm vom wirtschaftlichen Standpunkt her „nicht notwendig und zweckmäßig“.³²⁵ Außerdem musste er an Julius Raabs und Alfred Maletas Mitwirkung beim Zustandekommen des Verstaatlichungsgesetzes erinnern. „Wenn ich nun diesen Besitz für den Staat in Anspruch nehme (...), dann stelle ich mich durchaus auf den Standpunkt der zusammen mit der ÖVP beschlossenen Gesetze und der von ihr unterschriebenen Koalitionsvereinbarungen.“³²⁶

Es ging um eine Aufweichung der Verstaatlichung. Konsequenterweise benutzte die ÖVP den Wahlkampf zu Angriffen auf die Verstaatlichte und machte daraus eine gehässige Generaloffensive auf deren Minister, dessen Ressortenerweiterung sie

322 Waldbrunner, Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit Ing. Raab am 25. Mai 1955, Nachlass #30.

323 Waldbrunner, Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit Dr. Kamitz am 25. Mai 1955, Nachlass #30.

324 Waldbrunner, Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit Nationalrat Alfred Maleta am 25. Mai 1955, Nachlass #30.

325 Waldbrunner, Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit Dr. Kamitz am 25. Mai 1955, Nachlass #30.

326 Karl Waldbrunner, Angriffe gegen die Verstaatlichung, in: A-Z, 21.2.1956, 1–2.

ja schon fürchtete. „Waldbrunner will alles einstecken“, plakatierte sie mit einer „SPÖ“-Figur, die einen Sack „Volksvermögen“ und einen Erdölturm davontrug.³²⁷ Es entwickelte sich eine Propagandaschlacht, in der die Volkspartei mit allen erdenklichen Untergriffen gegen das „Königreich Waldbrunner“ herzog, das schon vor dem Staatsvertrag als Menetekel existierte. Sie popularisierte damit ein Schlagwort, das die Memoria Österreichs nachhaltig prägte. Paradoxerweise wurde der Begriff zwar von den Gegnern in pejorativer Bedeutung gebraucht, von Parteifreunden aber durchaus auch – sogar mit ironischer Überhöhung zum „Kaiserreich“ – in Anerkennung der Leistungen des Ministers. Überdies war das „Königreich“ nur eine Steigerungsform bereits verwendeter persönlicher Angriffsformeln, die bereits 1950/51 von der „Generaldirektion für verstaatlichte Betriebe“ über die „Domäne Waldbrunner“, das „Reich Waldbrunners“ bis zum „König“ reichten.³²⁸ Möglicherweise ist diese „Royalisierung“ sogar der SPÖ entlehnt, die 1947 gegen Pläne der ÖVP auftrat, „das ‚Königreich Alpine‘ unangetastet mit seiner Allmacht über die steirische und die gesamte österreichische Wirtschaft zu erhalten“.³²⁹

Die „Erdölwahl“ vom 13. Mai 1956 wurde für die SPÖ zum Misserfolg. Aber „der eigentliche Verlierer dieser Wahl wurde, wohl unverdienterweise, Waldbrunner“.³³⁰ Die ÖVP sah die Wahl als „Verstaatlichungswahl“ und interpretierte den Wahlausgang als Auftrag zur Entstaatlichung, als Votum gegen Waldbrunner, wie Lois Weinberger sagte, der in den Parteienverhandlungen noch Zeit für beleidigende Worte über den Minister fand.³³¹ Waldbrunner werde „man jetzt einmal die Fingernägel stutzen“, frohlockte Ministerkollege Ferdinand Graf.³³² Der „zentrale Punkt“ einer möglichen Zusammenarbeit, so Alfred Maleta, war „das Waldbrunner-Ministerium“, genauer: der Bereich der verstaatlichten Betriebe. Bei den Verhandlungen schlug die Volkspartei vor, das Verkehrsministerium auf Eisenbahn, Post und Energie zu beschränken, den verstaatlichten Sektor also abzutrennen.³³³ So geschah es denn auch: Waldbrunner wurde Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft. Egon Matzner zufolge, der Waldbrunner gut kannte, geschah dies, „weil ihm die damals führenden ebenso wie die nachrückenden SPÖ-Spitzenpolitiker im entscheidenden Wahlkampf nicht die notwendige Unterstützung zuteil werden ließen“.³³⁴ Ganz war ihm freilich die Verstaatlichte nicht abhanden gekommen, denn

327 Norbert Hölzl, Propagandaschlachten – Wahlkämpfe 1945–1971, Wien 1976, 119. Das noch zu Lebzeiten Waldbrunners erschienene Werk stattet ihn – vermutlich nicht in kabarettistischer Absicht – mit dem Vornamen „Ernst“ aus (69). Informelle Umfragen zur Zeit der Abfassung dieses Beitrags bestätigen diesen Fehler als Pioniertat.

328 Das Kleine Volksblatt, 21.6.1950; Neue Wiener Tageszeitung, 6.9.1950; Die Wirtschaft, 27.1.1951. Den frühesten Beleg für „Königreich Waldbrunner“ fand ich in der „Tages-Zeitung“, 29.4.1955.

329 Karl Mantler, Um die Durchführung der Verstaatlichung, in: A-Z, 17.8.1947, 2. Es ging dabei um Pläne des Planungsministeriums, durch Bildung von Dachgesellschaften die Zusammenfassung gleichartiger Unternehmungen der Verstaatlichten zu unterlaufen.

330 Neck, Entwicklung, 271 (wie Fn. 233).

331 Erinnerungsvermerk über die Parteienbesprechung am 2. Juni 1956, Nachlass #31; Parteienverhandlung vom 15. Juni 1956, ebd.

332 Das Kleine Volksblatt, 15.5.1956, zit. nach Hölzl, Propagandaschlachten, 80 (wie Fn. 327).

333 Erinnerungsvermerk über die Parteienbesprechung am 2. Juni 1956, Nachlass #31.

334 Matzner, Verstaatlichte, 31 (wie Fn. 251).

er war auch mit der Agenda der gegründeten „Industrie- und Bergbau-Verwaltung“ (IBV) befasst, wobei er sein Bestes gab, die anhaltenden Entstaatlichungsversuche vonseiten der ÖVP einzubremsen. Was einen Teilaspekt dieser „Reprivatisierung“ anbelangt, so hatte die ÖVP ihren Wahlsieg zu einer verstärkten Kampagne für die „Volksaktie“ genutzt, einer Idee, die gleich nach Kriegsende propagiert worden war.³³⁵ Durch Ausgabe von Aktien mit einem Nennwert von bis zu 500 Schilling sollte das Aktienkapital verstaatlichter Gesellschaften erhöht werden, wobei die Gesamtsumme ein Drittel des Gesamtkapitals nicht übersteigen sollte. Vorrangiges Ziel war aber – jenseits allen privatkapitalistischen ideologischen Getöses –, dem Bund Mittel für die Bedeckung der Valorisierung der Beamtengehälter zu verschaffen.³³⁶ Es kam viel billiger. Bei der Länderbank und der Creditanstalt lauteten von 80.000 Kaufanträgen nur 10.000 auf 500 Schilling; ganze 1,27 Prozent waren als „Volksaktien“ anzusehen. Nicht nur für Waldbrunner war die Aktion ein „Schwindel“.³³⁷ Dennoch sah er in diesen Bestrebungen eine schleichende Aushöhlung der Errungenschaften des Betriebsrätegesetzes, einen Angriff auf die in Europa fast einzigartige betriebliche Mitbestimmung, die er wesentlich initiiert hatte.³³⁸

Die Verwaltungsänderung des verstaatlichten Industriesektors in Form der IBV erlebten manche als Zäsur. Für Karl Aussch ging ein Abschnitt zu Ende, der „in die Geschichte der Zweiten Republik als einer der bedeutendsten, wenn nicht der bedeutendste gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortschritt eingehen wird“. Und Aussch präziserte mit Emphase: „Ich meine die sieben Jahre, die du an der Spitze der verstaatlichten Betriebe standest – ein Bahnbrecher der Idee der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.“³³⁹

„Not even Mr. Waldbrunner!“

„Zum ersten Mal in meiner Regierungstätigkeit“, so Waldbrunner im November 1955, „habe ich eine ernste Gefahr eines Streikes auf Eisenbahn und Post vor mir.“³⁴⁰ Fahnenträger der Bewegung waren der ÖAAB und ÖVP-Gewerkschafter, denen der Minister ihre Aggressivität vorwarf. Offenbar erhoben auch die sozia-

335 Franz Rauscher, Die Sozialisierung und die öffentliche Wirtschaft, in: Die Zukunft, 5 (1946), 8. Andreas Khol zufolge ist die Volksaktie eine „alte Forderung der Christlichsozialen“ (Nationalratspräsident Andreas Khol am 28. Jänner 2006 in der „Pressestunde“, ORF 1).

336 Koller, Teil II, 159 (wie Fn. 303).

337 Karl Waldbrunner, Unser Anteil an Österreichs Aufstieg, in: Der Sozialistische Akademiker 10 (1957) 5, 5.

338 Zur Mitbestimmung siehe Hubert Sickinger/Barbara Liegl, Politische Rahmenbedingungen für staatliche Industrieunternehmen im Wandel – ein internationaler Vergleich, in: Walter Fremuth/Christoph Parak (Hrsg.), Regulierung und Deregulierung von Infrastrukturmärkten, Wien 2002, 289–310, 303. Am 3. Juni 1980 schrieb Waldbrunner an Peter Ulrich Lehner, geschäftsführender Redakteur der „Zeitschrift für Demokratisierung der Arbeitswelt“, „die Mitbestimmungspraxis in der verstaatlichten Industrie [wurde] seinerzeit von mir eingeführt“. Nachlass #5.

339 Karl Aussch an Waldbrunner, 26. Juni 1956, Nachlass #10.

340 Waldbrunner an Milos Franc, 28. November 1955, Nachlass #10.

listischen Gewerkschafter entsprechende Forderungen, während Finanzminister Kamitz erklärte, „dass nichts da ist und daher auch nichts gegeben werden kann“. Der Konflikt beschäftigte die Regierung.³⁴¹ Die Episode zeigt nicht nur eine Facette der wachsenden Opposition der Volkspartei gegen Waldbrunner; sie ist auch insofern signifikant, als Streiks zu den Raritäten der Geschichte der Zweiten Republik gehören. Diese zunehmende soziale Befriedung, die ja immer ein Hauptanliegen Waldbrunners war, verdankt sich vor allem dem institutionalisierten, wenngleich informellen Ausgleich von Lohn- und Preisforderungen. Am Anfang stand eine Initiative Karl Maisels, nunmehr Präsident der Arbeiterkammer, der im Frühjahr 1957 anregte, die Regierung möge eine Einrichtung zur Untersuchung der Preissteigerungen schaffen. Es folgten Vorschläge des ÖGB zur Bekämpfung der Inflation, die drei Kammern wurden eingeschaltet, und am Ende entstand die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen, der beabsichtigte Lohn- und Preiserhöhungen zur Untersuchung vorgelegt werden sollten. Die Kommission blieb bestehen und wurde zu einer der charakteristischsten Institutionen der Sozialpartnerschaft in Österreich. Ihr gehörten der Bundeskanzler und alle Minister mit Wirtschaftsressorts an, Stimmrecht hatten jedoch nur die vier Interessensvertretungen.³⁴²

Wie bereits erwähnt hatte Waldbrunner 1958 mit Augenzwinkern bemerkt, dass er von der Eisenbahn nicht mehr loskomme. Auch der Eisenbahnergewerkschaft fühlte er sich verbunden.³⁴³ Sein Name wurde zum Synonym für den öffentlichen Verkehr, was einen bleibenden Ausdruck in Gerhard Bronners und Helmut Qualtingers „Bundesbahn-Blues“ (1956) fand, dem die Überschrift zu diesem Abschnitt entnommen ist.³⁴⁴ Auch in diesem Ressort schuf er Bleibendes. Er betrieb die Elektrifizierung der West- und der Südbahnstrecken, den Ausbau des Flughafens Schwechat, die Gründung einer österreichischen staatlichen Luftfahrtgesellschaft und für manche ist er der „Vater der Wiener Schnellbahn“³⁴⁵. Seine Leistungen bestanden im Bemühen um eine Zusammenfassung aller Verkehrsbelange in einem „echten“ Verkehrsministerium und in der Einbremsung eines „übertriebenen Kommerzialisismus“ des öffentlichen Verkehrs.³⁴⁶ Dabei räumte er die prinzipielle Sinnhaftigkeit einer (schon in den Zeiten des Marshallplans von der ECA geforderten³⁴⁷) Reorganisation der ÖBB nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen – ohne an deren Privatisierung zu denken – ein, jedoch nur, wenn die wirtschaftlichen

341 Erinnerungsvermerk über Parteienverhandlungen am 26. November 1955, Nachlass #30.

342 Butschek, Konflikt, 132–133 (wie Fn. 179).

343 Gewerkschaft der Eisenbahner an Waldbrunner, 25. November 1957, Nachlass #22.

344 Es ist signifikant für die Kurzlebigkeit des historischen Erinnerns, allerdings auch für die Anpassungsfähigkeit des Genres, dass Bronner bei Neuaufführungen in den 1990er-Jahren Waldbrunner durch Jörg Haider ersetzte, „the man who knows everything“.

345 Bruno Kepnik, Betriebsdirektor der ÖBB, 19. Februar 1963 an Waldbrunner, Nachlass #18; vgl. Wien aktuell, 21.1.1982, 7.

346 Kornel Wundsam, Fachzeitung „Verkehr“, an Waldbrunner, 18. November 1971; H. Imhof, Internat. Transportarbeiter-Föderation, an Waldbrunner, 14. Dezember 1962, beide Nachlass #27.

347 Wilfried Mähr, Der Marshallplan in Österreich: Tanz nach einer ausländischen Pfeife?, in: Günter Bischoff/Josef Leidenfrost (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, 244–272, 265–266.

Voraussetzungen dafür gegeben seien. Bei der anhaltenden Diskussion um die Errichtung eines selbstständigen „Wirtschaftskörpers“ Eisenbahn stützte sich die SPÖ noch 1967 auf die von Waldbrunner in seiner Ministerzeit erarbeiteten Richtlinien, wobei auch Stimmen auftraten, die an die mit beträchtlichen Entlassungen verbundene Eisenbahnpolitik der Regierung Seipel erinnerten.³⁴⁸ Die wachsende Konkurrenz Schiene-Straße im Auge plädierte er bereits zu Beginn der 1950er-Jahre für eine angemessenere Besteuerung der Autofrächter, für Mindesttarife und für Kostenwahrheit im Verkehr.³⁴⁹

In den Jahren zwischen 1956 und 1962 baute Waldbrunner auf seinen davor erzielten Erfolgen auf. 1956, im Zuge der kommenden Parteienverhandlungen, schrieb er: „Am Verkehrssektor sollte unbedingt Wert gelegt werden, das langfristige Investitionsprogramm, das eine Lebensnotwendigkeit für das Land bedeutet, ungeschmälert fortzusetzen.“³⁵⁰ Allerdings kam es hier zu Schieflagen, gegen die Waldbrunner heftig ankämpfte. Obwohl in den Jahren 1954 bis 1962 die im Investitionsprogramm beschlossenen Summen um 63 Prozent überschritten wurden, erhielten die ÖBB um 0,4 Prozent weniger als vorgesehen. Bezüglich eines für die Jahre 1959 bis 1968 ausgearbeiteten novellierten Investitionsprogrammes hatte sich der Finanzminister bis zum Ende der Amtszeit Waldbrunners noch nicht einmal zu einer Diskussion bereitgefunden.³⁵¹

1959 betonte Waldbrunner erneut, wie wichtig es sei, die Modernisierung und Rationalisierung der Verkehrseinrichtungen, die „bereits auf breiter Front in Angriff genommen worden“ seien, zu beschleunigen: die weitere Elektrifizierung der Bundesbahnen, die Modernisierung ihres Wagenparkes, der Bau von Bahnhöfen und Postämtern, die Automatisierung des Telefonnetzes und sogar der Bau von Autobahnen. Dabei hatte er auch die internationale Koordinierung „im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas“ im Auge, was ihm als zeitweiligen Präsidenten der CEMT (Conférence Européenne des Ministres des Transports) ein besonderes Anliegen sein musste.³⁵²

Nicht zu vergessen sind seine Pionierleistungen auf dem Gebiet des Rundfunkwesens. Seine persönlichen Vorlieben, die sich etwa im Versuch zeigen, nach dem Zweiten Weltkrieg den Arbeiter-Radiobund wiederzubeleben, mögen dabei mitgeschwungen haben. Bereits 1949 ordnete er die Einrichtung eines UKW- und Fernsehnetzes an, zu einer Zeit, als Not und Mangel herrschten und noch nicht

348 Sozialistische Korrespondenz, 14. April 1967.

349 Peter Staudacher, 1945–1980: Not der Nachkriegsjahre, Ideal und Wirklichkeit, in: Herbert Dachs/Ernst Hainisch/Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 6/10), Wien/Köln/Weimar 2003, 337–359, 346–347.

350 Waldbrunner an Adolf Schärf, 17. Mai 1956, Nachlass #48.

351 Waldbrunner, Bericht an den Parteitag 1963, Nachlass #48.

352 Bericht über Rede Waldbrunners im „Klub zu Bremen“, 29. Jänner 1959, Typoskript, Nachlass #40; Europäische Verkehrsminister-Konferenz in Wien, in: Wirtschafts-Correspondent, 23, 8.6.1961, 27.

abzusehen war, ob und wann Österreich über derartige Einrichtungen würde frei verfügen können.³⁵³ Die von ihm tatkräftig unterstützte Einrichtung des „Investitionsschillings“ aus einer Erhöhung der Teilnehmergebühr trug entschieden zur technischen Aufrüstung der Sendebetriebe bei. Schließlich waren neben dem Kapitalmangel seine Initiativen ausschlaggebend dafür, dass der unter US- und britischem Einfluss gestandene Sender „Rot-Weiß-Rot“ im Juli 1955 eingestellt wurde.³⁵⁴ Wenn er sich bemühte, in diesen Anstalten den Proporz zu verankern, erscheint das angesichts des Übergewichts der ÖVP im Medienbereich und bei der Programmgestaltung verständlich.³⁵⁵ Rundfunk und Fernsehen wurden zu Arenen parteipolitischer Auseinandersetzungen. Mit Unterrichtsminister Ernst Kolb kam es denn auch ab Beginn der 1950er-Jahre zu Diskussionen über die Kompetenzen beim Rundfunk. „Mich freut alles“, schrieb er 1963, „was ihr dort den Gegnern abtrotzt bzw. was ihr zu verhindern vermögt.“³⁵⁶

Auch im Energiebereich setzte Waldbrunner seine erfolgreiche Tätigkeit fort. In seiner Person liefen über den forcierten Ausbau der Wasserkraftwerke Ingenieursleistung und Elektrifizierungspolitik zusammen. Sein entscheidender Beitrag zum Zweiten Verstaatlichungsgesetz soll hier nur zur Erinnerung erwähnt werden. So forderte er 1956 ein: „Die Sicherung des Energieausbaues, die wesentlich von einer vernünftigen Anleihepolitik abhängt, sollte auch vereinbart werden.“³⁵⁷ Die Finanzierung des weiteren Ausbaus der Elektrizitätswirtschaft war in der Tat ein zentrales Problem. In den 1950er-Jahren standen noch günstige ERP-Kredite zur Verfügung. Der Anteil dieser Gelder für die Energiewirtschaft war stets der höchste und Kaprun das größte aus Counterpartmitteln finanzierte Einzelprojekt sämtlicher Wirtschaftssektoren.³⁵⁸ Diese Quelle versiegte aber allmählich und 1962 betrug der Beitrag der ERP-Gelder am Investitionsvolumen des Verbundkonzerns nur mehr rund 8 Prozent. Zu dieser Zeit nahm auch der Anteil der Weltbank- und anderer Auslandskredite ab, „weil man in gewissen Kreisen der Notwendigkeit einer billigen Finanzierung des Ausbaues unserer Elektrizitätswirtschaft vielfach noch immer nicht jenes Verständnis entgegenbringt, das man im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft erwarten müsste“. Das 1953 beschlossene

353 SPÖ, Arbeiter-Radio-Bund Österreichs (ARABÖ), in: dasrotewien.at, Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie (abgerufen am 2.3.2006); Theodor Venus, „Radio, das hat eingeschlagen, bei uns Arbeitern überhaupt ...“ Notizen zur Arbeiterradiobewegung, in: Helene Maimann (Hrsg.), Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988, Wien/München 1988, 150–157, 157; Herbert Löwy, Der Fernsehsturm blieb aus, in: Jacques Hannak (Hrsg.), Bestandsaufnahme Österreich 1945–1963, Wien/Hannover/Berlin 1963, 462–471, 463.

354 Rathkolb, Republik, 249–250 (wie Fn. 3). Kurz zuvor hatte Kamitz noch eine Budgeterhöhung von über 9 Millionen Schilling für die Fortführung vorgesehen (Nachlass #30).

355 Vgl. Fritz Hausjell/Christian Schwarzenegger, Das Kasperltheater und die Staatsmänner, in: Der Standard, 15./16.1.2005.

356 Waldbrunner an Gemeinderat Willi Liwanec, 15. Jänner 1963, Nachlass #27.

357 Waldbrunner an Adolf Schärf, 17. Mai 1956, Nachlass #48.

358 Georg Rigele, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasserkraft: Kaprun, in: Günther Bischof/Dieter Stiefel (Hrsg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998, Wien/Frankfurt 1999, 183–216, 197–198.

Elektrizitätsförderungsgesetz erlaubte dann den Versorgungsunternehmen die Bildung steuerfreier Rücklagen mit der Auflage, einen echten Finanzierungsbeitrag für den Verbund zu leisten. Es gab jedoch genügend Möglichkeiten, sich dieser Verpflichtung zu entziehen.³⁵⁹

In der kritischen Lage Anfang der 1950er-Jahre kommt dem Energieanleihegesetz von 1953 (das auf Drängen des Finanzministers mit einem Sparbegünstigungsgesetz gekoppelt werden musste) besondere Bedeutung zu. Die Anleihe sollte der E-Wirtschaft die finanziellen Mittel zur Fortführung bereits begonnener Investitionen verschaffen, wobei neben energiewirtschaftlichen Überlegungen die Arbeitsschaffung ein vorrangiges Ziel war. Ziel der beiden Gesetze war es auch, die Entstehung eines Kapitalmarktes zu begünstigen und das Budget von außerordentlichen Investitionsaufwendungen zu entlasten. Interessant sind in diesem Zusammenhang Überlegungen, zusätzlich zum gegebenen hohen Energieverbrauch der Industrie (besonders des Aluminiumwerks Ranshofen) die Elektrifizierung der Haushalte und damit den privaten Stromverbrauch zu steigern. Elektrogeräte sollten durch Ratenkäufe etc. gezielt populär gemacht werden.³⁶⁰ In diese Entwicklung, die von der Erwartung eines ständig zunehmenden Energieverbrauchs ausging, gehören auch die ersten Schritte für Forschungsprogramme zur friedlichen Nutzung der Nuklearenergie. Waldbrunner regte eine Initiative der verstaatlichten Industrie zusammen mit der verstaatlichten Industriewirtschaft „für den Bau eines solchen Reaktors“ an.³⁶¹

Wie sehr sich die Situation seit der Energieversorgungskrise der unmittelbaren Nachkriegszeit geändert hatte, zeigen Strategien, die Waldbrunner bereits 1951 in Richtung Exportkraftwerke führte. Eine einseitige Bindung an bestimmte Abnehmergruppen, wie dies praktisch bei den Illwerken der Fall war, sollte dabei jedoch vermieden werden.³⁶² Der inländische Energieverbrauch stieg zwar weiterhin, doch verringerte sich ab der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre die ursprünglich hohe Korrelation zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts bzw. der Industrieproduktion und der Expansion des Energieverbrauchs. Aufschlussreich ist beispielsweise, dass trotz der verstärkten Elektrifizierung der Bahn ihr Energiebedarf von 1937 bis 1959 um nur neun Prozent stieg, während sie ihre Verkehrsleistung um annähernd

359 Waldbrunner, Bericht an den Parteitag 1963, Nachlass #48.

360 [Ministerialrat Fürst], Vorschläge zur Steigerung des Energiekonsums [im Rahmen des Wirtschaftsprogramms], 1953, Nachlass #17. Vgl. Susanne Breuss/Karin Liebhart/Andreas Pribersky, Land des Stroms. „Heimische Energie“ für den österreichischen Wiederaufbau, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hrsg.), Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 505–529, 515–524.

361 Milos Franc an das Bundeskanzleramt, Sektion für wirtschaftliche Koordination, 24. Februar 1955; Milos Franc an Waldbrunner, 22. Jänner 1955, beide Nachlass #10. Zur Nuklearenergie und -forschung vgl. Alexander Zauner, Sozialismus und zweite industrielle Revolution. Ein Rückblick auf Fortschritts- und Zukunftserwartungen in den späten 50er-Jahren. Mit besonderer Berücksichtigung der Automations- und Atomkraftdiskussion innerhalb der SPÖ, Dipl.-Arb., Salzburg 1996.

362 Waldbrunner an Milos Franc, 13. Dezember 1951, Nachlass #10.

zwei Drittel steigerte.³⁶³ Wollte man eine Zwischenbilanz des Wirkens von Karl Waldbrunner ziehen, müsste man dies mit seinen Worten tun: „Es ist doch das Schönste für einen Ingenieur, mitarbeiten zu können am Aufbau eines Landes und auch noch den Erfolg seiner Arbeit sehen zu können.“³⁶⁴

Ein politischer Generationenwechsel kündigt sich an

Den Wahlen von 1956 folgten Jahre des relativen Rückzugs. Im Herbst legte Waldbrunner seine Funktion als Zentralsekretär zurück, der er 1953 Theodor Körner gegenüber noch so viel Wert beigemessen hatte. Nun meinte er: „Ich konnte auf die Dauer diese größeren Funktionen zusammen so nicht betreuen, wie ich es gerne gewollt hätte, und habe daher diese eine zurückgelegt.“³⁶⁵ Anderen gegenüber begründete Waldbrunner seinen Entschluss damit, „beim Einsatz meiner Kräfte vorsichtiger zu werden und mir nicht anzumaßen, alles machen zu können“. Der erste Schritt sei eben jetzt erfolgt.³⁶⁶ Otto Probst schrieb er: „Mein Entschluss, der dir seltsam und in mancher Hinsicht auch belastend für dich erscheinen mag, ist nicht zuletzt durch den Fünzfürer hervorgerufen worden. Ich glaube wirklich zu spüren, dass ich nicht mehr, so wie bisher, alles machen kann, wenn ich will, dass ich noch länger für unsere Bewegung einsatzfähig sein soll.“³⁶⁷ Im Frühjahr 1957 wurde Adolf Schärf zum Nachfolger des verstorbenen Bundespräsidenten Theodor Körner gewählt. Karl Waldbrunner hatte zu Körner ein ausgeprägt freundschaftliches und privates Naheverhältnis – man sprach nicht zu Unrecht von einem „Vater-Sohn-Verhältnis“ – und hatte sich seinerzeit auch für die Nominierung Körners zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten eingesetzt. Für Körner kam der „junge“ Waldbrunner (1951), den er „sehr“ schätzte, gleich nach seiner Bewunderung für Schärf, welcher ihn von der theoretischen Beschäftigung mit der Welt des Sozialismus in das „reale Leben und Verständnis des Lebens“ gebracht habe.³⁶⁸ Nun legte Schärf den Parteivorsitz zurück. In den innerparteilichen Diskussionen um die Nachfolge gab es Stimmen für Waldbrunner, doch die Entscheidung fiel auf Bruno Pittermann.³⁶⁹

Innenpolitisch spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. Schon die Kandidatur des „überparteilichen“ Präsidentschaftskandidaten, des 75-jährigen Chirurgen Wolfgang Denk, hatte ein Zusammengehen von ÖVP und FPÖ zuwege gebracht,

363 Stephan Koren, Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur. gestern – heute – morgen, Berlin 1961, 1. Bd., 159–222, 160–161, 393.

364 Karl Waldbrunner in einem Gespräch mit Resa Pahlawi, 24. April 1960, Nachlass #44.

365 Waldbrunner an Erich Wang, 12. März 1957, Nachlass #8.

366 Waldbrunner an Fritz Matzner, 1. Dezember 1956, Nachlass #22.

367 Waldbrunner an Otto Probst, 1. Dezember 1956, Nachlass #22.

368 Eric C. Kollman, Theodor Körner. Militär und Politik, Wien 1973, 347, 363, 368; Theodor Körner an Adolf Schärf, 14. Mai 1957, Kopie in Sammlung Androsch.

369 Kurt Skalnik, Parteien, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich. Die Zweite Republik, Band 2, Graz/Wien/Köln 1972, 197–228, 218.

was Bilder eines „Bürgerblocks“ hervorrief.³⁷⁰ Die ÖVP wurde nicht müde, ihren „Raab-Kamitz-Kurs“ zu preisen. Waldbrunner, ein guter Taktiker, konnte zwar mit Kamitz ein durchaus sachlich fundiertes Arbeitsverhältnis herstellen und mit ihm zu Einigungen kommen, wusste aber die sozialistischen Positionen hart zu vertreten. Angesichts der Tatsache, dass die SPÖ geschwächt war und nicht mehr so viele Erfolge erzielen konnte, versuchte er in seinem Ressort alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Das provozierte den nicht gerade für durchgängige Konzilianz bekannten Julius Raab gelegentlich zu Wutausbrüchen gegen Waldbrunner als denjenigen, der die Koalition zum Scheitern bringe.³⁷¹ Andererseits wollte die ÖVP ihre starke Stellung ausbauen. Sie trug zum Koalitionsbruch und zur vorzeitigen Auflösung des Nationalrats bei, der 1959 zu Wahlen führte. Waldbrunners Analyse ist bemerkenswert. Er verortete die Aktion der ÖVP in einem allgemeinen konservativen Trend, sah darin ein „Konzept“, das auch in anderen europäischen Staaten darauf hinauslaufen schien, „die Sozialisten aus der Regierung zu drängen“.³⁷² Dabei bezog er sich auf Luxemburg, wo mit den dortigen Sozialdemokraten die letzte sozialistische Partei aus den Regierungen der EWG-Länder ausgeschieden war und – so der luxemburgische Minister Victor Bodson – „jetzt überall die so genannten Vatikan-Parteien mit ihren Anhängseln“ regierten.³⁷³ Der Wahlkampf wurde so, wie ihn Waldbrunner erwartet hatte: „Wieder werde ich Zielscheibe harter und wahrscheinlich auch recht unsauberer Angriffe sein.“³⁷⁴ Leicht nahm er das nicht. Er habe sich zwar „vehement und nicht ohne Erfolg“ gegen die persönlichen Angriffe zur Wehr gesetzt, schrieb er an Bodson, doch heiße das nicht, „dass ich das Ganze schon wieder vergessen hätte oder es mir gleichgültig ist. Dazu nehmen wir ja die Dinge doch viel zu ernst.“³⁷⁵ Sein (gedämpfter) Optimismus bezüglich des Wahlausgangs sollte sich bestätigen: Die SPÖ wurde wieder stimmenstärkste Partei, erreichte aber ein Mandat weniger als die ÖVP; die FPÖ stabilisierte sich und die KPÖ schied aus dem Nationalrat aus. Bewunderer Waldbrunners äußerten ihre Genugtuung darüber, dass die „perfidie Kampfweise gegen Sie und Ihr Ministerium diesmal so eindeutig durch die Wähler ad absurdum geführt wurde“.³⁷⁶ Auch Waldbrunner zeigte sich zufrieden: „Wir dürfen sehr froh sein, dass nunmehr die Anmaßung der ÖVP einen Dämpfer bekommen hat. Hoffen wir, dass wieder eine vernünftige und erfolgreiche Arbeit möglich sein wird.“³⁷⁷ Bruno Kreisky wurde Außenminister, Waldbrunner behielt seine Ressorts. Bei den Koalitionsverhandlungen war es natürlich auch um den verstaatlichten Sektor gegangen. Die SPÖ schlug eine Holding nach Art der IBV für die verstaatlichten Banken, die als „Deutsches Eigentum“ dem Staat

370 Waldbrunner an Erich Wang, 12. März 1957, Nachlass #10.

371 Beispiele in Erinnerungsvermerken über Parteienverhandlungen und Gesprächen, Nachlass #31. Als nicht angemessen erscheint die Darstellung bei Rauchensteiner, *Die Zwei*, 305–306 (wie Fn. 240), die sich ausgerechnet auf Franz Olah stützt.

372 Waldbrunner an Vic Bodson, 26. März 1959, Nachlass #9.

373 Vic Bodson an Waldbrunner, 28. Februar 1959, Nachlass #9.

374 Waldbrunner an Vic Bodson, 26. März 1959, Nachlass #9.

375 Waldbrunner an Vic Bodson, 6. Mai 1959, Nachlass #9.

376 Hans Androsch an Waldbrunner, 12. Mai 1959, Nachlass #1.

377 Waldbrunner an Hans Androsch, 14. Mai 1959, Nachlass #1.

übergebenen Betriebe und die Austria Tabak AG vor. Die ÖVP lehnte strikt ab. Sie sah in einer solchen Holding „eine grundlegende Änderung der Verfassung der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik und darüber hinaus der gesamten Gesellschaftsordnung“.³⁷⁸ „Wenn Sie mich fragen“, so Kamitz, „was ich will, ich will die Reprivatisierung der Banken.“³⁷⁹ Als Maleta fragte: „Soll die Verstaatlichung wieder zu Waldbrunner?“, meinte Waldbrunner „unter großem Schmunzeln der Verhandlungsteilnehmer: ‚Wir wollen schließlich die von uns abgelegten Kleider wieder zurückhaben.‘“³⁸⁰ Die verstaatlichten Industriebetriebe kamen in das Ressort von Vizekanzler Bruno Pittermann.

Das Land baute das Erreichte weiterhin aus. Zwischen 1953 und 1962 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 6,1 Prozent, was unter allen OECD-Staaten nur von der Bundesrepublik Deutschland übertroffen wurde.³⁸¹ Hatte das Wohlstandsniveau (gemessen am BIP pro Kopf) 1953 noch 72,8 Prozent des westeuropäischen Durchschnitts betragen, so rückte es bis 1961 auf 85,8 heran.³⁸² „In Österreich“, so Waldbrunner im Dezember des Hochkonjunkturjahrs 1960, „ist es wirklich, seit wir denken können, wirtschaftlich noch nie so gut gegangen wie jetzt.“ Doch sofort knüpfte er an diesen Umstand Forderungen. Die Sozialisten meinten, „dass es an der Zeit wäre, nunmehr den Alten, die nicht mehr arbeiten können, wesentliche wirtschaftliche Verbesserungen zu geben, weil sie ja das Fundament dazu gelegt haben“. Auch in der „Familienhilfe“ herrsche Nachholbedarf. Das habe zu einer Regierungskrise geführt, „um den Ernst dieser Forderung all denen begreiflich zu machen, die über dem Verdienen die Solidarität vergessen haben“.³⁸³ Die Fortschritte auf sozialpolitischem Feld mussten mit höheren Subventionen für die Landwirtschaft, teils höheren Preisen, teils Aufrechterhaltung von Steuererleichterungen für das Gewerbe erkaufte werden. Waldbrunner befürchtete, dass bei einem konjunkturellen Rückschlag die Masse bezahlen müsse und die Gefahr bestehe, „diese sozialen Errungenschaften nicht aufrecht halten zu können“. Schon sei die „große Sparparole“ ausgerufen, und „wie immer in solchen Fällen schreien die am meisten, die am wenigsten sparen“.³⁸⁴ Das Sparprogramm (Kamitz war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr Finanzminister) traf selbstverständlich auch seine Ressorts. Es drohte die Einstellung von Bauten und Investitionen, die dann später viel teurer fortgesetzt werden müssten; er war angehalten, Personal bei Bahn und Post einzusparen und zu rationalisieren, doch die Investitionen dafür wurden eingespart. „So sparen wir, damit wir nichts ersparen können.“³⁸⁵

378 Koalitionsbesprechung vom 24. Juni 1959, Nachlass #31.

379 Koalitionsbesprechung vom 24. Juni 1959, Nachlass #31.

380 Koalitionsbesprechung vom 1. Juli 1959, Nachlass #31.

381 Butschek, Konflikt, 121 (wie Fn. 179).

382 Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, Der lange Weg, Grafik (wie Fn. 16).

383 Waldbrunner an Erich Wang, 9. Dezember 1960, Nachlass #8.

384 Waldbrunner an Fritz Kolb, 14. Dezember 1960, Nachlass #10.

385 Waldbrunner an Karl Hartl, 17. Februar 1961, Nachlass #3.

Die Kehrseite der Konjunktur war auch der zunehmende Verlust an konzisen wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Waldbrunner beklagte die Ansprüche aller Interessengruppen – „voran die, die besitzende Schichten vertreten“ – und die Verfolgung dieser Ansprüche „unbekümmert um das Ganze, um den Staat und seinen Bestand“. Steuerbegünstigungen und Subventionen, die in der Zeit der Not eine wichtige Funktion gehabt hätten, würden nun, in der Hochkonjunktur, fortgesetzt „zum Schaden des Staates, der dadurch wichtige Aufgaben wie z.B. im Erziehungswesen oder in seinen Betrieben Bahn und Post nicht erfüllen kann“. Es sei „nicht durchzusetzen, dass hier Vernunft einkehrt, um das Notwendige für spätere, kritische Tage vorzusorgen“. Im Gegenteil: Die Parteien suchten Augenblickserfolge. Sie „lizitieren sich gegenseitig“ und ringen „um einige Prozent Stimmen, damit sie die andere Partei überholen können“.³⁸⁶ Man müsse also „aufpassen, dass nicht allzu große Dummheiten geschehen, die den Erfolg der Opfer und Mühen vergangener Jahrzehnte nicht wieder hinfällig machen“.³⁸⁷

Wirtschaftspolitische Entscheidungen wurden zunehmend „unter dem Gesichtspunkt des politischen Effekts und oft ohne entsprechende sachliche Fundierung getroffen“. Initiativen kamen von den Sozialpartnern. Zur Eindämmung neuerlicher inflationärer Tendenzen schloss die Paritätische Kommission im Februar 1962 ein Abkommen („Raab-Olah-Abkommen“), das im Wesentlichen den preispolitischen Vorstellungen früherer Vereinbarungen folgte, einen Unterausschuss für Lohnfragen schuf und die bisher vom ÖGB abgelehnte Zulassung ausländischer Arbeitskräfte ermöglichte. Ende 1963 wurde bei der Kommission von den Kammern und dem ÖGB der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gegründet“.³⁸⁸ Die wirtschaftspolitische Kompetenz der Regierung schien durch diese Entwicklung tatsächlich in Frage gestellt. Inwiefern ihr Manko auf personelle Wechsel zurückzuführen war, ist kaum zu beantworten. Waldbrunner stellte zwar auch keinen ursächlichen Zusammenhang her, konstatierte aber schon 1961, dass in der SPÖ „der Generationenwechsel weitgehend vollzogen“ und in der ÖVP im Gange sei. Im April dieses Jahres trat Raab zurück und überließ den Platz Alfons Gorbach, „einem steirischen Heimwehler“, seit einem Jahr Parteiohmann. Der Wandel mache „momentan dem ganzen Staate Schwierigkeiten“, und die Sozialisten seien der Meinung, dass das Klima dadurch nicht besser werde – „wollen wir hoffen, dass es nicht schlechter wird“.³⁸⁹

Aber schon im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Verbesserungen kam aus den „extremen Rechtskreisen“ der ÖVP das Verlangen nach Beendigung der Koalition. Denn diese fürchteten, im Falle einer Konjunkturschwäche und bei Fortbestehen der Koalition „mehr zu Zahlungen herangezogen zu werden als ohne solch eine

386 Waldbrunner an Federico [Fritz] Quastler, 13. März 1961, Nachlass #6.

387 Waldbrunner an Erich Wang, 9. Dezember 1960, Nachlass #8.

388 Butschek, Konflikt, 145, nach P. Feldl, Österreich ohne Konzept, Wien 1966, und 146 (wie Fn. 179).

389 Waldbrunner an Federico [Fritz] Quastler, 13. März 1961, Nachlass #6.

Bindung. Das Beispiel im übrigen Europa scheint ihnen Recht zu geben.³⁹⁰ Im Juli 1962 drohte ausgerechnet bei der Post ein Streik und der Bruch der Koalition. Der große Antagonist Waldbrunners war der neue Finanzminister Josef Klaus.³⁹¹ Für Waldbrunner hatte die ÖVP „zweifelloso im Sinne, durch die Provokation eines so ernstesten Streikes“ die Koalition zu sprengen und Neuwahlen herbeizuführen. Die Absicht sei vereitelt worden und nun richte sich die Wut der ÖVP „wieder einmal voll und ganz gegen mich“.³⁹² Es herrschten „große politische Gegensätze im Land“, und er habe schon kurz nach den letzten Wahlen nicht zu sagen gewagt, „wie lange die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in der Regierung und damit unsere Regierungsfunktion noch halten wird“.³⁹³

Was hieß das für Waldbrunner? Den Generationenwechsel hatte er bereits diagnostiziert. „Ich selber“, schrieb er im Frühjahr 1961, „bin nach wie vor Regierungsmitglied, wie lange noch, weiß ich nicht.“³⁹⁴ Die Wahl vom 18. November 1962 brachte die Entscheidung. Die SPÖ verlor zwei Mandate, die so genannten „Reformer“ in der ÖVP erhielten Auftrieb. Als die ÖVP die Präsidentschaftswahl von 1963 verlor und Gorbach als dem Koalitionspartner gegenüber zu nachgiebig kritisiert wurde, wählte der Parteitag Ex-Finanzminister Klaus zum Bundesparteiohmann, der 1964 auch zum Kanzler avancierte.³⁹⁵ In kämpferischer Stimmung erklärte Waldbrunner vor der Wiener SP-Frauenkonferenz, was davon zu halten sei: „Die Reformerbewegung ist ein Wiederaufleben der klassenkämpferischen, kapitalistischen Kräfte einschließlich faschistischer Elemente.“ Gemeint seien jene Rechten, die in der ÖVP mehr Erfolgsmöglichkeiten sähen „als in einer extremistischen, neofaschistischen Partei“.³⁹⁶

Das Ende der Nachkriegskoalition zeichnete sich ab. Und der für viele überraschende Rücktritt Waldbrunners von weiteren Regierungsfunktionen war ein deutliches Signal dafür.

390 Waldbrunner an Fritz Kolb, 14. Dezember 1960, Nachlass #10.

391 Kurier, 2.7.1962 und 3.7.1962.

392 Waldbrunner an Vic Bodson, 12. Juli 1962.

393 Waldbrunner an Erich Wang, 9. Dezember 1960, Nachlass #8.

394 Waldbrunner an Federico [Fritz] Quastler, 13. März 1961, Nachlass #6.

395 Skalnik, Parteien, 211–213 (wie Fn. 369).

396 Waldbrunner bei der Wiener Frauenkonferenz, 18. März 1963, Manuskript, Nachlass #36. Zur „Rechtsöffnung“ der „Reformer“ siehe Skalnik, Parteien, 212–213 (wie Fn. 369).

Exkurs: Karl Waldbrunner als Präsident des BSA

Entnazifizierung zwischen Antifaschismus und Pragmatismus

Von 1950 bis 1973 war Karl Waldbrunner Präsident des Bundes Sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (BSA). Die Organisation sollte ein Gegengewicht zur Übermacht des konservativen Cartellverbands (CV) ermöglichen, aus dem heraus die ÖVP die meisten zur Verfügung stehenden Verwaltungsstellen besetzte, und sie sollte ein strukturelles Defizit wettmachen, das sich bereits 1945 in aller Deutlichkeit gezeigt hatte. Karl Renner meinte damals: „Wir müssen die Tatsache hinnehmen, dass die überwiegende Anzahl der höheren Beamten nur einer Partei, der Volkspartei, angehört.“³⁹⁷ Und Oscar Pollak verwies auf den viel stärkeren „Aderlass“ der Linken, „den der faschistische Terror verursacht hat“ und der den Leuten des CV faktisch „ein Monopol auf alle akademischen Berufe und alle höheren Verwaltungsstellen“ verschafft habe. „Das Ergebnis ist ein Zustand, der die Linke benachteiligt, misstrauisch macht und ständig reizt, während er die Rechte herausfordernd bevorzugt und Machtstellung und Machtbewusstsein der Bourgeoisie erhöht.“³⁹⁸ In der Zielsetzung der SPÖ, „die Staatspartei des Landes zu werden“, beanspruchte der BSA eine führende Rolle.³⁹⁹

Die Defizite der Sozialdemokratie im akademischen und gehobenen Verwaltungsbereich beeinflussten auch ihre Haltung zur Entnazifizierung. Sie war eine „der wesentlichen Fragen für die politischen Eliten der Nachkriegszeit“⁴⁰⁰, eine Herausforderung, der sich diese aber nur mit geringer Konsequenz stellten. Alle Parteien bemühten sich um eine rasche Reintegration ehemaliger nationalsozialistischer Parteigänger, zumindest um jene, die weniger belastet erschienen. Dies wurde aus parteipolitischen, aber auch aus rein praktischen Erwägungen für sinnvoll erachtet. So führte schon im Oktober 1945 der stets besonnene Walter Wodak in einer Londoner Unterredung mit John Hynd, dem Leiter des britischen „Office for Germany and Austria“, aus, „dass schon aus verwaltungstechnischen Gründen es notwendig sein werde, gewisse Gruppen von Nazis, so genannte ‚Mussnazis‘, in Zukunft wieder zu beschäftigen, da der Mangel an geschultem Personal in der Verwaltung außerordentlich groß sei“. Er verwies darauf, „dass ein großer Teil der so genannten

397 Protokolle 2, 291 (wie Fn. 24).

398 Oscar Pollak, Österreich heute, in: Die Zukunft 1 (1946), 3.

399 Alfred Migsch bei der Gründungsversammlung des BSA am 2. Juni 1946, Arbeiter-Zeitung, 4.6.1946.

400 Rathkolb, Republik, 164 (wie Fn. 3).

arischen Intelligenz im Nazilager gestanden sei und dass die jüdische Intelligenz nicht mehr existiere“. Es müsse „daher irgendwo eine Grenze gezogen werden“. ⁴⁰¹

Wo die Grenze lag, war indes schwieriger zu entscheiden. Karl Waldbrunner machte einen Versuch. In einem Artikel, mit dem er die Angehörigen der freien Berufe für die sozialistische Sache gewinnen wollte, führte er 1948 aus, dass die Lebensbedingungen der vielen Advokaten, Ärzte, Zivilingenieure, Architekten und Künstler „schon vor 1938 bescheiden genug“ gewesen seien. Der Nationalsozialismus habe dann die meisten der Freiberufler „noch um das Letzte, nämlich um ihre Selbstständigkeit, gebracht“. Viele seien „in die Rüstungsindustrie gezwungen“ worden, und der „Rest musste schwer kämpfen, um sich am Leben zu erhalten“. Das sei „den meisten nur dadurch gelungen, dass sie sich der NSDAP angeschlossen haben, da sie sonst überhaupt nicht beschäftigt worden wären“. So sei es „nicht verwunderlich, dass man gerade unter den freien Berufen viele NSDAP-Mitglieder oder Anwärter gefunden hat, die natürlich unter den Auswirkungen der Verbotsgesetze nicht wenig zu leiden hatten“. Unter diesen Umständen seien „diese Berufe in den Notzeiten seit 1945 praktisch immer die Stiefkinder geblieben“. ⁴⁰² Die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in den BSA hatte begonnen.

Dass die Grenze immer weiter hinausgeschoben wurde und sich auch die SPÖ diesem Trend nicht entzog, ist bekannt. ⁴⁰³ Der nachmalige Sozialminister Rudolf Häuser, ehemaliger KZ-Häftling und Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, hielt 1949 für seinen Fachverband fest: „Die Ingenieure haben seit ihrem Bestehen in der Aufnahme ‚belasteter‘ Nationalsozialisten vielleicht die extremste Haltung eingenommen. Trotzdem kann das Problem der Aufnahme ‚belasteter‘ Nationalsozialisten nur individuell gelöst werden, weil die Partei in den Ländern verschiedene Standpunkte einnimmt.“ ⁴⁰⁴ Das Resultat dieser „wahlmathematisch und proporzorganisch“ determinierten Politik durfte Karl Hartl, Widerstandskämpfer, NS-Verfolgter, Exulant und Freund Waldbrunners, diesem unter die Nase reiben: „Denkst du, denkt ihr nicht, wie viel potenzielle Nazi – in deinem BSA unter anderem – bei uns sind, weil die FPÖ nichts bieten kann?“ ⁴⁰⁵ Andere hohe Funktionäre des BSA, wie der aus dem Exil zurückgekehrte Wilhelm Rosenzweig, ebenfalls ein enger Freund Waldbrunners, wandten sich entschieden dagegen, Prinzipien und die „politische Reinheit“ hinter den

401 Walter Wodak, *Diplomatie zwischen Ost und West*, Graz/Wien/Köln 1976, 174–175. Zu der Tatsache, dass die SPÖ in der Folge keine systematische Remigration ihrer vertriebenen jüdischen Intelligenz betrieb, steht diese im Oktober 1945 getätigte Feststellung nicht im Gegensatz.

402 Karl Waldbrunner, Was wird aus den freien Berufen?, Artikel für den „Sozialistischen Akademiker“, 30. Oktober 1948, Typoskript, Nachlass #32.

403 Vgl. Maria Mesner (Hrsg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005.

404 Zit. nach: Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang – Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, hrsg. vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Wien 2005, 75.

405 Karl Hartl an Waldbrunner, 24. Juni 1963, Nachlass #3.

Wunsch zu stellen, mehr Mitglieder zu gewinnen und stärker zu werden.⁴⁰⁶ Waldbrunner hatte hier eine heikle Aufgabe zu lösen und war offensichtlich bestrebt, ein seiner Gesinnung entsprechendes vertretbares Maß zu finden, ausgleichend zu wirken und partikularistische Bestrebungen in den (nicht sowjetisch besetzten) Bundesländern hintanzuhalten. „Ich bleibe ja ständig bemüht, diesen Verband nicht in die Extreme gehen zu lassen, auch nicht in das Naziextrem, wie es einige unserer Landesorganisationen ja gerne hätten.“⁴⁰⁷ Genau dem wird die 2005 erschienene Studie zur Reintegrationspolitik des BSA nicht gerecht. Im Bemühen, nachzuweisen, dass der BSA nichts unterließ, um der Gegenseite Nazis abzutrotzen, bleiben Differenzierungen auf der Strecke. Die methodische Vorgangsweise und die Art der Darstellung sind so angelegt, dass unterschwellig – nie explizit – der Eindruck vermittelt wird, als ob Karl Waldbrunner der Exponent einer bewussten Nazifizierungspolitik des BSA gewesen wäre. Dieser Eindruck wird – zumal bei oberflächlicher Lektüre – auch dadurch nicht gemildert, dass alle in dem Werk verwendeten Zitate von Karl Waldbrunner gerade das Gegenteil belegen können. Wenn etwa Rosenzweigs entschiedene Haltung gegen ein Naheverhältnis zu Nationalsozialisten als Beleg dafür angesehen wird, dass es im BSA „auch“ Kräfte gegeben habe, „für die in der Frage der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit noch lange kein Schlussstrich gezogen war“,⁴⁰⁸ so ist dies geradezu verharmlosend gefährlich. Es soll freilich nicht geleugnet werden, dass die BSA-Zugehörigkeit zum Teil sogar schwerst krimineller Nazis ein Skandalon war, das in manchen Fällen viel zu spät erkannt und bereinigt wurde. Andererseits lässt die Studie bezüglich der Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei oder einer ihrer Organisationen jedes Augenmaß vermissen und verzichtet weitgehend auf historische Bedachtnahme. Was Waldbrunner im oben angeführten Zitat zu den Zwängen der Existenzsicherung sagte, aber auch die Erfahrungen des Bürgerkriegs, die auch echte Demokraten den Nazis zutrieben, bleibt – wenngleich in diesen Fällen die Grenze zum reinen Opportunismus nicht immer klar zu ziehen ist – ausgespart.

Was bleibt, ist selbstverständlich die Frage nach den bis in die Gegenwart präsenten braunen Restbeständen in der österreichischen Gesellschaft.⁴⁰⁹ Wie bereits erwähnt, durften 1949 in Österreich Nationalsozialisten erstmals wieder wählen. Damit wurde von den beiden großen Parteien offiziell „das Buhlen um die Nazi stimmen“ eingeläutet. Denn, so Peter Huemer in erstaunlicher Übereinstimmung mit der Diagnose Karl Hartls, „schlaue Nazi-Opportunisten“ hätten sich nicht dem VdU angeschlossen, sondern seien „gleich zu ÖVP und SPÖ gegangen“. Mit dieser Integration habe „gleichzeitig so etwas wie ein Vergiftungsprozess“ begonnen. Zu

406 Zit. nach Neugebauer/Schwarz, Wille, 76 (wie Fn 404); vgl. auch 72, 210–212. Das BSA-Präsidium unterstützte 1961 übrigens die Haltung Rosenzweigs, dass sozialistische Rechtsanwälte keine Verteidigung schwer belasteter Nazis übernehmen sollen.

407 Waldbrunner an Adolf Schärf, 6. November 1950, VGA, Wien, BSA-Aktienbestand 1949/50, zit. nach: Neugebauer/Schwarz, Wille, 92 (wie Fn. 404).

408 Neugebauer/Schwarz, Wille, 212 (wie Fn. 404).

409 Vgl. Peter Huemer, *Erinnern und Vergessen*, in: Hannes Androsch/Herbert Krejci/Peter Weiser (Hrsg.), *Das Neue Österreich. Denkanstöße*, Wien 2006, 91–105.

diesem Urteil wirft der deutsche Historiker Hans Mommsen die Frage auf, „wie dieser konkret ausgesehen“ habe. Es sei nämlich „ein Unterschied, ob man Leuten die Möglichkeit gibt, ihre Meinung zu ändern, oder ob Leute ihre älteren Auffassungen dann in den konkreten politischen Prozess hineintragen“. Insofern sei es schwierig, diesen Vergiftungsprozess „politisch zu präzisieren“.⁴¹⁰

Bildungspolitik als Moment des Modernisierungsprozesses

Konnte Österreich auf ökonomische Erfolge verweisen, so wies der Bildungsbereich große Defizite auf. Es bestand ein Reformbedarf, für den sich die SPÖ in den frühen Jahren der Zweiten Republik nicht nur aus Tradition, sondern auch zur Eindämmung der bildungspolitischen Dominanz der ÖVP starkmachte. Renners Kritik an der „Methode der Sakristei“ (siehe Seite 26) mag noch in manchen Ohren geklungen haben. Schon 1948 brachte die SPÖ einen Initiativantrag auf ein neues Schulgesetz ein. Dabei musste sie sich bereits gegen den Vorwurf des Antikonfessionalismus verwahren. Sie lehne aber nur die Erhaltung privater konfessioneller Schulen aus staatlichen Mitteln ab, so Waldbrunner.⁴¹¹ Doch die ideologischen Fronten waren vorhanden. Die SPÖ kämpfte gegen das Beharren der ÖVP auf der konfessionellen Lehrerbildung und kritisierte die Situation an den Hochschulen, die sie als „Hort der Reaktion“ identifizierte.⁴¹² Diese Kontroversen bestimmten auch die Verhandlungen über die Schulgesetze seit den 1950er-Jahren, die Waldbrunner ständig mitverfolgte. An Parteienverhandlungen zu diesen Themen nahm er aktiv teil.⁴¹³ Als es Anfang der 1960er-Jahre zu einer Lösung kam, dankte ihm Max Neugebauer, der Präsident des Wiener Stadtschulrats, für „dein großes Verständnis gegenüber den Schulfragen und vor allem für dein entschiedenes Eintreten, das Problem Kirche-Schule zu lösen“.⁴¹⁴ Schul- und Hochschulpolitik blieb lange Jahre eines der großen Anliegen Waldbrunners. Um in der Chronologie etwas vorzugreifen: Als Mitglied der schulpolitischen Kommission des Bundesparteivorstandes vertrat er Ende der 1960er-Jahre die Ansicht, dass die Frage eines neuen Schulgesetzes „über detaillierte Fachfragen hinaus ein Teil einer kulturpolitischen Offensive der Partei sein müsse“.⁴¹⁵ Die Aktion „Mehr Kinder an höhere Schulen“, eine deutliche Absage an das konservativ-elitäre Bildungskonzept der ÖVP, genoss

410 Hans Mommsen, Österreich als Modellfall? Im Gespräch mit Peter Huemer, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hrsg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1996, 251–267, 259–260.

411 Karl Waldbrunner, *Erfolge parlamentarischer Arbeit*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 13. Juli 1948.

412 Susanne Preglau-Hämmerle, *Von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität. Die Hochschulpolitik der SPÖ nach 1945*, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945*, Wien 1988, 339–351, 339; nach Marina Fischer-Kowalski/Hermann Strasser, *Gesellschaftliche Entwicklung und Hochschulreform in Österreich I. Eine soziologische Analyse der Veränderungen im Hochschulsektor seit dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1974.

413 Siehe die Protokolle im Nachlass #51.

414 Max Neugebauer an Waldbrunner, 26. September 1965, Nachlass #5.

415 Aktenvermerk Leopold Gratz, 27. März 1968, Nachlass #52.

wesentliche Unterstützung durch ihn. Ohne seine Initiative wäre es „niemals gelungen“, die Aktion zu starten.⁴¹⁶ Wer die Protokolle der Parteienverhandlungen liest, erlebt einen sehr engagierten Waldbrunner. Als das Hochschulstudiengesetz immerhin 1966 vorlag, kritisierte Waldbrunner die Verzögerungspolitik der ÖVP.⁴¹⁷ Der Akademikermangel wurde bereits in den 1950er-Jahren diskutiert. Waldbrunner hielt die gesetzliche Verankerung der Studienförderung für prioritär und bestand dabei auf dem von der ÖVP abgelehnten Rechtsanspruch.⁴¹⁸ Dabei war er sich des Zusammenhangs zwischen ökonomischer Entwicklung und Bildungsbedarf bewusst. Zum einen gibt es in entwickelten Industriegesellschaften einen vermehrten Zulauf zur höheren Bildung, denn, wie John Kenneth Galbraith feststellt, „wenn unser Wirtschaftssystem lediglich Millionen ungebildeter Proletarier benötigte, dann würde unsere Gesellschaft vermutlich auch nur diese liefern“.⁴¹⁹ Andererseits verwies Waldbrunner auf die Folgen des Strukturwandels und der Hochkonjunktur. Sie seien auch dazu angetan, „fähige junge Menschen vom Studium abzubringen, da sie leicht rascher ins Verdienen kommen“.⁴²⁰

Dem Argument, dass der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum darstellen könne, verschlossen sich die Unternehmerkreise (und damit die ÖVP) nicht. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der an Universitäten Immatrikulierten stieg signifikant. Doch schon 1964 hatte Waldbrunner gefordert, den quantitativen Aspekt steigender Studierendenzahlen mit dem qualitativen besserer Lehrkräfte gemeinsam zu behandeln und sich überdies bei der Lösung des Problems das relativ schlechte Abschneiden Österreichs in international vergleichenden Studien vor Augen zu halten.⁴²¹ Zunehmend wurde die Relevanz der Bildung im strukturellen Prozess der Modernisierung erkannt. „Bildungskapital“ kam als Wachstumsfaktor ins Spiel.⁴²² Die „economics of education“ gewannen in Österreich aber erst gegen Ende der 1960er-Jahre an Bedeutung, Forschung und Entwicklung werden „erst in den 70er-Jahren zu einem wirtschaftspolitischen Thema von einiger Bedeutung“. Die Dominanz multinationaler Unternehmen zeichnete sich ab.⁴²³ Ende der 1960er-Jahre wurde das Problem aber vorrangig in nationalstaatlichen Kategorien gesehen, wie der Erfolg von Jean-Jacques Servan-Schreibers „Die amerikanische Herausforderung“⁴²⁴ beweist, auf die sich Waldbrunner stützte. Er warnte vor der drohenden Abhängigkeit, die aus Rückständigkeit resultiert, wenn er 1969 auf die „katastrophale Situation der

416 Franz Buchegger an Waldbrunner, 20. Dezember 1972, Nachlass #1.

417 Karl Waldbrunner, Schneckenpost kam endlich an (Aus einem Referat), in: Arbeiter-Zeitung, 21.7.1966.

418 Sitzungsprotokoll der Parteienverhandlung, 10. Oktober 1959, Nachlass #50. Zur Gesetzwerdung siehe Karl Waldbrunner, Auf dem Weg zum Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, in: Wolf Frühauf (Hrsg.), Wissenschaft und Weltbild. Festschrift für Hertha Firnberg, Wien 1975, 217–234.

419 John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München 1968, 16.

420 Interview Kurt Grotter mit Waldbrunner, 30. November 1960 (Typoskript), Nachlass #50.

421 Karl Waldbrunner, Die Fortschritte in der Schulgesetzgebung, Rede vor BSA-Journalisten, 26. Jänner 1964, Nachlass #36.

422 Fritz Klenner, Weil wir immer besser leben wollen, in: Zukunft 11 (1964).

423 Seidel, Wirtschaft, 47–48 (wie Fn. 10).

424 Erstausgabe „Le défi américain“, Paris 1967; erste deutsche Übersetzung 1968.

Forschung“ hinwies. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung (0,5 Prozent des Bruttonationalprodukts) stelle Österreich auf eine Stufe mit Entwicklungsländern wie Ghana und Indien. Der Staat habe primär die Aufgabe, die Infrastruktur bereitzustellen: ein gutes Schulwesen und ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Energieversorgung. Auch die ÖVP müsse wissen, „dass die Voraussetzungen für einen höheren Lebensstandard des Volkes und die wirkliche Unabhängigkeit des Landes eine forcierte Hebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung und eine außerordentliche Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit, besonders im industriellen Bereich, sind“. Damit spielte er auf den großen verstaatlichten Industrie- und Bankensektor in Österreich an. Und im damaligen Wirtschaftskonzept setzte die SPÖ auf eine neue Industrialisierungswelle. Nur gelte es eben, die Industriesparten mit besonderen Wachstumschancen „aufzuspüren“ und sie dann gezielt zu fördern. Bildung und Forschung wären dabei notwendige Elemente.⁴²⁵

425 Karl Waldbrunner, Politische Perspektiven, Rede vor oberösterreichischen Gewerkschaftern, 29. Jänner 1969, Nachlass #38. Auszüge aus dieser Rede erschienen in „Welt der Arbeit“, März 1969.

Das „Gewissen der Partei“

Waldbrunners Ausscheiden aus der Regierung und die innerparteiliche Krise der SPÖ

Die Entwicklung des Jahres 1962 ging nicht spurlos an Karl Waldbrunner vorüber. Von Krise zu sprechen scheint angemessen. Er schreibt von „Enttäuschungen“ und: „Den meisten Kummer machen mir die Menschen, die schnell vergessen, woher sie kommen und was man für sie getan hat.“¹ Meinte er auch politische Weggefährten? Für viele kam der Verzicht auf eine weitere Ministertätigkeit zumindest überraschend. Konsul Karl Hartl war das Ausscheiden Waldbrunners aus der Regierung sogar „zuwider“, denn „bei dir hatte ich das sichere Gefühl, mit einem Menschen und Mann zu tun zu haben, dem die Sache gilt“.² Waldbrunner pflichtete ihm bei: „Wir kommen tatsächlich immer weiter weg von den Menschen, die wir lange eines Sinnes mit uns wählten.“ Ein gewisses Gefühl der Entfremdung von den Repräsentanten der Partei, ein Missbehagen am eigenen Regierungsteam beschlich ihn. All das artikuliert er auch in ernüchternder Offenheit. Hinter den „Vernunftgründen“, die er seiner Umgebung, der Partei und der Öffentlichkeit gegenüber als Motiv für seinen Rücktritt angegeben hatte, gab es noch etwas: „Wenn ich zu mir selber ehrlich bin, dann liegt darin auch der eigentliche Grund für meinen Austritt aus der Regierung. Ich hatte es einfach restlos satt, so sehr ich die Arbeit in dieser Funktion wirklich gern hatte.“ Dies vertraute er einem fernen Freund unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, denn: „Ich will und kann meiner Partei, für die ich mein ganzes Leben gearbeitet habe und die mein Sinnen und Trachten seit meiner Jugend erfüllte, nicht schaden. Ich will dieser Partei auch weiter helfen, wenn es sein soll, auch diese Partei bewahren helfen vor falschen Ratschlägen. Darum werde ich, solange ich kann – es auch verantworten kann –, mit dabei sein im ehrlichen Ringen.“³ Als er dies schrieb, war er bereits offiziell Zweiter Präsident des Nationalrats.

Die Koalitionsverhandlungen dauerten bis Ende März 1963. Dabei vertrat Waldbrunner wie stets den Standpunkt, die Zusammenarbeit der beiden Großparteien sei fortzusetzen. Doch die Partei war nicht mehr die des Wiederaufbaus, selbst wenn Karl Waldbrunner durchaus in den Zug zur „Versachlichung der Politik“ zu reihen war, der die SPÖ schon Jahre vor Bruno Kreiskys Parteiführung mitprägte.⁴ Eine unbedingte Abkehr vom Charakter der Partei als Klassenpartei schien für ihn

1 Waldbrunner an Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel, 18. Oktober 1962, Nachlass #7.

2 Karl Hartl an Waldbrunner, 14. Dezember 1962, Nachlass #3. Originalbrief grammatikalisch von mir korrigiert.

3 Waldbrunner an Karl Hartl, 23. Jänner 1963, Nachlass #3.

4 Julian Uher, Entstehung und politische Durchsetzung des Wirtschaftsprogramms 1968, in: Fritz Weber (Hrsg.), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, Wien 1993, 37–62, 39.

zwangsläufig nur unter schweren Verlusten möglich. Völlig undenkbar war für ihn jedoch eine Preisgabe der sozialistischen Überzeugung. Dass diese Äußerungen nicht als „Dogmatismus“ zu verstehen waren, sollte sich bald zeigen.⁵ Parallel zu den Bemühungen der ÖVP, den „koalitionsfreien Raum“, also Abstimmungen mit der FPÖ, durchzusetzen, dachten die „Praktiker“ der SPÖ in dieselbe Richtung. 1963 und 1964 gab es informelle Kontakte zwischen SPÖ und FPÖ mit der Tendenz, die Weichen in Richtung einer Koalition, zumindest aber für ein Zusammenwirken auf legislativer Ebene zu stellen.⁶ Dieser „Flirt mit der FPÖ“⁷ stieß auf Ablehnung. Besonders angewidert gab sich Karl Hartl. War ihm schon „dieses ‚Verdampfen‘ der Ideologie“ zuwider, so schien ihm jetzt eine Grenze überschritten: „Und nun auch noch das mögliche Taktieren mit FPÖ – ja gar Koalition!“ Für Hartl wäre ein solches Zusammengehen aktive Beihilfe zum „großen Vergessen“, sohin wäre „das Martyrium Dannebergs eine historische Unzukömmlichkeit, das Erschlagen Oswald Richters ein Akzident (...) und das Zutodequälen Sperbers, des Parteianwaltes, [wöge] nichts gegen das Bombardement von Dresden“. Er wolle gar nicht davon sprechen, „dass die Herren, mit denen man in Koalition gehen will, Söhne und Erben derer sind, die Österreich verraten haben“. Davon abgesehen mache eine solche Koalition die FPÖ „regierungsfähig“, und wenn „sie einmal den braunen Schorf in der Koalition mit uns abgebadet“ habe, hindere sie nichts, mit der ÖVP, „die ihr doch weltanschaulich viel näher“ stehe, „den Bürgerblock zu machen“.⁸ Noch – wenngleich auch nicht mehr lange – war die FPÖ wegen ihrer Verwurzelung in der nationalsozialistischen Vergangenheit „nicht voll akzeptiert“.⁹ Waldbrunner wandte in der Partei zunächst noch sachlich ein, dass durch eine Kooperation die „Gesetzesarbeit keineswegs leichter“ werden würde, appellierte dann „Wir dürfen unseren Standpunkt nicht aufgeben!“ und stellte sich letztlich einem solchen Weg mit immer stärkerem Widerstand entgegen.¹⁰ Alexander Otto, Botschaftsrat in London, erinnerte sich ein Jahr später, wie ihm Waldbrunner seine Ansichten auseinandergesetzt hatte – „wie ein (damals ziemlich einsamer) Fels in der Brandung ‚kleine Koalition‘“.¹¹

Unmittelbar nach der Nationalratswahl vom November 1962 hatte Karl Hartl fast prophetisch vor Fehlentwicklungen in der Partei gewarnt: „Wenn wir uns weiter durch schlechte Tricks und Improvisationen durchschwindeln wollen, wird das einmal richtig schief ausgehen.“¹² In der Tat spielte der „Flirt“ bei der

5 Vgl. Kurt Skalnik, Parteien, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich. Die Zweite Republik, Band 2, Graz/Wien/Köln 1972, 197–228, 220.

6 Anton Pelinka, Die Kleine Koalition, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hrsg.), Österreich 1945–1955. Gesellschaft, Politik, Kultur (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 60), Wien 1995, 279–289, 280; Waldbrunner in einem Diskussionsbeitrag zum Fall Habsburg, Nachlass #3.

7 Alexander Otto an Waldbrunner, London, 9. November 1964, Nachlass #5.

8 Karl Hartl an Waldbrunner, 24. Juni 1963, Nachlass #3.

9 Pelinka, Koalition, 281 (wie Fn. 6).

10 Waldbrunner in einem Diskussionsbeitrag zum Fall Habsburg, Nachlass #3; Rudolf Kolb an Waldbrunner, 10. Dezember 1964, Nachlass #4; vgl. Skalnik, Parteien, 220 (wie Fn. 5).

11 Alexander Otto an Waldbrunner, London, 9. November 1964, Nachlass #5.

12 Karl Hartl an Waldbrunner, 14. Dezember 1962, Nachlass #3.

bald folgenden größten Krise der SPÖ eine Rolle. Im Zentrum stand Franz Olah. Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hatte er sich 1950 bei der Niederschlagung der Oktoberstreiks einen Namen gemacht und schickte sich an, in der politischen Hierarchie immer höher zu steigen. Dabei stieß er auf innerparteilichen Widerstand. Schon 1953 war Karl Waldbrunner maßgeblich an der Verhinderung einer Ministerschaft Olahs beteiligt, was diesen aber nicht hinderte, in den folgenden Jahren an die Schalthebel der Macht zu gelangen und zu einer der dominanten Personen der österreichischen Politik zu werden.¹³ 1955 wurde er Vizepräsident des ÖGB und 1959 dessen Präsident. Auch in dieser Funktion steckte das Potenzial für eine Gegnerschaft zu Waldbrunner. Ein Motiv für die konfliktuelle Entwicklung lag im provokativen Abweichen Olahs vom koalitionären und – ungeachtet des bekannten „Raab-Olah-Abkommens“¹⁴ – sozialpartnerschaftlichen Weg. Denn als ÖGB-Präsident setzte er auf Streiks, wie der Ausstand der Metallarbeiter im Mai 1962, die größte gewerkschaftliche Kampfmaßnahme seit 1945, bewies.¹⁵ Damit verstieß er aber gegen die vor allem von Karl Waldbrunner vertretene Linie, der in Verfolgung seines Zieles, Wohlstand mit sozialem Frieden zu vereinen, unbotmäßiges Handeln „radikaler“ Gewerkschaftsgruppen nicht dulden wollte. Von 1959 bis Oktober 1961 Zweiter Präsident des Nationalrats, wurde Olah 1963 Innenminister und war der Hauptexponent der Strategie eines Zusammengehens mit der FPÖ. Offenbar hatte er den Freiheitlichen „mit einigen anderen Genossen“ in der Frage einer Wahlgesetzänderung bereits konkrete Zusagen gemacht (auf die sich dann die Freiheitlichen 1970 berufen sollten).¹⁶ Neben grundsätzlichen Bedenken einer Gruppe der Parteiführung aus den negativen Erfahrungen der Ersten Republik und einer starken Gegnerschaft des linken Parteiflügels hätte die FPÖ-Option die Position von Olah zusätzlich gestärkt.¹⁷ Dazu kamen finanzielle Transaktionen, wobei die eigenmächtige Alimentierung der FPÖ aus ÖGB-Geldern letztlich den Anlass zu Olahs Sturz bot. Im Herbst 1964 brach die Krise offen aus und im November wurde Olah aus der Partei ausgeschlossen. Die tieferen Ursachen für seinen Fall lagen freilich auch in seinem demagogischen und populistischen „Führer“-Stil, seinen eigenmächtigen Entscheidungen unter Missachtung demokratischer Strukturen und Kontrollinstanzen. Das musste Widerstand bei jenen hervorrufen, „für die Inhalte bedeutsamer waren als das Charisma der Leitfigur“.¹⁸

13 Konrad Helmut, Die Olah-Krise. Eine Krise der Sozialdemokratie?, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, 47–56, 49.

14 Preiserhöhungen unter Umgehung der Paritätischen Kommissionen wurden mit amtlichen Preisregelungen geahndet.

15 Fritz Keller, Streiken für die Sozialpartnerschaft. Der Ausstand der Metallarbeiter 1962, in: Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei (Sozialistische Bibliothek 1/1), Wien 1992, 107–116.

16 Josef Staribacher, Tagebücher, 9. Juni 1970, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

17 Wolfgang C. Müller, SPÖ und große Koalition. Zur innerparteilichen Begründung und Diskussion der Regierungsbeteiligung (1945–1966), in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, 23–46, 40.

18 Helmut, Olah-Krise, 49–56 (wie Fn. 13).

Waldbrunner war einer der prononciertesten Antagonisten Olahs. Zum einen verschlechterte sich dadurch das Verhältnis zu Bruno Kreisky, der als einer der letzten Funktionäre auf Distanz zu Olah ging. Gleichzeitig ergab sich daraus eine Art festerer Zusammenhalt mit den Olah-Gegnern Christian Broda und Anton Benya, ein Einverständnis, das noch lange zu spüren war: bei der Wahl Kreiskys zum Parteivorsitzenden 1967 ebenso wie beim Kreisky-Androsch-Konflikt der 1970er-Jahre.¹⁹ Zweifellos genoss Olah an der Basis große Popularität. Und Waldbrunner stieß bei seinen teils heftigen Versuchen, den Standpunkt der Partei unnachgiebig zu verteidigen, auf Unverständnis und sogar Ablehnung bei Genossen in „seinem“ 3. Wiener Bezirk.²⁰ Andererseits verbreiteten sich in der Öffentlichkeit Signale für eine Wende zugunsten der „Traditionalisten“. Im Schatten der Olah-Krise kolportieren die Medien die Möglichkeit einer Ablösung Pittermanns durch Waldbrunner, der im Dezember 1964 schon „vielfach als kommender Mann der SPÖ“ galt.²¹ Manchen galt er als die Autorität eines Kreises in der SPÖ, der man zutraute, die Partei zu konsolidieren.²² Waldbrunner sah es realistischer. „So sind die Jungen“, schrieb er ein Jahr vor seinem 60. Geburtstag, „zu den Alten geworden, neue Kräfte rühren sich.“ Einfacher wurde die Sache dadurch jedoch auch nicht. „So gut das an sich ist, so wird es damit aber nicht leichter, umso mehr, als den Jungen viele böse Erfahrungen, die wir machen mussten, erspart blieben und sie daher die Probleme anders sehen, vieles nicht verstehen von dem, was uns bei unseren Entschlüssen und Handlungen bewegt.“²³

In den Augen Waldbrunners hatte Olah einen Verrat begangen und den „Stachel“ hinterlassen, „dass in einer sozialistischen Partei von verantwortlicher Stelle her solche Unredlichkeiten geschehen können“. Betroffenheit und Schuldgefühle, das zugelassen zu haben, waren groß.²⁴ Außerdem stellte der Fall eine innenpolitische Hypothek für die SPÖ dar. Sie wog umso schwerer, als sich die innerparteiliche Krise als zusätzliche Belastung für die Arbeit der Koalition darstellte, die ohnehin mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert war. Mit der Rezession des Jahres 1962 ging die erste Phase des österreichischen „Wirtschaftswunders“ zu Ende und das Land durchlebte eine Strukturkrise. Die Wachstumsrate sank unter den OECD-Durchschnitt. Von Industrie und Bauwirtschaft gingen deutlich weniger Wachstumsimpulse aus, der Anteil der Beschäftigten in der Industrie stagnierte. Die Geldentwertung beschleunigte sich, der Außenhandelszuwachs ging zurück.²⁵ Die verringerte Wirtschaftsdynamik spiegelt sich auch darin, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen während der 1960er-Jahre auf etwa 85 Prozent des westeuro-

19 Vgl. Barbara Liegl/Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004.

20 Josef Staribacher, Tagebücher, 13. Juli 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

21 Georg Nowotny, Die Initiative blieb aus, in: Die Presse, 12./13.12.1964.

22 Rudolf Kolb an Waldbrunner, 10. Dezember 1964, Nachlass #4.

23 Waldbrunner an Fritz Quastler, 25. August 1965, Nachlass #6.

24 Waldbrunner an Rudolf Baumann, 11. Jänner 1965, Nachlass #1.

25 Felix Butschek, Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Wirtschaftspolitik Österreichs 1920–1995, Wien 1996, 139–141.

päischen Wohlstandsniveaus einzupendeln schien.²⁶ In dieser Periode griff man in Österreich international diskutierte und praktizierte konjunkturpolitische Überlegungen auf, die auf eine Steuerung der wirtschaftlichen Dynamik abzielten und deren Eckpunkte Sicherung der Vollbeschäftigung, Preisstabilität bzw. Sicherung der Kaufkraft und „Festsetzung und Sicherung einer bestimmten Wachstumsrate des Nationaleinkommens“ bildeten.²⁷ In diese Richtung ging auch der Antrag der Parteivertretung von 1963, der die Handschrift Waldbrunners trug. Er forderte ein langfristiges Wirtschaftskonzept und eine Wirtschaftspolitik, „die ein ständiges Wachstum und eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens sichert“. Dass eine gesetzlich gesicherte „moderne Berufsausbildung“ als Grundlage des Wirtschaftswachstums erkannt wurde und die Bildungspolitik – von den Schulgesetzen bis zur „Beseitigung der geistigen und materiellen Krise von Wissenschaft und Forschung“ – breiten Raum einnahm, soll ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Wichtig waren aber auch die Aspekte einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ und eine umfassende „zweckmäßige Programmierung“.²⁸ Der ÖGB ortete in diesen Belangen eine „Orientierungslosigkeit“.²⁹ Nicht zufällig lebten in dieser Zeit Planungskonzeptionen wieder auf.³⁰ 1963 – vor dem Hintergrund der festgefahrenen Koalitionsverhandlungen – reiste eine Delegation der Sozialpartner nach Paris, um die Transplantationsmöglichkeit der französischen indikativen „planification“ auf österreichische Verhältnisse zu prüfen. Eines der Ergebnisse war die Gründung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen.³¹ „Wirtschaftsplanung ist heute nicht mehr so ganz verpönt in Österreich“, freute sich Waldbrunner.³²

Prinzipientreue blieb ein entscheidender Gesichtspunkt bei Waldbrunner. Das galt auch für die verstaatlichte Wirtschaft, die es gegen die anhaltenden Versuche der ÖVP zur Entstaatlichung zu verteidigen galt. Auch der ständige Wechsel in der Organisation – bis 1956 in staatlicher Verwaltung, 1956 privatrechtliche Konzernverwaltung, seit 1959 dem Vizekanzler unterstellt – wurde als schädlich erachtet. Da nach den Wahlen von 1962 wieder eine Änderung drohte, hielt die SPÖ fest: „Es muss mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, dass nach jeder Wahl über das Schicksal von rund 130.000 Beschäftigten und ihrer Familien ein politisches Würfelspiel betrieben wird, in dem die Arbeitsplätze der Einsatz sind.“³³ Offenbar litt die SPÖ aber an grundsätzlichen Defiziten insbesondere

26 Karl Bachinger/Herbert Matis/Andreas Resch/Manfred Zollinger, Der lange Weg zum Wohlstand, in: Günter Dürriegl/Gerbert Frodl (Hrsg.), Das neue Österreich, Katalog zur Ausstellung im Oberen Belvedere, Wien 2005, 287–300, 294.

27 Schaffung eines Wirtschaftsrates der Bundesregierung, [Vorschlag der SPÖ bei Koalitionsverhandlungen 1962], Nachlass #48.

28 Antrag der Parteivertretung an den Parteitag, Juni 1963, Nachlass #48.

29 Schwerpunkte der Wirtschaft, 27. April 1965, von Anton Benya an Waldbrunner als Diskussionsbeitrag für das „Programm für Österreich“ übermittelt, Nachlass #48.

30 Keller, Streiken, 116 (wie Fn. 15).

31 Uher, Entstehung, 55 (wie Fn. 4).

32 Karl Waldbrunner, 20 Jahre österreichische Wirtschaftspolitik, Rede am Gewerkschaftstag der Metall- und Bergarbeiter, 25. Mai 1965, Nachlass #37.

33 Neuordnung im Bereich der verstaatlichten Industrieunternehmen, 15. Jänner 1963, Nachlass #48.

bei der Industriepolitik. So ließ der für das Ressort verantwortliche Bruno Pittermann ein Konzept für diesen Sektor vermissen. Auch Karl Waldbrunner räumte ein, dass die SPÖ noch immer die Fiktion vom „Gleichgewicht der Kräfte“ vertrete, während die ÖVP in Wirtschaft und Bildung dominiere. Die Abstinenz der Sozialisten erinnerte ihn an die Situation von 1945, als Renner und Schärff erst davon überzeugt werden mussten, dass auch Sozialisten zum Aufbau und zur Leitung von Betrieben befähigt seien.³⁴

„Das Regierungsklima ist ein sehr schlechtes“, stellte Waldbrunner im August 1965 fest.³⁵ Die ÖVP witterte ihre Chancen und zog die Wahlen – nicht unerwartet – auf das Frühjahr 1966 vor. Sie ergaben „einen kleinen Erdrutsch“, wie Claus Gatterer in einer luziden Analyse schrieb. Das Wahlergebnis sei „die Todesurkunde der alten Koalition“, die „schon seit Jahren im Koma“ liege. Der Sieg der Volkspartei – sie errang vier Mandate mehr, während die Sozialisten und die Freiheitlichen je zwei verloren – sei „schon eine Leistung“, weil „nur mit der Angst und praktisch ohne Programm“ erreicht. Er sei zudem „ausschließlich das Resultat der Fehler, die von den Sozialisten gemacht wurden: die Missachtung des Föderalismus, der zwar gerechtfertigte, aber in der Methode fragwürdige Ausschluss von Olah, der Flirt mit der Rechten und die stillschweigende Hinnahme der KP-Stimmen, die Missachtung des Rundfunk-Volksbegehrens und schließlich der Handstreich gegen ‚Die Kronen-Zeitung‘“. Ob Josef Klaus nun die Sozialisten für eine Koalition neuer Art gewinnen könne, werde davon abhängen, „welche Demütigungen er ihnen zumuten will“.³⁶

Das war in der Tat der ausschlaggebende Punkt. Trotz des aufrechterhaltenen Willens zur Koalition wäre ein Mitregieren äußerst schwer geworden. Das erkannte Waldbrunner: „Was sie in die Regierung bringen und wir ablehnen, setzen sie im Parlament durch.“³⁷ Die Alternative schien zunächst nur strategischen Wert zu haben. Am 14. April 1966 meinte Bruno Kreisky: „Voraussetzung für maximalen Erfolg der Verhandlung ist die Oppositionsbereitschaft der SPÖ.“³⁸ Zunächst konzedierte die Partei eine Zusammenarbeit für eineinhalb Jahre und beschloss, Waldbrunner und Anton Benya in die letzten Verhandlungen einzuschalten.³⁹ Doch die Forderungen der ÖVP erwiesen sich als unannehmbar. Ein Eingehen auf sie hätte Waldbrunner zufolge bedeutet, dass sich die SPÖ „um Verwaltungsstellen willen als

34 Egon Matzner, Eine merkwürdige Frage eines Abgeordneten von Floridsdorf, Typoskript eines Artikels für „Die Zukunft“ (4, 1968), Nachlass #5.

35 Waldbrunner an Fritz Quastler, 25. August 1965, Nachlass #6.

36 Claus Gatterer, In Wien wackelt die Große Koalition, in: Die Zeit 11 (1966). „Föderalismus“ spielt auf die „Fußach-Affäre“ um die Benennung eines Bodenseeschiffes an. Bei der „Kronen Zeitung“ ist der Kampf um die Eigentumsrechte und eine Beschlagnahmung gemeint. Vgl. Konrad Helmut, Politische Weichenstellungen in den sechziger Jahren. Zwischen Weltanschauung und Populismus, in: Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei (Sozialistische Bibliothek 1/1), Wien 1992, 133–146, 134.

37 Notizzettel zu Gesprächen mit Bezirksvertretern und Betriebsräten, Nachlass #49.

38 Sitzung der Parteivertretung am 14. April 1966, Nachlass #49.

39 Protokoll über den außerordentlichen Parteitag vom 15. April 1966, Nachlass #49.

Anhängsel und Erfüllungsgehilfe der Österreichischen Volkspartei abwerten“ ließ.⁴⁰ Schließlich fiel die Entscheidung für den Gang in die Opposition – „aufgrund der eindeutigen Position Waldbrunners“, auf dessen Seite Benya stand, während etwa Kreisky, Walter Schachner-Blazizek, Karl Maisel und Felix Slavik prinzipiell für die weitere Zusammenarbeit gewesen wären.⁴¹ 21 Jahre Koalition (die Konzentrationsregierung eingerechnet) waren zu Ende.

In der Partei selbst kündigten sich Veränderungen an. Nicht zuletzt deswegen, weil der Vorsitzende und bisherige Vizekanzler Bruno Pittermann gesundheitlich beeinträchtigt war, und wohl auch weil Benya, „immer ein treuer Gefolgsmann von Waldbrunner“, diesen in die Führungsposition bringen wollte.⁴² Schon bei der Entscheidung für die Opposition schien Waldbrunner, seit 1965 stellvertretender Parteivorsitzender, die „De-facto-Führung der Partei“ übernommen zu haben.⁴³ Für viele war die logische Konsequenz daraus: „Du stehst jetzt zum Parteiobmann an.“⁴⁴ Karl Aussch hielt ihn für diese Funktion „geschaffen“.⁴⁵ Aus gesundheitlichen und privaten Gründen lehnte Waldbrunner jedoch eine Kandidatur ab.⁴⁶ Der Weg für Kreisky war frei. Vorerst gab es allerdings noch ein Hindernis zu überwinden, das in der von Benya forcierten und von Waldbrunner unterstützten Aufstellung des Gewerkschafters Hans Czettel auftrat.⁴⁷ 1967 zum Parteivorsitzenden gewählt, bemühte sich Kreisky rasch und mit Erfolg, die innerparteiliche und gewerkschaftliche Opposition auf einen gemeinsamen Kurs umzustimmen.⁴⁸ Die Loyalität Waldbrunners und sein Bekenntnis zur Einheit der Partei half dabei sicher mit, der SPÖ ein neues Profil zu ermöglichen. „Reformer“ machten sich umgehend an die Umbenennung von „sozialistisch“ zu „sozialdemokratisch“.⁴⁹

Mitverantwortung zu übernehmen, ohne ein entsprechendes Maß an Mitbestimmung zu bekommen, und ständig damit rechnen zu müssen, dass die ÖVP eine Koalition jederzeit und einseitig aufkündigen könnte, hatte für Waldbrunner ein Zusammengehen ausgeschlossen.⁵⁰ In diesem Sinn setzte er sich in der Partei auch durch und bewahrte sie beispielsweise 1967 vor dem politischen Fehler, ein Alter-

40 Waldbrunner an Alexander Otto, 28. April 1966, Nachlass #5.

41 Robert Kriechbaumer, *Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983*, Wien/Köln/Weimar 2004, 36–37; Müller, SPÖ, 40–41 (wie Fn. 17).

42 Josef Staribacher, *Tagebücher*, 7. Oktober 1972, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

43 Kriechbaumer, Kreisky, 37 (wie Fn. 41).

44 Karl Ernst Newole an Waldbrunner, 5. Oktober 1966, Nachlass #5. Die „Wochenpresse“ titelte: „Warten auf Waldbrunner“.

45 Karl Aussch an Waldbrunner, 24. November 1966, Nachlass #10.

46 Waldbrunner an Fritz Quastler, 25. Oktober 1966, Nachlass #6; an Ernst Lemberger, 13. Dezember 1966, Nachlass #12; an Gerold H. Tenney, 30. November 1967, Nachlass #7; Erich Werner an Friedl Waldbrunner, 1. Juli 1980, Nachlass #67.

47 Kriechbaumer, Kreisky, 38 (wie Fn. 41).

48 Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik: Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, 189.

49 Alexander Otto an Waldbrunner, 21. Juni 1966; ders. an dens., 8. September 1966, beide Nachlass #5.

50 Waldbrunner an Alexander Otto, 28. April 1966, Nachlass #5.

nativbudget vorzulegen – ein Fehler, den übrigens die ÖVP 1978 begehen sollte.⁵¹ Andererseits bot die Oppositionsrolle die Chance, parteiinterne Fragen zu klären, eine politische Alternative zur ÖVP zu bieten, „eine Politik der Beständigkeit und Glaubwürdigkeit“ zu führen, „um einen neuen Wahlgang zu bestehen“.⁵² Schon bald sollten ihm erste Erfolge bei Landtags- und Kommunalwahlen Recht geben. Botschafter Ernst Lemberger gegenüber, den dies „immerhin die Möglichkeit einer zukünftigen Majorität ahnen“ ließ, antwortete Waldbrunner jedoch als überzeugter Großkoalitionär, dass das Volk hoffentlich „in seiner Mehrheit auch eine Alleinherrschaft ablehnt“. Er teilte allerdings Lembergers Befürchtung vor einem teilweisen Rückfall in die autoritären 1930er-Jahre, je mehr „sich die ÖVP-Regierung in Widersprüche und in Schwierigkeiten verstrickt“.⁵³ Gleichzeitig richtete er sein Hauptaugenmerk darauf, „jüngere, kräftigere Leute in die Führung zu bringen“, die erfahren sein und auch „Selbstdisziplin für solche verantwortungsvolle Aufgaben“ mitbringen müssten.⁵⁴ Diesen Kurs verfolgte ja auch Kreisky mit seinen jungen „hungrigen Löwen“, die maßgeblich an der Ausarbeitung der theoretischen Grundlagen eines modernen Interventions- und Sozialstaats beteiligt waren. Sie flossen in das Wirtschaftsprogramm von 1968 ein und verschafften der SPÖ die Gelegenheit, ihre wirtschaftspolitische Kompetenz glaubhaft zu machen.⁵⁵ Selbst das christlich-soziale „Luxemburger Wort“ hielt das Vorgelegte für eine „realistische wirtschaftspolitische Offensive“.⁵⁶

Die ÖVP-Alleinregierung sei schwach und führe eine „Klassenpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer“.⁵⁷ Damit spielte Waldbrunner auf die „Wachstumsgesetze“ der ÖVP von 1966 an – für Waldbrunner eine aus politischem Kalkül geborene Täuschung. Denn während man die Anträge der SPÖ auf eine fühlbare Senkung der Lohnsteuer für Arbeitnehmer abgelehnt habe, seien „unter der irreführenden Bezeichnung von Wirtschaftswachstumsgesetzen namhafte Steuergeschenke für die Unternehmer“ beschlossen worden.⁵⁸ Jedenfalls war Waldbrunner davon überzeugt, die SPÖ werde bei einem künftigen Wahlerfolg – den er für durchaus möglich hielt – ein schweres wirtschaftliches Erbe antreten müssen.⁵⁹ Hier sollte er irren. Zwar verlor Österreich in den Jahren 1967 und 1968 an Terrain, doch legte Stephan Koren, seit 1967 Finanzminister, einen wirtschaftspolitischen Plan

51 Josef Staribacher, Tagebücher, 25. Oktober 1978, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien; Hannes Androsch zit. nach Christian Dirninger (Bearb.), Politik und Wirtschaft in Österreich nach 1945, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaftspolitik zwischen Konsens und Konflikt. Einsichten und Einblicke in die Strukturen und Abläufe der Wirtschaftspolitik der Zweiten Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 4), Wien/Köln/Weimar 1995, 87–184, 147.

52 Notizzettel zu Gesprächen mit Bezirksvertretern und Betriebsräten, Nachlass #49.

53 Ernst Lemberger an Waldbrunner, 28. November 1967; Waldbrunner an Lemberger, 5. Dezember 1967, Nachlass #12.

54 Waldbrunner an Fritz Quastler, 25. Oktober 1966, Nachlass #6.

55 Uher, Entstehung (wie Fn. 4); Ferdinand Lacina, Austro-Keynesianismus, in: Fritz Weber (Hrsg.), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, Wien 1993, 15–20, 15.

56 Der Bundesparteitag der SPÖ, in: Luxemburger Wort, 7.10.1968.

57 Waldbrunner an Gerold H. Tenney, 30. November 1967, Nachlass #7.

58 Waldbrunner an Hans Thür, Redakteur der „Presse“, 19. Juli 1966, Nachlass #28.

59 Waldbrunner an Josef Dultinger, 29. Mai 1968, Nachlass #2.

vor, der in gewisser Weise die Basis für den ökonomischen Aufschwung bildete, der bereits 1969 einsetzte. Die nachfolgende SPÖ-Regierung profitierte nicht unwesentlich von der positiven Budgetlage, die mit Hilfe des „Koren-Plans“, aber auch der internationalen Konjunktur ermöglicht wurde. Außerdem festigten sich die sozialpartnerschaftlichen Institutionen, denen beim Fehlen einer Koalition zunehmende Bedeutung erwuchs.⁶⁰ So mussten die Gewerkschaften die zahlenmäßige Unterlegenheit der Sozialisten im Parlament ausgleichen.⁶¹ Bis zur Erdölpreiskrise „bewegte sich die wirtschaftspolitische Konzeption im Rahmen von Koren-Plan und SPÖ-Wirtschaftsprogramm“.⁶²

Angesichts dieser Entwicklungen trat in der innenpolitischen Wahrnehmung Waldbrunners Tätigkeit als Zweiter Nationalratspräsident zwangsläufig in den Hintergrund. Dabei war diese ein Bruch mit der seit 1945 geübten „Tradition“, die höchste der SPÖ im Nationalratspräsidium zustehende Funktion mit einem Vertreter der sozialistischen Gewerkschafter zu besetzen.⁶³ Die Nominierung eines Vertreters der Parteizentrale war zwar für die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter eine Ausnahmesituation, jedoch unterstützte sie die Kandidatur Waldbrunners.⁶⁴ Waldbrunner war nun in der Oppositionszeit der SPÖ der einzige sozialistische Würdenträger und so eine „unentbehrliche Stütze“.⁶⁵ Sein Aktionsradius war allerdings durch den institutionellen Rahmen vorgegeben. Eine Episode wirft jedoch ein Schlaglicht auf seine ungebrochene demokratische Gesinnungs- und Grundsatztreue. Im Juni 1967 dankte ihm das „Österreichische Nationalinstitut“ dafür, dass er die ÖVP-Bundesministerin für Soziale Verwaltung, Grete Rehor, entschieden gegen die Angriffe freiheitlicher Abgeordneter verteidigte.⁶⁶ In diesen Jahren, vermutlich aufgrund seiner festen Haltung in der Frage einer Kleinen Koalition, galt er bereits als das „Gewissen der Partei“.⁶⁷

60 Christian Dirninger, Entwicklungslinien und Strukturelemente der österreichischen Wirtschaftspolitik in der Zweiten Republik, in: ders. (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik*, 10–57, 45–47 (wie Fn. 51), mit Verweis auf Gabriele Pfeifer, Stephan Koren. *Wirtschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Salzburg 1993. Werner Clement/Klaus Glaser, *Der Koren-Plan*, in: ders./Karl Socher (Hrsg.), *Stephan Koren. Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich*, Wien 1989, 49–71.

61 Karl Waldbrunner, Begrüßungsansprache an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, 28. September 1969, Typoskript, Nachlass #47.

62 Hannes Androsch zit. nach Christian Dirninger (Bearb.), *Politik und Wirtschaft in Österreich nach 1945*, in: ders. (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik*, 87–184, 157 (wie Fn. 51).

63 Günther Schefbeck, Anton Benya, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hrsg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien 1995, 48–57, 53.

64 Anton Pelinka, *Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund* (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 37), Berlin 1980, 111; Bruno Pittermann, *der Präsident des Nationalrates*, in: *Festschrift für Karl Waldbrunner zum 65. Geburtstag*, Wien 1971, 129–136.

65 Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil*, Berlin 1988, 399.

66 Walter Jambor an Waldbrunner, 29. Juni 1967, Nachlass #3.

67 Der Begriff wurde bereits 1964 von der „gegnerischen Presse“ verwendet. Rudolf Kolb an Waldbrunner, 10. Dezember 1964, Nachlass #4. Jacques Hannak, *Das Gewissen der Partei*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 25. November 1966.

Waldbrunners letzte Lebensdekade in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung

Zu Beginn der 1970er-Jahre trat Österreich endgültig in die Phase der Modernisierung ein. Das gilt gesellschafts- und kulturpolitisch ebenso wie für die Wirtschaftspolitik, die den international bewunderten „Sonderfall Österreich“ hervorbrachte. Obwohl Karl Waldbrunner generationenmäßig bereits zu einer Minderheit gehörte – von den 165 im Jahr 1945 angelobten Abgeordneten waren 1970 nur mehr sieben im Nationalrat⁶⁸ –, blieb er ein gewichtiger Faktor. Er nahm für sich in Anspruch, noch immer „für einen bedeutenden Teil unserer Sozialistischen Partei“ sprechen zu können, und meinte damit „vor allem für unsere Intellektuellen-Gruppe“.⁶⁹ Voraussetzung für den Erfolg war die endgültige Überwindung innerparteilicher Divergenzen. „Die Zeit, der wir entgegensehen, wird uns vor viele Probleme stellen, deren Lösung uns nicht nur Anstrengung kosten, sondern auch unsere innere Zusammengehörigkeit erproben wird“, schrieb ihm Bruno Kreisky im Jänner 1970.⁷⁰

Die Wahlen vom März 1970 brachten der SPÖ zwar keine Parlamentsmehrheit, aber eine einmalige Chance. Da sich die ÖVP bei den Verhandlungen zu sehr zierte und wohl auch vor sehr weitreichende Forderungen Kreiskys gestellt wurde, kam es zu einer Übereinkunft mit der FPÖ. Diese hatte sich wohl im Wahlkampf durch ihre Absage an einen „roten“ Bundeskanzler ihre große Chance selbst vertan, musste aber danach trachten, durch eine Wahlrechtsreform (Erhöhung der Mandatszahl) ihr parlamentarisches Überleben zu sichern. Dies war der größte Preis für ihre Unterstützung der Minderheitsregierung. Dass diese Lösung, sich bei Gesetzesanträgen der Zustimmung der FPÖ zu versichern, nicht ohne innerparteiliche Turbulenzen vonstatten ging, ist angesichts der konträren politischen Überzeugung Waldbrunners evident. Jedenfalls wurde Waldbrunner Ende März zum Ersten Präsidenten des Nationalrats gewählt. Für ihn war es „eine der Konsequenzen unseres großen Erfolges, zu dem die jahrelange, unermüdliche Arbeit der vielen Mitarbeiter unserer Partei beigetragen hat“.⁷¹ Objektiv war es die Krönung seiner politischen Laufbahn. So sah es beispielsweise Alfred Maleta, der als junger Abgeordneter zum Sturz des „Königreichs Waldbrunner“ angetreten war, mit Waldbrunner aber über alle ideologischen Antagonismen und Parteischranken hinweg später zu einem letztlich fast freundschaftlichen Verhältnis, gewiss aber zu einer tiefen Wertschätzung fand.⁷²

68 Karl Waldbrunner, Geleitworte, in: Fünfundzwanzig Jahre Parlament 1945–1970, Wien 1970.

69 Waldbrunner an Stella Klein-Löw, 27. Jänner 1970, Nachlass #4; an Gottfried Krajca, 27. März 1970, Nachlass #3.

70 Bruno Kreisky an Waldbrunner, 20. Jänner 1970, Nachlass #11.

71 Waldbrunner an Fritz Kolb, 19. März 1970, Nachlass #10.

72 Alfred Maleta an Waldbrunner, 2. Juli 1975 und 21. Jänner 1976; Typoskript der Abschiedsrede Maletas im Parlament, Juli 1975, alle Nachlass #28.

Aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung kam es jedoch zu einer Wahlanfechtung. Für einige Wahlkreise wurden Nachwahlen im Herbst beschlossen. Bis dahin musste Waldbrunner sein Amt ruhen lassen und an den Vorgänger, Alfred Maleta, übergeben. Nun zögerte Waldbrunner, wieder als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen, gab aber wohl auf Drängen Christian Brodas und Anton Benyas nach. Im Oktober wurde er vom Nationalrat als Präsident wiedergewählt.⁷³ Die „Säule, die kaum ersetzt werden kann“, trug wieder den österreichischen Parlamentarismus.⁷⁴ Dieses Amt eröffnete ihm eine neue politische Rolle. An Alphonse Delmas, den er aus der Besatzungszeit kannte, schrieb er: Er habe als Nationalratspräsident „viel mehr Arbeit und Verantwortung als früher. Aber ich kann in dieser Funktion auch recht ausgleichend wirken, umso mehr, als ich ja der einzige Spitzenfunktionär bin, der mit den Stimmen aller Fraktionen des Parlaments gewählt worden ist. Das verpflichtet mich zu einer objektiven Haltung, die auch meiner politischen Einstellung heute entspricht. Man wird eben auch älter.“⁷⁵ Das biologische Faktum hinderte ihn jedoch nicht daran, im Hohen Haus auch auf Nebenschauplätzen nach seinen Vorstellungen einzugreifen. Offenbar war es ihm „seit jeher ein Greuel, dass die Redakteure und Journalisten in den Couloirs sich frei bewegen konnten“ und so interne Gespräche störten. Diese Usancen schaffte er nun ab.⁷⁶

In seiner Amtszeit durfte Waldbrunner den bisher größten Triumph der Sozialdemokraten erleben – die Erringung der ersten absoluten Mehrheit bei den Wahlen vom Oktober 1971. Der Historiker Charles Gulick schrieb ihm: „Frankly, I had not expected to live long enough to see that majority; consequently, my solid satisfaction is all the greater.“⁷⁷ Willy Brandt, dessen SPD 1969 sozusagen die Vorreiterrolle übernommen hatte, antwortete Waldbrunner: „Für meine Generation ist es die Erfüllung unseres Lebens, mitanzusehen, wie die sozialdemokratischen Parteien Ihres Landes und unseres Landes zum Erfolg gekommen sind.“⁷⁸ Zu dieser Zeit – Waldbrunner näherte sich seinem 65. Geburtstag – hatte er jedoch bereits beschlossen, für sich geltend zu machen, was er anderen schon immer empfohlen hatte – die Altersgrenze für politische Funktionäre aus eigenen Stücken einzuhalten. Es sei „doch viel zielführender (...) wenn sie sich selbst zurückziehen“. Das sei nun auch seine Absicht, „bevor irgendjemand behauptet, dass er bis zum letzten Moment unbedingt seinen Platz behalten wollte“. Josef Staribacher, der dies berichtet, fügt hinzu: „Es wird für Kreisky nicht leicht sein und vor allem für das Parlament, erst einen entsprechenden Ersatz zu finden.“⁷⁹ Waldbrunner war nun Pensionist, aber einer, der keiner sein konnte. „Nun, es ist mir seither zwar gelungen, meine parlamentarische Funktion weiterzugeben und mich in das Privatleben zurückzu-

73 Josef Staribacher, Tagebücher, 20., 23. und 30. Juni 1970, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

74 Josef Staribacher, Tagebücher, 14. Juli 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

75 Waldbrunner an Alphonse Delmas, 26. Jänner 1971, Nachlass #2.

76 Josef Staribacher, Tagebücher, 17. März 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

77 Charles A. Gulick an Waldbrunner, 8. November 1971, Nachlass #27.

78 Waldbrunner an Willy Brandt, 6. Dezember 1971, Nachlass #25.

79 Josef Staribacher, Tagebücher, 14., 21. und 22. Juli 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

ziehen, doch der ‚Ruhestand‘ lässt, was die Ruhe betrifft, noch auf sich warten.“⁸⁰ War dies zwar auf die Funktionen bezogen, die er weiterhin innehatte (Stellvertreter des Parteivorsitzenden, Präsident des BSA, im Wiener Parteivorstand), so sollte es sich bald noch mehr bewahrheiten: Im Frühjahr 1972 wurde er Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank.

Die geldpolitische Materie war ihm alles andere als fremd, hatte er sich doch bereits in der Währungsreform von 1947 engagiert. Auch auf der Expertenkonferenz zur internationalen Zahlungsmittelkrise (Rückgang der Dollareinnahmen der OEEC-Staaten) und über Wechselkurse, die im September 1949 in Schweden tagte, wurde Waldbrunner mit der Thematik konfrontiert. In diesem Jahr befasste er sich mit dem Problem der Kursfestsetzung des Schillings und erhielt 1952 von der Nationalbank zum Teil vertrauliche Schriften über die Einführung einheitlicher Wechselkurse (statt des Doppelkurssystems). Ebenfalls in der ersten Phase seiner Minister-schaft war er mit der Bankenreorganisation und Bankenrekonstruktion beschäftigt und hatte einen Sitz in der für die Vergabe von ERP-Mitteln entscheidenden Kreditlenkungs-kommission. Die Frage der von der Europäischen Zahlungsunion vorgebrachten Gefahr der Inflation durch übergroße Geldschöpfung der österreichischen Notenbank diskutierte er beispielsweise 1954 mit Bruno Kreisky.⁸¹ Die Entscheidung des Parteipräsidiums war aber auch eine eminent politische. Karl Waldbrunner sollte ein Gegengewicht zu Notenbankpräsident Wolfgang Schmitz, einem Handelskammerer, bilden. Und dieser, so Kreisky, „würde die Währung gerne nach seinem Gesichtspunkt gestalten“.⁸²

Das berührte den Gestaltungsspielraum der Regierung im Innersten. Denn gerade in diesen Jahren standen währungspolitische, vor allem Wechselkursfragen im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Die Nachkriegsordnung der westlichen Welt war, nicht zuletzt in Erkenntnis der desaströsen Folgen des allgemeinen Abwertungswettlaufs im Zuge der Weltwirtschaftskrise, von einer neuen stabilen Währungsordnung geprägt. Als System von Bretton Woods bekannt, basierte sie auf dem Dollar als Leitwährung und fixen Wechselkursen. Der Dollar wurde wegen seiner Goldeinlösepflicht zur internationalen Reservewährung. Dieses System kam aber durch einen wachsenden Dollarüberschuss und den damit verbundenen Abwertungsdruck in Turbulenzen und zerbrach mit der Dollarkrise und der Aufhebung der Goldeinlösepflicht im August 1971. Mehrere Abwertungen des Dollars folgten. Der allmähliche Übergang zu flexiblen Wechselkursen war für Österreich deswegen zentral, weil seine Wirtschaft stark außenhandelsabhängig war. Wechselkurse waren die bestimmende Größe für Export/Import, für Preis-Kosten-Relationen und für die Konkurrenzfähigkeit. Die Frage, ob Österreich sich an

80 Waldbrunner an André Chandernagor, Président du Conseil Interparlementaire, 9. Dezember 1971, Nachlass #28.

81 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 3. September 1954, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien, Box VII.2, BKAA, Wirtschaft 1953–65 I, Mappe EPU.

82 Josef Staribacher, Tagebücher, 6. April 1972, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

aufwertenden Währungen orientieren sollte oder abwerten, war eine primordiale. Zusammen mit der weltweit auflebenden Inflation sah sich die Republik dabei in einem Dilemma. Einerseits war die Inflation zu bekämpfen, andererseits durfte die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie nicht zu sehr durch Aufwertungen belastet werden.⁸³

Österreich wählte die Stabilisierung und griff zum einen zu Kreditrestriktionen.⁸⁴ Als Josef Taus, der Leiter der Girozentrale, 1973 annoncierte, dass die Industriefinanzierung durch ihn gesichert sei, witterte Waldbrunner Gefahr. Wenn einzelne Kreditinstitute mit Kreditoperationen eine eigene Politik betrieben, werde „die gesamte Regierungspolitik konterkariert“.⁸⁵ Die Regierung beschritt den „virtuous circle“ aber noch mit anderen Maßnahmen: Zunächst mit der Anbindung des Schillings an die D-Mark und der damit verbundenen Aufwertung; die durch die Sozialpartnerschaft ermöglichte Lohn-Preis-Mäßigung „sanierte“ dann die Zahlungsbilanz und begünstigte weitere Aufwertungen.⁸⁶ Die Hartwährungspolitik war, wie bereits angedeutet, naturgemäß nicht unumstritten. Die unterschiedlichen Interessenvertretungsgruppen vertraten kontroverse Meinungen, die auch quer durch die SPÖ gingen.⁸⁷ Als nach dem endgültigen Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 Österreich mit der D-Mark aufwertete, um eine importierte Inflation abzuwenden, warnte Kreisky vor Nachteilen für den Export und einem neuen „Alpen-Dollar“. Auch Benya hatte Bedenken.⁸⁸ Nationalbank und Finanzministerium gingen in dieser Zeit bereits konform. So bekräftigte Waldbrunner im Jänner 1974, dass die Notenbank am Indikatorensystem, der Orientierung des Schillings an den Kursen der wichtigsten bzw. währungsstärksten Außenhandelspartner, gegen die Wünsche der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Industriellenvereinigung festhalten werde.⁸⁹ Nach dem ersten Ölpreisschock 1973/74 wurde die außenwirtschaftliche Situation drückender. Als sich 1977 die Leistungsbilanz weiter verschlechterte, stand wieder die Währungsfrage zur Diskussion. Während Kreisky dafür plädierte, den Schilling weicher zu machen, wollte Androsch den Hartwährungskurs fortsetzen. Unterstützung fand er bei ÖGB-Präsident Benya und Vizepräsident Waldbrunner.⁹⁰ Eine Hauptschwierigkeit war das Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz, das Waldbrunner auf die deutschlastige Orientierung zurückführte, wie Josef Staribacher in seinen Tagebüchern ausführte: „Der deutsche Einfluss wird immer stärker und fast die Hälfte des deutschen Zahlungs-

83 Herbert Matis, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder – Der Schilling im „goldenen Zeitalter“, in: Karl Bachinger/Felix Butschek/Herbert Matis/Dieter Stiefel, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz/Wien/Köln 2001, 156–286, 269–275.

84 Matis, Nachkriegselend, 272 (wie Fn. 83).

85 Josef Staribacher, Tagebücher, 16. März 1973, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

86 Kurt W. Rothschild, Austro-Keynesianismus aus ökonomischer Sicht, in: Fritz Weber (Hrsg.), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, Wien 1993, 135–144, 142.

87 Matis, Nachkriegselend, 274–275 (wie Fn. 83).

88 Josef Staribacher, Tagebücher, 13. März 1973, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

89 Josef Staribacher, Tagebücher, 23. Jänner 1974, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien. Vgl. Hannes Androsch, Die politische Ökonomie der österreichischen Währung. Ein Überblick über die österreichische Währungspolitik von 1760 bis 1984 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung, Wien 1985, 78–79 und 91.

90 Androsch, Politische Ökonomie, 103 (wie Fn. 89).

bilanzüberschusses zahlen wir durch unser Handelsbilanzdefizit. Auch wenn wir die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr abziehen. Waldbrunner sieht darin sogar eine Gefährdung unserer Unabhängigkeit.“⁹¹ Tatsächlich lässt sich seit den späten 1960er-Jahren ein stärkerer Integrations- bzw. Durchdringungsprozess feststellen: Um die Zollschranken zu überwinden, gründeten Firmen aus der EWG Zweigniederlassungen in Österreich, wie überhaupt ausländische Unternehmungen die hohe soziale Stabilität und das immer noch relativ niedrige Lohnniveau ausnützten.⁹²

Zur Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz und zur Entlastung des Budgets nahm die Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket in Angriff, dessen Ausarbeitung Waldbrunner auf Wunsch des Bundeskanzlers maßgeblich mitgestaltete.⁹³ Es zielte vor allem auf eine Nachfragedämpfung des privaten Konsums durch eine Mehrwertsteuer auf importierte „Luxusgüter“, eine höhere Vermögenssteuer, höhere Gebühren etc.⁹⁴ Schon bei der vorbereitenden Klausur hielt Waldbrunner Äquidistanz zu einigen der Kommentare. Zu Androschs Feststellung, die defizitäre Handels- und Leistungsbilanz sei eine „Folge der Einkommensentwicklung“, notierte er: „?“⁹⁵. Und zu Kreiskys Bemerkung: „Niemand wird eine echte Einbuße in Kauf nehmen müssen“, setzte der Realist ein „?“⁹⁶. Aber sowohl Kreisky als auch Waldbrunner traten gegen Abwertungsgerüchte auf.⁹⁵ Als dennoch eine Lockerung der Bindung an die D-Mark erwogen wurde, kam es Ende September/Anfang Oktober 1977 zu einer Spekulationswelle gegen den Schilling. In wenigen Tagen flossen Milliarden Schilling in Devisen ab. Die österreichischen Banken steuerten offenbar nicht dagegen. Josef Staribacher notiert dazu, Waldbrunner habe gerade als einziger Hauptverantwortlicher Dienst versehen und interveniert. „Wäre in der OeNB nicht Waldbrunner gewesen“, meinte Kreisky laut Staribacher, „wäre es noch schlimmer geworden.“⁹⁶

1977 war ein ausgesprochenes Krisenjahr mit budgetären Problemen sowie einer Industriekrise mit Entlassungen, wobei die Textilindustrie besonders schwer betroffen war, aber auch in den Sektoren Eisen und Stahl Arbeitsplätze verloren gingen; politisch war das Kernkraftwerk Zwentendorf ein Problem; Hoffnung setzte man in das Austro-Porsche-Projekt. Der Bundeskanzler und Benya „kooperieren wie noch nie in unserer Geschichte“, notierte Staribacher.⁹⁷ Die internationale Krise der Grundstoffindustrie, die sich auf die Verstaatlichte auswirkte, und eine Politik der Strukturhaltung statt eines Strukturwandels waren aber auch Ursachen für die Differenzen in der Währungskursdebatte.⁹⁸ Expansive Maßnahmen der öf-

91 Josef Staribacher, Tagebücher, 19. September 1977, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

92 Butschek, Konflikt, 178–179 (wie Fn. 25).

93 Waldbrunner an Vic Bodson, 17. Oktober 1977, Nachlass #9.

94 Butschek, Konflikt, 193 (wie Fn. 25).

95 Handschriftliche Notizen Waldbrunners zur Regierungsklausur auf dem Kahlenberg 1977, Nachlass #14.

96 Josef Staribacher, Tagebücher, 4. Oktober 1977, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

97 Josef Staribacher, Tagebücher, 18. September 1977, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

98 Julian Uher, Fortschritt und Machtspiel, in: Fritz Weber (Hrsg.), *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis*, Wien 1993, 78–100, 85–86.

fentlichen Hand sollten dazu dienen, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten. Inflation und Zahlungsbilanzprobleme wurden zwar nicht vernachlässigt, standen aber diesem aus der historischen Erfahrung geprägten Ziel nach.⁹⁹ Die internationale Stahlkrise ließ den Entschluss reifen, die verstaatlichte Industrie zu unterstützen. In dieser brisanten Situation gewannen die früheren Leistungen Waldbrunners als Minister an Aktualität. Kreisky meinte, dass Vorkehrungen getroffen werden müssten. „Als erster Punkt“, so Kreisky, „müsste jetzt der Staat wieder eine sinnvolle öffentliche Investition einleiten.“ Und er verwies auf das 10-Milliarden-Investitionsprogramm, das Waldbrunner seinerzeit durchgesetzt habe. Dem stehe aber die Notenbankpolitik entgegen. Der einzige Mann, der in der Nationalbank die Regierungsinteressen vertrete, sei Waldbrunner. Aber dieser war schwer erkrankt.¹⁰⁰

Waldbrunner personifizierte auch jenen typisch österreichischen „policy-mix“ der 1970er-Jahre, der als „Austro-Keynesianismus“ (Hans Seidel) auch im Ausland Beachtung fand.¹⁰¹ Als Vizepräsident der Notenbank durfte er nicht nur erleben, dass die SPÖ noch zweimal die absolute Mehrheit erreichte. Er war Zeuge eines nochmaligen wirtschaftlichen Aufschwungs. Das österreichische Bruttoinlandsprodukt wuchs zwischen 1967 und 1981 jährlich real stärker als das der europäischen OECD-Staaten.¹⁰² 1980 war das österreichische Wohlstandsniveau auf fast 98 Prozent des westeuropäischen herangekommen – 1983 sollte es zum ersten Mal leicht darüber liegen. Der sehr spezielle österreichische Weg steht in deutlichem Kontrast zum ökonomisch turbulenten Klima in fast allen westlichen Industrieländern. Es gelang, die wirtschaftspolitischen Zielvorgaben Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung (bis 1981) und Preisstabilität zu meistern.¹⁰³ Die Entwicklung äußerte sich nicht zuletzt im Fallen der Arbeitslosenrate unter den westeuropäischen Durchschnitt.¹⁰⁴ Gegen die Politik der Vollbeschäftigung polemisierte die gegnerische wirtschaftspolitische Fraktion des Landes mit der Parole der „Schuldenmachelei“. Nun stieg zwar die Staatsverschuldung von 1970 bis 1983 von 19,4 Prozent auf 46,5 Prozent des BIP, sie lag aber im gesamten Zeitraum zum Beispiel unter dem Durchschnitt der (späteren) EU-15-Staaten.¹⁰⁵ Als besonderer Faktor für das außerordentliche Wachstum sei hier die Annäherung Österreichs (und anderer EFTA-Länder) an die EG durch den Freihandelsvertrag von 1972 und die damit verbundenen Zollsenkungen genannt. Das Übereinkommen mit der Gemeinschaft hatte übrigens auch eine Steuerreform zur Voraussetzung. Die Errungenschaften und der weitere Ausbau auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet, im Justizsektor und in der Bildungspolitik sollen nur erwähnt werden. Die Ära Kreisky setzte

99 Rothschild, Austro-Keynesianismus, 138 (wie Fn. 86).

100 Josef Staribacher, Tagebücher, 8. November 1977, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

101 Rothschild, Austro-Keynesianismus, 138 (wie Fn. 86).

102 Butschek, Konflikt, 177 und 194 (wie Fn. 25).

103 Bachinger/Matis/Resch/Zollinger, Weg, 295 (wie Fn. 26).

104 Rothschild, Austro-Keynesianismus, 135 (wie Fn. 86).

105 Karl Bachinger, „Ein paar Milliarden mehr Schulden sind weniger schlimm als ein paar hunderttausend Arbeitslose“ – Ökonomie und Beschäftigung, in: Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr (Wissenschaftliche Begleitpublikation zur 240. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien), Wien 1998, 71–85, 76–77.

auf die Modernisierung und Liberalisierung einer Konsumgesellschaft im Rahmen des Wohlfahrtsstaats. Nicht vergessen werden sollte dabei der Umstand, dass der zunehmende Wohlstand nicht im Gleichschritt mit einer größeren Verteilungsgerechtigkeit ging.¹⁰⁶

Als Vermittler in wirtschaftspolitisch divergierenden Positionen, als Befürworter einer Hartwährungspolitik und einer expansiven öffentlichen Hand geriet Waldbrunner aber in seiner Funktion zwischen die sich allmählich abzeichnenden Fronten einer der „dramatischsten innerparteilichen Auseinandersetzungen der Zweiten Republik“, des Konflikts zwischen Kreisky und Androsch.¹⁰⁷ Wie hoch der Anteil der Differenzen über die Hartwährungspolitik an der wachsenden Entfremdung zwischen Kanzler und Vizekanzler war,¹⁰⁸ lässt sich schwer ermessen. Aber in dieser Tragödie gab es ja schon seit längerem herausgebildete Allianzen, wobei Waldbrunner, Benya, Broda und Hertha Firnberg vieles miteinander und mit Androsch verband. Andererseits waren sie schon als Antagonisten Kreiskys aufgetreten. Androsch holte sich bei Waldbrunner Rat, und dieser empfahl ihm am Höhepunkt der Krise, von selbst zu gehen.¹⁰⁹ Seine Vermittlungsversuche waren, wie die anderer, vergebens.

Waldbrunner war viel daran gelegen, die Verstimmungen mit Kreisky beizulegen. Er erkannte in ihm „ein Symbol des Erfolges und der Hoffnungen für die Zukunft“ und war redlich um eine echte freundschaftliche Beziehung bemüht.¹¹⁰ Versicherungen einer solchen waren gegenseitig.¹¹¹ Umgekehrt hörte Kreisky in politischen Angelegenheiten auf Waldbrunner. Für zeitgenössische Beobachter aus nächster Nähe war er der Mann, „der am meisten Einfluss hat“. Wichtige Entscheidungen fielen in Einzelaussprachen etwa zwischen Benya, Kreisky und Waldbrunner. Wie gezeigt war Waldbrunner in der Investitionspolitik ein Vorbild. Man erkannte, dass er Weichen für die Zukunft gestellt hatte.¹¹² Dankbarkeit ist aber bekanntlich keine politische Kategorie. Und da vieles, was seither über die Beziehungen der handelnden Personen an die Öffentlichkeit gelangte, von persönlichen Animositäten und Kränkungen geprägt ist, gehört eine Erörterung nicht in diesen Rahmen.

106 Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa (Theorie und Gesellschaft 7), Frankfurt a.M./New York 1987; vgl. Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Konflikt Kreisky-Androsch in theoretischer und vergleichender Perspektive, in: Barbara Liegl/Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004, 87–181, 130–131.

107 Barbara Liegl, Der Konflikt: Ablauf und Bewertung aus der Sicht der ZeitzeugInnen, in: dies./Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004, 1–86.

108 Pelinka, Chronos, 165 (wie Fn. 106).

109 Stellungnahme Martha M. Waldbrunner [Messeritsch], in: Liegl, Konflikt, 58 (wie Fn. 107).

110 Waldbrunner an Bruno Kreisky, 21. Jänner 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien, Karton Promi W 1; ders. an dens., 3. Dezember 1971, Nachlass #11.

111 Bruno Kreisky an Waldbrunner, 5. März 1971, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien, Karton Promi W 1.

112 Josef Staribacher, Tagebücher, 10. Februar 1972; 11. September 1972; 23. Februar 1973; 22. Jänner 1979; Zitat: 13. Mai 1972, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

Waldbrunner blieb ein politisches Aktivum der 1970er-Jahre. So kamen für Kreisky Anfang 1978 drei Kandidaten als Notenbankpräsident in Frage: Waldbrunner, der aber immer noch krank war; Androsch, „der aber aus der Politik nicht wegkann“; und Koren, denn: „Die Nationalbank braucht eine starke Führung.“ Außerdem konnte Kreisky mit Koren der ÖVP den wirtschaftspolitischen Sprecher entziehen und hatte sich dann nur noch mit Taus auseinanderzusetzen. Umgehend vereinbarte Androsch mit Koren, „alles im Einvernehmen mit dem Kontaktmann Vizepräsident Waldbrunner durchzuführen“.¹¹³ Kaum genesen, stellte er seine Kräfte wieder in den Dienst der gemeinsamen Sache und trug zur Besserung des Schillingkurses gegenüber der D-Mark bei.¹¹⁴ Doch die Krankheit holte ihn wieder ein. Er erlag ihr am 5. Juni 1980.

Ein arbeitsreiches Leben war zu Ende gegangen, geprägt von Gestaltungswillen und Pflichtbewusstsein, Kooperationsbereitschaft und Loyalität. Es war aber auch eine Ära zu Ende gegangen, für die er mit vielen anderen nach 1945 die Brücke geschlagen hatte. Fritz Quastler, der den Fallbeilen des Faschismus entkommen konnte, schrieb aus der Fremde: „Nicht wenige haben als Mann gehalten, was sie als Student versprochen ...“¹¹⁵ Konnte es überhaupt etwas anderes als diese Hingabe sein? Als Waldbrunner 1971 einem französischen Freund aus der Besatzungszeit bekannte, er sei nicht unglücklich über sein altersbedingtes Ausscheiden aus den öffentlichen Funktionen, konnte er sich ein Privatleben vorstellen – „denn das Leben ist nicht so lang und auch nicht so schlecht, dass man es nur der Politik widmen soll“.¹¹⁶ Nur in diesem Punkt ist er sich untreu geworden. Oder doch nicht? „Ich schalte mich nicht aus, ich dränge mich nicht auf. Wenn ich gerufen werde, helfe ich allen gerne. Mehr kann man nicht ...“¹¹⁷ Es war viel.

113 Josef Staribacher, Tagebücher, 10. Jänner 1978, Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

114 Androsch, Politische Ökonomie, 199 (wie Fn. 89).

115 Fritz Quastler an Waldbrunner, 17. November 1975, Nachlass #6.

116 Waldbrunner an Alphonse Delmas, 26. Jänner 1971, Nachlass #2.

117 Zit. nach Arnold Klima, Pensionisten ohne Ruhe, in: Kurier, 26.7.1973.